



Landtag von Baden-Württemberg

49. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 14. Dezember 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 9:32 Uhr

Mittagspause: 13:45 bis 15:01 Uhr

Schluss: 20:15 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	2853	c) Einzelplan 09: Ministerium für Soziales und Integration – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3209	2880
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – StHG 2018/19) – Drucksache 16/3000		Abg. Thomas Poreski GRÜNE	2880, 2895
a) Einzelplan 01: Landtag – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3201.	2853	Abg. Stefan Teufel CDU	2882
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE.	2853	Abg. Dr. Christina Baum AfD	2883
Abg. Nicole Razavi CDU	2854	Abg. Sabine Wölfle SPD	2886
Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD.	2856	Abg. Jürgen Keck FDP/DVP.	2888
Abg. Reinhold Gall SPD	2857	Minister Manfred Lucha	2890
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	2859	Beschluss	2896
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos).	2861	d) Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3210	2899
Beschluss	2861	Abg. Bettina Lisbach GRÜNE	2899
b) Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3208	2862	Abg. Paul Nemeth CDU	2901
Abg. Martina Braun GRÜNE	2862	Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD	2903
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	2864	Abg. Gernot Gruber SPD.	2905
Abg. Udo Stein AfD	2866	Abg. Andreas Glück FDP/DVP.	2906
Abg. Georg Nelius SPD.	2867	Minister Franz Untersteller	2908
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	2868	Beschluss	2912
Minister Peter Hauk.	2871	e) Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3213	2914
Abg. Rüdiger Klos AfD.	2878	Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE.	2915
Beschluss	2879	Abg. Thomas Dörflinger CDU	2917
		Abg. Bernd Gögel AfD	2919
		Abg. Martin Rivoir SPD	2921
		Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP.	2923

Minister Winfried Hermann	2925	Beschluss	2954
Abg. Winfried Mack CDU	2931	Abg. Reinhold Gall SPD (zur Geschäftsord-	
Beschluss	2931	nung)	2956
		Abg. Anton Baron AfD (zur Geschäftsord-	
		nung)	2956
f) Einzelplan 14: Ministerium für Wissen-			
schaft, Forschung und Kunst – Beschluss-			
empfehlung und Bericht des Ausschusses für			
Finanzen – Drucksache 16/3214	2933	2. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petiti-	
Abg. Alexander Salomon GRÜNE	2934	onsausschusses zu verschiedenen Eingaben –	
Abg. Sabine Kurtz CDU	2935	Drucksachen 16/3066, 16/3067, 16/3068, 16/3069,	
Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	2937	16/3070.	2959
Abg. Gabi Rolland SPD	2941	Beschluss	2959
Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	2942, 2952		
Ministerin Theresia Bauer	2945	3. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fach-	
Abg. Manfred Kern GRÜNE	2949	ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von	
Abg. Marion Gentges CDU	2951	Abgeordneten – Drucksachen 16/3064, 16/3065 . .	2959
Abg. Martin Rivoir SPD	2951	Beschluss	2959
Staatssekretärin Petra Olschowski	2953	Nächste Sitzung	2959

Protokoll

über die 49. Sitzung vom 14. Dezember 2017

Beginn: 9:32 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 49. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Deuschle, Herr Abg. Drexler, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Kopp und Herr Abg. Dr. Meuthen.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ab 12 Uhr Herr Ministerpräsident Kretschmann, ab 13:15 Uhr Frau Staatssekretärin Schütz, ab 16 Uhr Herr Minister Lucha und ab 17 Uhr Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie auf Folgendes hinweisen: Auch in diesem Jahr haben Sie die Gelegenheit, sich am sogenannten Briefmarathon von Amnesty International zu beteiligen. Die Aktion will Opfer von Menschenrechtsverletzungen unterstützen. Weltweit schreiben Menschen innerhalb weniger Tage Millionen Briefe und E-Mails, um den Betroffenen Mut zu machen und die verantwortlichen Regierungen an ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen zu erinnern.

Amnesty International ist heute bei uns zu Gast und informiert am Rande der Plenarsitzung wieder über drei konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen, für die Sie sich einsetzen können. Dabei haben Sie die Möglichkeit, vorbereitete Appellbriefe, die im Foyer ausgelegt sind, zu unterschreiben oder Ihre persönlichen Briefe abzugeben. Ich möchte Sie bitten, sich zahlreich an der Aktion zu beteiligen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – StHG 2018/19) – Drucksache 16/3000

Zunächst **Buchstabe a:**

Einzelplan 01: Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3201

Berichterstatterin: Abg. Barbara Saebel

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 – Landtag – eine Rede-

zeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht die Berichterstatterin das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Einen schönen guten Morgen, Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 01 – Landtag – ist traditionell eine interfraktionelle Angelegenheit. Von den Festlegungen, die wir heute mit der Beschlussfassung zu diesem Einzelplan treffen, profitieren insbesondere auch alle Abgeordneten, die Fraktionen, der gesamte Parlamentsbetrieb.

Ich möchte meine Ausführungen auf wenige Bereiche beschränken. Ich denke, es ist unsere Aufgabe und unser gemeinsames Interesse, die Landtagsverwaltung handlungsfähig und effektiv auszustatten. Die Verwaltung garantiert einen funktionierenden Parlamentsbetrieb und ist eine unersetzliche Stütze unserer parlamentarischen Demokratie.

Das ist zu würdigen – auch bei der Ausstattung mit Personalstellen und Sachmitteln. Dem Bedarf kommen wir nach, meine Damen und Herren. Ich bitte Sie ausdrücklich um Unterstützung für diese Anliegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Im Verlauf dieser Wahlperiode haben sich Änderungen ergeben. Es gibt eine fünfte Fraktion; mehr Personal im wissenschaftlichen Dienst ist zu betreuen; es gibt neue zusätzliche Einrichtungen. Das begründet sehr gut die Anforderungen seitens der Verwaltung.

Ich möchte mich an dieser Stelle – Frau Präsidentin, ich bitte Sie, das auch entsprechend weiterzureichen – namens meiner Fraktion sehr herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung für ihre Dienste für die Abgeordneten, für das Parlament bedanken. Es ist einfach großartig, was in diesem Haus geleistet wird.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Angesichts der rund 27 Stunden langen Haushaltsberatung im Plenum – seit gestern bis morgen Mittag – gilt mein ganz besonderer Dank auch den stets sehr hilfreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parlamentsdienstes hier in diesem Raum. Auch ihnen einen ganz besonderen Dank für Ihre Unterstützung.

(Hans-Ulrich Sckerl)

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der AfD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein neues Bürger- und Medienzentrum eingerichtet. Es hat gerade erst seine Arbeit aufgenommen. Es ist dabei, zu einer großen Erfolgsgeschichte zu werden. Es wird angenommen – auch ohne Parlamentsprogramm –, z. B. an Montagen und an Samstagen. Zeitung, Rundfunk und Fernsehen finden deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen vor. Die neuen Säle sind auch in der Parlamentsarbeit sehr hilfreich. Die wenigen zusätzlichen Stellen, die für den Hausdienst beantragt sind, halten wir daher für erforderlich.

Ich möchte an dieser Stelle auch ausdrücklich positiv erwähnen, dass wir eine sehr aktive Präsidentin und einen ebenso engagierten Vizepräsidenten haben. Herzlichen Dank an Muhterem Aras und Wilfried Klenk. Sie beide ergänzen sich von Ihren persönlichen Biografien bis zu Ihrem konkreten politischen Wirken und Ihren Schwerpunkten ganz hervorragend. Sie sind eine erstklassige Vertreterin und ein erstklassiger Vertreter des Landtags. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der AfD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine wichtige Aufgabe dieser Tage ist die Stärkung unserer Demokratie. Im Einzelplan 01 machen wir das insbesondere mit der Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist ein Erfolgsprojekt. Sie fördert und vertieft die politische Bildung in Baden-Württemberg auf überparteilicher Grundlage und hilft dabei, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu festigen und zu verbreiten.

Der zunehmende Populismus, die wachsende Verbreitung von Falschnachrichten – z. B. in den sozialen Medien –, die gezielte Verächtlichmachung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Repräsentanten, die wir leider auch hier im Landtag erleben, erfordern zusätzliche Anstrengungen in der politischen Bildungsarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Deswegen haben wir verschiedene Anträge gemeinsam auf den Weg gebracht.

Sie von der AfD wollen heute erneut die Abschaffung der Landeszentrale.

(Zurufe von der AfD)

Darüber will ich nicht so einfach hinweggehen. Denn dies zeigt Ihre ganze Ärmlichkeit, meine Damen und Herren,

(Zurufe von der AfD)

und Ihre Unfähigkeit, an einer demokratischen Auseinandersetzung teilzunehmen. Unbequeme Meinungen einfach mundtot zu machen und austrocknen zu wollen, statt sich demokratisch auseinanderzusetzen,

(Lebhafte Zurufe von der AfD, u. a.: Propaganda!)

das passt nicht in dieses Haus, das passt nicht zu einer parlamentarischen Demokratie. Sie werden damit scheitern.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Zurufe von der AfD, u. a.: Was heißt das denn konkret?)

Das, was wir an Programmen auflegen, ist wichtig zur Festigung der Bildungsarbeit gerade gegenüber jungen Menschen und für junge Menschen.

Ein zentrales Anliegen bleibt ebenso die Förderung der Gedenkstättenarbeit mit einigen wichtigen Projekten in den nächsten beiden Jahren.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Stärkung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Ich glaube, es ist ein gemeinsames Anliegen aller Fraktionen, dafür eine unabhängige und eigenständige Behörde zu haben. Wir sind uns, glaube ich, auch fraktionsübergreifend einig, dass wir mit Herrn Dr. Brink einen fachlich erstklassigen Landesbeauftragten gefunden haben.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Wir stehen jetzt vor der Umsetzung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung, die dem Landesbeauftragten zahlreiche neue Befugnisse einräumt: Er wird Bußgeldstelle, er wird Zertifizierungsstelle und hat weitere neue Aufgaben. Er ist auch wichtig bei der Überwachung staatlichen Handelns im Rahmen neuer Sicherheitsgesetze. Da wird die Sache dann rund, Herr Innenminister: Wir machen einerseits ein Polizeigesetz mit neuen Eingriffsbefugnissen, wir ermöglichen aber auch dem Landesbeauftragten, das zu überprüfen, was die Polizei und was Sicherheitsbehörden tun. Dann stimmt die Rechnung. Dafür haben wir eine notwendige personelle Ausstattung, die den Landesbeauftragten in die Lage versetzt, all diesen neuen Aufgaben nachzukommen.

(Beifall des Abg. Klaus Dürr AfD)

Unter dem Strich möchte ich mich bei den Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP/DVP für die gemeinsamen Anträge, die den Einzelplan besser gemacht haben, herzlich bedanken. Ich empfehle dem Parlament, dem Landtag die Zustimmung zum Einzelplan 01.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

(Abg. Nicole Razavi CDU fährt das Rednerpult nach unten. – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wie früher!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Nicht ganz so. – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag ist das einzige Verfassungsorgan im Land, das durch Wahlen direkt von den Bürgern legitimiert ist. Es steht dadurch besonders im Fokus, weil sich die poli-

(Nicole Razavi)

tische Willensbildung in Parteien und Fraktionen hier in Regelungsbeschlüssen manifestiert. Der Landtag steht damit auch in besonderer Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern.

Schon deshalb müssen wir ein besonderes Augenmaß walten lassen. Das gilt auch, wenn wir heute in der ureigenen Hoheit des Parlaments und seiner Mitglieder über den Haushalt und über das Personal des Landtags selbst beraten. Klar ist das Ziel: Wir wollen bestmögliche Bedingungen für eine gute und effiziente Arbeit hier im Haus schaffen. Klar ist aber auch, dass Stellenmehrungen kein Programm zum üppigen Aufwuchs des Personalbestands sein dürfen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Auch den Landtag als Verfassungsorgan trifft die Verpflichtung, nur so viel Personal einzusetzen, wie auch wirklich benötigt wird.

(Abg. Anton Baron AfD: Lieber beim Landtag als im Umweltministerium!)

Augenmaß gilt selbstverständlich ebenso, wenn es um unsere ureigensten Angelegenheiten geht. Es war deshalb richtig, dass wir schließlich eine unabhängige Kommission eingesetzt haben, die sich nun intensiv nicht nur mit unserer Altersversorgung beschäftigt, sondern insbesondere auch mit der Stellung sowie den Aufgaben der Abgeordneten im parlamentarischen Regierungssystem an sich. Darüber nachzudenken tut, glaube ich, auch uns selbst gut.

Umgekehrt gilt aber auch: Gelder für die Parlamente sind gut investiert. Der Landtag ist das Schaufenster der Demokratie. Hier ringen die Abgeordneten, die Volksvertreter, um die besten Ideen für das Land. Der Landtag von Baden-Württemberg ist auch weiterhin eines der kleinsten und kostengünstigsten Landesparlamente überhaupt. Jeder und jede von uns Abgeordneten ist unmittelbar Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land und im Wahlkreis. Damit wir uns auf unsere parlamentarische Arbeit und die Arbeit in den Wahlkreisen konzentrieren können, brauchen wir viel Unterstützung und Menschen, die uns den Rücken freihalten.

Wichtigen Anteil daran haben sie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Landtag selbst, ob in der Verwaltung, ob im Besucherdienst, an der Pforte, ob der Hausdienst, die Stenografen – sie alle sind echte Dienstleister und die guten Geister für die Landtagspräsidentin, den Landtagsvizepräsidenten und für uns Abgeordnete. Dafür bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei ihnen allen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Wir sind uns über alle Fraktionen hinweg einig, dass wir auch künftig für gute Arbeitsbedingungen für sie sorgen müssen und dass die Arbeit auch bewältigbar sein muss.

Das neue Besucher- und Medienzentrum ist für den Landtag ein echter Gewinn. Das große Interesse der Menschen spricht für sich. Klar ist aber auch, dass mehr Besucher und mehr Veranstaltungen auch mehr Aufwand, Betreuung und Organisation bedeuten. Das dürfen wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zusätzlich aufbürden. Es ist für uns deshalb

gar keine Frage, dass wir hier mehr Personal benötigen, um den neuen Aufgaben gerecht zu werden.

Der Aufwand hat sich für die Landtagsverwaltung aber auch dadurch erhöht, dass wir mehr Fraktionen sind und dass wir Abgeordneten auch mehr Mitarbeiter beschäftigen können. Dem müssen wir ebenso Rechnung tragen. Aber trotzdem legen wir, die CDU-Fraktion, auch hier Wert auf Augenmaß. Das Wachstum der Landtagsverwaltung muss organisch erfolgen: neue Stellen eben dort, wo sie notwendig sind.

Nach 23 neuen Stellen im letzten Haushalt und fünf neuen Stellen jetzt im Doppelhaushalt halten wir eine Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung auch in Verantwortung für die Beschäftigten selbst für notwendig. Sie soll die Auslastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und etwaige Fehlbedarfe objektiv ermitteln. Eine Nachjustierung kann und soll dann in den nächsten Jahren erfolgen.

An der hohen Bedeutung des Datenschutzes besteht über alle Fraktionen hinweg – der Kollege Sckerl hat es schon gesagt – große Einigkeit. Die Stellen für die Bewältigung neuer Aufgaben soll der Landesdatenschutz deshalb nach dem Willen einer breiten Mehrheit im Landtag erhalten. Um welche Aufgaben geht es?

Erstens: Durch die europäische Datenschutz-Grundverordnung wird das Datenschutzrecht grundlegend neu geordnet. Das bringt neue, straffe Prozesse auf nationaler und internationaler Ebene und einen erheblichen Abstimmungsaufwand mit sich.

Zweitens: Die Aufsichtsbehörde muss unabhängig sein. Das heißt, sie darf weder direkter noch indirekter Beeinflussung von außen unterliegen.

Drittens: Sie wird absehbar als oberste Landesbehörde eingerichtet.

Weil – viertens – Datensicherheit und Datenschutz gerade in Zeiten, in denen Daten wie Waren gehandelt werden und die Bedrohung von Unternehmen und Hackern aus dem außereuropäischen Ausland ausgeht, eminent wichtig sind, soll der Landesdatenschutz in der Lage sein, nicht nur Bußgelder einzutreiben, sondern auch kleine und mittlere Unternehmen in Baden-Württemberg in Sachen Datenschutz und Cybersicherheit zu beraten.

Daraus ergeben sich 14,5 Neustellen und zusätzliche Sachmittel für den Doppelhaushalt 2018/2019. Aber wie beim Landtag legen wir auch hier Wert darauf, dass auch beim Landesdatenschutz im Rahmen einer Organisationsuntersuchung geprüft wird, inwiefern personelle Kapazitäten durch Umorganisation freizusetzen sind und freigesetzt werden können.

Schließlich die Landeszentrale für politische Bildung. Grundsätzlich gilt für uns: Die Landeszentrale für politische Bildung ist eine wichtige Institution.

(Abg. Anton Baron AfD: Für das Beeinflussen der Kinder!)

Im Gegensatz zu den Kollegen von der AfD sind wir von der CDU und sind alle von den anderen Fraktionen von ihrer Bedeutung für die Demokratiebildung überzeugt. Ich erspare mir

(Nicole Razavi)

damit auch jeden weiteren Kommentar zu den Anträgen vonseiten der AfD zu der Abschaffung der Landeszentrale.

Die Verstetigung der Mittel für die Gedenkstättenarbeit war und ist ein großes Anliegen der CDU-Fraktion. Wir wollen damit die sehr wertvolle Arbeit der vielen Ehrenamtlichen honorieren. In Zeiten, in denen sich die Gesellschaft immer stärker pluralisiert und durch Digitalisierung und Globalisierung so schnell verändert wie noch nie, wird Gedenken selbst immer wichtiger. Wir dürfen nie vergessen: Geschichte dient stets als mahnendes Beispiel, damit sich Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Demokratie ist eben keine Selbstverständlichkeit, sondern sie ist schmerzhaft errungen. Wir müssen sie täglich erneuern.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Mustergültig, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist hier das Historial du Hartmannswillerkopf im Elsass. Es ist ein Symbol für die deutsch-französische Aussöhnung, die zugleich eine Grundlage für die Achse Berlin–Paris als europäischer Motor darstellt. Jeder Euro ist gut investiert, um den Besuchern die Schrecken der Kriege erfahrbar zu machen.

Unsere volle Unterstützung hat die Veranstaltung des Landtags zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“. Diesen Meilenstein, diese Wegmarke in der Entwicklung der Demokratie in Deutschland und in Europa, der Gleichberechtigung der Geschlechter als einem Grundwert unserer aufgeklärten Gesellschaft und des Grundgesetzes gilt es wahrlich zu feiern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Podeswa das Wort.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Muslime, sehr geehrte Nichtmuslime! Sie finden diese Begrüßung befremdlich?

(Abg. Nese Erikli GRÜNE: Hallo, geht's noch?)

Befremdlich finde ich es, wenn die deutsche Bevölkerung in den sogenannten Qualitätsmedien so eingeteilt wird. An die Einteilung der deutschen Bevölkerung in schon lange hier Wohnende und noch nicht so lange hier Wohnende sollten wir uns ja schon gewöhnt haben – haben wir aber nicht. Auch den grün-sozialistischen Meinungsmachern

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

wird ganz langsam klar – und sie sind zunehmend irritiert darüber –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hat Ihnen heute Morgen jemand die falsche Rede mitgegeben?)

dass sich der deutsche Anteil der schon länger hier Lebenden nicht so leicht umerziehen lässt, wie das in der Vergangenheit noch der Fall war. Was liegt also näher,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

wenn man an die erwachsene Bevölkerung nicht mehr herankommt, als die Heranwachsenden zu beglücken,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

am besten noch in der Schule zwangszubeglücken?

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geleon [fraktionslos])

Alle Altparteien haben dann auch in einem Änderungsantrag das Budget der Landesanstalt für politische Bildung aufgestockt

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ich finde, Sie sehen ganz schön alt aus! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie können ja nicht einmal den Namen aussprechen!)

– hören Sie doch zu! Sie wissen ja gar nicht, was Sie da aufgestockt haben –,

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sie wissen gar nicht, worum es geht!)

und zwar für das Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Genau!)

Toll, ein hervorragender Titel!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Nur haben Sie sich überhaupt nicht darüber informiert,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Doch!)

was sich hinter dem eingetragenen Verein „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ überhaupt versteckt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, da sind wir einmal gespannt! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Jawohl. – Dieser Verein bezeichnet z. B. Evangelikale als Salafisten. Ich bin sehr gespannt, wie Sie von der CDU Ihren evangelikalen Wählern erklären werden, dass sie mit Salafisten gleichzusetzen sind.

(Beifall bei der AfD)

Wollen Sie die Evangelikalen demnächst auch vom Verfassungsschutz beobachten lassen? Sie haben sich von einem dominanten grünen Koalitionspartner über den Tisch ziehen lassen, und wir werden das natürlich ausnutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben doch schon einmal eine Unterlassungserklärung unterschrieben, oder? – Gegenruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Ein Blick in die Autorenliste dieses Vereins, der unterstützenden Schulmaterial für die politische Bildung beisteuern soll, zeigt dann auch eine ganze Reihe bekannter linksextremer Autoren,

(Abg. Anton Baron AfD: Oh ja!)

(Dr. Rainer Podeswa)

die in deutschlandfeindlichen Publikationen wie der „Jungle World“ veröffentlichen – genau die richtigen Qualitätsmedien –, um sie an der Schule weiterzuverbreiten.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Wie Sie von der FDP, wie Sie von der SPD marxistische und kulturmarxistische Autoren für das Unterrichtsmaterial Ihren Wählern erklären wollen, auch da bin ich sehr gespannt.

Das Einzige, was Sinn macht, ist, dass der Innenminister die Kapazitäten ausweitet für Beamte, die im linksextremistischen und Antifa-Milieu ermitteln, und die Landeszentrale für politische Bildung sorgt für den Nachschub.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Wir werden vor diesem Hintergrund dann auch die Streichung aller Mittel beantragen. Das spart dem Steuerzahler 8 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Wir wissen selbstverständlich, dass das sicherlich nicht heute passieren wird. Gehen Sie aber davon aus, dass es schneller passieren wird, als Sie es sich heute vorstellen können.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr schön!
– Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Der Haushaltsplan 2017 für den Landtag lag noch bei 90,2 Millionen €. Für das Jahr 2018 sind es nun 103,7 Millionen € – eine Steigerung von 15 % nach 10 % im Vorjahr. Das ist nicht etwa den einzelnen, wenigen zusätzlichen Stellen in der Verwaltung geschuldet, die Sie selbstverständlich und zu Recht als notwendig bezeichnet haben, sondern es ist einzig und allein den zusätzlichen Kosten geschuldet, die Sie als Abgeordnete, wie Sie hier sitzen, verursachen. 25 % Mehrkosten für den Landtagshaushalt in den letzten zwei Jahren!

Es ist noch kein Jahr her – etwa zehn Monate –, als wir hier standen, um uns über weitere drastisch erhöhte Pensionsleistungen für Abgeordnete zu unterhalten. Wir von der AfD und die Kollegen von der FDP/DVP waren die einzigen Fraktionen, die sich dagegengestemmt haben und ihrer Rolle gerecht wurden.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Da soll noch einer sagen: „AfD wirkt nicht“!

(Beifall bei der AfD)

Ihr Abgeordnetenpensionsgesetz war das kürzeste Gesetz in der Geschichte von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der AfD)

Auch aktuell sind die Altparteien

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

wieder in der Diskussion über mehr Pensionsmittel für Abgeordnete.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Mack zu?

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Nein. Ich möchte meine Ausführungen ungestört beenden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Warum nicht? Vielleicht sind Ihre Ausführungen nicht stichhaltig! – Abg. Nicole Razavi CDU: Warum nicht?)

Auch heute sind Sie wieder in der Diskussion über eine Erhöhung der Abgeordnetenpensionen. Dieses Mal nicht klamm und heimlich – das ging schief –, sondern jetzt mit den Mitteln der Expertenkommission und mit den Mitteln des Bürgerdialogs. Wir von der AfD haben dazu eine komplett andere Sichtweise, auf die Sie im Traum nicht kommen würden. Ich will sie Ihnen aber erläutern.

(Zuruf: Ich glaube es! – Zurufe der Abg. Beate Böhlen und Martina Braun GRÜNE)

Die Europäische Zentralbank

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

hat in ihrer letzten Vermögensstatistik festgestellt, dass gemessen am Vermögen die deutschen Haushalte mit zu den ärmsten in ganz Europa gehören.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Hört, hört!)

Sie und die Kanzlerin haben behauptet, das liege an den hohen Pensionsrückstellungen und den hohen Renten in Deutschland. Kürzlich hat die OECD festgestellt: Deutsche erhalten die niedrigsten Renten in allen OECD-Ländern,

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

und zwar nach Renteneintrittsalter, nach Rentenbezugsdauer und nach Rentenhöhe.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Quelle?)

– OECD-Studie.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wir fordern Sie auf – Sie sind oft genug in Berlin –: Kümern Sie sich doch nicht um Sonderregelungen für Abgeordnetenpensionen, sondern sorgen Sie für vernünftige Renten für die Bürger. Sie als Abgeordnete profitieren doch am meisten davon.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos] – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Gall.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Aber jetzt!)

Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und werte Kollegen! Der aktuelle Staatshaushaltswurf für die Jahre 2018 und 2019 liegt in den Jahren 2018 und 2019 in der Größenordnung von 49,8 bzw. 51 Milliarden €.

(Reinhold Gall)

Wir verhandeln heute im Einzelplan 01 nicht nur die gesetzgebende Gewalt, das heißt, den Landtag, sondern auch weitere wichtige Institutionen wie den Landesbeauftragten für den Datenschutz, die Landeszentrale für politische Bildung oder beispielsweise den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg.

Das, worüber wir heute verhandeln – in erster Linie der Landtag von Baden-Württemberg –, schlägt dabei mit 88,5 Millionen € zu Buche. Das sind 0,2 % des Gesamthaushalts. 0,2 % des Gesamthaushalts! Das heißt, jede Bürgerin und jeder Bürger dieses Landes zahlt aus ihren bzw. seinen Steuergeldern etwa 8,50 € für das, was wir das Herzstück der Demokratie im Land Baden-Württemberg nennen – pro Jahr wohlgernekt.

Dabei – es ist schon wichtig, das noch einmal deutlich zu machen – ist dies nicht nur das Geld, das die Abgeordneten quasi kosten, sondern in dieser Summe enthalten sind auch 239 Personalstellen des Landtags. Das sind Angestellte und Beamte – das haben die Vorrednerinnen und Vorredner bereits gesagt –, die diesen Betrieb Landtag erst ermöglichen: der Stenografische Dienst, die Haustechnik, der parlamentarische Beratungsdienst. Ferner sind alle Abgeordnetenbezüge sowie die Altersversorgung derer, die dem Parlament nicht mehr angehören, und natürlich auch – ganz besonders wichtig; darauf dürfen wir auch stolz sein – das neue Bürger- und Medienzentrum des Landtags von Baden-Württemberg beinhaltet.

Das heißt, was einen effizienten Mitteleinsatz anbelangt, brauchen wir uns vor niemandem zu verstecken. Ich habe die 8,50 € pro Jahr und Bürger genannt. Der Bundesdurchschnitt beträgt übrigens 13 €. Auch das macht deutlich, dass wir kein billiges, aber ein kostengünstiges Parlament sind.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja! Das stimmt!)

Das gilt natürlich auch, meine Damen und Herren, für den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Da will ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen dafür bedanken, dass wir – ein Stück weit jedenfalls – wieder gemeinsam unterwegs sind, was im vorangegangenen Haushalt nicht der Fall war. Wir haben uns im Vorfeld darauf verständigt, wir haben uns geeinigt, und wir haben diskutiert: Was ist wirklich erforderlich und notwendig ob der neuen Herausforderungen im Datenschutz? Wir haben, glaube ich, einen guten Kompromiss gefunden.

„Ein Stück weit“ habe ich deshalb gesagt, weil es so ist: Wenn die Aufgabe so wichtig ist, wie sie ist, und wir uns deshalb für die Schaffung einer neuen Landesoberbehörde entschieden haben, dann wäre es auch wichtig, dass der Chef dieser Landesoberbehörde so bezahlt wird, wie es einer Landesoberbehörde – jedenfalls im Vergleich mit anderen Landesoberbehörden – tatsächlich gebührt. Leider haben Sie diesen Weg jetzt nicht beschritten. Womit dies zusammenhängt, kann ich nur vermuten. Ich will mich darüber nicht näher auslassen.

(Der Redner schaut in Richtung der CDU-Fraktion.)

Aber ich vermute mal, dass der Einwand eher von dieser Seite her gekommen ist.

(Unruhe – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Im Gegenteil!)

Zu der Landeszentrale für politische Bildung ist zu sagen – das ist mir ganz wichtig; es ist so –: Das, was Sie von der AfD heute beantragen, bedeutet eine Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung. Ihnen möchte ich ganz einfach einmal raten, dort einen Grundkurs zu besuchen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann könnten Sie wenigstens mal lernen, was der tatsächliche Unterschied zwischen Blockparteien und Kartellparteien – diese Begriffe führen Sie ja häufig im Mund – sowie dem, was wir hier tatsächlich an Parlamentarismus pflegen, ist.

(Zurufe von der AfD)

Auf Ihre Bemerkung, Herr Podeswa, will ich schon noch einmal eingehen. Ich finde es geradezu eine Schande für dieses Haus, dass Sie hier hinstehen und sich getrauen, diesen Verein in der Art und Weise madig zu machen und niederzumachen, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU)

Dieser Verein ist nämlich in zeitlicher Nähe zu den unsäglichen Vorgängen in Mölln, in Rostock und in Hoyerswerda gegründet worden. In diesem Zusammenhang wurde dieser Verein gegründet, um gegen Rassismus an Schulen tätig zu werden. Er hat es nicht verdient, von Ihnen so behandelt zu werden, wie Sie es heute gemacht haben.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ein kritisches Wort von mir – ich habe bei den weiteren Institutionen auch den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg genannt –: Der Bürgerbeauftragte muss, meines Erachtens jedenfalls, noch unter Beweis stellen, dass die Einrichtung dieser Institution tatsächlich erforderlich war. Wir alle wissen, glaube ich, schon, dass er aus einem Grundmisstrauen der Grünen gegenüber der Polizei in unserem Land heraus entstanden ist. Deshalb sind wir gespannt auf den ersten Jahresbericht, der im kommenden Jahr – rechtzeitig ein Jahr nach Einsetzung des Bürgerbeauftragten – wirklich einmal fällig wäre.

Meine Damen und Herren, das Parlament hat die Aufgabe – es ist, wie ich finde, ein Privileg –, Gesetze zu verabschieden. Aber natürlich ist es erforderlich, dass Gesetze vor der Verabschiedung ausreichend diskutiert, erörtert, abgewogen werden und dass auch einmal Argumente aus dem gesamten Haus in einen Gesetzentwurf einfließen können. Das lassen Sie bei jedem Gesetzentwurf – bei wirklich jedem Gesetzentwurf! – vermissen. Sie beschließen zwar die Gesetzentwürfe, die in der Regel von der Regierung vorgelegt werden, aber ein echter Diskurs über Inhalte findet in diesem Haus so gut wie gar nicht mehr statt. Das halten wir zunehmend für bedenklich und appellieren deshalb im Zusammenhang mit der Beratung des Etats des Landtags, mal wieder ein bisschen andere parlamentarische Spielregeln gelten zu lassen,

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

damit Argumente beispielsweise auch aus den Oppositionsfraktionen ernsthaft erörtert, diskutiert, abgewogen werden

(Reinhold Gall)

und dann zumindest teilweise auch ihren Niederschlag in Gesetzentwürfen finden können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, politische Kontrolle findet nämlich nicht nur durch die Oppositionsfraktionen statt, sondern politische Kontrolle der Regierung ist auch Aufgabe der Regierungsfractionen. Dem kommen Sie jedenfalls in keinem Fall nach. Das Polizeigesetz war ein Paradebeispiel dafür.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist doch gar nicht wahr!)

Da haben Sie den Gesetzentwurf quasi bis zum letzten Atemzug verteidigt, bis Ihnen in der Anhörung aber auch jeder ins Stammbuch geschrieben hat, dass er nicht verfassungskonform war.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie waren doch gar nicht beteiligt!)

Dann haben Sie sich wieder einspannen lassen, haben das korrigiert, was korrigiert werden musste, um letztendlich nicht vor dem Staatsgerichtshof zu landen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das lasse ich mir nicht sagen! Das ist unverschämt!)

Was den Umgang mit dem Parlament anbelangt, sei mir, Herr Ministerpräsident, eine Bemerkung zu Ihren gestrigen Ausführungen gestattet. Da will ich schon noch mal sagen: Wenn wir nahezu über jeden Kabinettsentwurf, den Sie dienstags im Kabinett behandeln wollen, am Dienstagmorgen oder sogar schon montags in der Zeitung lesen können, spricht dies auch nicht für ein ordentliches Miteinander.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist bei Ihnen genauso!)

Beispielsweise wird auch das Erstverwertungsrecht von Großen Anfragen und Anträgen zunehmend missachtet, insbesondere aus dem Innenministerium,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: In keinem Fall!)

was ich ausdrücklich noch mal ansprechen will.

Also, meine Damen und Herren, was Parlamentarismus, Miteinander, was das Ringen mit der Opposition um den besten Weg anbelangt, könnten Sie sich in anderen Parlamenten etwas anschauen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Vor allem dort, wo die SPD regiert! Das sind die Vorbildparlamente!)

Trotz alledem bin ich der Auffassung, dass das, was inhaltlich im Haushalt veranschlagt ist, richtig ist. Wir stimmen dem Einzelplan 01 – Landtag – deshalb zu.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen im Ausschuss waren

von einer großen Gemeinsamkeit getragen. Es ist offensichtlich, dass sich die Zahl der Personalstellen im Geschäftsbereich des Landtags erhöht hat. Dies geht einerseits auf das neu eröffnete Bürger- und Medienzentrum, andererseits aber auch auf die Unterbringung des Landtags in immer mehr Liegenschaften im Zentrum von Stuttgart zurück. Auch muss die Verwaltung den gestiegenen Anforderungen durch die Fraktionen in Bezug auf Veranstaltungen und Besuchergruppen nachkommen.

Aber nicht nur die Fraktionen haben mehr Veranstaltungen geplant, auch der Landtag hat in den kommenden zwei Jahren zusätzliche Termine vorgesehen, die wir im Haushalt finanziell absichern.

Ich freue mich sehr, dass es auch gelungen ist, den Landesbeauftragten für den Datenschutz personell und finanziell besser auszustatten. Der Datenschutz steht in Baden-Württemberg nämlich vor der größten Herausforderung seit seinen Anfängen. Mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung wurde ein unmittelbar geltendes, Behörden wie Unternehmen gleichermaßen erfassendes, einheitliches Recht für Europa erlassen, das ab Mai 2018 jede Verarbeitung personenbezogener Daten im europäischen Raum reguliert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wir werden auch die Servicestelle Friedensbildung und das Landesprogramm gegen rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewalt bei der Landeszentrale für politische Bildung fortsetzen und finanziell absichern – anders als die AfD, die Mittel und Personalstellen der Landeszentrale für politische Bildung einstampfen will, weil diese, wie gesagt wurde, das Ziel der ideologiefreien, demokratischen Bildung der Bürger verfehlt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Genau!)

– Ja. Warten Sie nur ab, was noch kommt. Zuhören hilft da manchmal.

Davon ausnehmen will die AfD die Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung. Letzteres sind die politischen Stiftungen im Land, und auf diese Töpfe will die AfD natürlich zukünftig nicht verzichten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Waffengleichheit, Herr Kollege!)

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in diesen Zeiten brauchen wir nicht weniger politische Bildung in der Gesellschaft, sondern wir brauchen mehr politische Bildung in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

Wir brauchen das, damit unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auch in Zukunft gegen alle Angriffe von rechts und von links stabil gehalten werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen, der CDU und der SPD – Zurufe von der AfD)

(Dr. Timm Kern)

Besonders wichtig ist mir auch die Fortschreibung und Zukunftssicherung der Gedenkstättenarbeit und Gedenkstättenförderung. Auch diese Arbeit ist für uns Freie Demokraten unverzichtbar und deshalb entsprechend förderungswürdig. Denn wer aus den Fehlern der Vergangenheit nicht lernt, läuft Gefahr, dass sich diese wiederholen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Der Einzug der AfD in den Landtag – das haben wir ja heute wieder gemerkt –

(Zuruf von der AfD: Das tut heute noch weh!)

hat die politische Kultur verändert.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

So sind die politischen Debatten deutlich aggressiver als in der Vergangenheit geworden,

(Zuruf von der AfD: So soll es auch sein!)

und Stuttgart ist zu einem bundesweiten Hotspot für Parlamentsjuristen geworden. Sie müssen die immer neuen und skurrilen Wendungen der AfD wie z. B. Spaltungen oder Redeverbote regeln.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Das hat die FDP damals auch gemacht! – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Die Debatten sind durch die AfD aber nicht nur deutlich aggressiver, sondern teilweise sogar schamlos geworden. Bei nicht wenigen Rednern dieser Fraktion hat man das Gefühl, dass sie sich durch möglichst absurde oder beleidigende Vergleiche oder Behauptungen entsprechendes Ansehen in den eigenen Reihen verschaffen wollen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ihnen geht es weniger um den seriösen Wettstreit zwischen unterschiedlichen politischen Forderungen als vielmehr um den lautstarken Applaus aus den eigenen Reihen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie kriegen doch gar nichts auf die Reihe!)

Viele Ihrer MdLs widerstehen der Versuchung nicht, auch noch den größten Unsinn johlend in diesem Haus zu beklatschen, wenn der Redner wieder zurück in diese Reihen geht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Der Seriosität und Ernsthaftigkeit dieses Hohen Hauses wird die AfD-Fraktion jedenfalls bisher in keiner Weise gerecht.

(Zuruf von der AfD: Das ist ein AfD-Thema!)

Die Ernsthaftigkeit dieses Hauses gebietet es aus Sicht der Freien Demokraten, dass wir hier einen Umgang unter den Abgeordneten pflegen, der für die Gesellschaft insgesamt als Vorbild dienlich ist. Diesem Anspruch wurde die AfD jedenfalls bisher in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Oh-Rufe – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wir werden uns auch nicht anpassen!)

Die FDP/DVP stimmt dem Einzelplan 01 – Landtag – zu, weil auch wir die besonderen Umstände und Anstrengungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen und würdigen. Exemplarisch zu nennen ist in diesem Zusammenhang der Petitionsausschuss und das damit verbundene Ausschussbüro. Mit über 7 000 Petitionseingaben in jeder Legislaturperiode leisten sie eine wichtige Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger. Auch hier sehen wir: Nicht jede bürokratische Entscheidung muss man auch genau so fällen.

Daher möchte ich mich namens der FDP/DVP-Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete hoch professionelle Arbeit im Hintergrund bedanken. Wir wissen, dass wir uns auch zu ungewöhnlichen Zeiten immer auf sie verlassen können.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal etwas zu dem Thema „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sagen. Das ist aus meiner Sicht ein unverzichtbares, ein hervorragendes Projekt.

(Beifall des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich kenne es sehr gut, weil ich an der Schule in Reutlingen, an der ich unterrichtet habe, selbst an der Umsetzung dieses Projekts beteiligt war. Mir ist es völlig schleierhaft, wie man auch nur irgendetwas gegen dieses Projekt sagen kann.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut! – Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Ich bin stolz und dankbar,

(Zuruf: Linksextremisten!)

dass ich in meinem Wahlkreis auch Pate für eine Schule bin, die „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ umgesetzt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Wir brauchen mehr Schulen in Baden-Württemberg, die sich für dieses Projekt einsetzen. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist hervorragend. Sie können ja noch nicht einmal einen Haushalt richtig lesen, wenn Sie sagen, da würden Gelder an diesen Verein gehen.

(Zuruf von der AfD)

Wenn Sie sich einmal damit beschäftigen, stellen Sie fest: Die Gelder, die wir zur Verfügung stellen, gehen an das Kolping-Bildungswerk. So viel zum Thema „Kompetenz der AfD“, was den Haushalt angeht.

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war ein toller Rundumschlag gegen die AfD – Donnerwetter! –, aber inhaltlich: rein gar nichts, eine unheimliche Selbstgefälligkeit der Altparteien, keine konkreten Beispiele und eine Verächtlichmachung des politischen Gegners. Das ist die Quintessenz von dem, was wir heute gehört haben.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich gehe einmal auf einen Punkt ein: Schule mit Courage und ohne Rassismus. Was verstehen Sie unter Courage? Unter Courage verstehen Sie, dass man alle offenen Türen des Zeitgeists einrennt. Dann ist man couragiert. Aber wenn man gegen den Zeitgeist angeht, gegen den Strom schwimmt, dann ist man natürlich ein Feind der Demokratie und ein Verächtlichmacher.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau so ist es!)

Schule ohne Rassismus: Ja, meine Damen und Herren, was verstehen Sie unter Rassismus? Das ist der Knackpunkt. Das, was Sie unter Rassismus verstehen, ist eine Erfindung der Linken. Ein Rassismus der Deutschen ist bei uns völlig unterentwickelt. Der wird hochgespielt mit einem ganz konkreten Ziel.

(Abg. Winfried Mack CDU: Der Rassismus sei unterentwickelt bei uns!)

Die konkrete Definition, um die es Ihnen geht: Jeder, der die offizielle Zuwanderungspolitik boykottiert, ist ein Rassist. Das ist Ihre Definition, und die ist Schrott.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Den tatsächlichen Rassismus, den thematisieren Sie überhaupt nicht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, ist nicht die Redezeit schon um? Mein Gefühl sagt mir, sie müsste schon längst um sein!)

Denn der Rassismus – das sage ich Ihnen – gegen Deutsche im Land ist inzwischen wesentlich größer als der Rassismus der Deutschen gegen andere. Der berüchtigtste Rassismus ist der „Almanhass“ der Türken. Was da geschieht, das läuft nur nicht in der Presse unter dem Thema Rassismus. Das ist aber das Thema, dass etliche Dinge, etliche Gewaltanwendungen, etliche kriminelle Delikte mit antideutschem Hass begangen werden. Es geht erst einmal darum, dass man das thematisiert. „Almanhass“ – vielleicht haben Sie den Begriff gehört; der kommt allmählich auf. Das geht natürlich auch in anderen Spielarten. Darauf will ich im Einzelnen nicht eingehen.

Politische Bildung: Was Sie politische Bildung nennen, da müssen wir natürlich dagegen sein. Das ist im Wesentlichen rot-grüne Agitation und Propaganda. Das ist doch nicht politische Bildung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Das ist einseitig, und das ist auch unparlamentarisch, weil Sie einfach nicht beispielbezogen und konkret auf die Argumente des politischen Gegners eingehen, auf die Aktionen. Das müssen Sie in diesem Prozess lernen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das schreiben Sie uns nicht vor! Ausgerechnet Sie!)

Die AfD kann den Prozess schon wesentlich besser, aber Sie müssen ihn erst noch lernen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Gögel klatscht! Podeswa klatscht!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3201. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0101

Landtag

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3201.

Zu Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3301-1, vor, der eine personelle Verstärkung des Petitionsausschusses fordert. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0101 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer Kapitel 0101 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0101 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0102

Allgemeine Bewilligungen

Wer Kapitel 0102 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0102 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 0103

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3201. Wer Kapitel 0103 zustimmt, den

(Präsidentin Muhterem Aras)

bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0103 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0104

Landeszentrale für politische Bildung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3201.

Zu diesem Kapitel liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3301-2, vor, der die Streichung dieses Kapitels mit Ausnahme des Titels 685 01 – Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung – und der Titelgruppe 78 – Für die Gedenkstättenarbeit – fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0104 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer Kapitel 0104 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0104 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0105

Der Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3301-3, vor, der die ersatzlose Streichung dieses Kapitels fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0105 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0105 ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 01 angelangt. Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 1 b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3208

Berichterstatter: Abg. Dr. Albrecht Schütte

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich nun Frau Abg. Braun für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Martina Braun GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die Adventszeit ist die Zeit der Wunschlisten. Auch bei Haushaltsplanberatungen ist es so, dass gern Wünsche geäußert werden. Trotzdem schenken wir uns nichts.

Wir haben viel geschafft. Wir Grünen haben im Einzelplan 08 ein Paket mitgeschnürt, das die Landwirtschaft, den ländlichen Raum und den Verbraucherschutz bereichert. Es ist vergleichsweise klein, macht der Haushalt des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz doch lediglich 1,6 % des gesamten Landeshaushalts aus. Aber es ist immerhin knapp 828 Millionen € schwer, und wir nutzen diese Summe breitflächig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das Paket, meine Damen und Herren, ist ganz wesentlich grün.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aha!)

Das heißt, wir werden große Herausforderungen der Zukunft nachhaltig und ökologisch angehen. Darüber bin ich sehr froh.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die CDU schaut komisch!)

Wie komme ich im ländlichen Raum schnell und klimafreundlich von A nach B? Wie unterstützen wir Bäuerinnen und Bauern am besten dabei, gesunde Lebensmittel zu produzieren und den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wie schützen wir unseren Lebensraum, die Tiere, Pflanzen und Böden? Wie erhalten wir wertvolle Kulturlandschaften und nutzen wir die Flächen im Land nachhaltig? Sie sehen: Das sind die Kernfragen der nächsten Jahre und Jahrzehnte, die ein Doppelhaushalt allein nicht lösen kann. Aber wir packen die Herausforderungen an – hier und jetzt, so wie bisher.

Wie unsere Finanzministerin Edith Sitzmann erklärt hat, stehen wir mit dem kommenden Haushalt gut da. Keine neuen Schulden, Rekorderlöse und gleichzeitig Schuldenabbau – wie sie sagt: der Zukunft zugewandt. Das gilt auch für den ländlichen Raum.

Um das möglich zu machen, nutzen wir auch die Unterstützung von Bund und EU. Nicht umsonst heißt es „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur“. Hier nimmt uns der Bund 60 % der Ausgaben ab und stellt über 50 Millionen € zur Verfügung.

Die EU hat zuletzt mit der verlängerten Glyphosat-Zulassung Schlagzeilen gemacht. Ich verurteile die Zulassung für weitere fünf Jahre scharf.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist nicht die Richtung, in die wir Baden-Württemberg bewegen wollen.

(Martina Braun)

Die EU bleibt dennoch weiterhin eine wichtige Unterstützerin unserer Sache. Auch die nächsten zwei Jahre wird das Land über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, ELER, mit über 105 Millionen € gefördert. Dazu kommt das Förderprogramm „Innovation und Energiewende“ des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, EFRE, mit über 35 Millionen €. Die Förderung steigt in den nächsten Jahren sogar leicht an. Davon profitieren z. B. die Agrarinvestitionsförderung, der Naturschutz auf landwirtschaftlich genutzten Flächen und besonders das LEADER-Programm, das Entwicklung im ländlichen Raum fördert, sowie etliche weitere Programme.

Wir erhöhen in den nächsten zwei Jahren das Volumen des Förderprogramms für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl, kurz FAKT. Von 99 Millionen € in diesem Jahr steigt es im Doppelhaushalt auf 110 Millionen € – für mehr Naturschutz, Tierwohl und Klimaschutz in der Landwirtschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das ist die Richtung, in die wir in Baden-Württemberg gehen wollen, meine Damen und Herren.

Der ländliche Raum liegt uns am Herzen und hat große Herausforderungen zu bewältigen. Deshalb werden wir das Fördervolumen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum, ELR, von 50 Millionen € in den kommenden zwei Jahren auf 80 Millionen € erhöhen. Mehr Projekte werden damit abgedeckt, gleichzeitig sinkt der Verwaltungskostenanteil. Das Entwicklungsprogramm ist ein wichtiges Instrument, um die Strukturen im ländlichen Raum zu verbessern. Denn ein Drittel der Bürger leben dort. Viel mehr noch: 70 % der Bürger haben das Gefühl, im ländlichen Raum zu leben. Es ist unser Ziel und unsere Aufgabe, dort die Lebensqualität und die Wirtschaftskraft zu steigern und gleichwertige Verhältnisse in Stadt und Land zu schaffen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Lebensqualität durch regionale Daseinsvorsorge, das heißt Ärzte, Lehrer, gute Verkehrsanbindung und vieles mehr, Wirtschaftskraft, z. B. durch Förderprojekte wie „Spitze auf dem Land“, mit dem das Land innovative Betriebe im ländlichen Raum fördert, weil unser Ländle auch dort Spitze ist und bleiben soll.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Natürlich macht sich unser Arbeitskreis für Projekte stark, die allen zugutekommen, nicht nur den Menschen und Betrieben im ländlichen Raum. Wegweisend ist die Biodiversitätsstrategie des Landes, ein Herzensprojekt unseres Ministerpräsidenten, um die Artenvielfalt in den politischen Fokus zu rücken. Er hat uns den Auftrag gegeben, diesen Maßnahmenplan als deutschlandweiten Meilenstein zu realisieren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das gelingt nur, indem wir die Landnutzer ins Boot holen: weniger Pestizide, mehr Blühstreifen, mehr Arten in den Ackerbauregionen, bessere land- und forstwirtschaftliche Beratung, stärkere Unterstützung der Imker. Wir kämpfen um jede Biene. Die Wissenschaft gibt uns recht, und die Natur wird es uns danken.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir machen uns stark für mehr Bioprodukte und mehr Fläche, die ökologisch bewirtschaftet wird. Derzeit läuft die Bewerbung zur Auswahl von Bio-Musterregionen – Regionen, die besonders innovativ im Ökolandbau, in der Verarbeitung der Produkte und der Vermarktung vorangehen wollen. Sie werden ausgewählt und künftig bei der Umsetzung ihrer Projekte für mehr Ökolandbau unterstützt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das wichtigste Mittel zum Leben ist Wasser. Deshalb schaffen wir zusätzliche Stellen für Trinkwasseruntersuchungen.

In der Außer-Haus-Verpflegung geht das Land

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wein gehört auch dazu!)

– das kommt noch – in einem Modellvorhaben mit gutem Beispiel voran. Wir streben einen Bioanteil von 15 % in landeseigenen Kantinen und Mensen an. Das bringt weitere Perspektiven für unsere Landwirtschaft. Es ist ökologischer, es ist lecker – es ist einfach das Richtige, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir machen uns stark für die Unterstützung der Betriebe in unserem Land bei der Bewältigung der großen Schäden, die der Frost im April dieses Jahres in Baden-Württemberg verursacht hat. Das Land stellt 50 Millionen € zur Verfügung. Wir fördern Software, die auch die Produktion und die direkte Vermarktung im städtischen Raum vereinfacht, für eine bessere Lebensmittelversorgung.

Auch die traditionelle Landwirtschaft statten wir mit effizienten digitalen Systemen aus: optimierte Bewässerung, weniger Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Wir müssen Landwirte dafür ausbilden und müssen sie beraten, wir müssen aber auch die digitale Infrastruktur und den rechtlichen Rahmen schaffen. Da sind wir dran – der Zukunft zugewandt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Herausforderungen sind groß: Artensterben, demografischer Wandel, Strukturwandel in der Landwirtschaft. Wenn wir das nicht in den Griff bekommen, wird uns das mehr kosten, als jede Kasse decken kann.

Wir sind uns dessen bewusst, und wir behalten unsere Aufgaben im Blick – und diese gehen uns nicht aus. Wir werden daran mitwirken, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der EU in der neuen Förderperiode 2020 nachhaltiger und gerechter wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir gestalten die Forstverwaltung neu. Regionale Produkte stärker in den Vordergrund zu stellen ist ebenfalls eine Aufgabe. Auch im Tierschutz und bei der Nutztierhaltung wollen wir weiter vorankommen.

Vom Wasser bis zum Wein, Herr Reinhart,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

(Martina Braun)

vom Boden bis zur Blüte – wir wollen diese Schätze schützen. Denn wer nicht anpackt, der kann einpacken.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bravo! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Ich danke zum Schluss jedem, der bei dieser Jahrhundertaufgabe mit anpackt. Das betrifft meine Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden, jeden Fischer, jede Winzerin, jeden Bauern, jede Jägerin, jeden Kindergärtner, jede Ärztin im ländlichen Raum, alle Hobbyimker sowie alle Ehrenamtlichen, die sich teilweise täglich reinknieen und sich der Zukunft zuwenden. Ich spreche ihnen meinen Dank aus.

(Abg. Winfried Mack CDU: Habt ihr die Förster nicht vergessen? – Abg. Anton Baron AfD: Gesundheitsversorgung!)

Meine Damen und Herren, im ländlichen Raum treffen zahlreiche Interessen aufeinander – neben Landwirtschaft und Wirtschaft eben auch Tourismus, Verkehr, Soziales und natürlich der Naturschutz. Diesem wird der Kabinettsausschuss Ländlicher Raum gerecht, der auch weiterhin ressortübergreifend agiert. Vielen Dank dem Ministerpräsidenten, der das ins Leben gerufen hat, und vielen Dank den Bürgerinnen und Bürgern, die mit dem Ausschuss in den Dialog treten. Nur so gelingt's!

Am Ende steht mit dem Einzelplan 08 ein Haushaltsplan, mit dem ich sehr zufrieden bin. Wir haben viel erreicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rapp.

(Zuruf von der CDU: Das waren schon Vorschusslorbeeren!)

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Ihr klatscht ja schon, wenn ich aufstehe.

(Zurufe von der CDU: Ja! – Vereinzelt Heiterkeit)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir entscheiden heute über den Einzelplan des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Mit diesem Doppelhaushalt können wir wichtige Impulse in zentralen Politikfeldern des ländlichen Raums setzen. Wir tragen zur Stärkung der Regionalität und der Strukturen im ländlichen Raum bei. Es ist uns gelungen, wichtige Projekte fortzuführen, aber auch neue Impulse zu setzen.

Maßgebend waren für uns dabei – der Maßstab macht's – Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit der Maßnahmen und Projekte, dies auch vor dem Hintergrund, dass das MLR im Prinzip den vergleichsweise kleinsten Etat, den kleinsten Haushalt hat. Grund dafür ist natürlich, dass enorm viele der verausgabten Mittel vonseiten der EU, vonseiten des Bundes kommen und nur dann verfügbar werden, wenn das Land Baden-Württemberg kofinanziert.

Wenn ich von einem relativ kleinen Haushalt spreche, meine ich natürlich das, was an Gestaltungsmöglichkeiten und an Mitteln überhaupt verfügbar bleibt für die ländlichen Räume, für die vielseitigen und vielfältigen Querschnittsaufgaben und zusammenhängende Aufgaben, die wir abdecken müssen. Mit dem vorliegenden Haushalt werden wir deshalb vor allem fünf Punkte abdecken: erstens die Attraktivität des ländlichen Raums erhalten und weiter steigern, zweitens eine nachhaltige flächendeckende land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung ermöglichen und sicherstellen, drittens zur Bewahrung und zur Pflege unserer Kulturlandschaft beitragen, viertens die biologische Vielfalt erhalten und stärken und fünftens eine wirksame Verbraucherschutzpolitik umsetzen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Dabei wollen wir die vielen unterschiedlichen Akteure unterstützen, die alle für sich und im Zusammenspiel miteinander für die Attraktivität der ländlichen Regionen Sorge tragen – seien es die Jäger, die Fischer und die Imker, seien es die Naturparke, Geoparke und nicht zuletzt auch unsere Kommunen.

Baden-Württemberg lebt von einem guten Miteinander von Stadt und Land. Wenn wir von Land reden, dann sprechen wir über 70 % unserer Landesfläche und von enormen Herausforderungen, die diese Regionen betreffen. Diese Herausforderungen sind in vielen Bereichen eben nicht mit denen in den städtischen Zentren vergleichbar. Dies zeigt sich z. B. auch mit Blick auf die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen.

Die Schaffung und Sicherstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen ist nicht nur ein Staatsziel des Landes Baden-Württemberg, sondern auch Richtschnur für die CDU-Landtagsfraktion sowie für die Politik des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und Minister Peter Hauk.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Unsere zahlreichen Förderprogramme sind dabei ein wesentlicher Faktor. Beispielhaft möchte ich das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum herausgreifen. Wir haben für den anstehenden Haushalt die Mittel des ELR nochmals deutlich erhöht, weil dieses Programm viele Querschnittsaufgaben im ländlichen Raum in besonderer Weise abdeckt, und zwar vom heimatnahen Arbeitsplatzerhalt, von der Entstehung neuen Wohnraums, der Förderung von klimaneutralem Bauen mit Holz bis hin zum Erhalt der Nahversorgung, aber auch der Dorfgastronomie und des Tourismus. Das ELR ist damit mehr denn je Impulsgeber und Garant für die Entwicklung der ländlichen Räume.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

In den kommenden Jahren flankieren wir dies zusätzlich mit einem Programm für die kleineren Kommunen, einem Bauprogramm für ländliche Wege, mit dem wir auch hier deutlich Unterstützung leisten.

Ich möchte im Folgenden nicht auf die ganze Bandbreite der politischen Handlungsbereiche abheben, sondern mich auf drei bis vier wesentliche Bereiche beschränken. Allem voran steht etwas, was in Baden-Württemberg, in ganz Deutschland derzeit in aller Munde ist. Das ist die Sorge um die Artenvielfalt und um die Biodiversität.

(Dr. Patrick Rapp)

Viele Arten sind heute vom Aussterben bedroht. Es ist ein Rückgang der Insektenpopulationen zu verzeichnen. Diesen Entwicklungen gilt es entgegenzutreten. Vor diesem Hintergrund war es uns ein Anliegen, die notwendige Sanierung bzw. Erweiterung der badischen Imkerschulen mit jeweils 250 000 € im Haushalt zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Darüber hinaus leisten wir mit dem Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt einen wichtigen Beitrag zur Stärkung und zum Erhalt der Biodiversität. Es ist uns dabei auch bewusst, dass wirksame Maßnahmen nur in der Fläche des Landes umgesetzt werden können, und zwar in der bewirtschafteten Fläche. Diese Maßnahmen müssen in enger Zusammenarbeit mit den Landwirten, den Waldbesitzern, den Imkern, den Jägern und den Fischern durchgeführt werden.

Neben dem Aufwuchs bei diesem Sonderprogramm haben wir auch im Förderprogramm FAKT – die Kollegin Braun hat es bereits angesprochen – für die Landwirtschaft die Mittel erhöht. Hier gilt es, vor allem bei den gegebenen Rahmenbedingungen – das sind z. B. wachsender Flächendruck, zunehmende Restriktionen für die Landwirte –, tragfähige und umsetzbare Lösungen für die Zukunft anzubieten.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Dazu gehört auch eine Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Neben zusätzlichen Mitteln für die Regionalstrategie des Ministeriums haben wir, die CDU-Landtagsfraktion, hierfür mit gesonderten Mitteln ein sehr besonderes Projekt initiiert, den sogenannten digitalen Bauernhof. Dabei handelt es sich um einen bestehenden landwirtschaftlichen Betrieb, bei dem alle Betriebsabläufe untereinander vernetzt, teilweise digital gesteuert und autonom durchgeführt werden können. Smart Farming und Precision Farming bieten in diesem Bereich die Möglichkeit – gerade für kleinere Betriebe –, Düng- und Pflanzenschutzmittel zentimetergenau zu dosieren und damit auch eine tatsächliche Reduzierung der eingesetzten Betriebsmittel zu erreichen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig – das ist aus unserer Sicht viel höher zu bewerten – wird eine Chance eröffnet, mit den autonom und vernetzt arbeitenden Technologien, mit Kleinrobotern auch auf größeren Flächen mechanischen Pflanzenschutz umzusetzen und damit in der Landwirtschaft ganz ohne Chemie zu arbeiten.

An dieser Stelle will ich auch denjenigen danken, die sich bereit erklärt haben, dieses Projekt zu unterstützen und mitzutragen. Dies sind ein Teil des Genossenschaftsverbands, aber auch Projektpartner aus der Industrie, die es möglich machen, dass diese Technologie eben nicht nur von großen landwirtschaftlichen Betrieben, sondern passend für die kleinbäuerliche Struktur bei uns in Baden-Württemberg eingesetzt werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

In den ländlichen Räumen stellt uns aber auch der Umgang mit verschiedenen Wildtierarten vor neue Herausforderungen.

Die Diskussion um den Umgang mit Wolf und Biber wird leidenschaftlich und oftmals leider auch unversöhnlich geführt. Es geht aber auch um manch heimische Art. Beispielsweise ist die große Wildschweinpopulation sehr problematisch.

Wir sind uns daher über die Bedeutung der Jagd und der Arbeit der Jäger, aber natürlich auch über die Zielkonflikte im Land durchaus im Klaren.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

In diesen Haushalt stellen wir daher zusätzliche Gelder für das Wildtiermonitoring und den Wildtierbericht ein. Wir erhoffen uns davon neue Erkenntnisse, um die weiteren Maßnahmen auch effizient durchführen zu können.

Meine Damen und Herren, Verbraucherschutz und bewusste Ernährung, aber auch die Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft, Natur und Mensch sind weitere bedeutende Handlungsfelder. Wir wollen daher den Verbraucherschutz verbessern. Dazu gehört eine verantwortungsvolle Kontrolle von Produkten und Lebensmitteln. Auch deswegen ist es wichtig, dass bei den Chemischen und Veterinäruntersuchungsämtern im Land neue Stellen geschaffen werden. Denn diese sind zwingend erforderlich.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Aber – wenn wir bei gesunder Ernährung sind –: Immer mehr Menschen wünschen sich gesunde und regionale Lebensmittel und Ernährung. Genau in diesem Bereich wollen wir verschiedene zukunftsweisende Projekte, die aus den Reihen der Naturparke an uns herangetragen wurden, unterstützen, insbesondere ein Projekt, das den seltsamen Namen „Food truck“ trägt. Durch dieses Projekt werden Kinder und Erwachsene vor Ort für gesundes, regionales Essen begeistert. Dieses Projekt steht beispielhaft für weitere Initiativen auch des Ministeriums für Ländlichen Raum. Dieses Pilotprojekt soll vor Ort über die Herkunft unserer regionalen Lebensmittel, aber auch über deren Produktion und Verarbeitung informieren.

Mit dem Projekt „Naturpark-Detektive“ wollen wir weitere Konzeptionen auf den Weg bringen, moderne Smartphone-technik raus in die Natur – also nicht „Smartphone aus“, sondern „Smartphone raus“ – bringen.

(Abg. Anton Baron AfD: Was machen die genau?)

Abschließend darf ich Ihnen sagen, dass wir uns auch die Unterstützung des Kabinettsausschusses auf die Fahnen geschrieben haben. Es geht um die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in den ländlichen Regionen,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

und zwar vor dem Hintergrund, dass viele Gemeinden im Land keine ärztliche Versorgung mehr vorhalten können.

(Abg. Anton Baron AfD: Hohenlohe!)

Aus diesem Grund bringen wir zusammen mit dem Gemeindetag, dem Hausärzteverband und Genossenschaften genossenschaftliche Modelle auf den Weg – ein herzliches Dankeschön an den Minister –, um diese medizinischen Versorgungszentren mit all ihren Möglichkeiten zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

(Dr. Patrick Rapp)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist ein gelungenes Gesamtprojekt, das alle Belange im ländlichen Raum berücksichtigt. Es ist Richtschnur für die Politik der kommenden Jahre und trägt auch die Handschrift der CDU. Ich danke allen, die dabei unterstützt haben.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bravo! Guter Mann!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stein das Wort.

Abg. Udo Stein AfD: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Aras, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Präsidentin Muhterem Aras: „Präsidentin“. Aber gut.

Abg. Udo Stein AfD: Okay. – Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! So viel zum Thema Gleichbehandlung. Sie wurden am 22. Februar von Herrn Aden auch so angesprochen. Aber wir lassen es gut sein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Also haben Sie es provokativ gemacht! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

– Richtig.

Haushaltsreden zum Thema „Ländlicher Raum“ und insbesondere zur Agrarpolitik stehen im Verdacht, eine gewisse Langeweile und eine angebliche Komplexität zu haben. Dadurch könnte der Eindruck entstehen, dass dieses Themenfeld für nicht viel Aufsehen sorgen wird. Doch Achtung! Diese Langeweile und diese angebliche Komplexität der Materie, welche Agrarpolitik und Funktionäre gern verbreiten, hat System. Warum sie dies vermitteln, ist klar erkennbar: Es sollen möglichst viele zahlen. Ein paar Große profitieren, aber möglichst wenige sollen durchblicken oder gar mitreden können. Ich komme noch dazu.

Mit einem Volumen von rund 800 Millionen € ist der Haushalt des Ministeriums für Ländlichen Raum einer der kleineren Posten. Es entspricht 1,6 % des Gesamthaushalts. Allein diese Tatsache entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn man betrachtet, dass der Großteil der in Baden-Württemberg lebenden Menschen noch immer – Sie haben es gesagt: gefühlte 70 % – unter den Bereich „Ländlicher Raum“ fällt.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Es sind nur 34 %! 70 % der Fläche!)

Noch besser gestaltet sich die Tatsache, dass dieses Parlament über den Großteil der zur Verfügung gestellten Gelder gar nicht allein zu entscheiden hat. Berlin und Brüssel schwingen dabei das Zepter, während das Land den Batzen bekommt, über den man dann vielleicht noch mitzuentcheiden hat, damit man den Batzen schluckt. Das mag manchen hier durchaus gefallen, können sie dann doch stets behaupten, dass einem ja die Hände gebunden wären, man größtenteils nur Empfänger und somit völlig unschuldig sei.

Uns von der AfD liegt das Wohl der Gesellschaft und der Menschen noch am Herzen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Deshalb haben wir uns bei allen Kreisbauernverbänden im Land angemeldet, um in den Wintermonaten mit den Land-

wirten über die Gemeinsame Agrarpolitik ins Gespräch zu kommen und zu diskutieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die werden eine Freude haben! – Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich brauche mich nicht anzumelden! Ich kann auch so kommen!)

Nach dieser Schelte gilt es doch auch einmal die Konkurrenz zu loben. Die Grünen haben im Bundestag am 6. Juni eine gute Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, nämlich danach, wie sich die 3 Milliarden € EU-Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik im Jahr 2016 auf die verschiedenen Größenklassen der Betriebe verteilen. Die Antwort der Bundesregierung aus der zentralen Datenbank zu allen diesen Subventionen ist so ausführlich wie skandalös. Die größten Betriebe – 1 % der Betriebe – bekommen 22 % der 3 Milliarden €. 1 % der Betriebe greifen im Jahr also ca. 670 Millionen € ab; das sind pro Betrieb fast 209 000 €. Auf die Spitze getrieben: Die 320 größten Betriebe – nur 0,1 % – bekommen völlig legal 155 Millionen €; das bedeutet eine halbe Million Euro pro Betrieb. Die 32 000 größten Betriebe unter den Bauern – 10 % –, nehmen schon 55 % der 3 Milliarden € in Anspruch. Die größten 50 % bekommen 93 %. Logisch, dass dann für die Hälfte mit den kleineren Betrieben nur 7 % der Flächensubventionen übrig bleiben.

(Zuruf von der AfD: Skandal!)

Diese grobe Ungerechtigkeit scheint keinen der schon länger hier Sitzenden zu interessieren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Wir, die Alternative für Deutschland, sprechen dies allerdings an und bringen den Mut dazu auf. Der Kollege Reinhart hat gestern von Mut gesprochen. Jetzt reden wir einmal über die Zahlen und darüber, wer die Gelder bekommt.

Die hiesigen und früheren Regierungsfractionen hatten ursprünglich den Landwirten versprochen, gerade eine Politik zugunsten der kleineren Betriebe zu gestalten. Was ist aus diesem Versprechen geworden? Das frage ich Sie jetzt. Jeder Hektar ist gleich viel wert, sagten dazu die fünf ostdeutschen Landwirtschaftsminister in einer gemeinsamen Erklärung von diesem Herbst. Das ist verständlich – die LPG-Nachfolgebetriebe sind die größten Nutznießer dieser Verteilung mit einer Gießkanne faulen Wassers,

(Zuruf des Ministers Peter Hauk)

die die Großen in der Konkurrenz gegen die Kleinen noch stärker macht. Der prominenteste Fall ist der Optikerkonzern Fielmann, der für seinen Hof über 600 000 € im Jahr an Subventionen bekommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ziel war es einstmals, mittels Subventionierung die kleineren Betriebe zu stärken und zu erhalten. Jetzt frage ich Sie: Was wurde am Ende erreicht? Sie alle kennen die Zahlen, wie sich die Betriebe entwickeln. Viele Kleinstbetriebe in familiärer Hand – und mit viel Engagement bewirtschaftet – mussten mittlerweile leider das Handtuch werfen und haben aufgegeben. Spätestens jetzt ist klar, warum Agrarpolitik in der Ver-

(Udo Stein)

gangenheit eher als Geheimwissenschaft unter einem Berg von Bürokratie betrieben wurde und so tief unter dem Radar von der „heute-show“ – jetzt ist Herr Rülke nicht da; das ist seine Lieblingsquelle – noch nicht entdeckt wurde.

Für diese ganze Misere trägt die CDU-dominierte Landwirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte die Hauptverantwortung.

(Beifall bei der AfD)

Freilich: Auch der grüne Agrarminister Bonde hat diese Entwicklung nicht gestoppt, und selbst die Grünen als größere Regierungsfraktion haben es nicht geschafft oder gewollt, hier den entscheidenden Hebel umzulegen.

Wir haben bei diesem Haushalt nicht nach Kleinigkeiten gesucht. Wir möchten die gut funktionierende Verwaltung nicht weiter ausdünnen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wir haben auch der Erhöhung der Zahl der Veterinäre zugestimmt.

Alles in allem braucht man sich nicht zu wundern, dass bei immer mehr Menschen das Vertrauen in Ihre Politik verloren gegangen ist.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stein, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hoher zu?

Abg. Udo Stein AfD: Zum Schluss.

Präsidentin Muhterem Aras: Zum Schluss.

(Minister Peter Hauk: Dann ist es aber keine Zwischenfrage mehr!)

Abg. Udo Stein AfD: Wer sollte Ihnen noch vertrauen, Ihnen,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sagen Sie noch etwas zu Ihren Änderungsanträgen?)

die Sie über Jahrzehnte hinweg dem Bürger eine solch unsägliche Politik aufgezwungen haben? Mit uns von der Alternative für Deutschland sitzt nun aber eine Stimme in diesem Parlament,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sagen Sie noch etwas zu Ihren Änderungsanträgen?)

die den Finger in die Wunde legt und den Bürger über die Machenschaften aufklären wird.

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Und dies verspreche ich Ihnen auch weiterhin.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geleon [fraktionslos] – Abg. Beate Böhlen und Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ohne Änderungsantrag! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Bitte keine Details!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Nelius das Wort.

Abg. Georg Nelius SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns sicher alle, dass sich nach aktuellen Berichten die Ertragssituation in der Landwirtschaft deutlich verbessert hat – leider mit Ausnahme der Ackerbaubetriebe. Aber Gott sei Dank ist wieder Bewegung in diese Entwicklung gekommen, und zwar deutlich nach oben.

Der Haushalt des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz dagegen liest sich über weite Strecken leider als ein Dokument des Stillstands. Die meisten Haushaltstitel im Bereich Landwirtschaft werden nahezu unverändert fortgeführt.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Da sei die Frage gestellt: Warum?)

Von unserer Kritik ausgenommen sind die getroffenen Vereinbarungen im Hinblick auf die Entschädigung für die Betroffenen der Frostschäden im Wein- und Obstbau in diesem Jahr, die Steigerung im ELR-Bereich und natürlich auch die Erhöhung im Bereich des FAKT-Programms.

Dass sich die Landwirtschaft in einem dramatischen Wandel befindet, sich auch dramatisch wandeln muss, ist in diesem Haushalt nicht sofort erkennbar. Ich erspare mir und Ihnen die Wiederholung von vorausgegangenen Debattenbeiträgen in diesem Jahr. Ich denke an Themen wie „Ökologischer Landbau“ und Biodiversität. Im Übrigen haben auch die Kollegen hier zum Teil noch einmal ihren Beitrag dazu geleistet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir begrüßen grundsätzlich die Mittelерhöhungen im FAKT-Programm, auch wenn wir letztendlich gespannt sind, für welche Maßnahmen diese Mittel am Ende eingesetzt werden und ob das für die Artenvielfalt im Land wirklich von Nutzen ist.

Das Wenige an Kreativität in diesem Haushalt kann obendrein – das ist das hohe Risiko – noch komplett der globalen Minderausgabe von 20 Millionen € zum Opfer fallen. Änderungsanträge der Regierungsfractionen bei den Haushaltsberatungen, die 35 000 € mehr für den sogenannten digitalen Bauernhof vorsehen,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Das sind 300 000 €, Herr Kollege!)

entpuppen sich möglicherweise nur noch als digitales Deckmäntelchen.

Besonders dunkel sieht es leider ausgerechnet beim Verbraucherschutz und bei den Kontrollen von Lebensmitteln und Tierhaltungen aus. Bei der CDU war das schon immer in schlechten Händen, den Grünen ist das anscheinend zwischenzeitlich leider auch ziemlich egal.

(Beifall bei der SPD)

Es reicht ja auch, wenn im Wahlprogramm oder in den Sonntagsreden von Verbraucherschutz, Tierwohl und Tierschutz die Rede ist. In Rheinland-Pfalz beispielsweise wird im statistischen Mittel alle drei Jahre ein Nutztierhalter kontrolliert. Im Mittelpunkt stehen dabei u. a. die Fragen: Sind die Tiere gesund? Sind sie entsprechend den Haltungsverordnungen un-

(Georg Nelius)

tergebracht? Stimmt das Futter? In Baden-Württemberg kommt im statistischen Mittel

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

nur alle zwölf Jahre einmal ein Kontrolleur vorbei. In unseren Augen ist dies ein unhaltbarer Zustand, denn nur tatsächlich stattfindende staatliche Kontrollen verringern das Risiko für den Verbraucher und erhöhen das Tierwohl.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Hinzu kommen noch die vielfältigen Aufgaben der Lebensmittelaufsicht bei der Kontrolle von Betrieben der Lebensmittelbranche, der Gastronomie, der Schlachthöfe und der privaten Tierhalter. Über 200 Veterinäre fehlen im Land. Das haben nicht nur die Veterinäre selbst, sondern das hat vor ein paar Jahren auch die Landesregierung festgestellt. Unter Grün-Rot haben wir deshalb die Personalstärke kontinuierlich in mehreren Schritten erhöht. Wir wollen bzw. wollten weitere Erhöhungen

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das haben wir auch gemacht!)

um je 35 Stellen in den Jahren 2018 und 2019 vornehmen. Aber die Landesregierung schmückt sich mit ganzen zehn Stellen für beide Jahre zusammen. Dazu kommen noch ein paar Stellen für Chemische und Veterinäruntersuchungsämter sowie in den RPs. Das reicht unserer Meinung nach vorn und hinten nicht und spricht dafür, dass eine höhere Kontrolldichte gar nicht gewollt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass diese Regierung und damit auch die Grünen die Verbraucherberatung auf einem Niveau einfrieren lassen wollen, das deutlich hinter dem in anderen Flächenländern zurückbleibt, halten wir für besonders enttäuschend, und dies, obwohl sich immer neue Aufgabengebiete auftun – von der Gesundheitsrechtsberatung, die kein Verbraucher anderswo kostengünstig bekommt, bis hin zur unabhängigen Beratung in allen Angelegenheiten der Pflege, des Onlinehandels oder der Versicherungswirtschaft.

Noch immer gibt es große weiße Flecken im Land – vor allem in den ländlichen Räumen –, in denen die Verbraucherzentrale nicht erreichbar ist. Ich denke, Herr Minister Hauke stammt als Minister für den Ländlichen Raum selbst aus dem ländlichen Raum – sollte bei diesen Prozessen zumindest ein wenig nachdenklich werden. Vielleicht wäre dies auch eine Aufgabe für den Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“, dafür zu sorgen, dass auch hier die Fläche des Landes – im Hinblick auf die Verbraucherberatungsstellen – nicht zu kurz kommt.

Denn nicht alles lässt sich am Telefon oder per E-Mail klären, z. B. wenn die gemeinsame Einsicht in Dokumente vorgenommen werden muss. In manchen Gegenden bedeutet dies in der Praxis Autofahrten von zwei bis drei Stunden, vielleicht bis zur nächsten Beratungsstelle; denn einige dieser Beratungsstellen sind nur mit einer Person besetzt, die logischerweise nicht über alle Bereiche und Themen Bescheid weiß.

Wir werden daher einen Änderungsantrag stellen, der eine auskömmliche Finanzierung der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg vorsieht, und zwar mit zusätzlich 1 Million € jährlich. Sollten Sie diesen Antrag ablehnen, werden wir auch dem Einzelplan 08 nicht zustimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, alles in allem ist festzustellen: Die Landwirtschaft in unserem Land steht vor einem großen Wandel. Sie ist sogar schon mittendrin. Sie ist bisher bei Weitem nicht so nachhaltig, dass Böden und Grundwasser wirksam geschützt wären und die Artenvielfalt von der Biene bis zum Rebhuhn oder vom Torfmoos bis zur Orchidee erhalten würde.

Wir müssen bei der Tierhaltung ebenso umdenken und neue Wege gehen wie beim Ackerbau und beim Pflanzenschutz, aber nicht so, wie es Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt bei seinem Alleingang in Sachen Glyphosat getan hat – wobei wir mit Interesse vernommen haben, dass Frau Braun das ebenfalls vehement kritisiert. Wir sind allerdings gespannt, welche Auswirkungen diese Kritik in Baden-Württemberg in einer grün geführten Landesregierung hat.

All das, was ich soeben kritisiert habe, ist in diesem Haushalt nicht erkennbar, jedenfalls bei Weitem nicht in der Deutlichkeit, die nötig wäre.

Zusätzlich werden der Verbraucherschutz und – aufgrund der viel zu geringen Kontrollen – auch der Tierschutz vernachlässigt.

Wir können diesem Einzelplan deshalb – ich füge in Klammern hinzu: voraussichtlich – nicht zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Die Bauern des Landes haben es nicht verdient, dass bei dieser Debatte, in der es um den ländlichen Raum, um die Kulturlandschaft, um Mittel fürs Leben geht, hier die CDU-Seite mit 14 oder 15 von 40 Abgeordneten vertreten ist und es auf der Seite der Grünen nicht anders aussieht. Das haben die Bauern nicht verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE – Unruhe bei den Grünen)

Ich werde die Anträge, die hier und heute sowie im Finanzausschuss bereits angesprochen wurden, nicht noch einmal wiederkäuen. Auch werde ich nicht auf die Lobhudelei der Koalitionsfraktionen eingehen. Vielmehr werde ich mich mit ein paar grundlegenden Fragen vor allem auch der Agrarpolitik und des ländlichen Raums beschäftigen. Wir haben auch unsere Anträge, die im Finanzausschuss abgelehnt wurden, nicht erneut eingebracht, um Ihnen nicht den Gefallen zu tun, diese sinnvollen Anträge zum zweiten Mal ablehnen zu können.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Meine Damen und Herren, in der Politik muss man auf 51 zählen können, demnächst wahrscheinlich auf 53. Ich möchte ein paar Worte zur politischen Großwetterlage sagen. Im Augenblick ist eine Koalitionsfindung im Gang, und abgesehen von der Energiebranche schaut kaum eine andere Branche so besorgt wie die Landwirtschaft darauf, was jetzt kommt.

Das sogenannte Sondierungspapier von Union, Grünen und FDP war agrarpolitisch voller Formelkompromisse. Das Bedenklichste jedoch war, dass die eigentlichen Probleme der Branche wie z. B. mangelnde Rahmenbedingungen für ein zukunftssicheres Risikomanagement in den Betrieben oder die finanziellen und sicherheitstechnischen Herausforderungen beispielsweise für Smart Farming, die es gibt, in einem Sammelsumarium ideologischer Kreuzzüge niedergeschrieben wurden.

Es ist daher gut, dass diese Koalition nicht zustande gekommen ist. Denn es fehlten klare Aussagen zum unternehmerischen landwirtschaftlichen Bereich, zum Eigentum und zum Wettbewerb. Es gab viel Prosa und viele Klammern,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Hat die FDP da nichts eingebracht? – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

viel Prüfen-Möchten und Prüfen-Sollten, viel Blabla. Ich glaube, es war gut, dass diese Koalition nicht zustande gekommen ist.

Aber wohin, meine Damen und Herren, nun diese womöglich zustande kommende Neuauflage der sogenannten Großen Koalition führt – – Das sind ja diese Wahlverlierer, die zusammen auf 53 % kommen. Hier gibt es schon vor der Regierungsbildung klare Fouls. Gerade haben wir ja schon etwas darüber gehört. Hier gibt es schon sehr früh ein Foul. So, wie Umweltministerin Hendricks, lieber Kollege, von der SPD zwei Tage vor der Bundestagswahl im Alleingang und gegen den Willen von Bundesagrarminister Schmidt ein Angelverbot ausgerufen hat, so hat Schmidt im Alleingang gehandelt. Herzliche, freundliche Zusammenarbeit, wenn das etwas werden soll, meine Damen und Herren!

Noch widersprüchlicher ist aber auch – da komme ich zu den Freunden der Grünen – die Diskussion über dieses Teufelszeug Glyphosat, wie es immer genannt wird, gezeißelt als Pflanzengift, aber völlig inkonsequent, meine Damen und Herren. Sie müssen – gerade Sie, Frau Kollegin, als Ökobäuerin – klar und deutlich sagen, dass man mit dem Kupfersulfat einen ähnlichen Stoff hat. Kupfersulfat ist bei Ihnen aber ein Pflanzenstärkungs- und ein Pflanzenbehandlungsmittel und kein Pflanzengift. Seien Sie einfach mal konsequent, und versuchen Sie, auch dieses Schwermetall Kupfer herauszubekommen. Erklären Sie das Ihren Ökobauern! Danach können wir darüber reden, und dann sind Sie auch wieder glaubwürdig. So sind Sie nicht glaubwürdig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD – Zuruf von den Grünen: Unfug! – Abg. Martina Braun GRÜNE: Es gibt einen großen Unterschied zwischen anorganischen und organischen Pflanzenschutzmitteln!)

– Sie wollen sagen: „Kupfergift ist organisch“. Da habe ich wieder etwas völlig Neues gelernt. Tut mir leid, dass ich das

bisher nicht wusste. Herzlichen Glückwunsch dazu, dass Sie mich aufklären konnten.

(Heiterkeit bei der AfD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

Wenn man diese Widersprüchlichkeiten sieht, wundert es einen nicht, dass die forsa-Studie erbracht hat, dass ausgerechnet Ihr Vorzeigeminister in Niedersachsen dafür gesorgt hat, dass Sie bei der letzten Bundestagswahl nicht mit mehr als 1 % der Stimmen bei den Landwirten gewählt wurden. Das sagt alles über Ihre Agrarpolitik, meine Damen und Herren.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Auch die Großwetterlage müssen wir sehen, also nicht nur Trump, Putin und Erdogan, sondern vor allem auch das, was die Vereinigten Staaten machen. Wir sind dabei, im Agrarbereich sehr stark in den Protektionismus zu gehen, und Sie sind bei der Abschottung sicherlich gern dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Inzwischen setzt Washington diese Linie auch mit den ersten Maßnahmen um. Im November 2017, also vor ein paar Tagen, kündigte das amerikanische Handelsministerium Strafzölle für spanische Oliven an. Für die deutsche Landwirtschaft geht es um Agrargüter im Wert von 1,8 Milliarden € für die Vereinigten Staaten: Milchprodukte, Wein, Fleisch, Wurstwaren. Das ist die Tendenz, und das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Werte Kolleginnen und Kollegen, schon heute hungern Millionen Menschen. Auch in wenigen Jahren wollen täglich 8 000 Millionen – das sind 8 Milliarden – Menschen Brot und Wasser. Eine romantische Landwirtschaft, eine technikfeindliche Entwicklungspolitik können wir uns nicht leisten, sondern wir müssen genau prüfen, in welche Richtung wir gehen. Ja, technischer Fortschritt dort, wo er mit Natur und Umwelt und Kulturlandschaft vereinbar ist. Aber auch da sind Sie, meine Damen und Herren, in der Regel eher die Bremser.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Nichts verstanden! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Dinosauriermäßig! – Weitere Zurufe)

Quo vadis, Agrarpolitik? Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik wird 2020 neu ausgerichtet. Hier wurde natürlich einiges angekündigt. Der EU-Agrarkommissar hat angedeutet, dass man vielleicht etwas mehr Spielraum bekommt, und da sind wir, aber auch der Bauernverband gefordert. Ich sehe eine große Chance. Unser Landesbauernverband und der Deutsche Bauernverband sind im Augenblick Sprecher der europäischen Bauern. Diese Chance muss die neue Bundesregierung nutzen, um wirklich eine zukunftsgerichtete Agrarpolitik zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Bullinger, lassen Sie Zwischenfragen der Abg. Böhlen und der Abg. Braun zu?

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nein.

(Zurufe von den Grünen: Och!)

Gefordert sind also, meine Damen und Herren, zunächst markt-konforme Antworten. Selbstverständlich brauchen wir hier Frostbeihilfen, und wir werden dem, was die Landesregierung mit knapp 50 Millionen € Entschädigung auf den Weg gebracht hat, zustimmen. Das entspricht auch unseren Forderungen vom 15. April 2017.

Ich fordere vor allem auch eines: dass wir strukturelle Reformen im Steuerrecht bekommen. Nötig wären vor allem eine echte steuerfreie betriebliche Risikoausgleichsrücklage und die Ausweitung der von Schwarz-Gelb 2012 eingeführten Versicherungssteuerbefreiung von landwirtschaftlichen Mehrfachversicherungen. Das sind Themen, Herr Agrarminister, die Sie der neuen Bundesregierung – egal, wie sie heißt – über den Bundesrat beibringen sollten.

Landwirte verdienen deutlich mehr; das hat der Kollege gesagt. Ich will nur eines sagen: Wir haben hier in Baden-Württemberg das höchste Lohnniveau, die besten Arbeitsplätze und die ärmsten Bauern – und das auch nach sieben Jahren grüner Regierung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn die Zahlen besagen klar und deutlich: In Baden-Württemberg betrug das Einkommen pro Betrieb 2015/2016 gerade mal 35 000 €. Bundesweit lag es im Schnitt bei rund 39 000 €.

Dies ist, glaube ich, bezeichnend und zeigt, dass Ihre Agrarpolitik überhaupt nur sehr begrenzt wirkt und Sinn macht, meine Damen und Herren.

Ein weiterer Punkt: Wenn die Gesellschaft insgesamt eine andere Landwirtschaft will, wenn sie ebendiese Vorteile einer hervorragenden, sicheren Versorgung will, wenn sie Kulturlandschaft will, dann braucht die Landwirtschaft nicht mehr Gängelung, nicht mehr Vorschriften, sondern auch die entsprechende Unterstützung. Deshalb ist es richtig, dass man dies auch in der Landesagarpolitik tut.

Meine Damen und Herren, kommen wir hier einmal zu den grün-schwarzen Sünden. Zunächst einmal: Das Ausschlichten des Ressorts halte ich für völlig falsch. Es darf nicht sein, dass man Naturschutz und Landwirtschaft so trennt, wie man es getrennt hat. Der Landwirtschaftsminister – das muss ich sagen: es ist ein Landwirtschaftsminister mit Sachverstand – wird von der eigenen Fraktion und mit dem Oberaufseher Staatssekretär Baumann letztendlich bei jeder sinnvollen Änderung im Jagdrecht, im Fischereirecht, im Bereich der Unterstützung – ob es die Wolfsromantik ist oder sonst etwas – im Stich gelassen. Da sage ich der Union schon: Unterstützen Sie Ihren Minister besser!

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Der Fritz als Romantiker!)

Die CDU hat in den BLHV-Wahlprüfsteinen z. B. zugesagt, bei einer Regierungsbeteiligung das Verbandsklagerecht der Tierschutzorganisationen zurückzunehmen. Sie hat eine Biberentschädigung, Herr Kollege Burger, zugesagt. Alles Fehl-anzeige, nichts ist in diesem Haushalt zu finden.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

– Du hast dich gerade gemeldet, das passt genau zu meiner Vorlage: Die CDU hat früher die unsinnige Einführung des FSC-Standards im Staatswald kritisiert. Patrick Rapp sprach 2012 von einer „unnötigen Aufblähung der Bürokratie“, von wirtschaftlichen Nachteilen. Wenn ich mir das Gutachten von HessenForst ansehe, dann muss ich sagen: Du hast damals Recht gehabt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist ein „Schlechtachten“, kein Gutachten!)

Geändert wurde gar nichts, meine Damen und Herren.

Nun noch kurz zu unseren Haushaltsanträgen. Wir haben gefordert, die Naturparks stärker zu unterstützen. Hier hat die grün-schwarze Regierung natürlich – das muss ich ganz klar anerkennen – mehr gemacht, hier hat sie auch nachgelegt. Aber, meine Damen und Herren, für diese Aufgabe, die vor allem auch ehrenamtlich erfüllt wird, bedarf es mehr Unterstützung. Wir wollten dafür nochmals zusätzlich eine halbe Million Euro bereitstellen – Mittel, die möglich wären, die viel sinnvoller eingesetzt wären als für diese Totalreservate des Nationalparks und das Luxusbesucherzentrum. Die Naturschutzparks hätten dort wirklich effektiv etwas gemacht. Diese Parks bedürfen der Unterstützung, und ihr habt das im Finanzausschuss abgelehnt, liebe Freunde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Zu den Amtstierärzten wurde deutlich gesagt, wir brauchten – das haben wir beim letzten Haushalt schon gesagt – dringend mehr Stellen. Hier ist der Landwirtschaftsminister mit ein paar Stellen abgespeist worden. Es ist nicht in Ordnung, dass man so verfährt.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Meine Damen und Herren, ich möchte mich jetzt auch gern noch einmal bedanken, vor allem bei den Bäuerinnen und Bauern, bei den Landfrauen, die den ländlichen Raum in verschiedenster Art wirklich am Leben erhalten. Ich möchte mich bedanken bei den Beamten und den Beratern im Weinbau, bei der Landesforstverwaltung, der Landwirtschaftsberatung, beim Verbraucherschutz, bei der Aus-, Weiter- und Fortbildung, den Fachschulen, aber auch den Hochschulen – die Frau Wissenschaftsministerin ist nicht da – Nürtingen und Hohenheim, die durchaus praxistaugliche Forschung machen,

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

und auch bei der Flurneuordnung, die Gott sei Dank immer noch ein bisschen die Wirtschaftlichkeit im Auge hat.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Bullinger, Sie müssen wirklich zum Schluss kommen. Der letzte Satz, bitte.

(Zurufe, u. a. Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jetzt ist er am Ende!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja, der letzte Satz. Wie lang darf der Satz sein?

(Zurufe – Unruhe)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Wir haben im Finanzausschuss vier Kapitel abgelehnt, fünf Kapiteln zugestimmt. Wir werden hier dem Gesamthaushalt, weil er wirklich die Schwerpunkte verfehlt, nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hauk.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war jetzt schon interessant, die Stellungnahmen der Oppositionsfractionen zu hören, die ganz unterschiedlich eingreifen.

Herr Kollege Dr. Bullinger, Sie haben anfangs eine Schärfe in dieses Thema hineingebracht, die nicht wirklich notwendig ist

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja! Das war ja bisher schläfrig! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nicht Schärfe, sondern Leidenschaft!)

und die die vielen Gemeinsamkeiten, die es über die Fraktionen hinweg im Ausschuss bisher gab – da nehme ich die AfD einmal aus –, auch ein Stück weit konterkariert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg ist auch agrarpolitisch ein Erfolgsmodell. Dazu will ich gleich noch ein paar Takte sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Was macht das Land zum Erfolgsmodell in Europa? Die Antwort ist eigentlich klar. Es sind starke, lebenswerte ländliche Räume, die auf Augenhöhe mit den Metropolregionen stehen. Das liegt zweifelsohne daran – es wurden schon Zahlen genannt –, dass sich 70 % der Menschen dem ländlichen Raum verbunden fühlen; tatsächlich leben dort aber nur 30 %. Wenn man die Landesabgrenzungen nimmt: 70 % der Bevölkerung leben in den Metropolregionen und Ballungsräumen, während 30 % im ländlichen Raum leben, der wiederum 70 % der Landesfläche ausmacht.

Eine ganz andere Zahl zeigt, dass es eben nicht so ist wie beispielsweise in Frankreich, dass die ländlichen Räume irgendwie abgehängt werden oder am wirtschaftlichen Leben nicht teilhaben. Also zwischen Paris und dem Atlantik finden sich nur noch ein paar Kühe,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: In der Stadtmitte ist es auch schwierig mit den Kühen!)

ein paar Felder und Ackerbau. Mehr ist dort nicht mehr los. Machen wir uns nichts vor. Bei uns finden Sie allüberall wirtschaftliche Betätigung – zwar außerhalb der Landwirtschaft, aber in starken ländlichen Räumen. 30 % der Menschen – die Menschen im ländlichen Raum – erwirtschaften etwa auch 30 % des Bruttosozialprodukts. Das heißt, die Menschen im ländlichen Raum nehmen im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil in gleicher Weise an der wirtschaftlichen Entwicklung und an der Wertschöpfung teil wie die in den Ballungsräumen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Deshalb ist es wichtig, dass wir den ländlichen Raum auch als ganzheitliche Politikentwicklung begreifen. Die Landesregierung hat den Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“ eingerichtet, weil wir ganzheitlich ein paar Dinge angehen müssen, bei denen wir die Mithilfe aller Ressorts – ich will mich ausdrücklich bedanken, dass die Zusammenarbeit innerhalb der Landesregierung wirklich gut klappt – und aller Fachbereiche brauchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hart arbeitende, heimatverbundene Landwirte sind ein unverzichtbarer Bestandteil ländlicher Räume – das verbindet man damit –, und sie halten auch das offen, was ein Stück weit Landeskultur ausmacht. Wenn Sie morgens das Fenster öffnen und grüne Wiesen, Streuobstbäume, Felder und Wälder sehen, dann ist das ein Teil der Kulturlandschaft Baden-Württembergs. Es ist ein Teil des Lebensgefühls der Baden-Württemberger, und in diesem Lebensgefühl fühlen sich auch außerlandwirtschaftliche Bereiche wohl. Es ist kein Wunder, dass sich viele der Hidden Champions gerade nicht in Stuttgart und den Metropolregionen Mannheim, Freiburg und anderen ansiedeln, sondern irgendwo anders, wo man heute aus regionalplanerischen Überlegungen heraus mit Sicherheit keinen Industriestandort vermuten würde.

(Beifall des Abg. Manuel Hagel CDU)

Ich denke dabei etwa an Fischer in Waldachtal oder an Ebmappst in Muldingen. Das sind einfach gewachsene Strukturen in den ländlichen Räumen, die dazu beitragen, dass Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft Hand in Hand laufen. Diese Situationen müssen wir halten und bewahren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das ist auch die Herausforderung, die sich dieser Regierung gestellt hat und die wir einlösen müssen. Da werden wir natürlich nur Stück für Stück vorankommen. Wir versuchen, im Kabinettsausschuss einige Projekte, bei denen man merkt, es brennt wirklich – daran kann das Thema letztlich auch scheitern –, in Gang zu bringen, z. B. das Thema Arztversorgung. Arzt ist ein freier Beruf, und deshalb können wir nicht sagen, Ärzte müssen dort hingehen und sich dort niederlassen, wo wir sie brauchen, sondern wir müssen sie in diesem Sinn überzeugen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist der entscheidende Punkt.

Also brauchen wir im Zweifelsfall andere Formen der Beschäftigung. Wir probieren es mal aus – gemeinsam mit den Kassenärztlichen Vereinigungen, dem Gemeindetag Baden-Württemberg und dem Genossenschaftsverband – als Projekt des Kabinettsausschusses, ein, zwei, drei Modelle von Anstellungsgenossenschaften zu finden, die vorzugsweise Frauen anstellen. Denn wir haben festgestellt: Es mangelt nicht an Medizinerinnen in Deutschland und in Baden-Württemberg; die Zahl der Mediziner ist gleich geblieben oder sogar gestiegen. Aber die Struktur hat sich verändert. Es sind mehr Frauen in diesem Beruf; das ist durchaus zu begrüßen. Fast drei Viertel der Mediziner sind mittlerweile Frauen. Das hängt wahrscheinlich mit dem Numerus clausus zusammen.

(Zuruf: Genau! – Unruhe)

(Minister Peter Hauk)

– Das ist so. Man muss einfach sagen: Frauen sind zielstrebig – überhaupt keine Frage –, arbeiten darauf hin. Wenn der NC 1,0 beträgt, dann wirkt sich das entsprechend aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Aber wir wissen aus Untersuchungen auch, dass deren Anforderungsprofil ein anderes ist. Wir wissen aus Untersuchungen, dass sie z. B. auch eine gute Kinderbetreuung und ein gutes familiäres Umfeld wollen, dass sie gesicherte Vertretungen haben wollen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das alles kann ein Landarzt in klassischer Form nicht leisten. Also brauchen wir neue Beschäftigungsformen. Das probieren wir mit dem Genossenschaftsmodell aus, indem dann eben nicht nur eine Frau als Medizinerin bzw. Ärztin angestellt wird, sondern zwei oder drei, die sich gegenseitig vertreten können, und Strukturen vorhanden sind, bei denen sie ihr Idealbild vom Leben auf dem Land ein Stück weit umsetzen können. Wir haben keine andere Wahl, als solche Formen zu entwickeln, weil wir uns nach dem Willen und den Wünschen der Frauen richten müssen und nicht einfach sagen können: „Jetzt müsst ihr aber machen.“ Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Genauso gibt es eine ganze Reihe anderer Projekte, die der Kabinettsausschuss aufgreift, etwa in der Frage der Mobilität. Wir haben – das muss man wirklich sagen – tolle individuelle Mobilitätsprojekte von Kommunen, von Organisationen und dergleichen mehr. Diese wollen wir jetzt einmal zusammentragen. Denn das muss nicht jeder neu denken. Man braucht nicht immer selbst Neues zu erfinden, man darf hier auch abschauen und gute Modelle für die eigene Gemeinde übernehmen. Solche Themen sind im Kabinettsausschuss angesiedelt.

Wir stehen natürlich auch vor der Frage – die haben wir jetzt hier im Kabinettsausschuss, Herr Kollege Nelius –, wie wir die Flächenproblematik überwinden. Das ist gar nicht so einfach. Zu Mobilitätsfragen haben wir – das hat mein Amtsvorgänger noch in Auftrag gegeben – eine Erreichbarkeitsstudie von der Uni Stuttgart und, ich glaube, der Uni Düsseldorf am Modell Calw entwickeln lassen. Calw ist ein gutes Modell für einen ländlichen Kreis, weil Teile davon ballungsraumnah sind und vom Ballungsraum beeinflusst sind und andere Teile wirklich streng ländlich sind. Zudem ist dort die Topografie schwierig, weil dort die Nord-Süd-Täler schwierig nach Osten und Westen zu überwinden sind und dergleichen mehr. Es ist also ein gutes Beispiel für den ländlichen Raum.

Wir haben festgestellt, dass zur Mobilitätssicherung letztlich mehrere Maßnahmen notwendig sind. Es geht nicht nur, aber auch um Straßenausbau – um auch das klar zu sagen, Winne Hermann –; den brauchen wir auch im ländlichen Raum, auch dort, wo die Fahrzeugbelastungen nicht so hoch sind wie im Ballungsraum. Das muss man klar sagen; das ist völlig logisch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Zur ganzen Wahrheit bei der Mobilitätssicherung und Erreichbarkeitsicherung gehört eben auch, dass man auch anders denken muss. Es geht nicht nur darum, wie der Bürger irgendwo hinkommt, sondern die Frage ist, wie man Ziele letztlich auch erreichen kann. Es kann auch der umgekehrte Fall eintreten, dass der Bürger selbst angefahren wird, beispielsweise von einer Gemeindeverwaltung.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wir wollen doch keine Unfälle! – Heiterkeit)

– Genau.

(Unruhe)

Nutzen wir doch einfach die Digitalisierung. Warum müssen überall dezentrale Ortschaftsverwaltungen etc. aufrechterhalten werden? Im Zweifelsfall kann auch der Gemeindebeamte mit dem Laptop und dem Koffer vor Ort den Passantrag aufnehmen. Das kommt im Zweifelsfall günstiger, als Gebäude, Räumlichkeiten etc. zur Verfügung zu stellen.

Es geht auch um die Frage der Nutzung der E-Mobilität im ländlichen Raum. Es kann gut sein, dass die Gemeindeverwaltung ein Elektroauto vorhält. Aber warum soll dieses abends, nachts und am Wochenende in der Gegend herumstehen, wenn es die Verwaltung nicht braucht? Eine der Gemeinden, die sich an dem Versuch beteiligt haben, stellt ein solches Fahrzeug außerhalb der Dienstzeit den Bürgern zur Verfügung, die dann im Prinzip unproblematisch quasi Carsharing betreiben können.

Das sind Modelle, die wir einfach ausprobieren müssen. Nicht jedes Modell wird zum Erfolg führen. Nicht jedes Modell ist geeignet, übertragen zu werden, aber die Vielzahl und die Vielfalt sind es, die im Prinzip am Ende den Erfolg ausmachen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen in Zukunft aber auch eine flächendeckende Landwirtschaft. Bäuerinnen und Bauern arbeiten täglich ziemlich hart für gute und gesunde regionale Lebensmittel und für den Erhalt der Kulturlandschaft. Deshalb will ich den Regierungsfractionen herzlich dafür danken, dass es möglich war, in einer besonderen Notsituation ein Zeichen zu setzen. Es ist notwendig und richtig, dass wir den landwirtschaftlichen Betrieben im Land aufgrund der Frostkatastrophe mit nahezu 50 Millionen € helfen. Ich habe es an anderer Stelle schon gesagt: Der Frost war jetzt nicht ungewöhnlich, aber die Tatsache, dass die Auswirkungen ungewöhnlich waren, hängt mit der Klimaveränderung zusammen, weil der letzte März

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist eine steile These! –
Gegenruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Für den,
der keine Ahnung hat, schon!)

– das ist keine steile These, sondern das ist belegt – der wärmste März seit Beginn der meteorologischen Aufzeichnungen in Deutschland war. Das steht fest. Eine Kulmination der Höhepunkte und der Sondersituationen ist in den letzten 30 Jahren belegt.

(Minister Peter Hauk)

Herr Kollege, Sie mögen immer noch zu den Leugnern des Klimawandels zählen, aber wir sind uns über die Ursachen einig. Fragen Sie doch einmal die Winzer, die Herr Stein vorhin angesprochen hat, und in Ihren landwirtschaftlichen Runden, die Sie machen wollen. Fragen Sie doch einmal, wie sich die Vegetationszeit entwickelt hat.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Dabei werden Sie feststellen, dass wir um 14 Tage längere Vegetationszeiten und eine Klimaerwärmung um 2 Grad Celsius haben. Das ist nicht wegzuleugnen, um das einmal ganz klar zu sagen. Sie können Herrn Trump Guten Tag sagen und ihn willkommen heißen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Der kommt doch gar nicht rein!)

Sie mögen immer noch behaupten, dass die Klimaerwärmung nichts mit menschlichen Einflüssen und dem Verbrennen fossiler Brennstoffe zu tun habe. Aber das ist eine Einzelmeinung, und damit werden Sie sich im Zweifel selbst Ihr eigenes politisches Grab schaufeln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Aha! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Hauk, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Merz zu?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Nein.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: So viel zum Grab! – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Eine Frage! Eine höfliche Frage!)

– Sie müssen sich daran gewöhnen, dass Sie einen politischen Diskurs betreiben, und brauchen nicht zu meinen, durch Zwischenrufe könnten Sie die Politik in Deutschland und in Baden-Württemberg beeinflussen.

Deshalb noch einmal herzlichen Dank für die Frosthilfe, die notwendig war, die aber auch gezeigt hat: Wir müssen im Laufe der nächsten Jahre das Risikomanagement im Bereich des Klimawandels und die Risikovorsorge auf andere Füße stellen.

Wir haben in Deutschland immer gedacht, wir seien nicht so stark betroffen. Andere Länder – beispielsweise Italien und Frankreich, eigentlich 17 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – machen schon etwas zum Thema Risikovorsorge; sie haben unterschiedliche Systeme von Versicherungs- und Fondslösungen auf Gegenseitigkeit geschaffen. Überall beteiligen sie auch Landwirte, und die Landwirte müssen sich auch an der Vorsorge beteiligen. Aber überall – das ist innerhalb der Europäischen Union Common Sense und auch Usus – beteiligt sich der Staat an den Prämien und an der Vorsorge.

Dahin müssen auch wir kommen, dass wir einen Fonds schaffen, Versicherungslösungen schaffen, bei denen – das Land muss das ja nicht allein schultern – Bund und Länder gemeinsam mit den Landwirten, die wir in die Verantwortung nehmen wollen, ein Risikomanagement aufbauen, damit wir nicht jedes Mal über Frostprogramme, Unwetterprogramme, Hochwasserprogramme, Sturmprogramme und Schadensbeteili-

gung reden müssen, sondern eine entsprechende Vorsorge treffen können. Das ist eine Aufgabe, die ich mir ganz persönlich stelle, auch in den Bund-Länder-Verhandlungen der nächsten Jahre, auch in den Koalitionsverhandlungen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

die jetzt immer wieder, Herr Bullinger, so schlechteredet werden. Das Sondierungspapier war ja kein Koalitionspapier. Ich fand es hervorragend.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich hielt es für die Landwirtschaft in Deutschland für einen Fortschritt, und Sie haben sich vom Acker gemacht. Das ist doch die Wahrheit. Das muss man doch auch mal sehen!

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das lässt tief blicken, wenn Sie dieses Papier auch noch gut finden und verteidigen! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

– Das muss nicht tief blicken lassen. Sie dürfen mir schon vertrauen, dass ich von der Sache – der Kollege Dr. Bullinger hat mir das durchaus auch attestiert – etwas verstehe.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Na ja! – Heiterkeit)

– Es ist Ihr gutes Recht, wenn Sie dies relativieren.

(Unruhe)

Aber ich sage nochmals: In der politischen Bewertung war das ein gutes Programm. Dieses Programm hätte für die Landwirtschaft in Deutschland in den nächsten vier Jahren einen wirklichen Schub nach vorn gebracht.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bla, bla!)

Meine Damen und Herren, um zum Haushalt zurückzukehren:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nichts über Risiko! Nichts über Mittel!)

Wir brauchen in Baden-Württemberg eine auskömmliche Landwirtschaft mit hoher Wertschöpfung. Da reicht es nicht aus, Herr Kollege Dr. Bullinger, wenn Sie sagen, Baden-Württemberg sei das reichste Land und hätte die ärmsten Bauern. Das trifft nur dann zu, wenn man allein die landwirtschaftlich bedingten Einkommensteile im Verhältnis zu den anderen Einkünften berücksichtigt. Da liegen Sie vollkommen richtig.

Aber wahr ist doch – darauf müssen wir setzen –, dass wir halt auch andere Formen und Möglichkeiten – Stichwort Diversifizierung – haben. Es geht um unterschiedliche Betriebsteile und unterschiedliche Möglichkeiten, wie z. B. Urlaub auf dem Bauernhof, die Energieproduktion – Fotovoltaik, Biogas –, das Kommunalmanagement, das Landschaftspflegemanagement – dank der Landschaftserhaltungsverbände, die wir gegründet haben. Auch das sind ja Einkommensbestandteile, die sich eben nicht in dem Durchschnittsbetrag von 35 000 € wiederfinden, sondern die ergänzend hinzukommen. Das ist die Chance, die Baden-Württemberg hat.

(Minister Peter Hauk)

Und genau diese Chancen müssen wir erhöhen und müssen die Potenziale hierfür nutzen und weiter ausbauen. Denn auch ich sehe: Mit reiner landwirtschaftlicher Produktion werden wir letztlich nicht mit den Flächenländern mithalten können, die in dieser Hinsicht von der Natur begünstigt sind – ob dies nun im Norden oder im Osten der Republik ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ist es!)

Wir arbeiten deshalb an der Diversifizierungsstrategie – das halte ich für zwingend notwendig, und da sind wir auch aktiv –, und wir arbeiten daran, dass wir den Trend in der Bevölkerung, mehr regionale Produkte einzukaufen und hierfür auch mehr zu bezahlen, entsprechend verstärken.

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „VON DAHEIM“!)

Denn eines ist doch klar: Wenn wir die Lebensmitteleinzelhändler fragen, wenn wir den Handwerksmeister, den Bäckermeister, den Metzgermeister fragen, dann kommt die Antwort: „Diejenigen, die bei uns kaufen, sind eben nicht so preissensibel wie die, die immer nur in den Supermarkt gehen.“ Wenn ich dies weiß, dann kann ich auch versuchen, diesen Trend weiter zu verstärken und mit der Produktion regionaler Lebensmittel die Wertschöpfung aus der Landwirtschaft zu erhöhen.

Das ist unsere Zielsetzung. Da bin ich den Regierungsfraktionen, insbesondere der CDU-Fraktion, auch sehr dankbar, dass wir es geschafft haben, eine Regionalkampagne aufzusetzen – „Natürlich. VON DAHEIM“ als Dachmarke –, in deren Rahmen wir nicht einzelne Produkte bewerben, sondern die Menschen, die Verbraucher dafür sensibilisieren wollen, wieder verstärkt regionale Produkte zu kaufen, auf regionale Produkte zurückzugreifen.

Wenn man so handelt, dann hat man auch ein friedvolles Weihnachtsfest. Das muss man auch mal sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb dieser Appell. Das hat ja auch etwas mit Essen zu tun; da tut man sich etwas Gutes, und das ist doch prima. Ich kann Ihnen nur sagen: Nehmen Sie nicht die Stopfgans aus Polen, sondern wählen Sie eine baden-württembergische Gans aus Freilaufhaltung. Sie finden diese über die Hofladen-App, die Sie herunterladen können, und Sie können diese Gans tatsächlich auch im nächstgelegenen Hofladen kaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Strategien müssen wir fahren, um die Wertschöpfung zu erhöhen. Das ist das Wichtigste; denn von Luft und Liebe allein kann ein Landwirt auch nicht leben.

Wir stärken die Wertschöpfungskette, und wir wollen auch, dass am Ende jeder in Baden-Württemberg weiß: Von daheim, nämlich aus dem Land, kommt die beste Qualität.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Das Vertrauen der Verbraucher ist das Potenzial. Dies gilt für die Lebensmittelsicherheit genauso wie für den Tierschutz.

Deshalb stärken wir auch die Veterinäre und die Überwachungsämter mit insgesamt 31 Stellen.

Wir kümmern uns auch nicht nur darum. Jetzt komme ich zum SPD-Antrag, der 1 Million € mehr für die Verbraucherzentralen begehrt. Respekt vor der Vorgängerregierung; die hat uns in den letzten vier Jahren zwischen 2012 und 2015 immerhin 40 % Aufwuchs in der Finanzierung der Verbraucherzentralen beschert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um das klar zu sagen: Das halte ich dem Grunde nach für richtig. Ich frage nur, ob es Sinn macht, überall und dezentral Anlaufstellen einzurichten, während wir uns gerade in einer Riesenwelle der Digitalisierung und der Spezialisierung befinden.

Kollege Nelius hat zu Recht darauf hingewiesen, dass z. B. in Fragen des Gesundheitsschutzes, der Vorsorge und dergleichen erhöhter Beratungsbedarf besteht. Da geht es dann um Spezialisten. Wir werden es uns nicht leisten können, für jedes Spezialthema flächendeckend überall Menschen vorzuhalten, die die Fragen beantworten. Vielmehr glaube ich, dass wir da die Digitalisierung nutzen müssen, einen Teil der Angebote digital aufbereiten und zentral vorhalten müssen. Das ist der entscheidende Punkt. Da müssen wir hin.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich bin der festen Überzeugung, dass uns das auch gelingen wird. An dieser Baustelle arbeiten wir weiter.

Es gibt natürlich noch ein paar andere Punkte, z. B. das Thema Algorithmen. Wir haben das Thema „Missbrauch von Algorithmen“ Anfang dieses Jahres auf Bundesebene eingebracht. Das wird Ihnen in der Zukunft verstärkt begegnen. Es ist eine Herausforderung

(Abg. Anton Baron AfD meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

– lassen Sie mich den Satz gerade noch zu Ende bringen –, dass wir uns starkmachen müssen, um die Verbraucher vor den anderen neuen Einflüssen der Digitalisierung in diesem Fall wirklich zu schützen. Denn da ist Schutz notwendig, um das klar zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jawohl!)

Da kann man Google, Amazon und die anderen Großkonzerne nicht einfach gewähren lassen, bis sie bei uns in der Haustür stehen. Auch Lidl & Schwarz rüsten derzeit auf. Sie werden es erleben, dass Ihnen, wenn Sie eine App heruntergeladen haben, beim Betreten eines Einkaufsmarkts die Konkurrenz ein Vergleichsangebot aufs Handy schickt, wo was günstiger zu kaufen ist. Sie erhalten dann meinetwegen Angebote von Shop A in Shop B.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE zeigt auf sein Handy. – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Mit dem nicht! – Vereinzelt Heiterkeit)

(Minister Peter Hauk)

– Mit dem nicht, aber mit allen anderen Smartphones. – So wird es kommen. Da brauchen Sie auch Regelwerke. Für diese Regelwerke braucht es einen Rahmen. Da müssen wir auch etwas tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Baron?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Ja, bitte.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Baron, bitte.

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank, Herr Minister Hauk, für das Zulassen der Frage. – Mich treibt eine Sache schon länger um,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht mehrere?)

nämlich das Schreddern von Küken. Bei der Eiproduktion ist es nun einmal so, dass, wie Sie wissen, die männlichen Küken direkt geschreddert werden oder

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Das ist ein Bundesthema!)

betäubt und dann entsorgt werden. Dieses Thema treibt mich schon länger um. Sie wissen sicherlich auch, dass gerade erforscht wird, wie durch Laser oder eine entsprechende Technologie eine Lösung gefunden werden kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frage!)

Ich wollte Sie fragen, ob Sie dazu etwas auf Bundesratsebene einbringen wollen, damit diese schäbige Methode endlich aufgegeben wird.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Vielen Dank, Herr Kollege Baron. Wir verurteilen jegliche Form des unwürdigen Umgangs mit tierischem Leben. Das will ich einmal klar sagen.

Deshalb bin ich froh, dass mir in Baden-Württemberg kein Betrieb bekannt ist, der Küken schreddert. Meines Wissens gibt es das hier nicht.

(Abg. Anton Baron AfD: Meiner Meinung nach gibt es einen Betrieb!)

– Okay, darüber können wir uns nachher noch bilateral unterhalten.

Das Zweite ist: Es gibt natürlich Methoden, um männliche Küken vom Dasein ins Jenseits zu befördern, die schonender sind – durch Kohlendioxid und dergleichen mehr. Wir unterstützen aktiv die sogenannte Bruderhahn Initiative,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut!)

bei der wir diejenigen Hühnerhalter, die männliche Küken aufziehen und, wenn sie dann schlachtreif sind, zum Verkauf anbieten, fördern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn sie keine Eier mehr legen!)

– Herr Kollege Dr. Bullinger, unterlassen Sie die dummen Bemerkungen. Das tut in dieser Frage jetzt wirklich nichts zur Sache.

Aber ich sehe auch eine ökologisch bedenkliche Komponente, weil der Nahrungsverbrauch der Bruderhähne ungleich höher ist als der der weiblichen Hühner. Man muss auch in der Frage der Ökologie und damit in einer Gesamtschau betrachten, ob das wirklich der Weg der Zukunft sein kann. Um es klar zu sagen: Ich habe die Bruderhahn Initiative aktiv unterstützt. Aber man muss dann schon mal eine ökologische Gesamtbilanz ziehen, ob das letztendlich die Lösung sein kann. Das ist, glaube ich, entscheidend und notwendig.

Vielen Dank, dass Sie noch ein paar Takte zum Tierschutz gesagt haben. Dieses Thema ist mir schon wichtig. Denn ich glaube, dass wir die Themen eigentlich vorsorgend im Griff haben. Das Lamento, es gäbe zu wenige Kontrollen, kann ich nicht nachvollziehen. Warum? Weil – Respekt gegenüber der Vorgängerregierung – die Stellen für Lebensmittelkontrolleure aufgestockt wurden, aber vor allem auch weil wir Kontrollen risikoorientiert durchführen; das ist der entscheidende Punkt. „Risikoorientiert“ heißt, dass wir Verdachtsfällen besonders nachgehen und dort, wo schon etwas auffällig war, wiederholt kontrollieren. Damit können wir viel effektiver kontrollieren, als wenn wir pauschal 5 %, 10 % oder 20 % der Betriebe in jedem Jahr kontrollieren würden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schwarze Schafe! – Abg. Georg Nelius SPD: Aber nicht alle zwölf Jahre!)

– Mein Gott! Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt renommierte Betriebe, bei denen wirklich alles in Ordnung ist. Da brauchte man eigentlich nur alle 20 Jahre zu kommen – wenn es so wäre. Aber der Durchschnitt sagt über solche Fragen wie immer gar nichts aus. Das ist der entscheidende Punkt. Die Effizienz wird durch andere Parameter beurteilt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Äcker, Weiden, Wiesen, Streuobst, Steillagenweibau, Wald – die Kulturlandschaft ist vielfältig. Wir erfahren sie, wir genießen sie. Wir müssen auch respektieren, dass durch die Nutzung der Kulturlandschaft unzählige Tierarten dort Schutz und Nahrung finden. Unzählige Tierarten! Ich betone das deshalb, weil es um die Frage der Biodiversität, um die Vielfalt geht. Aber klar ist: Die Vielfalt ergibt sich aus der kulturellen Nutzung der Landschaft

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und nicht aus der Branche – um das mal klar zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb strengen wir uns an, dass beispielsweise das Murgtal durch Beweidung offen gehalten wird, dass die Wacholderheiden auf der Schwäbischen Alb durch Schafbeweidung

(Minister Peter Hauk)

offen gehalten werden, dass es uns gelingt, die früheren und damals wirtschaftlich notwendigen Möglichkeiten der Einkommensbeschaffung und der Nahrungsbeschaffung, die heute unwirtschaftlich sind, zu erhalten, damit die Artenvielfalt erhalten bleibt. Uns liegt etwas daran. Sie ist wichtig als Grundlage der menschlichen Existenz schlechthin. Wir können es uns nicht leisten, dass in jedem Jahr Arten verschwinden.

Aber ich sage auch dazu – ich will die Landtagsdebatte dazu nicht noch mal aufgreifen; ich habe das in einer vorherigen Landtagsdebatte schon mal gesagt –: Um der Artenvielfalt willen muss man sich dann schon überlegen, was der Zuwachs von Arten für diejenigen Arten, die schon da sind, bedeutet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Diese Güterabwägung muss man halt auch vornehmen. Das ist ein verantwortungsvoller Umwelt- und Naturschutz. Der gehört dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Stichwort Wolf!)

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass Biodiversität und Artenvielfalt nur gemeinsam mit den Landwirten, den Verbänden und Kommunen hinzubekommen sind. Deshalb bin ich auch sehr dankbar, dass wir gemeinsam mit dem Umweltministerium einen Katalog von Maßnahmen entwickelt haben – die Regierungsfractionen haben das befördert und unterstützt – und ein wirklich schlagkräftiges Biodiversitätsprogramm auflegen konnten. Ich bin auch sicher, dass die Auswirkungen davon in dieser Legislaturperiode spürbar, sichtbar und messbar sein werden. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Zum Thema Messbarkeit: Umweltminister Franz Untersteller hat umfangreiche Monitoringmaßnahmen vorgesehen, damit wir die Messbarkeit der Erfolge auch des politischen Tuns in den Mittelpunkt rücken können.

Hinzu kommt ein deutliches Mehr an Agrarumweltmaßnahmen beim Klimaschutz und beim Tierwohl und erstmals auch im Steillagenweinaubau.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vom Markgräflerland bis zum Taubergrund, vom Odenwald bis Oberschwaben – der ländliche Raum und die dortige Bevölkerung machen unser Land zu unserer Heimat. Hier treffen sich Tradition und Mitmachgesellschaft, Lebenslust und Leistung. Hierzu brauchen wir aktive Dorfgemeinschaften. Wir brauchen lebenswerte Ortskerne, wir brauchen Nahversorgung, wir brauchen Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen.

Der ländliche Raum zeichnet sich aber vor allem auch durch das Gesellschaftsbild aus. Da sind es eben nicht die Ewiggestrigen und die Hinterwälder, sondern – ich sage das ganz selbstbewusst hier in der Mitte der Landeshauptstadt – das sind die Vorbilder für die Stuttgarter, die Mannheimer, die Freiburger und die Ulmer – um das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Warum ist das so? Weil diese Menschen sich noch ganz anders für sich und ihre Mitmenschen engagieren und einsetzen als die Menschen hier in der Anonymität der Großstadt. Es mag sein, dass die Stadt das Vorbild für die Technik ist, der Vorreiter für Lifestyle –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

alles in Ordnung. Aber die Vorbilder der Gesellschaft und des sozialen Zusammenhalts finden wir nicht in der Stadtmitte von Stuttgart, sondern die finden wir in den kleinen Dörfern im Schwarzwald, im Odenwald, auf der Schwäbischen Alb. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Deshalb geht es nicht nur darum – ich habe vorhin die Wirtschaftszahlen genannt –, dass ländliche Räume und städtische Räume den gleichen Anteil des Bruttosozialprodukts erwirtschaften, sondern es geht auch darum, das Gesellschaftsbild und die Vorbilder des menschlichen Miteinanders zu bewahren und dieses Rollenbild zu erhalten. Auch das ist wertvoll und ist es wert, dass sich Politik darum kümmert. Daher ist das auch eine Motivation, weshalb wir uns so sehr um die ländlichen Räume und um die kleinen Orte kümmern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir stocken deshalb das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum bis 2019 um 40 % gegenüber 2017 auf. Im Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“ haben wir in den Bereichen Pflege, Bildung und Mobilität bereits nach einem Jahr einige gemeinsame Projekte vorangebracht. Ich habe das vorhin schon erwähnt. Damit wollen wir die im Koalitionsvertrag vereinbarten Verstärkungen gemeinsam zum Wohl des ländlichen Raums umsetzen. Wir kommen auch dem Verfassungsauftrag nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land nach.

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, Herr Abg. Dr. Bullinger würde gern eine Zwischenfrage stellen.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Die häufigen Zwischenfragen bitte ich nicht zu stark auf meine Redezeit anzurechnen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Dr. Bullinger, bitte.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ich kann Sie beruhigen: Nach der Geschäftsordnung, die wir in der letzten Legislatur gemacht haben, wird die Uhr angehalten, solange die Frage gestellt wird.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Dr. Bullinger, keine Geschäftsordnungsdebatte, sondern eine Frage.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So viel zur Geschäftsordnung. – Herr Minister, wir freuen uns natürlich über die

(Dr. Friedrich Bullinger)

Aufstockung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum. Das ist wirklich ein Erfolgsprogramm aus den Achtzigerjahren von Minister Weiser, einem ihrer Amtsvorgänger. Aber ich habe vor allem eine Sorge: Vermehrt kommen Klagen. Denn das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum betrifft zum einen Infrastrukturmaßnahmen,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

aber auch andere Dinge wie vor allem Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzschaffung, sodass viele Betriebe aufgrund des Staus nicht bedient werden können.

(Abg. Georg Nelius SPD: Frage!)

Ich erlebe das teilweise an der Landesgrenze, wo die Gefahr besteht, dass die Menschen dann in das andere Bundesland gehen.

(Glocke des Präsidenten)

Das heißt, diese Wohnungsbauförderung wird wieder etwas zurückgenommen, und es wird wieder verstärkt die Sicherung der Arbeitsplätze und der Modernisierung im ländlichen Raum bei der Vergabe der Mittel vor allem gegenüber den Kleingewerbetreibenden ins Auge gefasst. Werden diese Mittel aufgestockt?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Verehrter Herr Kollege Dr. Bullinger, das ist immer ein Streitpunkt, eine Konkurrenzsituation.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Weil es den Unternehmen gut geht, investieren sie kräftig und haben deshalb natürlich Förderbedarf. Das ist vollkommen klar. Der Förderbedarf hat natürlich zugenommen, weil die wirtschaftliche Prosperität hoch ist, auch im ländlichen Raum.

Aber gleichermaßen haben wir ein reales Problem. Wir haben auch ein Problem, die Menschen derzeit und in der Zukunft adäquat in modernen Wohnungen unterzubringen. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Dieses Problem haben wir nicht nur in Stuttgart-Stadtmitte, sondern das Problem haben wir auch im ländlichen Raum. Der Wohnraumbedarf wird zunehmen. Da sage ich Ihnen ganz klar: Wenn das so ist, kann man nicht sehenden Auges alles ignorieren, weil jetzt ein paar Betriebe kommen und ein paar Landräte gern Einweihungsfeierlichkeiten machen. Vielmehr ist es notwendig, einen breiten Ansatz zu wählen, auch einen ökologischen Ansatz. Denn unser Bestreben ist es, nicht ständig Flächen zuzubauen, sondern die Flächen, die da sind, zu aktivieren. Wir wollen dafür natürlich alles tun.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das trifft für die städtebaulichen Sanierungsquartiere alles zu. Aber Sie wissen genau, dass die Abgrenzung zwischen ELR, Wohnungsbau und Stadtsanierung klar ist, es da keine Überschneidungen gibt und wir vor allem dort hineingehen, wo es um Ortskerne, letztendlich um kleinere Dörfer geht. Wir wollen, dass modernes Wohnen im 21. Jahrhundert eben nicht nur in den Neubaugebieten am Rand eines Dorfes, sondern auch in der Ortsmitte möglich ist. Das ist die Zielsetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das müssen wir auch tun und entsprechend aktivieren. Deshalb werden wir alles daransetzen, dass modernes Wohnen und Leben auch in den Ortskernen weiterhin möglich ist. Dazu muss man auch einmal beim Denkmalschutz Abstriche machen, und im Zweifelsfall müssen eben auch einmal ein paar Denkmäler abgerissen werden.

(Beifall des Abg. Willi Stächele CDU)

Denn nicht jedes Denkmal, das vor 30 Jahren auf die Liste kam, ist es auch wert, dauerhaft zu bestehen – um auch dies einmal klar zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ansonsten würde unser Land aus lauter Denkmälern bestehen, und kein Mensch würde mehr darin wohnen. Wir würden darum herumspringen und Ringelreihen machen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau so ist es! Völlig richtig!)

Dazu fehlt mir der Bezug.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch zu dem letzten Punkt kommen, nämlich zum Thema Wald und zur Bioökonomie.

(Unruhe)

Die Bioökonomie ist ein Zukunftstrend. Der Übergang von fossilen auf nachwachsende Rohstoffe wird immer stärker. Deshalb wird die Bioökonomie ein Megatrend in der Zukunft werden – davon bin ich überzeugt –, und deshalb wollen wir in diesem Bereich – das hätten wir noch vor wenigen Jahren nur schwer für möglich gehalten – die Forschung verstärken – auch die anwendungsorientierte Forschung – und mit Praktikern weiterentwickeln. Das machen wir gemeinsam mit der Universität Hohenheim, mit der Gesellschaft BIOPRO Baden-Württemberg als Dienstleister, wenn man so will.

Da müssen wir energisch vorankommen. Denn der Erfolg wird sich nicht nur allein dadurch einstellen, dass wir den fossilen Bedarf bei der Energieerzeugung reduzieren. Wir müssen auf allen Feldern versuchen, vorwärtszukommen – raus aus dem fossilen Zeitalter, hinein in ein bioökonomisches Zeitalter, in dem die Rohstoffe auch nachwachsen und wieder recycelt werden können. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ein solcher klassischer Rohstoff ist natürlich auch das Holz – ziemlich klassisch, ziemlich alt, verstaubt, könnte man fast meinen. Aber seine Renaissance bringen wir in Baden-Württemberg derzeit voran.

Deshalb steht auch im Hinblick auf den Klimawandel die Nutzung der Wälder zur CO₂-Speicherung ganz im Mittelpunkt. Wir werden deshalb in dieser Legislaturperiode, bis wir die Auswirkungen auf die Biodiversität „gemonitort“ und erhoben haben, auch keine weiteren Wälder stilllegen.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Beifall nur bei der FDP/DVP!)

(Minister Peter Hauk)

Vielmehr werden wir alles dafür tun, dass wir Wälder nutzen, damit CO₂ wie hier in diesem Plenarsaal möglichst lange gespeichert ist. Da kann ich auch hier nur dafür plädieren. Gott sei Dank wird auch hier in diesem Plenarsaal viel Holz verwendet. Das ist die beste Möglichkeit, um dem Peak, der beim CO₂-Ausstoß zu erwarten ist, zu begegnen. Wir kämpfen zwar dagegen, aber machen wir uns nichts vor: Weltweit wird es noch 30, 40 Jahre dauern, bis der Peak erreicht ist. Ich plädiere dafür, zumindest für diese Zeit möglichst viel CO₂ zu speichern, und das können wir nur, indem Holz, wenn es geschlagen wird, verwendet wird. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die Aktivierung dieses Potenzials ist mindestens vor dem Hintergrund des Klimawandels genauso wichtig wie die Unterchutzstellung und die Erweiterung der Moore, um dies einmal klar zu sagen. Denn auch dort haben wir weltweit letztlich hohe CO₂-Speicher.

Diejenigen, die das Holz schlagen, stehen derzeit vor großen Herausforderungen, wie Sie selbst wissen. Ich will auf das Thema Kartellverfahren nicht im Einzelnen eingehen, aber es wird eine Neuorganisation bringen. Die haben wir in der Regierung bereits beschlossen. Wir haben noch kein Ergebnis, aber es gibt etwas Neues, und wir haben auch die entsprechenden Arbeitsgruppen aufgesetzt.

Ich bin auch den kommunalen Landesverbänden und den Regierungsfractionen sehr dankbar, dass dort alle konstruktiv mitarbeiten bzw. sich auch mit Ideen entsprechend einbringen. Ich informiere auch die Fraktionen regelmäßig darüber.

Mit der Neuorganisation machen wir, glaube ich, das Beste aus einer nicht nachvollziehbaren Entscheidung des Bundeskartellamts und des Oberlandesgerichts Düsseldorf.

Wir werden uns gerade nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Wir werden diese Zukunftsthemen verstärkt angehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie ausdrücklich um Zustimmung zu diesem Haushaltsentwurf.

Herr Nelius, wenn Sie meinen, dass man wegen 1 Million € nicht zustimmen müsste, finde ich das aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar. Aber das ist Ihre Entscheidung. Trotzdem bitte ich Sie um Zustimmung.

(Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Ich glaube, wir setzen einen soliden, nachhaltigen und zukunftsorientierten Rahmen für die ländlichen Räume, die Landwirte, die Verbraucher und die Menschen in Baden-Württemberg. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen dann wirklich ein frohes Weihnachtsfest. In der nächsten Woche sehen wir uns noch einmal. Denken Sie aber bei den Vorbereitungen daran: Der Genuss,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

der damit auch einhergehen muss und wofür dieses Land steht, wird noch erhöht, wenn Sie die Lebensmittel von daheim aus der regionalen Produktion kaufen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bio!)

Es muss nicht die Weihnachtsgans sein, es darf auch ein Stück Wild sein,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wildsau! – Weitere Zurufe)

in den Wäldern erlegt. Kollege Röhm und Kollege Hagel werden mit dafür sorgen – oder Sie selbst. Sie haben Hunger, und ich will Sie auch nicht vom Essen abhalten. Deshalb gehen wir in die Abstimmungen. Ich werde für den Haushaltsentwurf stimmen und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch mitstimmen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Georg Nelius SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: In der zweiten Runde erlaube ich das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Abg. Klos.

(Zuruf: Oje!)

Abg. Rüdiger Klos AfD: Herr Präsident, werte Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, selbstverständlich leugnet die AfD nicht den Klimawandel. Das Klima ändert sich, seit sich dieser Planet in diesem Kosmos aus Staub gebildet hat.

(Unruhe)

Das ist doch völlig klar. Wir leugnen doch auch nicht, dass es acht Planeten in diesem Sonnensystem gibt.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Wer weiß? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber die Erde ist eine Scheibe, Herr Kollege, stimmt's?)

Pluto wurde zum Zwergplaneten abgestuft. Das ist schade. Ich habe Pluto eigentlich immer gemocht. Aber dass die Grünen zur Zwergenpartei im Bund abgestuft worden sind, das ist gut so für Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Um noch einmal auf den Klimawandel zurückzukommen: Grönland, Herr Minister, heißt grünes Land. Das war früher ein blühendes Land.

(Lachen des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Dann hat sich das Klima geändert. Das Klima wird sich immer ändern. Aber Sie stellen sich hier hin und sagen, die Frostschäden seien zurückzuführen auf den Klimawandel, das sei wissenschaftlich belegt. Bitte schicken Sie mir diese Studie. Ich sage Ihnen bereits heute: Diese Studie werde ich niemals erhalten, weil sie nicht existiert; denn kein vernünftiger Wissenschaftler setzt seine Unterschrift unter einen solchen Unfug.

(Zurufe der Abg. Georg Nelius SPD und Andreas Glück FDP/DVP)

Sie haben eine Hypothese, und darauf basiert Ihre ganze Politik.

(Rüdiger Klos)

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die ganze Welt hat eine Hypothese!)

Sie sagen, die CO₂-Konzentration beeinflusse das Klima. Jetzt haben Sie auf wissenschaftliche Studien abgehoben. Dann müssten Sie eigentlich auch die neueste Studie aus der Wolkammer des CERN kennen. – Kennen Sie nicht. Gut. Die Wissenschaftler kommen zudem valide überprüfbar, reproduzierbar zu dem Ergebnis,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Dass es schwarze Löcher gibt!)

dass, wenn es diesen postulierten Zusammenhang zwischen CO₂-Konzentration und Erderwärmung überhaupt gibt, dieser weitaus geringer ist, als Sie alle bisher postulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich rate Ihnen dringend: Informieren Sie sich einmal, schreiben Sie Ihre Ideologien über Bord.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist lächerlich, was Sie hier sagen!)

Stellen Sie Ihre Parteipolitik auf wissenschaftliche Erkenntnisse.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Lächerlich!)

Dann machen Sie einmal vernünftige Politik für dieses Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechter [fraktionslos] – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die versammelte Wissenschaft ist völlig anderer Meinung! Das ist lächerlich, was Sie sagen! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Allgemeine Fake-Partei Deutschlands!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3208.

Wir kommen zunächst zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung. Den vorliegenden Änderungsantrag werde ich bei dem entsprechenden Kapitel aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0801

Ministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3208. Wer Kapitel 0801 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Waren das Gegenstimmen? –

(Zurufe, u. a. Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ja!)

Enthaltungen? – Kapitel 0801 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0802

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3208. Wer Kapitel 0802 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0802 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3208.

Zu Titel 686 75 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3308, vor, der eine Erhöhung der Mittel fordert, um mehr Beratungsstellen der Verbraucherzentrale zu schaffen bzw. ein Netz derselben zu schaffen bzw. zu erweitern. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0803 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3208, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0803 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 4 bis 9, also die sechs Kapitel 0804 – Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur – bis Kapitel 0817 – Fachzentrum Sonderkulturen –, zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 0804 bis Kapitel 0817

Wer den sechs Kapiteln 0804, 0806, 0809, 0810, 0812 und 0817 zustimmt,

(Zuruf: 08/15! – Vereinzelt Heiterkeit)

den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0804 bis 0817 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 10 auf:

Kapitel 0823

Fachzentrum Tier

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3208. Wer Kapitel 0823 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0823 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 11 auf:

Kapitel 0826

Veterinärwesen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3208. Wer Kapitel 0826 zustimmt, den

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0826 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 12 auf:

Kapitel 0827

Chemische und Veterinäruntersuchungsämter

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3208. Wer Kapitel 0827 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0827 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 13 auf:

Kapitel 0831

Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3208. Wer Kapitel 0831 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0831 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 14 auf:

Kapitel 0833

ForstBW

Wer Kapitel 0833 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0833 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 15 auf:

Kapitel 0835

Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3208. Wer Kapitel 0835 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0835 ist einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 08 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 08 gelangt.

Ich rufe **Punkt 1 c** der Tagesordnung auf:

**Einzelplan 09: Ministerium für Soziales und Integration
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3209**

Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 09 – Ministerium für Soziales und Integration – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Thomas Poreski für die Fraktion GRÜNE das Wort.

(Unruhe)

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht von allein. Er ist angewiesen auf eine aktive Bürgerschaft mit Menschen, die sich beteiligen, die Empathie und Solidarität zeigen und die sich einmischen, auch wenn andere Unterstützung brauchen, wenn sie bedroht oder wenn sie in ihren Rechten verletzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Die vielen Menschen in unserem Land, die sich in den Vereinen, in der Jugendarbeit, im Rettungswesen und in der Flüchtlingshilfe, in Verbänden, in Initiativen vor Ort und in den Quartieren einbringen, sie alle machen Politik im besten Sinn des Schweizer Schriftstellers Max Frisch, der einmal sagte:

Politik ist die Einmischung in die eigenen Angelegenheiten.

Wir sind dankbar dafür und stolz darauf. Denn nirgendwo sonst ist das bürgerschaftliche Engagement größer als in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die grün-schwarze Koalition weiß aber auch, dass das kein Selbstläufer ist. Nachhaltiger gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht gute staatliche Rahmenbedingungen. Dabei geht es um Freiheit und Sicherheit, einen funktionierenden Rechtsstaat, gute Bildung, Wohnungsbau, Umwelt und Wirtschaft. Doch all dies wirkt nur, wenn auch die Kernaufgaben der Sozial- und Integrationspolitik erfüllt werden: Gesundheit, Schutz vor Armut und Benachteiligung, ein gutes Miteinander der Generationen in gesellschaftlicher Vielfalt und gute Lebensbedingungen auch im Nahraum der Menschen.

Wir, die grün-schwarze Koalition, knüpfen an Bewährtes an, und wir stellen uns neuen Herausforderungen mit einem gut aufgestellten Sozial- und Integrationsministerium. An dieser Stelle: Danke, lieber Manne Lucha, und danke, liebe Bärbli Mielich. Dieser Dank schließt auch eure Mitarbeitenden ein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ebenso wichtig ist das gute Miteinander der Sozial- und Integrationspolitikerinnen und -politiker der Koalition. Durch viele Initiativen und Zuarbeit aus unseren Reihen ist es gelungen, eine ganz besondere Qualität im heute vorliegenden Etat zu verankern.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dafür allen Beteiligten – auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – ganz herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

(Thomas Poreski)

Mit nur gut 3 % des Landeshaushalts liefern wir einen ungleich höheren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt. Lassen Sie mich einige Punkte herausstellen:

Wir investieren in eine hochwertige, zuverlässige und sektorübergreifende Gesundheitsversorgung, und zwar besonders in die Weiterentwicklung und Verzahnung von stationären und ambulanten Strukturen sowie deren Vernetzung mit der Prävention und der Pflege. Einzig bei der stationären Versorgung gibt es ein etwas geringeres Investitionsvolumen.

(Zuruf des Abg. Rainer Hinderer SPD)

Doch auch hier wird das Land seiner Verantwortung gerecht. Wir konzentrieren uns auf das, was wir, lieber Kollege Hinderer, auf unserer Ausschussreise in Finnland eindrucksvoll beobachten konnten: eine regional abgestimmte Versorgung auf hohem Niveau. Dazu zählt auch die Digitalisierungsstrategie in Medizin und Pflege, die Sie vielleicht auch nicht ausklammern sollten.

Wir arbeiten für ein offenes, tolerantes und solidarisches Baden-Württemberg: mit der Beratung zur Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, der Extremismusprävention, der Förderung der Netzwerke für Antidiskriminierung und dem Pakt für Integration. Die Landesregierung fördert kommunale Integrationsbeauftragte und flächendeckend 1 000 Integrationsmanager – ein sperriger Begriff, aber ein gutes kanadisches Modell für die individuelle Begleitung und Beratung vor Ort.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Außerdem wird das Landesprogramm zum Spracherwerb neu ausgerichtet. Wir entwickeln den bewährten „Zukunftsplan Jugend“ weiter zum Masterplan. Mit einer Steigerung von 5 Millionen € jährlich gegenüber 2016 unterstützen wir das Aufwachen aller Kinder und Jugendlichen, wirken sozialer Benachteiligung entgegen, fördern Räume für selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln und Erfahrungen der demokratischen Teilhabe.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hinderer?

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ja, gern.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Hinderer, bitte.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Kollege Poreski, vielen Dank für die Gelegenheit, eine Zwischenfrage zu stellen. – Sie sind ja geadelt worden bei der Anhörung zum Landesjugendplan. Sie sind auch ein großer Freund der Kampagne „Jugendarbeit ist Mehrwert“. Wir begrüßen es, dass Sie auch mehr Geld ins System bringen. Allerdings fragen wir schon: Warum stimmen Sie der zentralen Forderung des Landesjugendrings – 50 % mehr Mittel für die Anschaffungen und 25 € für die Betreuung bei den pädagogischen Seminaren – nicht zu? Das war die zentrale Forderung. Sie lehnen unseren Antrag hier zu ab. Warum?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist jetzt die republikanische Tradition der SPD!)

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Lieber Kollege Hinderer, ich lehne das keineswegs ab – im Gegensatz übrigens zur damaligen politischen Führung des Ministeriums in der letzten Legislaturperiode, in der es diese Kampagne auch schon gab. Vielmehr haben wir uns darauf verständigt – das haben Sie übrigens in Ihrem Antrag auch geschrieben –, dass die Landesregierung ohnehin in diese Richtung arbeitet. Ich finde, ein Antrag, der so begründet ist: „Die Landesregierung macht das ohnehin, wir wollen aber mehr“, ist zwar ein typischer Oppositionsantrag, bringt aber keine neue Qualität.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Ich habe auch gesagt – dazu wäre ich jetzt in meiner Rede gekommen –, dass dazu natürlich die bessere Finanzierung von Regularien im Landesjugendplan gehört, entsprechend unserer Unterstützung – das haben Sie auch unterstützt – für die Kampagne „Jugendarbeit ist Mehrwert“ des Landesjugendrings. Sie waren also ein bisschen zu schnell mit der Frage.

(Zuruf des Abg. Rainer Hinderer SPD)

Mit der Strategie „Quartier 2020“ stärken wir mit jährlich 6 Millionen € den sozialen Lebensraum in den Nachbarschaften, Stadtvierteln, Dörfern und Gemeinden. „Quartier 2020“ ist Teil einer Sozialraumstrategie mit Gelingensfaktoren wie Mütter- und Nachbarschaftszentren, Kinder- und Familienzentren, Mehrgenerationenhäusern, vielfältigen barrierefreien Gestaltungsräumen, professioneller Unterstützung von ehrenamtlichen Engagements sowie leicht zugänglichen sozialen Unterstützungsangeboten.

Quartiere sind Orte der Beteiligung, die entscheidend dazu beitragen, dass sich Menschen in einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu Hause fühlen. Dafür arbeiten wir.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der
CDU)

Diesem Ziel dient auch die Umsetzung bundesgesetzlicher Vorgaben, vom Unterhaltsvorschussgesetz über das Prostituiertenschutzgesetz bis hin zum enorm wichtigen Bundesteilhabegesetz. Die Regelungen dazu sind kein Selbstzweck. Immer geht es um Lebensqualität und Teilhabe für alle, damit aus Hilfebedürftigen Sozialbürgerinnen und Sozialbürger werden, die sich als Teil unserer Gesellschaft fühlen und ihr auch etwas zurückgeben können.

Wir sagen: Eine in jeder Hinsicht barrierefreie und inklusive Gesellschaft ist geradezu ein Sinnbild für das Gemeinwohl.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Stefan Teufel
CDU)

Wir setzen die Bundesgesetze in fairer Partnerschaft mit den Kommunen um – gelegentlich streitbar, aber immer mit der Zuversicht unserer Erfahrung: Es wird auch künftig gelingen.

Viele Puzzleteile dieses Haushalts haben die Arbeitskreise der Koalitionsfraktionen beigetragen, einige davon werden in unseren Anträgen sichtbar: etwa bei der Verbesserung der Frauenhausfinanzierung und beim Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen, bei den Fachberatungsstellen für die Opfer von Menschenhandel, bei der Stärkung der Prävention gegen

(Thomas Poreski)

Alkoholmissbrauch und den Hilfsangeboten für Kinder suchtkranker Eltern, beim Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ sowie inklusiven Projekten wie der Landesauswahl der Fußballer mit geistiger Behinderung und der Jugend- und Freizeitstätte CircArtive, bei der Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung sowie den Zuschüssen an die Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer, beim Arbeitskreis Leben für Suizidprävention, beim Landessenorenrat sowie beim Landesfamilienrat und dem Netzwerk Familienbildung, bei der Einrichtung einer Hörscreeningzentrale für Neugeborene, ebenso wie bei der Beratungsstelle YASEMIN gegen Zwangsverheiratung und gegen Gewalt im Namen einer sogenannten Ehre und bei der wissenschaftlich begleiteten Weiterentwicklung des Kinderschutzes in Kooperation mit unseren 46 Jugendämtern.

Bei der Umsetzung unserer Politik leiten uns das sozialstaatliche Subsidiaritätsprinzip sowie ein gutes Miteinander mit den Kommunen und der freien Wohlfahrtspflege. Wir wollen gemeinsam dazu beitragen, dass ganz unterschiedliche Menschen tatsächlich teilhaben, dass sie real erfahren, dass ihre Bedürfnisse und ihr Engagement zählen.

Der Sozial- und Integrationshaushalt ist daher kein Konsumhaushalt, sondern ein Investitionshaushalt für den sozialen Zusammenhalt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Für das, was er leistet und bietet, ist er im wahrsten Sinn des Wortes preiswert.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Teufel.

Abg. Stefan Teufel CDU: Sehr geehrter Präsident, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist uns erfreulicherweise gelungen, notwendige Mehrbedarfe im Haushalt des Ministeriums für Soziales und Integration zu verwirklichen. Mit diesen Mehrbedarfen können zentrale Aufgaben umgesetzt werden.

An erster Stelle möchte ich die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Pflege“ erwähnen. Es ist wichtig, dass wir auch hier im Landesparlament die Arbeit der Enquetekommission betonen, und es ist wichtig, dass deren Handlungsempfehlungen jetzt auch zur Umsetzung kommen. Aus unserer Sicht ist es daher unverzichtbar, dass die Handlungsempfehlungen auch jetzt im Doppelhaushalt berücksichtigt werden.

Mit der aktuellen Schwerpunktsetzung auf die alters- und generationengerechte Quartiersentwicklung wurde ein zentraler Aspekt in den Blick genommen. Er setzt direkt bei den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger an. Denn der überwiegende Teil der Menschen im Land möchte so lange wie möglich in seiner gewohnten Umgebung bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Die Quartiersentwicklung trägt dazu bei, dies zu ermöglichen. Mit dem Ideenwettbewerb wurde ein erster Schritt hin zu ei-

ner erfolgreichen Quartiersentwicklung gemacht. Über 53 Kommunen im Land Baden-Württemberg haben sich an diesem Ideenwettbewerb beteiligt und bieten jetzt auch wertvolle Unterstützung für die Quartiersentwicklung. Soweit die Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Landes liegen, müssen diese auch angegangen werden.

Die im Haushalt eingestellten Mittel sollten zur Verbesserung der Situation in den Bereichen der Pflege im Land genutzt werden. Die ressortübergreifende Tätigkeit des Demografiebeauftragten trägt dazu bei, dass auch in Zukunft tragfähige Konzepte für unser Land entwickelt werden. Gerade im Zusammenhang mit der Quartiersentwicklung spielt dieser eine wichtige Rolle. Eine verlässliche Finanzierung ist daher bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe auch in Zukunft unverzichtbar.

Einen weiteren wichtigen Impuls im Zusammenhang mit der Politik für die ältere Generation möchte ich ebenfalls nicht unerwähnt lassen: den Landessenorenrat. Der Landessenorenrat vertritt die Interessen der Seniorinnen und Senioren im Land und setzt sich aktiv für die Verbesserung der bestehenden Rahmenbedingungen ein. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gewinnt die Arbeit des Landessenorenrats zunehmend an Bedeutung. Es war der CDU-Landtagsfraktion daher ein besonderes Anliegen, den Landessenorenrat bei seiner Arbeit besser zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bereich der Demografie beschränkt sich nicht nur auf die ältere Generation, er umfasst natürlich auch die jüngere Generation. Gerade uns dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren; sie ist die Zukunft unseres Landes. Wir müssen aus diesem Grund unser Bestmögliches dafür tun, dass die Kinder und Jugendlichen gute Startbedingungen vorfinden. Es liegt an uns, auch dafür Sorge zu tragen. Es ist aus diesem Grund mehr als erfreulich, dass auch der Bereich der Kinder- und Jugendarbeit gestärkt werden konnte.

Neben der Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Seniorenarbeit ist uns auch die Familienarbeit wichtig. Die Familienpolitik hat für uns einen sehr hohen Stellenwert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen, dass die Familien in Baden-Württemberg die notwendige Unterstützung erhalten. Der Landesfamilienrat trägt mit seiner Arbeit dazu bei, die Situation in den Familien vor Ort zu verbessern. Damit dieser Einsatz auch in Zukunft in angemessener Weise erfolgen kann, haben sich die Regierungsfractionen auch hier für eine Verbesserung der Förderung eingesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Digitalisierung macht auch im Sozial- und Gesundheitswesen nicht halt. Sie wird viele Herausforderungen, aber auch viele Chancen mit sich bringen, welche wir nutzen müssen. Über die Digitalisierungsoffensive des Landes müssen telemedizinische Dienste bzw. E-Health-Dienste auch in Baden-Württemberg ihren Weg in die Krankenhäuser, Pflegedienste und sozialen Einrichtungen finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die ambulante ärztliche Versorgung in Baden-Württemberg ist gut, doch viele

(Stefan Teufel)

junge Ärztinnen und Ärzte zieht es eher in die Städte und Ballungsgebiete, was auf dem Land zum Teil zu erheblichen Nachwuchsproblemen führt,

(Abg. Anton Baron AfD: Oh ja!)

insbesondere im hausärztlichen Bereich. Für das Förderprogramm „Landärzte“ stehen insgesamt 2 Millionen € zur Verfügung. Ebenfalls auf unsere Initiative hin wurde die Erprobung eines Stipendienmodells für junge Mediziner für unterversorgte Gebiete beschlossen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Frage nach den notwendigen Rahmenbedingungen bedarf es im Bereich der Integration ebenfalls wichtiger Schwerpunktsetzungen. Ein wesentlicher Aspekt ist der Pakt für Integration mit den Kommunen. Dieser wurde schon im Koalitionsvertrag verankert. Hintergrund war die große Zahl der Flüchtlinge, die im Jahr 2015 zu uns gekommen sind. Dies hat das Land, aber ganz besonders auch die Kommunen vor besondere Herausforderungen gestellt. Denn die Anschlussunterbringung ist eine kommunale Aufgabe.

Um die Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen, stellt das Land auf freiwilliger Basis 2017 und 2018 erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Begleitend zu dem Pakt für Integration werden aber auch weitere Mittel für die Fortführung der Integrationsarbeit zur Verfügung gestellt. Zu nennen sind hier die Integrationsbeauftragten und der Bereich der Sprachförderung. Für eine erfolgreiche Integration ist aber auch eine gute Betreuung und Unterstützung in Konfliktsituationen notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einem weiteren sehr anspruchsvollen Beratungsfeld wurden die Mittel ebenfalls erhöht. Die Arbeitskreise Leben leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Diese Tätigkeit verlangt großes Engagement und Einsatz. Es war unserer Fraktion sowie der Fraktion GRÜNE daher ein wichtiges Anliegen, dass die Arbeitskreise Leben die notwendige finanzielle Förderung erhalten.

Auch im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen stehen erhebliche Änderungen an. Nach langen Beratungen wurde das Bundesteilhabegesetz verabschiedet. Es tritt in mehreren Stufen in den nächsten Jahren in Kraft. Auf Landesebene müssen nun die notwendigen Schritte veranlasst werden. Der Entwurf für ein Gesetz zur Umsetzung in Baden-Württemberg befindet sich momentan in der Anhörung. Die Weichen auf Landesebene müssen richtig gestellt werden, damit die kommenden Aufgaben im Sinne aller Beteiligten bestmöglich gelöst werden können. Ziel muss es sein, den Teilhabegedanken auf allen Ebenen zu verwirklichen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, des Weiteren hat sich die CDU-Landtagsfraktion dafür starkgemacht, dass taubblinde Menschen mehr Unterstützung erhalten. Taubblinde und hör-/sehbehinderte Menschen sehen sich ganz besonderen Herausforderungen gegenüber. Sie benötigen spezifische qualifizierte Taubblindenassistenten, um am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu können. Um eine entsprechende Ver-

sorgung zu sichern, bedarf es entsprechender Qualifizierungsangebote. Wir haben uns aus diesem Grund dafür eingesetzt, dass im Doppelhaushalt 2018/2019 jeweils 35 000 € für dieses Qualifizierungsangebot bereitgestellt werden.

Im Doppelhaushalt 2018/2019 konnte zudem die Unterstützung der Hospiz- und Palliativversorgung deutlich verbessert werden. Die Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung hat auch Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Ziel war es, die wohnortnahe Hospiz- und Palliativversorgung auszubauen. Die Begleitung der Menschen auf ihrem letzten Weg wird dadurch deutlich verbessert.

Neben den erzielten Verbesserungen möchte ich aber auch auf den notwendigen Konsolidierungsbeitrag eingehen. Die Kürzung bei der Krankenhausfinanzierung ist schmerzlich. Das Land hat seine Haushaltsmittel für die Investitionsförderung in den vergangenen Jahren deutlich aufgestockt.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Wer war's?)

– Auch die SPD war das.

(Abg. Rainer Hinderer und Abg. Sabine Wölfle SPD: Erwähnen!)

– Jawohl.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Danke schön!)

Allein von 2010 bis 2017 wurden die Haushaltsmittel für die Krankenhausförderung von 337 Millionen € auf 461 Millionen € angehoben. Die Mittel für die Investitionsprogramme wurden im selben Zeitraum von 172 Millionen € auf 263 Millionen € angehoben. Hinzu kommt, dass im Jahr 2017 – das war das CDU-geführte Bundesgesundheitsministerium – die Bundesmittel aus dem Krankenhausstrukturfonds noch einmal um 63 Millionen € aufgestockt werden konnten.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Die Beitragszahler waren es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, der vorliegende Haushalt des Ministeriums für Soziales und Integration kann sich sehen lassen. Die CDU hat im Sozialbereich das Motto „Fördern und Fordern“. Diesem Motto wird dieser Haushalt gerecht.

Alles Gute und Glück auf!

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Dr. Baum.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Kein Vormarsch ist so schwer wie der zurück zur Vernunft“, sagte einmal Bertolt Brecht.

(Zuruf von den Grünen – Heiterkeit bei den Grünen)

„Aus Fehlern lernen“ hätte daher die Devise des neuen Haushalts sein können, nicht nur bei der Einstellung neuer Justizbeamter, sondern auch in diesem Einzelplan 09. Weg von ideologischen Wunschvorstellungen, hin zu faktenorientierter Politik.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Christina Baum)

Aber leider Fehlannonce. Schon für den Staatshaushaltsplan 2017 haben wir eine Altersüberprüfung von angeblich minderjährigen Flüchtlingen gefordert, weil die Vermutung nahe lag, dass – wie in anderen Ländern auch – bei der Altersangabe sehr häufig gelogen wird. Wieder haben wir recht behalten. Annähernd die Hälfte der als minderjährig Behandelten ist sogar offiziell erwachsen, und auch bei den übrigen ist von einer hohen Betrugsrate auszugehen.

(Zuruf von der AfD: Skandal!)

Das traurigste Beispiel kennen wir alle. Es ist der angeblich minderjährige mutmaßliche Mörder Hussein K. aus Freiburg, der in Wahrheit bereits 33 Jahre alt sein soll.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Das stimmt doch nicht!)

Eine solch eklatante Fehleinschätzung des Alters spottet jeder Beschreibung und muss als bewusste Täuschung angesehen werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir lassen uns aber nicht länger täuschen und fordern eine objektive, medizinisch eindeutige Altersbestimmung,

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

weg von ideologisch geleiteten pädagogischen Einschätzungen, was auch immer das sein soll, hin zu wissenschaftlich fundierten und verlässlichen Methoden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Unsere Nachbarländer machen es vor, und selbst in der CDU ist inzwischen diese Erkenntnis angekommen, nur der Wille zur Umsetzung scheint zu fehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Allein mit dieser Maßnahme könnte Baden-Württemberg in den nächsten zwei Jahren mindestens 270 Millionen € an Steuergeldern einsparen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Die vielen Bürger, die jahrelang in diese Sozialsysteme eingezahlt haben, die einen zweiten und einen dritten Job brauchen, um allein ihre Miete und die steigenden Nebenkosten bezahlen zu können, haben für das Verhättseln von fremden jungen Männern kein Verständnis mehr.

(Beifall bei der AfD)

Es ist auch nicht moralisch, wenn man Betrüger auf Kosten der Steuerzahler unterstützt. Im Gegenteil: Es ist zutiefst unmoralisch und bereitet den Boden für die Zerstörung unseres sozialen Friedens vor.

(Beifall bei der AfD)

Das gilt gleichermaßen auch für den Pakt für Integration. Unsere grundsätzliche Gegenposition dazu ist Ihnen allen zwischenzeitlich bekannt. Wir wollen keine Integration, sondern die vollständige Remigration. Alle unsere diesbezüglichen ei-

genen Anträge sind darauf ausgerichtet. Es ist eben nicht human, wenn man hier Menschen ansiedelt, von denen der größte Teil ihr Leben lang zu den Abgehängten in diesem Land gehören wird. Human ist es, diesen Menschen den Weg zurück in die Heimat zu bereiten und ihnen Fähigkeiten mit auf den Weg zu geben, die es ihnen ermöglichen, ihr Land und sich selbst eine eigene Existenz in ihrer Heimat wieder aufzubauen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Ich gebe Ihnen einen guten Rat: Schauen Sie sich dazu unser eigenes Konzept „Fit4Return“ an, da haben Sie die Lösung. Rückführungsprogramme, wie von uns von Anfang an gefordert, sind inzwischen praktischer Bestandteil der Politik, nicht nur auf Bundesebene. Auch verschiedene Landkreise bieten inzwischen erfolgreich Rückführungsprämien an, die wir deshalb unterstützen möchten. Es wird höchste Zeit, dass auch das Land auf konsequente Remigration statt Integration setzt und seine Verantwortung nicht weiter abwälzt. Denn es bleibt natürlich weiterhin Aufgabe des Landes, die Ausreisepflicht abgelehnter Migranten ohne Wenn und Aber durchzusetzen.

(Beifall bei der AfD)

Der Erfolg dieser Rückführungsmaßnahmen beweist natürlich gleichzeitig, dass es sich bei vielen der sogenannten Flüchtlinge um reine Wirtschaftsmigranten handelt. Denn wer tatsächlich in seinem Heimatland mit dem Tode bedroht wird, wird für kein Geld der Welt freiwillig dorthin zurückkehren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Die sollen doch vollständig zurückgeführt werden!)

Und nun zu meinem Lieblingsthema und dem Lieblingsthema der Grünen: Gender-Mainstreaming.

(Oh-Rufe von den Grünen – Abg. Sabine Wölfe SPD: Ersparen Sie uns das! – Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Wir erinnern uns: Im letzten Haushaltsplan waren zunächst null Euro für den sogenannten Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ vorgesehen, um dann kurzfristig doch noch 250 000 € einzuplanen.

(Zuruf: Zum Glück!)

In diesem Doppelhaushalt werden die Mittel mit den Stimmen der CDU sogar auf 400 000 € jährlich aufgestockt.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Wahnsinn!)

Das bestätigt, dass nicht nur die Grünen sehr gern Geld für unwissenschaftliche Ideologieprojekte ausgeben,

(Beifall bei der AfD)

sondern inzwischen auch die CDU-Abgeordneten.

(Abg. Sabine Wölfe SPD: Das nennt man Humanität, Gerechtigkeit, Toleranz! – Staatssekretärin Bärbl Mielich: Das ist die Akzeptanz der Humanität! – Gegenruf des Abg. Stefan Räßle AfD: Ihr seid Steuergeldverschwender!)

(Dr. Christina Baum)

Die Ehe für alle und das dritte Geschlecht sind nun auch in einer angeblich christlichen Partei angekommen. „Bravo, CDU“, kann man da nur sagen.

(Beifall bei der AfD)

Die Leidtragenden dieser gefährlichen Genderideologie sind unsere Kinder. Sie werden dazu aufgefordert, ihr biologisch vorgegebenes Geschlecht ständig zu hinterfragen,

(Lachen des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

und werden damit nicht nur verunsichert, sondern in ihrer freien sexuellen Entwicklung geradezu behindert.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Staatssekretärin Bärbl Mielich: So ein Unsinn!)

Nicht mit uns, liebe Kollegen! Wir werden das nicht zulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sexualerziehung selbstverständlich – aber altersgerecht und nicht am Erziehungsauftrag der Eltern vorbei

(Beifall bei der AfD)

und selbstverständlich an der unumstrittenen biologischen Tatsache ausgerichtet, dass es eben nur zwei Geschlechter gibt und dass das Geschlecht von Geburt an vorgegeben ist.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl! – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das ist keine Ideologie, oder?)

Man kann sich sein Geschlecht nicht aussuchen. Was für ein Quatsch!

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Das ist ein schreckliches Menschenbild! Intolerant! Inhuman! – Zuruf: Sie können es auch nicht aussuchen! – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deshalb: Lassen Sie unsere Kinder mit diesem gefährlichen Unsinn in Ruhe!

(Beifall bei der AfD)

Eines weiß ich jedoch ganz sicher, und das beruhigt mich sehr: Sie können noch so viel Geld in die Hand nehmen; gegen die Natur kommen Sie trotzdem nicht an.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist Blut-und-Boden-Ideologie!)

Mein Fazit: Wir finden viele unnötige Ausgaben, auch im Einzelplan 09, die man bei vernünftiger Abwägung und ehrlicher inhaltlicher Diskussion hätte einsparen können.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte!)

Demgegenüber steht wenig Geld für die wirklich wichtigen, gesellschaftsrelevanten Bereiche zur Verfügung. Ich denke hier an die flächendeckende Gesundheitsversorgung, seien es Krankenhäuser oder Hausärzte, vor allem auf dem Land,

(Beifall bei der AfD)

und an den damit einhergehenden Erhalt der Attraktivität des ländlichen Raums. Hauptsächlich denke ich jedoch an eine wirksame Familienpolitik, die endlich unser demografisches Problem angeht und überhaupt erst den Fortbestand unseres Staatsvolks und damit unserer Sozialsysteme garantiert.

(Beifall bei der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Staatsvolk“ ist Nazi-Sprech, Frau Dr. Baum!)

Wir müssen dafür sorgen – eigentlich sollten wir alle zusammen dafür sorgen –, dass junge Menschen wieder ohne finanzielle Bedenken Kinder bekommen und diese auch liebevoll zu Hause selbst betreuen können. Ich möchte uns Frauen nicht zu Gebärmaschinen degradieren lassen. Ich möchte nicht, dass Frauen bereits ihre Säuglinge in staatliche Einrichtungen abgeben müssen, weil das Geld eines Elternteils hinten und vorn nicht mehr reicht.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Die wollen vielleicht auch arbeiten!)

So sieht es nämlich aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Sabine Wölfle SPD: Keine Ahnung! – Anhaltende lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich möchte, dass die Eltern das Aufwachsen ihrer eigenen Kinder miterleben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Zurück an Heim und Herd! Auch das kennen wir!)

Davon wird es abhängen, ob unsere Sozialsysteme überhaupt eine Zukunft haben werden; das wissen Sie sehr genau.

Diese Aufgabe lässt sich aber nicht kurzfristig lösen, sie muss jetzt und auf lange Sicht ausgelegt angegangen werden – nicht als Nebenprodukt, sondern als zentraler Auftrag für den Erhalt unseres Landes und unseres Volkes.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sabine Wölfle SPD: Die Realität ist eine ganz andere!)

Dazu brauchen wir endlich eine Bewusstseinsänderung in der Politik und in der Bevölkerung – weg von dem egoistischen Konsumdenken, hin zu einer Solidargemeinschaft, aus der man nicht nur entnimmt, sondern bei der man auch bereit ist, sie quantitativ am Leben zu erhalten.

Es freut mich sehr, dass ich gestern von der SPD gehört habe, dass sie diese Problematik anscheinend erkannt hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zur SPD: Ist das ein Lob?)

Vielleicht besteht doch noch Hoffnung auf eine überfraktionelle, inhaltsgetragene Zusammenarbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Staatssekretärin Bärbl Mielich: Dass wir uns solche Töne anhören müssen!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Wölfle.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Die Geisterbahnfahrt ist beendet!)

Abg. Sabine Wölflé SPD: Die Geisterbahnfahrt ist beendet. Kommen wir zurück zu guter Sozialpolitik.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Oh ja!)

„Innovativ, nachhaltig, sozial“, so lautet eine Überschrift im grün-schwarzen Koalitionsvertrag. An anderer Stelle heißt es:

Das Land versteht sich als fairer und verlässlicher Partner der Kommunen.

Bei vollen – man kann fast sagen: überquellenden – Kassen ist von nachhaltiger Sozialpolitik in vielen Bereichen leider nichts zu merken. Den netten Worten folgen kaum Taten.

Dazu ein paar Beispiele. Fangen wir mit den Kürzungen bei den Krankenhäusern an.

(Abg. Anton Baron AfD: Am besten bei der Bundesregierung anfangen!)

Schon in der letzten Debatte zum Haushalt haben wir deutlich gemacht, dass wir bei den Krankenhäusern die Konzentration auf weniger Standorte als richtig erachten.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Kleinere Krankenhäuser haben es ungleich schwerer, die Qualitätsstandards, die jetzt vom Gemeinsamen Bundesausschuss erarbeitet werden, auch einzuhalten.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Vor allem bei Notfällen, die am häufigsten vorkommen – z. B. Schlaganfälle und Herzinfarkte –, haben diese kleineren Häuser oftmals Schwierigkeiten.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Herr Minister, Sie haben im letzten Jahr trotz anderer Versprechen das eigentliche Landeskrankenhausbauprogramm um 57 Millionen € gekürzt, um damit die Kofinanzierung für den Strukturfonds sicherzustellen. Nach außen konnten Sie das gut kaschieren, weil die Mittel des Landes gegenüber dem von uns erreichten Höchststand von 455 Millionen € im Jahr 2016 noch um 6 Millionen € gestiegen sind.

Jetzt schlagen Sie vor, ab 2019 das Förderniveau für die Krankenhäuser von 2016 auch in der mittelfristigen Finanzplanung um jährlich 17 Millionen € – ich wiederhole: 17 Millionen € jährlich! – zu kürzen.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Kleinigkeit!)

Unsere Nachfrage im Finanzausschuss haben Sie damit beantwortet, dass Sie trotzdem alle absehbaren Investitionsvorhaben der kommenden Zeit bedienen können. Sehr geehrter Herr Minister, das glauben wir Ihnen leider nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wie wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort eigentlich erklären, dass ihr kleines Krankenhaus geschlossen werden soll, aber das größere in der Kreisstadt nicht in die Lage versetzt wird, zu erweitern, zu sanieren oder vielleicht gar neu zu bauen? Das ist nicht die im Koalitionsvertrag angekündigte Politik der Nachhaltigkeit.

Auch benötigen die Kliniken deutlich mehr Mittel für die Digitalisierung. Wir brauchen dringend ein Sonderprogramm. Das fordern nicht nur wir, sondern sowohl die Deutsche als auch die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft und auch unser Landkreistag.

Deshalb werden wir unseren Antrag hierzu trotz der Ablehnung im Finanzausschuss heute hier erneut einbringen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dann können Sie auch Ihrem Anspruch auf innovative Politik gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Ärgernis: Das umfassendste Sozialgesetz der letzten Jahrzehnte, das Bundesteilhabegesetz, kommt in die Umsetzung und wird uns noch viele Jahre beschäftigen. Die Leistungen für Menschen, die aufgrund einer wesentlichen Behinderung nur eingeschränkte Möglichkeiten der Teilhabe haben, sollen aus dem bisherigen Fürsorgesystem herausgeführt und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden.

Jetzt beginnt die Umsetzung in den Ländern und den Kommunen. Im Entwurf des Ausführungsgesetzes stellen Sie fest, dass den Stadt- und Landkreisen durch dieses Gesetz in den Jahren 2018 und 2019 lediglich ein geringfügiger Mehraufwand entstehe.

Sehr geehrter Herr Minister, die Stadt- und Landkreise sehen das aber komplett anders. Ich zitiere den Präsidenten des Landkreistags, den Tübinger Landrat Joachim Walter:

„Bis kurz vor Einbringung des Doppelhaushalts 2018/2019 hat uns das Land auch stets zugesichert, die durch das neue Bundesteilhabegesetz ausgelösten Mehrkosten zu übernehmen. Ende Oktober hat das Land dann plötzlich von seinen Zusagen nichts mehr wissen wollen. Es beabsichtigt nunmehr, die Land- und Stadtkreise in den Jahren bis einschließlich 2019 auf Mehraufwendungen in Höhe von rund 150 Millionen € sitzen zu lassen“ ...

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Es werden immer mehr, oder wie? – Vereinzelt Heiterkeit)

– So ist es berechnet worden. – Die Menschen mit Behinderungen haben lange auf dieses Gesetz gewartet. Sie wollen jetzt Taten sehen und keine Versprechen hören. Vor allem wollen sie nicht erleben, dass die Umsetzung vor Ort mangels finanzieller Mittel ins Stocken gerät.

(Beifall bei der SPD)

Um beim Thema „Menschen mit Behinderungen“ zu bleiben, komme ich nun zu den Kürzungen in der Behindertenhilfe. Die Träger der Behindertenhilfe wollen die Neuausrichtung hin zu dezentralen und wohnortnahen Wohnangeboten entschlossen vorantreiben. Aber ausgerechnet bei dieser Gruppe kürzte Herr Minister Lucha schon im Haushaltsjahr 2017 1 Million € im Sozialetat.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

(Sabine Wölfle)

Und jetzt, da Sie wissen, dass inzwischen ein großer Antragsstau aufgelaufen ist – wir haben gehört, dass ca. 30 Bauanträge nicht positiv beschieden werden konnten –, halten Sie diese Kürzung trotz des Änderungsantrags, den wir im Finanzausschuss eingebracht haben, auch noch aufrecht. Die Stellungnahme der Liga findet dazu deutliche Worte – leider von Ihnen ungehört, Herr Minister. Seien Sie sicher, dass wir diese Entwicklung im Auge behalten werden. Denn Behindertenhilfe ist ein guter Teil von guter Sozialpolitik.

Nun komme ich zum Versagen bei den Schulen für Physiotherapie.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Ganz heißes Thema!)

Ich kann es Ihnen leider nicht ersparen, an dieses Thema zu erinnern.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Während sich die Bildungspolitiker der Koalition für die Änderung des Privatschulgesetzes feiern lassen wollten, wurde klar, dass Sie, Herr Minister Lucha, vor allem die Schulen für Physiotherapie komplett im Regen haben stehen lassen. Denn mit der beschlossenen Gesetzesänderung dürfen diese Ausbildungsstätten nicht mehr so viel Schulgeld wie früher nehmen. Sie erhalten trotz eines vorliegenden Gutachtens der Landesregierung nun eine völlig unzureichende Förderung vom Land. Unser Fazit: Sie fahren die Physiotherapieschulen gegen die Wand, Herr Minister. Deshalb stellen wir unseren Antrag heute hier erneut zur Abstimmung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Ich komme zum Bereich Integration. Zum Pakt für Integration und zu den Integrationsmanagern haben wir hier schon einige Argumente ausgetauscht. Ich bleibe dabei: Auch die Kommunen wollen wissen, wie es über 2018 hinaus weitergeht. Sie brauchen Planungssicherheit. Die Verunsicherung ist sehr groß.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das kann ja dann die Bundesregierung mal machen!)

Wir, die SPD-Fraktion, sehen Integration auch als eine Aufgabe des Landes an, die mit eigenen Mitteln ausgestattet werden muss. Sie aber warten nur auf den Bund und zeigen sich hier wenig ambitioniert.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Der Integrationslastenausgleich ist vom Bund! Da können Sie sich jetzt nicht rausreden, Frau Kollegin!)

Hinzu kommt, dass wir im Bereich Integration deutlich weiter wären, gäbe es eine Zusammenarbeit zwischen dem Integrationsministerium und dem Innenministerium. Denn die grün-schwarze Koalition hat eine nur sehr beschränkte gemeinsame Linie in den Fragen der Integration von Flüchtlingen. Keine inhaltliche Übereinstimmung gibt es zwischen dem Integrationsminister und dem Innenminister insbesondere bei der Frage der 3+2-Regelung. Sehr geehrter Herr Minister Lucha, Sie haben am letzten Wochenende einen Leitantrag zur Integration von Flüchtlingen eingebracht; dieser wurde auf Ihrem Parteitag beschlossen. Zusätzlich haben Sie die 3+2-Re-

gelung als einen Erfolg der Sozialministerkonferenz verkündet. Dazu auch Glückwunsch.

(Beifall des Abg. Andreas Kenner SPD – Abg. Anton Baron AfD: Sie verwischen das Asyl!)

Bevor Sie aber weitere Pressemitteilungen dazu veröffentlichen, bitte ich Sie herzlich darum, zunächst auch Ihren Kollegen, Minister Strobl, davon zu überzeugen. Denn der Innenminister hatte nichts eiliger zu tun, als den CDU-Generalsekretär anzuweisen, inhaltlich schnell auf die Bremse zu treten. Auf der Facebook-Seite der CDU Baden-Württemberg findet sich daher der folgende Text – ich zitiere –:

Unser Generalsekretär Manuel Hagel MdL

(Zuruf: Wo ist er denn?)

widerspricht den Forderungen von Sozialminister Manfred Lucha, ...

Das nenne ich eine echte vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Herren Minister.

(Beifall bei der SPD – Abg. Gabi Rolland SPD: Komplementärregierung! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich sage an dieser Stelle auch ganz klar im Namen meiner Fraktion: Wir stehen inhaltlich auf Ihrer Seite, Herr Minister.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Wir nicht!)

– Ja, es ist auch egal, was Sie wollen. – Ihre Vorschläge decken sich größtenteils auch mit den unsrigen. Aber diese Vorschläge sind in dieser Landesregierung kaum umsetzbar. Sie, Herr Minister, stehen, glaube ich, relativ allein da. Denn Ihr Koalitionspartner zieht da nicht mit. Gute Integration in diesem Land darf nicht daran scheitern, dass sich Grüne und CDU einfach nicht auf eine Linie einigen können.

Ich fasse zusammen und komme zum Schluss: Mit den massiven Kürzungen bei den Krankenhäusern, dem Verstecken hinter noch nicht beschlossenen Bundesmitteln für Integration, den Kürzungen bei den Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen, dem Schröpfen der Kommunen bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und auch bei der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes sowie dem Desaster bei der Finanzierung der Schulen für Physiotherapie schaden Sie zum einen massiv den Kommunen und übertragen Ihre Kostenrisiken auf diese und verweigern Sie zum anderen dringend notwendige Zukunftsinvestitionen.

Im Finanzausschuss haben wir einigen Bereichen dieses Haushalts zugestimmt. Aber die von mir eben genannten Punkte sind uns so wichtig, dass wir deswegen dem Haushaltsentwurf des Sozialministeriums nicht zustimmen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Keck.

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau am heutigen Tag vor 72 Jahren, also am 14. Dezember 1945, wurde in Bad Godesberg die CDU in Deutschland gegründet.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Wollen Sie die Partei wechseln?)

Deshalb eröffne ich meine Rede gern mit einem Zitat von Ludwig Erhard, der in dieser Partei nicht Mitglied war, ihr aber immer wieder zugerechnet wird. Er sagte im Hinblick auf vermeintlich staatliche Geschenke:

Solche „Wohltat“ muss das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat den Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat – und das noch abzüglich der Kosten einer zwangsläufig immer mehr zum Selbstzweck ausartenden Sozialbürokratie.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr treffend!)

Hierzu nenne ich gern das Stichwort des drastischen Personalaufbaus des Sozialministeriums, nicht nur im Einzelplan, sondern weit darüber hinaus. Schaut man sich diesen Haushalt genau an, erkennt man schnell die erheblichen Wechsel, die hier auf die Zukunft gezogen werden. Allein für den sogenannten Pakt für Integration werden aus dem 70-Millionen-€-Budgettopf bis 2018 1 000 Integrationsmanager vor Ort bei den Kommunen gefördert, zusätzlich zu den 44 Integrationsbeauftragten und den vielfältigen Angeboten des Bundes und der Agentur für Arbeit. Wer glaubt denn ernsthaft, dass diese Landesregierung zeitnah aus dieser 1 000-Stellen-Förderung wieder herauskommt? Außerdem – auch das wurde schon genannt –: Wie geht es denn 2018 ff. weiter? Die Probleme werden ja nicht kleiner, sondern drastisch größer.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sind Sie dagegen?)

– Nein, aber die Kommunen brauchen Planungssicherheit.

(Abg. Anton Baron AfD: Ein Rechtskurs bei der FDP!)

Dies bestätigt auch die Landrätekonferenz, die in der Rastatter Erklärung vom Oktober dieses Jahres ihre zehn Kernforderungen an die Asyl- und Flüchtlingspolitik offenlegt. An welcher Stelle im vorliegenden Haushaltsentwurf wird auf diese berechtigten Forderungen eingegangen? Allein der Landkreis Konstanz wartet noch auf Kostenerstattung für die Jahre 2015 und 2016 von über 15 Millionen €.

Integrationsmanager und Integrationsbeauftragte sind für unsere Landesregierung die Mittel zur Lösung in Flüchtlingsfragen. Auch an anderer Stelle werden munter Personalstellen gefördert, die erhebliche Kosten und Risiken nach sich ziehen. Vor uns liegt ein Schönwetterhaushalt mit massiven Ausgabensteigerungen, der in keiner Weise auf eine konjunkturelle Abkühlung vorbereitet ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: 3 % des Gesamthaushalts!)

Wenn ich sehe, mit welcher Inbrunst von Grün-Schwarz das Geld ausgegeben wird, dann erinnere ich mich an einen Satz von Milton Friedman, der gesagt hat – ich zitiere –:

... Regierung und Öffentlichkeit haben ein so großes Bedürfnis nach Mehrausgaben, dass jede Steuererhöhung ... aufgefressen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Genau das erleben wir derzeit. Anstatt massiv die Verschuldung zurückzufahren, wird munter ausgegeben – mit Ausnahmen. Jetzt kommt es zum Wechsel, aber nicht ganz. Im Bereich Investitionskosten für Krankenhäuser

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

kürzt der grüne Sozialminister so radikal,

(Abg. Anton Baron AfD: Ohne Witz!)

dass er die Aussagen seiner eigenen Partei auf den Kopf stellt.

(Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie waren doch gerade für Kürzen!)

Wer ein gutes Gedächtnis hat, erinnert sich noch – vor meiner Zeit allerdings – an die Wahlaussagen für die Landtagswahl 2011. Da war auf Seite 168 des Landtagswahlprogramms der Grünen zu lesen – ich zitiere –:

Wir wollen die Mittel für die Investitionskosten auf 600 Millionen € pro Jahr erhöhen. Das ist eine angemessene Steigerung angesichts von angemeldeten Investitionen der Krankenhäuser in Baden-Württemberg ...

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das war 2010, oder?)

– 2011.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ja, das war 2011! Genau!)

Wie sieht es nun bei Minister Lucha aus? Er spart hier nonchalant 30 Millionen € im Doppelhaushalt. Es war zu hören, er sei der Meinung, dass dennoch alle Projekte für die nächsten zehn Jahre ausfinanziert wären. Ich fordere Sie auf, in Ihrer Rede nachher darzulegen, wie es sich mit dieser These verhält.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Liegen bereits heute alle Anträge für die nächsten zehn Jahre vor? Welche Auswirkungen hat die 30-Millionen-€-Lücke auf die Förderhöhe? Wie viel Prozent beträgt sie denn?

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Im Wahlprogramm 2016 hieß es:

Gleichzeitig werden wir die Förderung von Krankenhäusern nach transparenten Kriterien ausrichten.

Wo sind diese denn nach einem Jahr?

Herr Minister, Sie können sich darauf verlassen: Wir Freien Demokraten werden beim Thema Gesundheit nicht lockerlassen. Deshalb stellen wir heute auch unseren Antrag zur Krankenhausförderung erneut zur Abstimmung. Wir haben es durch

(Jürgen Keck)

Umschichtungen auch über den Sozialhaushalt hinaus geschafft, diese 30 Millionen € seriös zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn wenn man will, dann geht das auch. Grün-Schwarz war es jedoch wichtiger, an anderer Stelle üppig Geld zu verteilen.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Daher nehmen Sie es gern in Kauf, die Krankenhausträger im Regen stehen zu lassen.

Es zeugt auch wenig von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, wenn zur Korrektur der unangemessenen Privatschulfinanzierung im Bereich der Heilmittelerbringer – also Physiotherapeuten und andere – im Haushalt keine Vorsorge getroffen wird.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja, richtig!)

Es ist schon bemerkenswert, dass der Minister bereits zu einem Zeitpunkt, zu dem noch nicht einmal der normale Haushaltsplan für die Jahre 2018 und 2019 beschlossen ist, über einen Nachtragshaushalt 2018 sinniert. Es ist gut, dass die Arbeitsgruppe im Ministerium zur Problematik der Finanzierungssätze eingerichtet wurde. Wir fordern zeitnahe Ergebnisse.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nach den großen Ankündigungen von Frau Staatssekretärin Mielich hier im Plenum am 27. September und ihrer Theorieübung im Staatsrecht

(Heiterkeit des Abg. Sascha Binder SPD)

hätten wir schon für den vorliegenden Haushalt einen Antrag der Fraktion GRÜNE erwartet. Offenbar sind aber direkte und indirekte Stellen für die Umweltverwaltung weitaus wichtiger als Krankenhäuser und die sachgerechte Privatschulfinanzierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Wie sieht es mit der Digitalisierung aus? Das Sozialministerium darf hier 4,3 Millionen € aus dem Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – heranziehen. Die Liste der Projekte zur Förderung liegt jetzt vor. Ich bin gespannt, was die Umsetzung bringt.

Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen einerseits sowie die gesamte Gesundheitswirtschaft andererseits könnten durch eine integrierte Digitalstrategie erhebliche Synergien generieren. Natürlich weiß ich, dass dies nicht die alleinige Aufgabe des Landessozialministers ist, aber ein Blick über den Teller ist stets ratsam.

Ich wünsche mir eine Neubelebung der sogenannten Neuen Steuerungsinstrumente – NSI –, und dies vor allem im Hinblick auf die vielfältigen, teilweise Millionen Euro schweren Zuwendungstitel. Hier hat der Rechnungshof schon vor Jahren gefordert, dass es solche Zuwendungen nur dann geben soll, wenn es für deren Verwendung konkrete Messgrößen und Zielerreichungsvereinbarungen gibt.

Es ist der völlig falsche Ansatz: Man gibt einem Verband Geld und meint, er wird es dann schon entsprechend einsetzen. Die Zeit der bloßen Verwendungsnachweise muss vorbei sein. Nur so wäre der Satz, den Sie, Herr Minister, immer gern sagen, auch valide: „Nicht viel hilft viel, sondern richtig hilft viel.“

(Beifall bei der FDP/DVP)

Beim Thema „Messgrößen und Evaluation“ komme ich zu einem etwas unerfreulicheren Punkt. Bei der Verabschiedung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes wurde auf Grundlage des Antrags Drucksache 15/6110 eine Entschließung gefasst. Das Sozialministerium hätte dem Landtag nach dem Beschluss – Abschnitt II – bis 30. November 2017 einen Zwischenbericht vorlegen müssen. Wo ist dieser, Herr Minister? Bis wann kommt dieser Zwischenbericht?

Beim Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz haben Sie immerhin noch Spielraum bis zum 31. Dezember 2017. So steht es in § 34, der auf unsere Initiative hin aufgenommen wurde. Es wird spannend sein, zu sehen, wie viele Wohngemeinschaften sich aufgrund der Vielzahl von Restriktionen, Bewohnerzahlen, Personalvorgaben überhaupt bilden konnten.

(Abg. Petra Krebs GRÜNE: Über 300!)

Nun zum Thema Pflegeenquête. Ich freue mich, dass im Haushalt für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen mehr Geld eingestellt wird. Das tragen wir gern mit. Als weniger erfreulich habe ich die Beratung zur Bewertung der Handlungsempfehlungen und der Umsetzungsplanung der Landesregierung in Erinnerung. Da denke ich auch an die Worte des Kollegen Teufel vorhin. 600 Handlungsempfehlungen, aber bisher wurde eigentlich nur die Quartiersentwicklung – ein wichtiges Thema – genannt. Mehr ist mir nicht in Erinnerung.

Bereits in der Landtagsdebatte am 21. Juni haben wir eine Nachbesserung der wenig ambitionierten Papiere gefordert. Nichts ist geschehen. Hierüber sollten wir uns im Sozialausschuss im neuen Jahr nochmals Gedanken machen. Es geht immerhin um 600 Handlungsempfehlungen der Enquetekommission, zu deren Umsetzung sich die Landesregierung auch bereit erklärt hat.

Im Pflegebereich stehen wir aber auch noch vor einer ganz anderen Herausforderung. Ich nenne das Ende der allgemeinen Umsetzungsfrist für Bestandshäuser zur Herstellung des Einzelzimmerstandards. Ein striktes Festhalten an dieser Pflicht in Verbindung mit bürokratischen Hürden wird für viele bewährte und geschätzte Angebote das Aus bedeuten. Das können wir uns vor dem Hintergrund steigender Pflegezahlen schlicht und ergreifend nicht leisten.

Mit dem heute zu beschließenden Haushaltsplan bleibt leider vieles im Vagen. Es werden erhebliche Haushaltsrisiken geschaffen. Die einseitigen Kürzungen bei den Krankenhausinvestitionen, ohne dass eine schlüssige Angebots- und Versorgungskonzeption vorgelegt wurde, ist unverantwortlich. Ich werbe hier noch einmal um Zustimmung zu unserem Antrag.

Aber auch an anderer Stelle wird es auf der Zeitachse vermutlich kritisch. Ich spreche vom Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, wie viele Seiten haben Sie noch?

(Heiterkeit)

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Diesen Absatz noch. Wenn ich noch darf, Herr Präsident. – Vielen Dank.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das ist aber gut, was er sagt!)

Ich habe hierzu einen Antrag eingebracht, zu dem bereits eine Stellungnahme vorgelegt wurde. Mich beunruhigen diese Antworten teilweise. Dort heißt es, wenn sich die Partner nicht auf einen neuen Rahmenvertrag verständigen könnten, dann bleibe die Möglichkeit einer Rechtsverordnung. Da wünsche ich bereits heute viel Vergnügen, wenn sich das Sozialministerium zum Hüter der letzten Wahrheit und Instanz aufschwingen will.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister für Soziales und Integration Lucha.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Ich glaube, Bert Brecht dreht sich gerade im Grabe um angesichts dessen, dass er heute von dieser Seite zitiert wurde. Er hat sein ganzes Leben gegen Ausgrenzung und Unterdrückung gekämpft. Jetzt von Ihnen zitiert werden zu müssen, das hat der gute Bert Brecht nicht verdient.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf: Sehr gut! – Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Beginn dieser Legislatur hat dieses Ministerium einen Zweitnamen bekommen: Es ist das Gesellschaftsministerium, und es ist das Ministerium für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Sie, Herr Kollege Poreski, Herr Teufel, haben – herzlichen Dank – in der Vielfältigkeit Ihrer Darstellungen gezeigt, was wir in unserem höchst günstigen „Gemischtwarenladen“ alles anbieten.

Ich hatte unlängst erfreulicherweise Gelegenheit, mit dem Ministerpräsidenten – Herr Kollege Poreski, Kollegin Seemann und andere waren dabei – der sehr, sehr würdigen Bundesverdienstkreuzverleihung im Weißen Saal des Neuen Schlosses beizuwohnen. Der Ministerpräsident hat hinterher zu uns gesagt: „Das sind ja alles Menschen, die in eurem Bereich, in dem, was bei euch ressortiert ist, tätig sind.“ Jawohl. Wir haben 4 000 bis 5 000 Institutionen, Vereine, Verbände, soziale Institute, Flüchtlingshilfe, Bürgergemeinschaften, die oft mit sehr wenig Geld aus unserem Förderportfolio sehr viel Gutes für die Gesellschaft, für das gesellschaftliche Miteinander tun. Jawohl.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Baden-Württemberg ist das Land des Miteinanders – das uns auch der letzte Survey für Bürgerbeteiligung gezeigt – und nicht das Land des Gegeneinanders, nicht das Land der Spaltung, wie diese Gruppe hier es jeden Tag postuliert.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Das ist kein Sozialminister, der Krankenhäuser schließt!)

Meine Damen und Herren, warum braucht man denn überhaupt den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Wir müssen einmal in die menschliche Natur schauen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: In die Großfamilien!)

Wir wissen: Das Wirgefühl ist für viele das Lebenselixier; die Verbindung zu einer Gruppe, zu einer Bezugsgruppe ist lebens- und überlebensnotwendig. Wir brauchen Sicherheit und Stabilität, und wir sehnen uns nach Geborgenheit und einem angstfreien Leben. Wir wollen dazugehören, mitgestalten, Spuren hinterlassen. Wir wollen akzeptiert und anerkannt werden. Kurz: Wir wollen teilhaben, und wir wollen zusammenhalten.

Ist das Wirgefühl da, haben wir Lust, uns zu engagieren, uns einzusetzen, Verantwortung zu übernehmen, gemeinsam zu gestalten. Fehlt dieses Gefühl, ziehen wir uns zurück, setzen uns nicht ein, haben keine Lust. Und dann wird das, was Sie hier die ganze Zeit proklamieren – Wut, Hass, Ausgrenzung –, nach außen getragen, statt Lösungen zu suchen und Respekt und Akzeptanz zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Sie leben das doch vor! – Weitere Zurufe von der AfD, u. a. des Abg. Bernd Gögel)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns dieser Verantwortung, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gestalten, sehr bewusst,

(Zuruf von der AfD: Nein!)

und wir setzen das mit diesem Haushaltsentwurf um, der immer auch noch von einer Konsolidierungsaufgabe geprägt ist.

Jetzt, liebe Sozialdemokraten, zum Thema Gedächtnisverlust. Ich sehe heute noch meine Vorgängerin, die von mir stets geschätzte Kollegin Altpeter, wie sie aus Verhandlungen mit Nils Schmid sozusagen unter dem Teppich, unter der Tür herausgekommen ist, weil er sie runtergebügelt hat. Euer Haus war es, das dem Ministerium über 30 Millionen € reguläre Kürzung aufgedrückt hat, die wir heute noch abbauen müssen.

(Abg. Sabine Wölfl SPD: Das waren aber andere Haushalte!)

Ministerin Sitzmann – –

(Lebhafte Unruhe bei der SPD – Abg. Stefan Räßle AfD meldet sich.)

Ministerin Sitzmann hat das mit uns verhandelt.

(Anhaltende lebhafte Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Jetzt unterbrechen wir mal kurz. – Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Räßle?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Nein, keine Zwischenfragen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Keine Zwischenfrage.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ich erlaube jetzt überhaupt keine Zwischenfragen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gut.

(Fortgesetzte Unruhe)

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ich erlaube jetzt keine Zwischenfragen.

(Fortgesetzte Unruhe – Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei – Glocke des Präsidenten)

Ministerin Sitzmann – – Ich war das, der mit eurem MD damals ausgehandelt hat, dass man das Landeserziehungsgeld vom Markt nimmt. Das war unser politisches – – Aber ihr habt keinen Mut dazu gehabt. So war es damals.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ministerin Sitzmann ist es,

(Fortgesetzte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die uns in harten und fairen Verhandlungen zugebilligt hat, unseren Konsolidierungsbeitrag auf 12,7 Millionen € pro Jahr zu kürzen. Natürlich – ich komme später darauf – mussten wir entscheiden, wo wir es erbringen. Kürzungen in einem Haus, das gemessen an den Aufgaben im Prinzip immer von zu weit unten kommt und viele unterschiedliche Aufgaben wahrnimmt, bei denen wir oft mit kleinen Beträgen Großes tun – Kollege Poreski hat das richtig gesagt –, sind – – Wenn wir dort diesen Kürzungsbeitrag erbringen müssten, könnten wir nicht mehr gestalten.

Zur Krankenhausfinanzierung komme ich später. Zunächst nur so viel: Heute Morgen hatte ich mein vornehmstes Diensttreffen mit Herrn Piepenburg und Herrn Einwag, und wir haben eine klare Linie für das Jahr 2018: Wir lassen uns nicht entzweien. Ich komme aber bei der Krankenhauspolitik noch darauf zu sprechen.

(Fortgesetzte Unruhe – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich als Teil der Legislative lasse mich vom Minister nicht anschreien! Kommen Sie mal runter!)

– Ja, ja, jetzt tu mal halblang. Also gerade du, du tust mal ein bisschen halblang.

(Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Also, wir haben auf alle Fälle die notwendigen Mittel eingestellt, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe zu ermöglichen und um Ausgrenzung zu minimieren bzw. zu verhindern. Ja, und wir haben unsere Projekte Leuchttürme genannt. Ich meine, wir haben echte Leuchttürme gesetzt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Die da drüben können schlecht das Wasser halten. – Einer der wichtigsten – – Oder: Gleich wichtig ist tatsächlich die Förderung der Jugend, die Zukunftsfähigkeit und Teilhabe der jungen Menschen. Es ist die Entwicklung – – Sie haben es gesagt, und ich bedanke mich ganz herzlich bei Staatssekretärin Mielich, dass sie das moderierend gemacht hat: Die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission für das Quartiersmanagement, für neue Formen des Zusammenlebens, die Integration unserer neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger, der Geflüchteten, und natürlich eine gute, zukunftsfähige Gesundheitsversorgung, darum geht es uns, und da machen wir echte Leuchtturmpolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich zum Thema Jugend kommen. Wir wollen, dass junge Menschen die Zukunft, ihre Zukunft mitgestalten, selbstbewusst und in eigener Verantwortung. Wir haben schon in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam z. B. das Wahlalter für die Kommunalwahl auf 16 gesenkt und die Jugendgemeinderäte gestärkt, weil wir wissen: Wenn junge Menschen positiv mit den Instituten unseres Gemeinwesens in Berührung kommen und diese mitgestalten, haben sie eine stärkere Bindung und identifizieren sich und tragen das weiter. Deshalb ist der „Zukunftsplan Jugend“, den wir zu einem „Masterplan Jugend“ umgestalten, eines unserer absoluten Augenschmausprojekte.

Wir haben das Jahr 2017 genutzt. Ich habe einen Torso übernommen, meine Damen und Herren. Ich habe das Amt zu einem Zeitpunkt übernommen, als das Ministerium, das eine KV oder eine Verwaltungsverordnung durchziehen wollte, verbrannte Erde bei den Jugendverbänden hinterlassen hat. Ich habe das erst mal gemeinsam mit dem Ministerium, dem Kollegium und auch unter Vermittlung der jugendpolitischen Sprecher wieder eingeordnet. Wir haben 2017 dafür genutzt, den Zukunftsplan umzustrukturieren und neue Schwerpunkte zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Wir konnten da mit 3,1 Millionen € einiges machen. Aber wir wollen und können mehr. Mit dem Haushaltsplan werden wir die Mittel strukturell auf jährlich 5,6 Millionen € erhöhen. Das gab es noch nie.

Ich darf aus der Stellungnahme des Landesjugendrings zum Landesjugendplan zitieren:

In der Jugendpolitik ... beginnt sich endlich die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Regelaufgaben in der Kinder- und Jugendarbeit solide und verlässlich finanziert werden müssen. Das ist aus unserer Sicht eine überfällige Abkehr ...

Wer mit Jugendverbänden zu tun hat, weiß, dass die das Loben nicht in der DNA haben. Denn die müssen natürlich schützen. Aber die haben wohl erkannt, dass das, was wir bieten, verlässlich ist und in die richtige Richtung geht. Das ist die Politik, die wir meinen: gemeinsam gestalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Minister Manfred Lucha)

Ja, wir wollen mehr Praxisbezug. Wir wollen auch darauf hinwirken,

(Abg. Anton Baron AfD: Super Minister!)

dass die, die es nicht ganz einfach haben, ebenfalls von uns angesprochen werden, um junge Menschen, die bisher randständig verführbar sind – auch für Extremismus, egal, welcher Art – und nicht dazugehörten, zu erreichen.

Wir werden bewährte Projekte verstetigen und scheuen uns auch nicht vor neuen Herausforderungen. Integration und Flucht, Partizipation, Demokratie und Medienbildung, Vielfalt, das sind unsere Schwerpunkte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Folgendes haben wir vor: eine Servicestelle Partizipation, Jugendholungsmaßnahmen, mehr Bildungsreferenten und, meine Damen und Herren, den Ausbau und die Stärkung der Schulsozialarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Staatssekretärin Bärbl Mielich: Genau!)

All das tun wir gemeinsam mit unseren Partnern in der Kinder- und Jugendarbeit, in der Jugendsozialarbeit. Ich glaube, das ist ein großer Fortschritt, weil wir endlich dazu gekommen sind, wirklich an einem Strang zu ziehen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. Ich bleibe bei meiner Rede.

(Zuruf von der AfD: Lassen Sie doch mal Zwischenfragen zu! – Gegenruf von den Grünen: Von Ihnen sowieso nicht! – Unruhe)

– Ich rede jetzt einfach mal weiter. Ihr könnt einfach zuhören. Wir treffen uns das ganze Jahr, ihr kennt mich ja. Hört einfach mal in Ruhe diese Rede an.

Meine Damen und Herren, junge Menschen brauchen natürlich Räume, um sich zu entwickeln. Aber junge Menschen können auch von Älteren lernen, und diese profitieren wiederum von Jugendlichen. Wir haben uns gefragt: Wie funktioniert das? Wie sieht beispielsweise das Wohnen in der Zukunft aus? Natürlich unterhalten wir uns da über Architektur, Stadtplanung, aber auch darüber: Wie gestalten wir das Zusammenleben? Wie ist unsere Nachbarschaft? Wer bietet etwas?

Diese Fragen haben wir an die Gemeinden im Land weitergeleitet. Ein Kollege von der FDP/DVP hat gerade vorher so ein bisschen despektierlich –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

aber ich sehe es ihm nach – so getan, als wäre die Umsetzung des Quartiersgedankens aus der Enquete „Pflege“ gerade mal so ein bisschen was. In welcher Welt leben Sie denn? Wir ha-

ben einen Ideenwettbewerb mit 153 Teilnehmern ausgelobt. Wir konnten leider jetzt nur 53 Teilnehmer prämiieren. Ich danke aber schon an dieser Stelle den beiden Koalitionsfraktionen, dass sie in weiser Voraussicht für die Folgejahre die Mittel erhöhen.

Was war denn unser Ergebnis? Wir haben nur drei Pflichtitems vorgegeben. Das waren Pflege – wie wollen wir leben, wenn wir pflege- und unterstützungsbedürftig sind? –, Bürgerbeteiligung und Bürgergetragenheit, und es wird ein Beschluss des Gemeinderats oder des zuständigen Kreisgremiums benötigt, dass wir wissen: Es wird politisch getragen.

Soll ich Ihnen etwas sagen? Es wird uns gelingen – das ist unser Ziel bis 2021 –, flächendeckend Dorf- und Quartiersangebote zu machen. Denn das ist eine neue Volksbewegung. Sie hätten es im Neuen Schloss bei der Preisverleihung sehen sollen: aus jedem Dorf, in jeder Region.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Liebe FDP, weil ihr ja alles herunterkürzen wollt:

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Lieber Herr Haußmann, sparen Sie sich in Zukunft Bettelbriefe für die Einrichtungen in Ihrem Wahlkreis. Sie müssten sonst dazuschreiben: „Ich bin der, der diese Mittel kürzen wollte.“

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Das müssten Sie denen schreiben.

Das Quartiersmanagement ist, glaube ich, eine sensationelle Leistung. Wir bekommen eine lokale Landschaft für Altenhilfegemeinschaften, Gemeinden unter dem Stichwort „Sorgende Gemeinden“. Es ist unerheblich, ob das in Mannheim, in Stuttgart oder in Bempflingen ist. Es ist überall dieselbe Identität, es sind dieselben engagierten Bürgerinnen und Bürger, die hier in diesen Gebieten und in diesen Dörfern füreinander Verantwortung übernehmen, weil sie in Zukunft Leben mit Unterstützung verbinden, aber auch mit Autonomie und Selbstständigkeit.

Ich sage Ihnen noch eines: Nehmen Sie sich über Weihnachten einmal die Langversion des Abschlussberichts der Enquete mit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der was?)

– Das Kricheldorf-Gutachten zu lesen schadet Ihnen gar nicht, Herr Rülke. Darin wird gefragt: Wie wollen wir denn leben? Eines ist klar: Wir wollen unsere Autonomie und unsere Würde nicht abgeben. Mit diesen Konzepten, auch mit dem Einschluss in den Quartierskonzepten, dass die Träger stationärer Pflege ein integrierter Bestandteil sind, setzen wir ein deutliches Ausrufezeichen. Ich sage Ihnen: In dieser Stärke ist das in der Bundesrepublik im Moment einmalig. Ich werde in allen Bundesländern, auf allen Ministerkonferenzen nach unserem Quartierskonzept gefragt.

Ein kleines Bonmot am Rande: Wir haben ja leider, weil ihr euch vom Acker gemacht habt – wobei wir mit dem Vogel auf der Arbeitsebene gut verhandelt haben – – Wir hätten gute Er-

(Minister Manfred Lucha)

gebnisse gehabt. Es war Bundesminister Gröhe, der sich für die Verhandlungen mit uns das baden-württembergische Quartierskonzept hat schicken lassen, den Bericht der Enquete „Pflege“ hat schicken lassen, unser Modellprojekt „Sektorenübergreifende Versorgung“. Ihr wisst, wer dafür der Ideengeber war, gegen welche Widerstände wir das durchgesetzt haben. Das hat sich Bundesminister Gröhe geben lassen, um dann mit uns über diese baden-württembergischen Modelle zu verhandeln. Das ist Zukunftsfähigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich muss noch etwas zum Pakt für Integration sagen. Es war – –

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Zur Zusammenarbeit! – Zuruf von der SPD – Weitere Zurufe)

– Ich sage schon das, was ich sage; keine Sorge. Ich bin mir meiner Ausführungen schon sicher, Herr Kollege.

(Zuruf von der SPD: Wir nicht!)

Da brauche ich nicht Ihre Assistenz, die ein bisschen davon geprägt ist, vieles nicht mehr zu wissen. – Wir haben uns vom Quartierskonzept – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten jetzt mal anfangen, sich zu benehmen, Herr Minister!)

– Ach, Herr Gall.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! Bleiben Sie einfach mal ein bisschen sachlich bei dem Thema! – Glocke des Präsidenten)

– Wenn ihr so ein Zeug daherschwätzt, und dann lasst ihr euch nicht die Gegenmeinung sagen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten mal Benehmen lernen und nicht nur rumkrakeelen! – Lebhaftige Unruhe)

dann muss ich sagen: „Pfüat di Gott“ – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Also, jetzt rate ich uns allen einmal – – Sie wissen, dass ich schon am Nachmittag auf Sitzungsökonomie bedacht bin, damit wir heute Abend fertig werden, indem sich der Minister jetzt einmal konzentriert weiter dem Thema widmet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Reinhold Gall SPD: Aber sachlich und nicht nur beleidigend! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Dann hört bitte einfach einmal zu. – Wir haben im Pakt für Integration – –

(Unruhe)

– Könnt ihr einfach einmal leise sein!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann schreien Sie nicht so rum!)

Ihr erzählt einen richtigen Unfug,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und dann wundert ihr euch, wenn man sich darauf bezieht.

Wir haben im Pakt für Integration tatsächlich das umgesetzt, was uns auch vorher von der kommunalen Familie mitgegeben wurde: dass wir die ca. 74 000 Menschen, die in dieser Phase fast gleichzeitig zu uns kamen und die jetzt in der sogenannten Anschlussunterbringung leben, mit einem Lotsen, mit einem Manager begleiten, dass wir die Netzwerke mit begleiten, durch die wir an der Person und am System gemeinsam arbeiten.

Wir haben jetzt die VwV fertig. Da hat es viele Fragen und Zahlen gegeben. Wir haben das sehr sauber gemacht. Es ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir eine verantwortliche Person für die individuellen Einzelfragen bereitstellen, um dann nach zwei Jahren zu sehen, welcher Maßnahmen es dann bedarf.

Liebe Frau Wölfle, Sie haben es schon hundertmal gehört: Wenn wir alle Mittel durch alle Ressorts zusammenzählen, die das Land für die notwendige und gute Hilfe bei Geflüchteten ausgibt, kommen wir auf ca. 2,x Milliarden €. Die Finanzministerin weiß es noch besser. Vom Bund haben wir dafür 78 Millionen € bekommen und keinen Cent mehr.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Alles andere geben wir aus eigenen Mitteln. Das ist auch unser Impetus, denn es ist unsere humanistische Verpflichtung.

(Beifall bei den Grünen)

Lieber Herr Hinderer – oder wer immer das vorhin in Bezug auf Herrn Strobl dazwischengefragt hat –,

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Ja!)

wir haben natürlich eine Debatte, dass wir jeden Tag von grundsoliden Handwerkerinnen und Handwerkern, die dem Aufruf 2015 gefolgt sind und Geflüchtete beschäftigt haben – was wichtig war, was wir alle mitgetragen haben – – Wir versuchen, die Menschen schnell in unsere Regelsysteme zu bringen und Praktika und Arbeit zu ermöglichen.

Es ist tatsächlich so: Die Realität ist jetzt ein Stück weiter, als es uns auch der Bundesrechtsrahmen vorgibt. Wir streiten und diskutieren über die besten Möglichkeiten, wie wir das umsetzen. Keine Frage, Minister Strobl und ich treffen uns natürlich, und auch wir in der Koalition und in der Fraktion reden über diese Themen, damit wir zielorientiert den Bedarfen und Bedürfnissen der Menschen und der Gesellschaft gerecht werden. Sie können versichert sein, das machen wir gut.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Reinhold Gall SPD: Da hören wir aber anderes! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Nein. Ich halte jetzt meine Ansprache.

(Minister Manfred Lucha)

(Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Sind wir im Festzelt, Herr Kollege?)

Lassen Sie mich zwei Sätze zur Gesundheitsversorgung sagen.

(Zurufe)

– Immer ruhig. Jetzt seid doch einfach mal entspannt.

(Heiterkeit)

Ich bin jetzt wieder voll entspannt.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Reinhold Gall SPD: Harte Debatte ist in Ordnung, aber so nicht! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Aber nicht anschreien!)

– Lieber Reinhold, einmal eine kleine harte Debatte, und dann ist es doch wieder gut. Das nimmt doch keiner persönlich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Debatte ist gut, aber ohne Anschreien!)

Jetzt einmal ganz ehrlich. Ihr tut doch gerade so,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

als wärt ihr in den letzten fünf Jahren nicht beteiligt gewesen. Wir haben doch keine schlechte Sache gemacht. Also anerkennt es doch, wenn wir in einem guten Stil weitermachen.

Ich sage jetzt noch etwas zur Krankenhausversorgung.

(Zuruf von der AfD: Herr Minister, es ist kein Aschermittwoch!)

– Das weiß ich; ich komme aus Altötting.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Jetzt müssen wir uns noch einmal ganz ruhig über die Krankenhausfrage unterhalten. Liebe FDP, wo ist denn Ihr Plan? Lieber Herr Keck, seit eineinhalb Jahren mache ich auch das Geschäft, das andere nie gemacht haben. Ich gehe nämlich dahin, wo es vielleicht einmal ein bisschen wehtut. Ich gehe an Standorte, an denen durch Politik der letzten 20 Jahre, durch Kirchturmpolitik und Nichtentscheidungspolitik, jetzt der Druck auf die Kommunen wächst, weil hohe Kosten anstehen und die Versorgung von Krankenhäusern nicht mehr finanziert wird, um zu sagen, welche Lösungen es gibt. Ich gehe genauso nach Bad Säckingen wie ins Hohenlohische oder sonst wohin. Das mache ich.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herzlich willkommen in Crailsheim!)

– Ja, ich bin auch dort, wie Sie wissen. Das setzen wir auch um. Wir machen doch für jede Region das richtige Angebot. Unsere Botschaft ist doch: In diesem Land bekommt jede Bürgerin und jeder Bürger die Pflege- und Gesundheitsleistung, der sie bzw. er bedarf, und wir platzieren sie an der richtigen Stelle, damit sie auch umsetzbar ist. Das ist doch unser Ziel. Dafür haben wir ein Modellprojekt, wie es kein anderes Bundesland hat.

(Beifall bei den Grünen)

Ich nenne Ihnen noch ein paar Erfolge. Ja, lieber Kollege Teufel, unser Landärzteprogramm kommt an.

(Zuruf von der AfD)

Wir haben es mit Ihrer und eurer Hilfe noch einmal weitergeführt.

Ich nenne Ihnen noch eine Erfolgszahl: In der Regel gibt es bei Ärztinnen und Ärzten jährlich etwa 90 Facharztabschlüsse in Allgemeinmedizin. Das sind die, die wir brauchen, die dann in die Fläche gehen, in die Praxen, in die Allgemeinversorgung. Jetzt hatten wir zwei Mal hintereinander fast 190 Facharztabsolventinnen und -absolventen in Allgemeinmedizin, und zwar weil es wieder eine Zukunft gibt, weil wir Strukturpolitik mit der KV, mit den Kassen, mit den Kommunen betreiben.

Sie haben es ja schon vom Kollegen Hauk gehört, der kürzlich bei einer Debatte, als ich noch verletzt war, seine Oberpflegerqualitäten demonstriert hat. Er hat heute zur Versorgung im ländlichen Raum richtigerweise gesagt, wie wichtig es ist, dass wir keine Denkverbote mehr haben.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wir setzen uns auf Bundesebene gegen die Überregulierung ein, z. B. im G-BA – Lauterbach lässt grüßen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir setzen uns dafür ein, dass wir Modelle machen können, dass wir helfen können, dass wir wieder neue Arbeitsformen entwickeln können, dass wir Genossenschaften einführen können, dass die angestellte Ärztin arbeiten kann. Vereinbarkeit von Familie und Beruf gilt vor allem in den weiblich dominierten Berufen, bei Ärztinnen und in der Pflege. Das ist doch unsere Zukunftsaufgabe, und dieser stellt sich diese Koalition mit diesem Haushalt. Das machen wir in einer guten Ver-
ve.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden auch noch viele andere Punkte umsetzen; z. B. – das müssen Sie mir jetzt schon noch lassen – geht es um die Frage der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Liebe Frau Wölfle, wenn Baden-Württemberg – wenn auch nicht ich persönlich – letztes Jahr nicht interveniert hätte, wäre das Gesetz auf Bundesebene an die Wand gefahren, dann wäre es wieder ein Überfürsorgegesetz geworden, das wieder auf den Stand zurückgefallen wäre, dass der sogenannte sorgende Staat zu wissen meint, was für das arme Sünderlein Bürger gut ist.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist doch normal Ihre Politik!)

Das haben wir geändert, und zwar auf dem Weg der Bund-Länder-Beziehungen, über den Bundesrat und auch in Absprache mit den Betroffenen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben jetzt wirklich hinkommen, dass wir 2020 mit der ersten Stufe im neuen Sozialgesetzbuch IX antreten.

(Minister Manfred Lucha)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Schauen Sie sich einmal an, wo sozialdemokratisch geführte Länder Konnexität gesetzlich akzeptieren. Da werden Sie weit suchen müssen.

Baden-Württemberg hat – mit der Unterstützung der Finanzministerin schon im Vorfeld – akzeptiert, dass aufgrund des neuen Bedarfsbegriffs Konnexität für die betroffenen Menschen anerkannt wird. Diese Kosten übernehmen wir.

(Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ja!)

– Ja, genau.

Wir haben die herausragende Aufgabe, von einem ehemals institutionsfixierten großen – – Insgesamt über 20 Milliarden € in der Bundesrepublik; da können Sie die 12,3 % gemäß dem Königsteiner Schlüssel für Baden-Württemberg nehmen, dann wissen Sie, über welche Leistungsgelder wir reden. Da muss ich sagen: Von der Institutionszentrierung hin zur Personen-zentrierung gibt es sehr viele Paradigmenwechsel. Wir haben den Kommunen schon jetzt versprochen, dass wir sie in diesem Prozess begleiten, und zwar freiwillig, ohne dass Konnexität im Rechtsrahmen – weil wir das gar nicht zubilligen dürfen – ausgelöst wäre.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Und Bayern macht das nicht!)

– Bayern macht das nicht, und Niedersachsen macht das auch nicht.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ja!)

Verstehen Sie? Das müssen Sie einfach mal wissen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: SPD-regiert?)

– Ist Niedersachsen nicht SPD-regiert?

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Bayern!)

– Nein, Bayern nicht. – Und Niedersachsen macht das z. B. auch nicht. Da sind wir doch viel weiter.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas zu den Kostenforderungen der kommunalen Familie. Hier war ja auch einmal ein Innenminister, der für die Kommunen zuständig war. Die Kosten bei der Eingliederungshilfe waren immer hoch – der sogenannte Gültstein-Prozess und, und, und –; sie sind immer hoch, manchmal fast gewürfelt, gewesen – manchmal, nicht immer. Unsere explizite Forderung war damals für die Landkreise, für die Sozialleistungen, dass in der Bund-Länder-Finanzausgleichsbeziehung die durchaus berechtigten Forderungen für Leistungen der Eingliederungshilfe auch tituliert werden.

Jetzt haben wir die Situation: Die Kommunen wie die Landkreise bekommen Geld, aber der Titel Eingliederungshilfe ist nicht nominiert. Das macht es uns umso schwerer, darauf hinzuweisen, dass im Prinzip eine Aufgabenpflicht besteht. Wir vom Land machen uns allerdings nicht vom Acker. Wir machen eine vorbildliche Beteiligung der Betroffenen, wir haben einen vorbildlichen Prozess, wie wir die Kommission einsetzen, um die Bedarfe zu ermitteln und zu bemessen, wie wir die Mittel so einsetzen, dass die Rahmenverträge zukünftig ordentlich gemacht werden.

Jeder von Ihnen, der Sozialpolitik gemacht hat und länger dabei war, weiß, dass nach Teufel 2005 die Vertragskommission quasi nichts mehr zustande gebracht hat, weil sich zwei Blöcke gegenüberstanden, die sich eigentlich nicht mehr verständigt haben. Das wollen wir zugunsten der betroffenen Menschen verändern. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Alle beteiligen sich mit großem Engagement.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss noch zitieren – Sie erlauben, Herr Klenk –:

In Regionen und Bundesländern, die sich als weltoffen erweisen, in denen viele junge Menschen leben und Arbeit finden und die eher in der Lage sind, ... Ausgrenzungen zu verhindern, ist der Zusammenhalt besser.

Meine Damen und Herren, das ist das Ergebnis einer Bertelsmann-Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, die am Montag veröffentlicht wurde. Baden-Württemberg schneidet dabei sehr gut ab: Wir belegen bundesweit den zweiten Platz – um ein „Muggeseggele“, Herr Umweltminister, hinter dem Saarland. Das werden wir beim nächsten Mal besser machen.

Sie merken: Die Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg sind gut. Wir haben eine bürgergewandte, hilfsbereite Bevölkerung, wir haben eine Politik, die diese Bevölkerung mitnimmt, die die ordnungspolitischen und finanziellen Rahmenbedingungen schafft, damit sich Bürger einsetzen und die Ideen umsetzen können, um das gemeinsame Miteinander zu gestalten.

Ich muss jetzt den Onkel des Kollegen Wald zitieren – ein legendärer Sozialdezernent der CDU aus dem Bodenseekreis, Egon Stoll, ein alter Lehrmeister, dem es im Moment nicht gut geht und dem wir von dieser Stelle aus gute Besserung wünschen, der mich geprägt hat, mit dem ich viele Kämpfe ausgefochten habe, er in der Politik, ich in der Praxis –:

Es gibt keine Ränder in der Gesellschaft. Alles, was passiert, ist in unserer Mitte.

Das ist unser Leitmotto, und dafür haben wir einen tollen Haushalt gemacht.

Danke sehr.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: In der zweiten Runde wünscht der Kollege Poreski für die Fraktion GRÜNE noch einmal das Wort.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle fest, die SPD bezieht sich zum einen auf Dinge, die wir ohnehin vorhaben,

(Abg. Carola Wolle AfD: Ach, vorhaben!)

und sie bedient den Mehr-Reflex. Das ist legitim.

Das Strickmuster der AfD ist ein völlig anderes. Sie nehmen systematisch zwei Grundlagen – ich sage es bewusst – unserer christlich-abendländischen Kultur unter Beschuss.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das sagt der Richtige! – Weitere Zurufe von der AfD)

(Thomas Poreski)

Die eine ist über 2 000 Jahre alt. Ich sage es an einem Beispiel.

(Zuruf von der AfD: Ja, bitte!)

Sie fordern die Streichung der Zuschüsse für pro familia wegen angeblicher Frühsexualisierung. Das neunte Gebot heißt: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der AfD: Wir hatten eine Aufklärung! – Unruhe bei der AfD)

Die andere Grundlage ist über 200 Jahre alt.

(Anhaltende Unruhe bei der AfD – Glocke des Präsidenten)

Das sind die Menschenrechte. Ich sage das deswegen, weil die Menschenrechte nicht unterscheiden nach Herkunft, Volk, Rasse und Religion. Das aber ist genau Ihr Prinzip. Das führt zu einer Politik ohne Empathie. Politik ohne Empathie bedeutet letztlich gefühllose Dummheit, und ich stelle fest, Ihre Profitquelle ist die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Vielleicht zum Schluss noch ein Wort zum Kollegen Jürgen Keck – ein ganz anderes Kapitel; ich glaube, da ist auch eine ganz andere Tonlage angemessen –: Er hat den Wissenschaftler Milton Friedman zitiert und als Referenz herangezogen. Dieser war ein Verächter des sozialen Rechtsstaats. Lieber Jürgen, bei aller Wertschätzung: In einem Staat, der nach Milton Friedman funktioniert, wirst du nicht leben wollen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 09 – Ministerium für Soziales und Integration. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3209.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0901

Ministerium

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier sind auch Stenografen, die ihre Arbeit verrichten müssen. Die Unruhe macht das nicht unbedingt einfacher.

Wer Kapitel 0901 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0901 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0902

Allgemeine Bewilligungen

Wer Kapitel 0902 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0902 ist einstimmig bei mehreren Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 0905

Hilfen für Menschen mit Behinderungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3209. Wer Kapitel 0905 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0905 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0908

Integration

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3209. Hierzu liegen sieben Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 531 01 – Kosten für Veröffentlichung und Dokumentation – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-4, vor, mit dem die Mittel für Informationsbroschüren und Handreichungen in den Bereichen Antidiskriminierung, interkulturelle Öffnung der Verwaltung usw. gestrichen werden sollen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 01 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-5, vor, der die Streichung der Mittel verlangt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 547 01 – Sächliche Verwaltungsausgaben – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-6, vor, mit dem die Erläuterung des Titels dahin gehend geändert werden soll, dass in diesem Titel insbesondere Aufwendungen für die Bekämpfung von Kinder-, Mehrfach- und Zwangsverheiratungen veranschlagt werden. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-7, begehrt die Neuaufnahme des Titels 613 01 N – Maßnahmen im Rahmen des Pakts für Remigration – und entsprechende Haushaltsansätze, um Kreise und Kommunen im Rahmen von Rückkehrprogrammen für Asylbewerber unterstützen zu können. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Zu Titel 633 01 – Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-8, vor, der eine Mittelkürzung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 02 – Maßnahmen im Rahmen des Pakts für Integration – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-9, vor, der die Streichung der Mittel verlangt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 01 – Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-10, vor, der eine Mittelkürzung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0908. Wer Kapitel 0908 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0908 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0913

Versorgungsämter und Gesundheitsämter

Wer Kapitel 0913 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0913 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege und Bürgerschaftliches Engagement

Wer Kapitel 0917 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0917 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Kapitel 0918

Jugendhilfe

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3209. Hierzu liegen fünf Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-11, zur Abstimmung, mit dem gefordert wird, den Titel 534 01 N – Altersüberprüfung von Flüchtlingen – neu in den Haushalt aufzunehmen und entsprechende Haushaltsmittel einzustellen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegen-

probe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Zu Titel 684 03 – Beiträge und Zuschüsse an Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Jugendhilfe tätig sind – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-12, vor, mit dem die Kürzung von Mitteln für verschiedene Jugendorganisationen gefordert wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-13, zu Titel 684 05 – Zuschüsse an den Ring politischer Jugend –, mit dem die Streichung der Mittel verlangt wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 07 – Zuschüsse an sonstige Träger zur Förderung der Jugendarbeit – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-14, vor, der die Streichung von Mitteln für die Eingliederung und Integration von Migranten fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-15, zu Titel 633 79 – Kostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände –, mit dem Mittelkürzungen verlangt werden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

(Staatssekretärin Bärbl Mielich: So schnell kann man gar nicht!)

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0918. Wer Kapitel 0918 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0918 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

Kapitel 0919

Familienhilfe

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3209.

Zu Titel 684 01 – Beiträge und Zuschüsse an Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Familienpflege tätig sind – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-16, vor. Dieser Änderungsantrag verlangt eine Mittelkürzung bei der Organisation pro familia. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Oje!)

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0919. Wer Kapitel 0919 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0919 ist

(Abg. Anton Baron AfD: Zustimmung bei uns!)

– Sie haben zugestimmt – einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 0920

Ältere Menschen und Pflege

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3209. Wer Kapitel 0920 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0920 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 10 auf:

Kapitel 0921

Förderung der Chancengleichheit und Demografie

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3209. Hierzu sind drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD gestellt.

Zu Titel 547 01 – Sachaufwand für Maßnahmen im Bereich der Chancengleichheit – und Titel 684 01 – Zuschüsse an Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Frauenförderung tätig sind – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-17, vor, der begehrt, die Mittel für Veranstaltungen im Bereich der Chancengleichheit zu streichen und die verbleibenden Mittel für den „Tag des Opferschutzes“ zu verwenden. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 02 – Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich der Chancengleichheit – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-18, vor, der begehrt, die Mittel zu streichen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 547 73 – Sonstige sächliche Ausgaben – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-19, vor, der die Streichung der Mittel verlangt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über Kapitel 0921. Wer Kapitel 0921 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0921 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 11 auf:

Kapitel 0922

Gesundheitspflege

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3209. Hierzu liegen zwei Änderungsan-

träge der Fraktion der AfD, zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3309-2, zu Titel 684 02 – Zuschüsse an Ersatzschulen für Berufe des Gesundheitswesens, die nicht mit Krankenhäusern verbunden sind –, der eine Mittelserhöhung fordert, die den Schulen für Physiotherapie zugutekommen soll. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, zu den Titeln 891 91 – Zuschüsse für Investitionen an kommunale und sonstige öffentliche Krankenhäuser – und 893 91 – Zuschüsse für Investitionen an private Krankenhäuser – liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD, Drucksachen 16/3309-20 und 16/3309-21, der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3309-3, und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3309-1, vor. Alle Anträge fordern Mittelserhöhungen.

Dabei betrifft der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der u. a. auch Mittel für Telemedizin und E-Health ermöglichen will, beide genannten Titel und ist in allen Punkten der weitestgehende. Ich stelle daher den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3309-3, dessen Abschnitt II darüber hinaus auch den Einzelplan 12 und hier die Kapitel 1212 – Sammelansätze – und 1223 – Zukunftsinvestitionen – betrifft, zuerst insgesamt zur Abstimmung. Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3309-3, zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-20, der Titel 891 91 betrifft und mehr Mittel für die Versorgung in der Fläche fordert, zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt komme ich zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3309-1, der Titel 893 91 betrifft und der weiter gehend ist als der zum gleichen Titel gestellte Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-21. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3309-1, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3309-21, der ebenfalls zu Titel 893 91 gestellt ist. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt folgt die Abstimmung über Kapitel 0922. Wer Kapitel 0922 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0922 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe die Nummer 12 auf:

Kapitel 0930

Zentren für Psychiatrie und Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

Wer Kapitel 0930 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0930 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 1, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 09 berührt, Kenntnis zu nehmen. Weiter schlägt der Ausschuss für Finanzen in Abschnitt II Ziffer 2 seiner Beschlussempfehlung vor, von der Mitteilung der Landesregierung vom 6. November 2017, Drucksache 16/3009, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 09.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Bevor wir in die Mittagspause starten, gebe ich noch einen Hinweis für die Mitglieder des Petitionsausschusses: In zehn Minuten beginnt die Sondersitzung des Petitionsausschusses im Moser-Saal. Die Einladung hierzu ist Ihnen bereits zugegangen.

Wir treten in die Mittagspause ein und setzen die Plenarsitzung um 15:00 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:45 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:01 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren!

Ich rufe **Punkt 1 d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3210

Berichterstatter: Abg. Dr. Markus Rösler
Berichterstatter: Abg. Andreas Glück

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünschen die Berichterstatter das Wort? –

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Lisbach.

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Doppelhaushalt 2018/2019 ist ein guter Haushalt. Das haben wir dieser Tage bereits mehrfach gehört. Aber der Einzelplan 10 für das Umweltressort ist ein besonders guter Haushaltsplan. Wir setzen mit diesem Einzelplan 10 einen ganz klaren Fokus auf die Sicherung unserer gesunden Lebensgrundlagen und auf den Erhalt einer intakten Natur und Umwelt.

Um das zu erreichen und um auch zügig damit voranzukommen, statten wir den Naturschutz mit dringend benötigten zusätzlichen Mitteln aus. Es wird ein Sofortprogramm gegen das Insektensterben und für mehr Biodiversität aufgelegt, und unsere Umweltverwaltung wird zukunftsfähig aufgestellt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Paul Nemeth CDU)

Gleichzeitig investieren wir weiter in den Klimaschutz als zentrale Zukunftsaufgabe, und wir stärken auch die Ressourceneffizienz als ein zentrales Projekt von Grün-Schwarz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das zusammengenommen ist dieser Haushalt – und gerade der Einzelplan 10 – ein echter Meilenstein für die Umwelt, für mehr Naturschutz, für mehr Klimaschutz in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich will auf einige Schwerpunkte noch etwas detaillierter eingehen. Der Einzelplan 10 sieht eine deutliche Aufstockung der Mittel für Naturschutz und Landschaftspflege vor. Insgesamt werden ab 2019 über 15 Millionen € jährlich für Naturschutz zur Verfügung stehen. Damit setzen wir auch ganz konsequent das um, was wir mit dem Koalitionsvertrag versprochen haben.

Mit diesen zusätzlichen Mitteln können die Landschaftserhaltungsverbände bei uns im Land, die eine sehr gute Arbeit machen, zusätzliche Maßnahmen umsetzen. Dafür hat das Geld bislang immer nicht ausgereicht. Davon profitiert der Naturschutz, davon profitieren aber auch ganz unmittelbar die Landwirte und Landwirtinnen bei uns im Land. Das ist uns sehr wichtig; denn unser Ziel ist es, den Naturschutz gemeinsam mit der Landwirtschaft, mit den Landnutzern und -nutzerinnen umzusetzen. Das darf kein Gegeneinander sein, sondern muss ein ganz enges Miteinander sein, damit es auch wirklich funktioniert.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Zusätzlich zu dieser strukturellen Erhöhung der Mittel wird es ein ambitioniertes Aktionsprogramm gegen den Insektenchwund und für mehr biologische Vielfalt geben. Im Doppelhaushalt 2018/2019 stehen dafür insgesamt 36 Millionen € bereit. Das Land setzt damit dem wirklich dramatischen Arten- und Individuenrückgang Sofortmaßnahmen entgegen, mit denen der Erhalt und die Entwicklung von Natura-2000-Gebieten gefördert wird und mit denen auch ganz drängende Schritte zum Schutz der Moore bei uns im Land unternommen werden. Auch der landesweite Biotopverbund wird schneller umgesetzt. Diese Maßnahmen werden schneller vorankommen als bisher.

Wir haben seitens der Fraktion bzw. fraktionübergreifend auch noch den Antrag gestellt, dass zusätzlich Flächen im

(Bettina Lisbach)

städtischen Umfeld für den Naturschutz gefördert und aufgewertet werden.

Auch ein Monitoring ist Teil dieses Sofortprogramms. Es gibt zwar schon viele einzelne Untersuchungen, die belegen, dass Arten und Individuen zurückgegangen sind oder laufend zurückgehen, es fehlen aber noch systematische Grundlagendaten. Genauere Erhebungen zu Insektengruppen, zu Vögeln, zu Fledermäusen sind deswegen notwendig. Das ist auch deshalb ganz wichtig, damit wir hinterher ermessen können, wie der Erfolg der Maßnahmen, die wir umsetzen wollen, zu bewerten ist, damit wir schauen können, ob das alles wie vorgesehen funktioniert, und dann gegebenenfalls auch nachsteuern können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Sofortprogramm setzt das Land wirklich bundesweit Maßstäbe. Es ist nur zu hoffen, dass andere Länder und auch der Bund diesem Beispiel folgen werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir machen mit diesem Doppelhaushalt auch die Umweltverwaltung in unserem Land fit für die Zukunft. Die leidet nämlich schon seit vielen Jahren unter einem anhaltenden Personalmangel. Das führt dazu, dass zunehmend komplexer werdende Planungs- und Genehmigungsverfahren nicht rechtzeitig abgeschlossen werden können. Es führt dazu, dass die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen im Naturschutz schleppend vorankommt und in großen Teilen gar nicht erfolgt. Deswegen besteht hier ganz dringender Handlungsbedarf.

Das war eine ganz wichtige Forderung, die aus dem Naturschutz an uns herangetragen wurde. Aber eine solche Forderung kommt auch ganz stark aus der freien Wirtschaft. Denn auch deren Vertreter leiden darunter, wenn Verfahren nicht vorankommen, nicht abgeschlossen werden, weil sie so lange auch ihre Maßnahmen nicht umsetzen können.

So werden jetzt weit über 200 neue Stellen auf den verschiedenen Verwaltungsebenen im Land geschaffen. Damit sind Funktionsfähigkeit und auch Wissenstransfer in der Umweltverwaltung dauerhaft gesichert. Damit kann dann die Umweltverwaltung endlich ihre anspruchsvollen Aufgaben so erfüllen, wie wir alle es auch zu Recht von ihr erwarten können.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Aber auch die bisher verfolgten Ziele und Aufgaben vernachlässigen wir mit diesem Haushalt nicht. Die Landesregierung investiert weiter in den Klimaschutz. Dazu werden die Mittel für den Klimaschutz um 8 Millionen € im Jahr 2018 und um 16 Millionen € im Jahr 2019 aufgestockt. Damit fördern wir Modellvorhaben im Bereich der energetischen Sanierung. Ferner wird es Maßnahmen zur Förderung der Fotovoltaik im Rahmen der Solaroffensive des Landes geben.

Mit einem eigenen Fraktionsantrag unterstützen wir zudem den Energiesparunterricht an Schulen. Denn bei der Bildung ist es natürlich auch ganz wichtig, dass hier die Grundlagen für Energieeffizienz, für Klimaschutz gelegt werden und das Bewusstsein dafür geschaffen wird. Damit fängt ja alles an.

Die Kommunen sind und bleiben wichtige Akteure für die Energie- und Klimapolitik im Land. Es hat eine Neuausrich-

tung der Programme „Klimaschutz-Plus“ und „Klimaschutz mit System“ stattgefunden, sodass die Kommunen auch weiterhin von den umfangreichen Förderungen profitieren.

Ich meine, alles in allem ist das wirklich ein kompaktes Maßnahmenpaket, mit dem unser Land der besonderen Verantwortung für Klimaschutz und Energieeffizienz gerecht wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir tun auch einiges, um direkt die Ressourceneffizienz im Land zu stärken. Die Unternehmen in unserem Land sind führend bei Umwelttechnologien, bei Ressourceneffizienztechnologien. Diese Spitzenposition soll weiter gestärkt und ausgebaut werden. In einem Thinktank sollen jetzt Unternehmen gemeinsam mit Vertretern der Landesregierung die ökologische Modernisierung voranbringen. Dazu sind knapp 6 Millionen € im Haushalt eingestellt. Dann wird die Weiterentwicklung der Ressourceneffizienz in Baden-Württemberg auch richtig Fahrt aufnehmen können.

Ich möchte noch ein paar Worte zu den Anträgen von AfD und FDP/DVP sagen.

Zur AfD: Sie leugnen ja den menschengemachten Klimawandel, wie Sie heute auch wieder mehrfach betont haben. Ich finde, das zeugt von Inkompetenz,

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

und es zeugt auch von Verantwortungslosigkeit gegenüber den nachfolgenden Generationen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Mehr ist zu diesem Paket von Anträgen eigentlich nicht zu sagen.

Dann haben Sie noch einen weiteren Antrag eingebracht: Sie wollen sechs Stellen beim Nationalpark für sozialwissenschaftliche Forschung streichen. Da haben Sie, Kolleginnen und Kollegen, schlecht recherchiert. Denn es geht tatsächlich nur um eine Stelle, die in diesem Bereich für den Nationalpark zur Verfügung gestellt ist. Außerdem ist die wissenschaftliche Forschung im Nationalparkgesetz verankert. Aber an so etwas wie Wissenschaft haben Sie kein Interesse, wie wir schon mehrfach feststellen konnten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Was sollen die da erforschen? Lächerlich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, die Sie gerade nur in recht kümmerlicher Zahl anwesend sind – aber die Kollegen und Kolleginnen aus dem Umweltausschuss sind ja da;

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Die Wichtigen sind da!)

das freut mich, aber ich sehe es gerade erst jetzt –, Sie stellen sich mit Ihren Anträgen gegen den Nationalpark, gegen neue Stellen im Naturschutz; gegen Jamaika sind Sie sowieso. Ich habe den Eindruck, Sie gefallen sich gerade in der neuen Rolle als Dagegen-Partei.

(Bettina Lisbach)

(Abg. Anton Baron AfD: Vielleicht liegt das an Ihnen!)

Wenn Sie aber mal konstruktive Vorschläge machen, diskutieren wir dies sehr gern mit Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen mit diesem Haushalt um, was wir im Koalitionsvertrag versprochen haben. Wir stärken den Naturschutz. Wir gehen die drängenden Probleme im Artenschutz entschlossen an. Wir sorgen auch für eine schlagkräftige Umweltverwaltung. All das tun wir, ohne unsere bisherigen Aufgaben zu vernachlässigen.

Ich möchte mich für die geleistete Arbeit ganz herzlich bei Minister Franz Untersteller und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Umweltministerium bedanken. Ich glaube, heute können wir gemeinsam sagen, dass noch nie ein Land so viel für Natur und Umwelt getan hat, wie wir das mit diesem Doppelhaushalt tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Nemeth das Wort.

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt für Umwelt, Klima, Energie und Naturschutz ist ein Haushalt der Superlative:

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

Mit über 1 Milliarde € im Doppelhaushalt ist er so groß wie noch nie; für die Energiewende steigen die Mittel von 22 Millionen € in diesem Jahr auf 26 Millionen € im nächsten Jahr und auf 30 Millionen € im übernächsten Jahr – ein Plus von 36 % –, für Naturschutz und Landschaftspflege von 56 Millionen € auf 65 Millionen € und dann auf 72 Millionen € plus 18 Millionen € für das Sonderprogramm – also ein Plus von 60 % –, für den Klimaschutz von 6,3 Millionen € auf 7,1 Millionen € und dann auf 8,8 Millionen € jährlich – ein Plus von 40 %.

Wenn wir sagen, Haushaltspolitik ist Politik in Zahlen, dann ist das ein starkes Wort der Grünen und der CDU in diesem Bereich – auch dank unheimlich vieler Initiativen der Regierung und der Fraktionen, so konkret wie noch nie. Die CDU ist geleitet von der Bewahrung der Schöpfung, und für die Grünen ist der Erhalt der Lebensgrundlagen ein Uranliegen ihrer Politik.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Auch für die Schöpfung!)

Deswegen kommt hier das zusammen, was zusammengehört; das ist ein konkreter Beitrag dieser grün-schwarzen Koalition.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Paul, hey! – Zuruf: Bravo! – Weitere Zurufe)

– Ja, wir sind konkret. Ich komme noch dazu.

Mit der Ressourceneffizienzstrategie des Landes sind wir Klassenbester unter den 16 Ländern und versöhnen damit, meine Damen und Herren, die Bereiche Wirtschaft und Um-

welt, die sich früher diametral gegenüberstanden. Ultraeffizienzfabrik, Thinktank, also Denkfabrik, Institut für Umwelttechnik, industrielle Ressourcenstrategie, all das sind Programme, um unseren Wohlstand zu mehren und gleichzeitig Umwelt, Natur und Klima zu schonen. Das ist ein wesentlicher Beitrag, den wir mit diesem Doppelhaushalt leisten.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Meine Damen und Herren, wir haben weltweit mit den höchsten CO₂-Ausstoß pro Person und gehören gleichzeitig zu den innovativsten und reichsten Regionen der Welt. Deshalb: Wer denn sonst, wenn nicht wir in Baden-Württemberg, sollte diesen Weg wagen, mit Ressourceneffizienzstrategien Umwelt und Wirtschaft voranzubringen und unseren Wohlstand zu fördern, ohne dabei auf Kosten der Natur zu leben? Das beweisen wir mit diesem Haushalt, gerade mit dem Umwelthaushalt, wo Grüne und Schwarze besonders gut zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Nemeth, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Baron zu?

Abg. Paul Nemeth CDU: Baron? Herr Baron? Ihnen fehlt noch der Doppelname: Baron Münchhausen. – Aber bitte.

(Heiterkeit)

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank für das Zulassen der Frage. – Vielleicht haben auch Sie es in den Zeitungen gelesen: Das Prognos-Institut hat die Energiewende untersucht. Trotz Zuschüssen in dreistelliger Milliardenhöhe ist der CO₂-Ausstoß seit 2014 nicht gesunken.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sonst wäre er noch weiter gestiegen!)

Jetzt frage ich Sie, ob das Geld, das Sie da investieren, überhaupt etwas bringt. Ich bin ja generell für Klimaschutz,

(Zuruf: Echt?)

aber wenn es nichts bringt, warum soll man dann Milliarden investieren?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gut, dass die AfD für Klimaschutz ist!)

Abg. Paul Nemeth CDU: Das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Wissen Sie, dass wir wesentlich mehr Strom exportieren als früher und deshalb Kohlestrom in Polen, in Tschechien, in anderen Ländern nicht produziert werden muss? Sie müssen also hier immer die Gesamtbilanz sehen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich muss Ihnen noch etwas Weiteres sagen: Durch die deutsche Energiewende, die weltweit beobachtet wird, wird sowohl im Bereich der Fotovoltaik als auch im Bereich der Windkraft weltweit immer mehr Geld ausgegeben. Es ist ein Ergebnis der deutschen Energiewende, dass mittlerweile weltweit mehr für erneuerbare Energien ausgegeben wird als für die Energiegewinnung aus Kohle. Das ist ein riesengroßer deutscher Erfolg.

(Paul Nemeth)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Jetzt kommen wir einmal zu einer Debatte, die im Vorfeld des Haushalts ein bisschen Gewicht hatte, ein gewisser Sturm im Wasserglas war: zu den zusätzlichen Personalstellen in der Umweltverwaltung. Ich sage einmal so an die Kollegen der FDP/DVP-Opposition: Wir kennen das; es ist ja manchmal schwierig, vor allem, wenn die Regierung gut arbeitet,

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

und vor allem dann, wenn es sich um den Bereich Umwelt, Energie und Klimaschutz handelt. Dann bleibt nicht viel Raum. Wir arbeiten hier mit den Grünen erfolgreich zusammen. Wir sind die Besten innerhalb Deutschlands bei der Energiewende, bei der Digitalisierung der Energiewende, und wir sind auch mit die Besten weltweit bei den Ressourceneffizienzstrategien.

Was die FDP da im Vorfeld gemacht hat,

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: War super!)

ist populistisch, aber nicht vernünftig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Da klatschen nicht mal alle von der CDU!)

Herr Glück, den Minister zu kritisieren und auch die CDU zu kritisieren, das ist Ihr gutes Recht.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das sehe ich auch so!)

Dafür sind Sie ein Stück weit da und werden Sie auch bezahlt. Das ist in Ordnung.

(Heiterkeit)

Aber eines geht nicht: Einen Gutachter öffentlich zu kritisieren und ihm ein Gefälligkeitsgutachten zu unterstellen, weil er in den Achtzigerjahren ehrenamtlich für die Grünen im Stadtrat war, in Bochum – das könnte man kritisieren –,

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Darum geht es gar nicht! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

das aber nicht Engagement für eine Partei war. Herr Glück, das ist Gift für die Demokratie. Das ist unterhalb der Gürtellinie. Sie sind zwar Arzt – wenn ich es recht weiß, Chirurg –, aber kein Urologe; in diesem Bereich haben Sie nichts verloren.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wo kommen wir nämlich sonst am Ende hin, wenn dieses Vorgehen, meine Damen und Herren, Schule macht? Niemand, der sich beruflich engagiert und auf Kunden, Klienten oder – Herr Glück – Patienten angewiesen ist, dürfte sich dann mehr für eine Partei engagieren. Nur die Gegner der Demokratie und deren Parteien ziehen einen Vorteil aus dieser Diskussion. Professor Bogumil ist ein anerkannter Wissenschaftler. Sie haben ihn in Misskredit gebracht,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Er hat es probiert!)

indem Sie ihm ein Gefälligkeitsgutachten vorgeworfen haben. Damit haben Sie für einen kleinen parteipolitischen Vorteil einen unabhängigen Wissenschaftler diskreditiert. Die Unabhängigkeit ist die Grundlage eines jeden Wissenschaftlers. Das ist unanständig, und ich erwarte von der FDP und von Ihnen dafür eine öffentliche Entschuldigung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das können Sie vergessen, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, wir jedenfalls treiben Fortschritt und Innovation voran. Die Energiewende muss in großen Schritten vorangebracht werden und darf sich nicht im Kleinklein verlieren. Bei der Energiewende geht es nicht nur um den Ausbau der erneuerbaren Energien – darüber mache ich mir gar keine Sorgen mehr, weder weltweit noch in Deutschland –, sondern es geht im Wesentlichen auch um die Anpassung unserer Energieinfrastruktur. Da sind Forschung und Entwicklung noch lange nicht ausgereizt.

Mein Lob und mein Dank gelten hier ausdrücklich der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das mit 50 Millionen € das sogenannte „C/sells-Projekt“ unterstützt. Auch die Wirtschaft – die Gelder sind „committed“ – legt 50 Millionen € für dieses Projekt auf den Tisch. Wir haben damit bis 2020 100 Millionen €, die für die Digitalisierung der Energiewende zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, das ist damit eines der größten Digitalisierungsprojekte Baden-Württembergs mit Geld, das zu 100 % von der Wirtschaft und vom Bund kommt. Das ist ein riesiger Fortschritt. Auch das Land gibt 10 Millionen € für Entwicklung und Forschung für andere Projekte aus.

Sie sehen also, sowohl im Bund mit der SPD als auch im Land mit den Grünen: Wir treiben Digitalisierungsprojekte voran. Da, wo die CDU regiert, mal mit der SPD, mal mit den Grünen, sind wir innovativ und geht es den Menschen besser.

(Beifall bei der CDU)

Artenschutz und Biodiversität sind im Jahr 2018 auch weiterhin ein Schwerpunkt. Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist keine Naturromantik, sondern wir sprechen hier von einem Wert an sich.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut!)

Deswegen befürworten wir auch die Mittel für das Sonderprogramm zur Stärkung der Biodiversität. Das ist gut angelegtes Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Wir handeln jetzt und nicht erst dann, wenn Auswirkungen des Artenschwunds bei uns Menschen angekommen sind. Über 70 % der Landesfläche sind land- bzw. forstwirtschaftlich genutzt. Es liegt daher auf der Hand, dass wir auf der Fläche wirksamen Naturschutz nur gemeinsam mit den Landwirten und den Landnutzern hinbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Paul Nemeth CDU: Dann muss ich einiges weglassen.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Das ist schade. – Ich will sagen: Uns geht es bei diesem Doppelhaushalt um Energie und Naturschutz. Deswegen glauben wir, dass es ein guter Haushalt ist. Es geht um Nachhaltigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Das ist unsere Aufgabe als Landespolitiker.

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: Sehr gut!)

Deswegen bitten wir um Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Voigtmann.

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann noch einmal in Erinnerung rufen, dass das Ministerium, dessen Haushalt hier behandelt wird, einen etwas längeren Namen hat und mehr umfasst als das, was bisher verhandelt worden ist. Es heißt nämlich Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, wobei der dritte Bereich immer etwas hinten runterfällt. Dem werde ich mich wahrscheinlich etwas mehr widmen. Ich bin auch der Meinung, dass wir von Umwelt und Klima schon eine ganze Menge gehört haben, zum Teil auch schon in den Beiträgen am Vormittag, wo sich das Thema Klima auch bei der Landwirtschaft und ähnlichen Themen mit hineingemogelt hat.

Ich beginne einmal – mit Genehmigung der Präsidentin – mit einem Zitat:

Kalte Winter mit Frost und Schnee wird es in der Zukunft in unseren Breiten nicht mehr geben.

So sagte es im Jahr 2000 der Ihnen allen bekannte Mojib Latif, eine Ikone des Klimawandels, sozusagen von der Kanzel herab an seine Gläubigen. Von diesem Glaubenssatz ist er natürlich auch nicht abgegangen, auch nicht nach der großen Schneekatastrophe von 2006, bei der z. B. die Eislaufhalle in Bad Reichenhall aufgrund des Gewichts von 2 bis 2,5 m Schnee auf dem Dach eingestürzt ist. Auch die Schneefälle der letzten Jahre haben ihn nicht besonders berührt.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Ausnahmen bestätigen die Regel!)

Das heißt, er bleibt bei seiner Meinung.

Seit nunmehr über 20 Jahren läuft also die Dauerberieselung mit Aussagen wie: „Der Klimawandel ist da, er ist menschengemacht, und nur wir, die Grünen, wollen und werden ihn stoppen.“ Welche Hybris ist das, ausgehend von Menschen, welche nicht einmal in der Lage sind, klare und überzeugende Beweise für ihre Behauptungen vorzulegen?

(Beifall bei der AfD)

Wie aber wird diese Frage von den Bürgern insgesamt gesehen, die auch nicht unbedingt daran interessiert sind, aber

ständig und permanent und penetrant auf diese Frage hingewiesen werden?

Zum einen ist dazu zu sagen: Das Klima ist kein Gegenstand einer demokratischen Mehrheitsentscheidung. Das heißt, Aussagen wie „Tausende von Wissenschaftlern haben gesagt“ oder – wie unser Umweltminister gern sagt – „186 Staaten haben in Paris dies und jenes festgestellt und vereinbart“ jucken das Klima relativ wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Man muss immer erst einmal die Motivation sehen, die dahintersteht. Dann kann man diese Aussagen eher werten. Beispielsweise muss man einmal untersuchen, wie viele von diesen 186 Staaten sich von diesem Klimaabkommen Vorteile versprechen. Da wird man sicher feststellen, dass sich 90 bis 95 % der Staaten gewisse Vorteile aus dem entsprechenden Umweltfonds versprechen.

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Da wären sie natürlich blöd, wenn sie da nicht mitmachen würden. Da werden sie natürlich gern mitmachen.

Diejenigen, die sich dagegen sträuben, sind die, die eines Tages sicherlich zur Kasse gebeten werden sollen.

Fassen wir zusammen: Wer den Klimawandel prinzipiell leugnet, ist ein Tor.

(Zuruf von der SPD: Stimmt!)

Denn diesen Wandel gibt es, seitdem es die Erde gibt; das haben wir heute schon einmal gehört. Es gibt einen steten Wandel von Warm- zu Kaltzeiten und wieder zu Warmzeiten. Das ist eine Binsenweisheit, die schon die Spatzen von den Dächern pfeifen. Nur machen die das geschickter. Wenn sie nämlich merken, dass es ihnen zu kalt oder zu warm wird, dann verlegen sie ihr Quartier woanders hin.

(Lachen des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Das gibt's doch nicht!)

Die Tiere und Pflanzen versuchen sich anzupassen. Die Menschen aber analysieren, sie entwickeln Anpassungsstrategien und natürlich eine passende Ideologie dazu. Um es zu vereinfachen: An allem ist das böse CO₂ schuld – ein Teil der Atmosphäre, ein Spurenbestandteil nur, aber immerhin: Das CO₂ ist der Gegner, ausgerechnet ein Grundbestandteil des Lebens auf dieser Erde, ohne welchen es weder Menschen noch Tiere auf diesem Planeten gäbe.

Und wenn wir schon beim Ausmerzen des CO₂ sind, dann schaffen wir doch am besten gleich das ganze Element Kohlenstoff ab – Dekarbonisierung heißt der neue Schlachtruf –,

(Beifall bei der AfD)

dann haben wir das Problem ein für alle Mal gelöst. Aber Vorsicht: Es kann natürlich passieren, dass es uns dann selbst an den Kragen geht. Denn immerhin besteht ja der Mensch zu 30 % selbst aus Kohlenstoff. Wenn man einmal die Tatsache sieht, dass er die hundertfache Menge an CO₂ ausstößt gegenüber dem, was er einatmet, dann kann man eigentlich schon ein großes Problem mit dem Menschen selbst feststellen.

(Klaus-Günther Voigtmann)

Entwarnung und Hilfe kommen aber Gott sei Dank von der Front der ernsthafteren Wissenschaftler. Vor der Mittagspause wurde vom Kollegen Klos schon einmal die CERN-Studie angedeutet, die eigentlich klipp und klar besagt, dass eben nicht die Computersimulationen und -modelle entscheidend für die weitere Entwicklung der Atmosphäre dieser Erde sind, sondern dass es letzten Endes die Frage ist: Was bewirkt das CO₂, wenn es z. B. entsprechend den angenommenen Entwicklungen weiterhin zunimmt? Da kann ich Ihnen einen Tipp geben: Professor Edenhofer vom PIK, vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung – das ist ja Ihr Lieblingsinstitut, ein Institut, bei dem auch Herr Schellnhuber, ein Intimus der Kanzlerin in Klimafragen, arbeitet –, hat von sich aus einfach in den Raum gestellt: „Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir in 200 Jahren wahrscheinlich eine Verdopplung des CO₂-Gehalts der Luft haben. Das wird aber nach unseren Forschungen in etwa eine Zunahme von 1 Grad Celsius bei der Erdtemperatur ausmachen.“

(Zuruf von der CDU: Das haben wir doch schon! –
Zuruf von den Grünen)

Das ist nicht meine Erkenntnis, sondern das sagt das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Man sollte sich eben manchmal auch mit Dingen beschäftigen, die einem nicht so gut gefallen,

(Beifall bei der AfD)

um herauszufinden, wohin die Reise wirklich geht. Leider können wir alle nicht in die Zukunft schauen; deswegen gehen wir von Hypothesen und Vermutungen aus. Aber wenn diese Vermutungen so haarsträubend sind, wie sie verkauft werden, führt das natürlich zu Ängsten und damit letztendlich auch zu gewissen populistischen Meinungen, was z. B. auch das Klima betrifft.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Es stellt sich die Frage, wohin die Pilotaktivitäten des Umweltministeriums Baden-Württemberg führen sollen, die Teil des großen Haushaltsplans 2018/2019 sind. Nachdem sich Deutschland und damit auch Baden-Württemberg mit dem Ausstieg aus der Atomkraft bzw. aus der Kernkraft den Weg in eine CO₂-arme Energiegewinnung verbaut haben, heißt die Zauberformel hierfür: erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Auf das Thema Energieeffizienz ist eben schon der Fragesteller eingegangen, der darauf hinwies, dass all die Bemühungen, die man in dieser Richtung unternommen hat, in den letzten fünf Jahren überhaupt keine Fortschritte gebracht haben.

Insofern ist festzustellen, dass rund 30 000 Windräder, die wir inzwischen in Deutschland haben, und Hunderttausende von Solarpanelen eigentlich nur dazu geführt haben, dass wir mit dieser Energieform im Jahresdurchschnitt unseren Endenergieverbrauch um 2 bis 3 % „bereichert“ haben. Das heißt, es gibt Stunden und Tage und manchmal auch Wochen im Jahresverlauf, in denen die erneuerbaren Energien tagsüber – man hat es immer noch nicht hinbekommen, dass nachts die Sonne scheint –

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

einen Beitrag von 10 bis 15 % schaffen, beispielsweise an Sommermittagen oder wenn ein sehr starkes Windaufkom-

men herrscht. Andererseits gibt es aber auch Perioden – man kennt z. B. das berühmte Wort Dunkelflauten –, in denen die konventionellen Kraftwerke, sprich die Kraftwerke, die nach dem Willen der Grünen und der Roten am besten möglichst schnell abgeschaltet werden sollen, die gesamte und volle Last tragen müssen.

Wenn wir uns die Verhältnisse in Baden-Württemberg anschauen, sehen wir, dass Baden-Württemberg zurzeit ungefähr zwei Drittel bis drei Viertel seines Energieverbrauchs tatsächlich selbst erzeugt. Davon ist mindestens ein Viertel auf die Kernkraft gestützt. Wenn wir nun die zwei letzten Kernkraftwerke in Baden-Württemberg abschalten, wird es Perioden geben, in denen wir zwar fantastische Werte bezüglich der grünen Energie haben, die dann möglicherweise 50 % der in Baden-Württemberg erzeugten Energie deckt, aber leider nur 10 bis 20 % des Gesamtbedarfs. Wo die fehlende Energie herkommen soll, ist eine spannende Frage, die bisher noch nie richtig beantwortet wurde und die sich sicher spätestens 2021 stellen wird – es sei denn, es kommt vorher schon zu einem sogenannten Blackout, weil es auch in einer Winterperiode passieren kann, dass große Kraftwerke ausfallen, Wind- und Solarenergien oder sonstige Energiequellen dann ebenfalls nicht vorhanden sind und somit schlicht nichts da ist. Wenn dann die europäischen Verbundpartner im Netz nicht funktionieren bzw. die Leitungen zwischen den Verbundpartnern nicht verfügbar sind, wie es im Januar/Februar dieses Jahres fast der Fall gewesen ist, dann wird man sehr schnell auf andere Lösungen kommen müssen. Aber es wird dann erst einmal ein Riesenschaden entstanden sein.

Von den Visionen des Umweltministeriums in Bezug auf Power-to-Gas, Power-to-Liquid oder wie alle diese Lösungsmöglichkeiten heißen sollen, ist im Moment noch relativ wenig zu sehen. Sie sind noch keinesfalls in einer großtechnischen Anwendung, und auch Batterien geben das noch nicht her. Da haben wir dieses alte und neue Problem auch in der Autoindustrie.

Im Moment weist der Weg nur in Richtung einer Reduzierung unseres Anspruchs. Das heißt auf Deutsch: Wir müssen unseren Gürtel enger schnallen. Wir müssen den individuellen Verkehr einschränken; wir müssen im Prinzip auch Strom sparen. Das nennt man dann alles so schön „Smart Home“ oder ähnlich. Das heißt nichts anderes als die Reduzierung des Lebensstandards. Gleichzeitig bedeutet dies natürlich auch Abstriche in Deutschland bei der Beschäftigung. Denn durch die Deindustrialisierung – – Wir sehen die Beispiele bei General Electric gerade in diesen Tagen und bei Siemens vor ein paar Wochen. Da muss man den Leuten dann klarmachen, was das alles für Folgen hat, wenn man diesen Weg weitergeht.

Wir wollen diesen Weg nicht unbedingt weitergehen. Wir hätten es gut gefunden, wenn man versucht hätte, diese Politik der erneuerbaren Energien im Rahmen einer europäischen Lösung, ...

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: ... im europäischen Maßstab – ja – durchzusetzen. Das hat man aber weder versucht noch durchgeführt. Insofern stehen wir jetzt vor der Tatsache, dass wir damit klarkommen sollen.

Ansonsten kann ich nur zusammenfassend sagen: Es gibt Ansätze, die zum Teil durchaus zustimmungswürdig sind, etwa

(Klaus-Günther Voigtmann)

bei Boden und Wasser oder bei der Kernkraftkontrolle. Die Haushaltsansätze in Bezug auf erneuerbare Energien oder Energieeinsparung, Erhöhung der Energieeffizienz lehnen wir jedoch ab.

Danke. Das war's.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Gruber.

Abg. Gernot Gruber SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine politische Vorbemerkung zu der bemerkenswerten Rede des Kollegen Nemeth. Ich habe in Erinnerung, dass er beim letzten Mal gesagt hat: Es ist gut, dass Grün und Schwarz als Komplementärkoalition zusammenstehen. „Komplementär“ heißt ja aber eigentlich schnittstellenfrei. Da hatte ich gedacht: Das ist schon arg wenig. Denn ich bin schon der Meinung – Ich hoffe und bin mir sogar sicher, dass wir beim Thema des von Menschen gemachten Klimawandels einig darin sind, dass wir dringend etwas dagegen tun müssen, und dass wir in großen Teilen in diesem Haus hierbei gemeinsame Schnittstellen haben.

Ich bin aber doch positiv überrascht, dass jetzt die Aussage mit dem Zitat von Willy Brandt untermauert wird: „Es wächst zusammen, was zusammengehört.“

(Heiterkeit)

Das zeigt ja, dass die Schnittstelle doch größer ist. Ich hatte immer ein bisschen gedacht, Grüne und Schwarze würden sich auf eine Schnittmenge einigen, die an der Stelle ihren Platz hat, wo wir Sozialdemokraten sitzen, und wir hätten somit vielleicht nicht so viele Konfliktfelder zwischen Rot, Grün und Schwarz – und vielleicht auch Gelb; schauen wir mal, was die Haushaltsdebatte noch ergibt.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Nach dieser Vorbemerkung noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen, bevor ich zum Haushalt komme: In den vergangenen Jahrzehnten wurde ja einiges erreicht. Es schwimmen wieder Fische im Neckar, Autos stoßen weniger Abgase aus, Maschinen nutzen die Energie effizienter. Wir produzieren deutschlandweit 35 % und in Baden-Württemberg immerhin 25 % der Energie aus erneuerbaren Quellen. Wir haben Möglichkeiten, Häuser gut zu dämmen und neue Gebäude mit Energiesparstandard zu bauen.

Andererseits wachsen unsere Ansprüche: größere Autos, mehr Wohnraum, mehr Urlaubs- und auch mehr Dienstflüge – darüber haben wir im Ausschuss auch diskutiert.

Unter dem Strich zeigt sich: Wir kommen letztlich zu langsam voran beim Einsparen von Energie, und wir verbrauchen immer noch zu viel Fläche und zu viele Rohstoffe – und das trotz der offensichtlich beunruhigenden Folgen, die die meisten ja auch sehen und wahrnehmen: Die Vielfalt von Kleinlebewesen und Insekten kommt abhanden, der Bestand von Bienen und Vögeln geht zurück, Magerwiesen oder blühende Felder sind nur noch selten zu sehen, Unwetter nehmen zu – wie

beispielsweise heute –, und der Ausstoß von Kohlendioxid sinkt ebenfalls viel zu langsam.

Es gibt also viel zu tun, auch in unserem Bundesland. Wir zweifeln nicht am Engagement des Umweltministers und stimmen auch weiten Teilen des Haushalts zu, um wichtige und richtige Maßnahmen beim Umweltschutz und bei der Energiewende zu unterstützen.

Ich komme auch noch zu kritischen Punkten. Zuvor aber nochmals ein Zitat von unserem ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt – mit „unserem“ meine ich natürlich den Kanzler von uns Sozialdemokraten –:

Ich warne davor, zu glauben, dass der Markt die Umwelt alleine in den Griff bekommt – dies ist geradezu ein Paradebeispiel für öffentliche Verantwortung.

Wenn das den Freunden der Marktwirtschaft, die hier in der Mitte sitzen, oder wenn dies allgemein hier im Plenum zu etatistisch oder zu sozialdemokratisch klingt, so ergänze ich noch ein Wort von Bundespräsident Theodor Heuss:

Das Talent des Menschen, sich einen Lebensraum zu schaffen, wird nur durch sein Talent übertroffen, ihn zu zerstören.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Zu drei Themenblöcken des Haushalts möchte ich noch konkreter Stellung beziehen.

Wir hatten Anfang dieses Jahres den Antrag gestellt, die Mittel für PFC-belastete Böden in Nordbaden und für sauberes Trinkwasser um 3 Millionen € zu erhöhen. Wir hatten den Eindruck, dass unser Antrag deshalb reflexhaft abgelehnt worden ist, weil er von der Opposition kam.

Jetzt sehen wir mit einer gewissen Genugtuung, dass diese Mittel im Wesentlichen im Ansatz des Doppelhaushalts berücksichtigt worden sind. So kommen wir, die Opposition, mit einem Zeitverzug von einem Jahr auch ins Rennen, wenn unsere Anträge implizit im Haushalt übernommen werden. Das kann eine Strategie sein. Es könnte aber auch eine Strategie sein, Anträge von der Opposition sowie auch von der Regierung vom wechselseitigen Lager weniger reflexhaft abzulehnen. Ich glaube, das würde unserer Demokratie und der Spannung in unserer Demokratie ein Stück weit guttun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Ich komme noch auf unseren im Finanzausschuss abgelehnten Haushaltsantrag zu sprechen. Wir hatten beantragt, die Mittel für wichtige Zukunftsaufgaben – Energiespeicher, Förderung von Wärmenetzen und Energieeffizienz – um 1 Million € moderat zu erhöhen, also nicht um 100 bzw. 110 Millionen €, wie der Kollege Nemeth vorgerechnet hat. Obwohl ich Mathematiker bin, ist mir am Anfang bei seinen Ausführungen fast schwindelig geworden. Mit 1 Million € waren wir ganz bescheiden.

Wir haben den Antrag jetzt nicht eingebracht, weil wir auf die Zusicherung des Umweltministers vertrauen, dass CDU und SPD im Bund für diese Aufgabe aktuell genügend KfW-Mit-

(Gernot Gruber)

tel bereitgestellt haben. Außerdem denken wir, dass wir dem Umweltminister für künftige Etatverhandlungen auch eine ganz gute Vorlage gegeben haben, für diese wichtigen Zukunftsaufgaben noch mehr Mittel herauszuholen und diese Aufgaben höher zu priorisieren.

Jetzt komme ich zum kritischen Punkt, der auch schon angesprochen worden ist, nämlich zur Schaffung von 225 neuen Stellen in den Landratsämtern, den Regierungspräsidien, der LUBW und dem Ministerium selbst.

Meine Eingangsbemerkung zur Stärkung der öffentlichen Verwaltung könnte man so interpretieren, dass für uns alles optimal wäre und wir zufrieden wären. So sehen wir das aber nicht. Wir sehen das kritisch.

Es ist klar, dass die Klimaerwärmung Folgen hat, die beispielsweise einen erhöhten Personalaufwand beim Hochwasserschutz rechtfertigen. Wir brauchen auch mehr Personal, bzw. es macht Sinn, rechtzeitig Personal einzustellen, um wertvolles Wissen bei einer kommenden Pensionierungswelle weiterzutragen. Im Gegenzug müssen auch Stellen als künftig wegfallend vermerkt werden.

Unter dem Strich ist für uns ein Teil der Stellenerhöhung letztlich nachvollziehbar, auch vor dem Hintergrund vorausgegangener Stellenabbauprogramme im Rahmen des 1 480er-Programms. Insofern möchten wir nicht in das Horn der kategorischen Kritik der FDP/DVP blasen.

Diese harte Kritik konnte aus unserer Sicht aber nur deshalb so viel Resonanz finden, weil die neuen Stellen nicht hinreichend konkretisiert wurden, weil sie zu schwammig begründet wurden und weil zu wenige konkrete Aufgaben in der AK-Rechnung hinterlegt worden sind.

Es ist uns auch nicht genügend deutlich geworden, dass die Verfahren tatsächlich beschleunigt werden – was wir natürlich hoffen. Das liegt vor allem daran, dass die Regierung es versäumt hat, einen Erfolgsmaßstab vorzulegen, sodass wir, die Parlamentarier, den Nutzen bewerten und vielleicht auch eine Zwischenbilanz ziehen können. Es hätte durchaus Sinn gemacht, zunächst nur einen Teil der Stellen zu schaffen und sich dann nach einer Zwischenbilanz zu überlegen, ob noch weitere Stellen benötigt werden.

Ich habe ein Argument vergessen; das möchte ich noch kurz einfügen: 2016 hat die Regierung 100 neue Stellen geschaffen und – anders als die Vorgängerregierung – über 50 % nicht mit k.w.-Vermerken versehen. Auch das ist ein kritischer Punkt, weshalb wir die 225 Stellen insgesamt so nicht akzeptieren werden und nachher unterschiedlich abstimmen werden.

Durch meine Nachfrage hat sich im Finanzausschuss auch ergeben, dass von den insgesamt 55 k.w.-Stellen

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Keine im Ministerium!)

im Ministerium keine und bei der LUBW lediglich eine vorgesehen sind. Das scheint uns nicht proportional und insgesamt ungleichgewichtig zu sein.

Unter dem Strich lehnen wir deshalb eine Erhöhung der Stellenzahl um 12,5 Stellen im Umweltministerium und um 29

Stellen bei der LUBW ab. Wir sind aber nicht grundsätzlich dagegen. Wir zweifeln auch nicht an der Seriosität des Gutachtens von Professor Bogumil. Auch den Vorwurf der parteipolitischen Vetternwirtschaft in diesem Fall teilen wir nicht.

Klar muss sein: Es muss bei Aufträgen um Leistung gehen und nicht um Parteimitgliedschaften. Leistung muss zählen und nicht das Parteibuch. Aber wir Demokraten erweisen uns selbst, denke ich, einen Bärendienst, wenn wir davon ausgehen, dass es schon eine Leistung wäre, keiner Partei anzugehören. Das kann es dann auch nicht sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU –
Vereinzelt Beifall bei der AfD – Beifall der Abg. Thekla Walker GRÜNE)

Zurück zum Stellenzuwachs. Ich bin mir auch sicher – das noch als Ergänzung –, dass viele seriöse Beratungsgesellschaften aufzeigen könnten, dass Effizienzgewinne gerade im Bereich der Digitalisierung – wenn der digitale Weg herkömmliche analoge Wege ersetzt – auch zu Stelleneinsparungen führen könnten. Da vermischen wir eine Analyse oder eine Aufgabenkritik.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen und resümieren: Vielen Kapiteln im Haushalt des Umweltministeriums stimmen wir zu, einzelnen versagen wir die Zustimmung, einzelnen widersprechen wir – wie ausgeführt. Insgesamt stimmen wir dem Haushalt im Bereich Umwelt im Sinne des Klimaschutzes und der Energiewende zu.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig: Während der Haushaltsberatungen gab es viele Diskussionen, Auseinandersetzungen, ja Streit. Aber über eines herrscht, glaube ich, Einigkeit – zumindest bei den meisten Fraktionen –: Das, was die AfD gerade eben abgeliefert hat, war – das kann man einfach nur sagen – völlig wirr.

(Zuruf von der AfD)

Es war unmöglich, herauszuhören, was Sie eigentlich wollen oder was Sie eigentlich nicht wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Formell muss der Einzelplan 10 Konsolidierungsbeiträge in Höhe von 6,55 Millionen € im Jahr 2018 bzw. in Höhe von 12,29 Millionen € im Jahr 2019 erbringen. Dies macht an den Einsparungen im Gesamthaushalt einen Anteil von 2,2 % aus, wobei das Umweltministerium am Gesamthaushalt wiederum nur einen Anteil von 1,16 % hat. Jetzt kann man sagen: „Sparen ist wichtig. Toll, dass es das Umweltministerium hinbekommen hat, so überproportional zu sparen.“

Der Vollständigkeit halber muss jedoch gesagt werden – das ist eben auch Aufgabe der Opposition –, dass die Einsparungen fast durchgängig durch Zuwächse, insbesondere auch

(Andreas Glück)

strukturelle Zuwächse, kompensiert, ja sogar überkompensiert wurden. Unter dem Strich wächst das Volumen des Haushalts des Umweltressorts von in diesem Jahr 527 Millionen € auf 569 Millionen € im Jahr 2018 und auf 594 Millionen € im Jahr 2019. Das wiederum ist schon bezeichnend. Während nach außen hin immer wieder das Sparen und die Haushaltsdisziplin betont werden, wächst das Volumen des Haushalts des Umweltressorts in nur zwei Jahren um 13 %.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Dringend erforderlich!)

Herr Kollege Nemeth, Sie haben vorhin selbst davon gesprochen, dass das rekordverdächtig ist.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist Priorisierung der Politik!)

Aber dann sagen Sie wenigstens, dass Sie da aufblähen und dass Sie dies auch wollen, und argumentieren Sie nicht dauernd unter dem Deckmäntelchen des Sparens. So geht das einfach nicht, und das ist auch nicht lauter.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn Sparen dazu führt, dass man unter dem Strich noch mehr Geld ausgeben kann, ja, dann macht Sparen doch eigentlich mal wieder richtig Spaß. Aber das passt doch nicht zusammen. Die Haushalte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land – egal, ob schwäbische Haushalte, badische oder hohenzollerische Haushalte – verstehen unter Sparen auf jeden Fall etwas ganz, ganz anderes.

(Zuruf von der FDP/DVP: Genau!)

Bezeichnend ist, dass es bei den Mehrausgaben eben nicht nur um einmalige Ausgaben geht, sondern dass es strukturelle Mehrausgaben sind, und zwar Personalausgaben. Man muss sich klar darüber sein, dass dies, mit anschließenden Pensionsverpflichtungen, eine Verpflichtung über Jahrzehnte hinweg bedeutet. Deswegen muss man halt schon genau hinschauen, wo es tatsächlich nötig ist, Stellen aufzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, sind – das sage ich auch ganz klar, Herr Gruber – nicht prinzipiell gegen sämtliche Stellenzuwächse; das habe ich immer dazugesagt. Im Gegenteil: Mancherorts sehen wir sehr dringende Bedarfe. Bei dem wichtigen Thema Polizisten, bei dem wichtigen Thema Lehrer ist dies geradezu unsere Forderung. Es gilt aber auch für Richter, Staatsanwälte und eben auch an manchen Stellen im Umweltressort. Wir haben immer gesagt: Es ist in Ordnung, wenn wir da einen Stellenaufbau haben.

Exemplarisch seien jetzt bloß einmal die Biosphärengebiete und die Stellen zur Marktüberwachung genannt. Aber dieser massive Stellenaufbau von 225 Stellen im Umweltverwaltungsbereich ist so schnell erfolgt. Wie kam es denn dazu? Beim besten Willen kann ich es mir nur so vorstellen: Da kommt eine CDU-Kultusministerin, da kommen der CDU-Justizminister und der CDU-Innenminister mit nachvollziehbaren, echten und aufrichtigen Personalbedarfen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

und dann sagen die Grünen: Das machen wir aber nur, wenn wir etwas dafür bekommen. Der Preis für Lehrer und Polizisten sind offensichtlich 225 Stellen in der Umweltverwaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Komplementäregoismus! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Glück, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu. Der Kollege kann ja nachher noch etwas sagen.

Aber wie soll man das nun der Öffentlichkeit gegenüber verkaufen? Dazu kann man natürlich einen Trick anwenden: Man beauftragt einen Gutachter. Dieses Gutachten kostet zwar 140 000 € und wird von einem ehemaligen grünen Mandatsträger angefertigt, aber das muss es ja nicht von vornherein schlecht machen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist grundsätzlich nicht schlecht!)

Das ist auch nicht unser Kritikpunkt, sondern unser Kritikpunkt ist zum einen das Gutachten selbst und zum anderen, wie Sie mit diesem Gutachten umgehen.

Zwei Beispiele. Beim Quervergleich zwischen den Personalausstattungen der Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen mit Baden-Württemberg wurde nicht einmal darauf geschaut, wie viele Verwaltungsvorgänge anfallen und wie viel Personal man dadurch benötigt, sondern es wurden Strukturen verglichen anhand von Parametern wie Umweltverwaltungspersonal pro eine Million Einwohner oder Umweltverwaltungspersonal pro 1 Milliarde € Bruttoinlandsprodukt. Wenn man solche Quotienten bildet, dann kann man alles machen.

Herr Kollege Nemeth, Sie haben das vorher auch so abenteuerlich gemacht. Sie sagen, der CO₂-Ausstoß pro Kopf ist in Deutschland der höchste.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Baden-Württemberg!)

Jetzt sage ich Ihnen aber: Aber Deutschland ist die viertgrößte Wirtschaftsnation. Wenn Sie das umrechnen anhand des Bruttoinlandsprodukts, kommen Sie da doch auf etwas ganz anderes. Das heißt, Sie können immer irgendeinen Quotienten bilden, der irgendetwas aussagt, was Sie dann irgendwie für sich vereinnahmen können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Kollege Gruber, Sie haben vorhin das Thema Effizienz bei der Verwaltung angesprochen. Es wäre auch z. B. ein interessanter Ansatz für ein Gutachten gewesen, dass man fragt: Wo gibt es eigentlich Effizienzstrukturen, die man in irgendeiner Form verbessern könnte? Aufgrund der unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen der unterschiedlichen Bundesländer wurden hier einfach einmal kurz Äpfel mit Birnen verglichen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

(Andreas Glück)

Sogar die Gutachter selbst haben ja darauf hingewiesen, dass es aufgrund der grundverschiedenen Verwaltungszuschnitte schwierig sei, diese Vergleiche anzustellen. Es ist also Ihr Umgang mit diesem Gutachten, der mich stört, und nicht einmal das Gutachten selbst.

Jetzt kommen wir zu dem anderen Teil des Gutachtens. Das waren schriftliche Interviews von einigen Mitarbeitern zu der Frage, ob sie mehr Mitarbeiter im eigenen Ressort für sinnvoll hielten. Es ist doch klar, was dabei herauskommt. Es wäre bestimmt spannend, wenn Sie genau die gleiche Umfrage bei der Polizei, in Krankenhäusern oder in den Schulen unseres Landes durchführen würden. Da bin ich mir im Übrigen auch sicher: Da wäre die Rücklaufquote deutlich höher, als das hier bei diesem Gutachten der Fall war.

Jetzt sind es Stellenzuwächse, die in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Das ist für mich irgendwo noch in Ordnung und sauber. Sie stellen sich der Diskussion und sagen: „Wir wollen das haben. Wir haben die Mehrheit, und wir stellen uns auch der Kritik.“

Aber es ist etwas ganz anderes, zusätzliche 31 Stellen für die Umweltverwaltung im kommunalen Finanzausgleich verstecken zu wollen,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wie lange wollen Sie das Märchen noch erzählen, Herr Kollege? Meine Güte!)

und zwar so gut zu verstecken, dass sie hoffentlich weder von den Bürgerinnen und Bürgern oder von der Opposition noch vom Koalitionspartner entdeckt werden sollen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Nemeth, vielleicht ist Ihnen vorhin bei Ihrer Rede aufgefallen, dass an dieser Stelle nicht alle Ihrer Fraktionskollegen applaudiert haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Paul Nemeth CDU: Es waren auch nicht alle da!)

Jetzt fragen wir doch einfach einmal: Was führt denn gerade zu diesen Bedarfen im Bereich der Regierungspräsidien und im Bereich der unteren Naturschutzbehörden? So etwas passiert, wenn die grün geführte Landesregierung in Stuttgart teilweise unsauber arbeitet.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Wenn z. B. keine rechtsverbindlichen oder einheitlichen Voraussetzungen für Artenschutzgutachten formuliert werden, dann bedeutet das Mehrarbeit bei den unteren Naturschutzbehörden. Wenn der Windkrafteffekt und das Landesplanungsrecht nicht präzise ausgestaltet sind, dann führt das zu Mehrarbeit in den unteren Verwaltungsbehörden. Wenn eine grün geführte Regierung in der vergangenen Legislaturperiode ein Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich beschlossen hat und man das Ganze nicht evaluiert und sich nicht einmal die Frage stellt, ob das etwas bringt oder ob es nur ein Mehr an Bürokratie bedeutet, dann ist das ebenfalls ein Grund für die Mehrarbeit in den unteren Naturschutzbehörden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade hier wäre ein Gutachten angebracht gewesen, um einmal die Frage zu stel-

len, wie man Verwaltungsstrukturen effizient gestalten kann und welche gesetzgeberischen Voraussetzungen dafür erforderlich sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Immer nur mehr Stellen zu schaffen, um hausgemachte Probleme zu lösen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: „Immer nur“! Das stimmt doch gar nicht!)

ist doch gerade so, als wollte man versuchen, Fehler aus der Vergangenheit mit einem Fehler in der Gegenwart auszugleichen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Dieses Missmanagement führt uns an einen Punkt, der den meisten von uns definitiv nicht passen kann, der insbesondere auch der CDU nicht passen kann. Wenn sich eines Tages – das ist jetzt ganz, ganz wichtig – die Konjunktur abschwächt – das ist zu erwarten – oder wenn eines Tages das Zinsniveau steigt – auch das ist zu erwarten –, wird das Land tatsächlich sparen müssen. Dann wird man auch Stellen einsparen müssen und wird versuchen, dies nach Möglichkeit sozial verträglich zu gestalten.

Wo spart man dann die Stellen ein? Genau in den Bereichen, in denen viele Beamte sind und in denen jedes Jahr viele Beamte in den Ruhestand gehen. Das bedeutet, dass man dann bei den Lehrern und den Polizisten spart.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völliger Unsinn, was Sie hier erzählen!)

Für mich ist es unverständlich, dass die CDU diesen Zusammenhang nicht erkennt und einfach nur danebensteht und mitmacht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn Sie heute die Umweltverwaltung aufblähen, führt das morgen zu Stellenkürzungen bei Polizisten und Lehrern.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ein Quatsch! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist die Milchbüchchenrechnung des Herrn Glück!)

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, machen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Untersteller das Wort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu Minister Franz Untersteller: Jetzt stell mal ein paar Sachen richtig!)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Verehrte Frau Präsidentin, verehrte, liebe Kol-

(Minister Franz Untersteller)

leginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen, das sicherlich manchen von Ihnen auch bekannt ist:

Niemals haben wir unser gemeinsames Haus

– die Erde –

so schlecht behandelt und verletzt wie in den letzten beiden Jahrhunderten.

Das hat Papst Franziskus im Juni 2015 in seiner Umweltenzyklika *Laudato si'* seinerzeit geschrieben.

Deshalb sind die Herausforderungen für die Umwelt- und Naturschutzpolitik groß. An erster Stelle steht der Klimawandel. Genauso wichtig – das stellt sich zunehmend heraus – ist das Thema „Schwund der Biodiversität“ bzw. auch der Artenschwund. Damit verbunden, meine Damen und Herren, sind die Fragen: Wie können wir unser Klima schützen, wie können wir unsere Natur schützen, und wie können wir unser Energiesystem so gestalten, dass es klimafreundlich und zukunftssicher ist?

Dieser Doppelhaushalt – Kollege Nemeth hat das, wie ich finde, sehr eindrucksvoll dargestellt –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

gibt auch hierauf sehr deutliche Antworten. Ich sage es auch vorweg: Dieser Haushalt ist ein echter Meilenstein für die Umwelt und für die Naturschutzpolitik in Baden-Württemberg. Darauf bin ich wirklich sehr stolz, und ich bin auch darauf stolz, dass die beiden Koalitionsfraktionen mit der Landesregierung bei diesem Haushalt des Umweltministeriums an einem Strang gezogen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich ein paar Schwerpunkte des Haushalts des Umweltministeriums herausgreifen. Meine Damen und Herren, wir stellen den Naturschutz endlich mit den nötigen Mitteln aus. Wir gehen einen großen Schritt in Richtung des im Koalitionsvertrag zwischen Grünen und CDU vereinbarten Aufwuchses im Naturschutz von 30 Millionen € für diese Legislaturperiode.

Wir haben in den vergangenen Jahren die Landschaftserhaltungsverbände flächendeckend eingeführt, und mit diesem Haushalt stellen wir nun auch ausreichend Mittel für die 33 Landschaftserhaltungsverbände in Baden-Württemberg zur Verfügung.

Mit zusätzlich 7,65 Millionen € im Jahr 2018 und 15,3 Millionen € im Jahr darauf können wir wichtige Landschaftspflegemaßnahmen zukünftig dauerhaft finanzieren. Das ist wirklich ein Meilenstein. Dieses Geld kommt direkt der Landschaftspflege und direkt dem Naturschutz im ganzen Land zugute. Und nicht nur dies: Vielmehr profitieren davon zum weit überwiegenden Teil – das ist in der Öffentlichkeit, glaube ich, viel zu wenig bekannt – die Landwirtinnen und Landwirte in unserem Land – das ist auch gut so –, die nun einmal diejenigen sind, die hier die Landschaftspflegeverträge über die Landschaftserhaltungsverbände abschließen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, zusammengefasst heißt das: Wir erhalten und wir pflegen so die Kulturlandschaften unserer Heimat.

Lassen Sie mich noch eines herausgreifen – Kollege Peter Hauk ist bereits darauf eingegangen –: das Sonderprogramm Biodiversität. Die Artenvielfalt nimmt auch bei uns im Land ab. Damit schwindet auch bei uns die Qualität unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir haben also ein existenzielles Interesse daran, unsere – ich will einmal so sagen – „Lebensversicherung“ – nichts anderes nämlich ist die biologische Vielfalt – zu erhalten.

Deswegen haben die drei Häuser – MLR, UM und Verkehrsministerium – in den letzten Monaten gemeinsam dieses Sonderprogramm Biodiversität erarbeitet. Dafür stehen in den kommenden beiden Jahren insgesamt 36 Millionen € zur Verfügung. So etwas finden Sie bundesweit in keinem anderen Flächenland. Auch darauf können beide Fraktionen und die Landesregierung stolz sein; wir können stolz darauf sein, dass es uns gelungen ist, dieses wegweisende Sonderprogramm auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich will nur ein paar Beispiele daraus erwähnen. Das Geld steht zur Verfügung für den Erhalt und die Entwicklung der Natura-2000-Gebiete, für den Moorschutz. Warum? Es geht hier um Klimaschutz und CO₂-Bindung, aber es geht auch um Biodiversität in unseren Mooren. Es geht des Weiteren darum, den Biotopverbund in Baden-Württemberg zu gestalten und die Lebensräume untereinander zu vernetzen. Es geht um die Förderung der biologischen Vielfalt in den Ackerbauregionen, und schließlich geht es auch darum, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.

Insgesamt kann man feststellen: Noch nie – noch nie! – in der Geschichte Baden-Württembergs hat eine Landesregierung so viel für den Naturschutz getan, wie es die grün-schwarze Landesregierung mit diesem Haushalt in den kommenden beiden Jahren tut. Dafür bin ich sehr dankbar.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich möchte ein paar Bemerkungen zum Themenfeld Klimaschutz und Energiewende machen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Klimawandel und seine Folgen sind auch bei uns im Land spürbar. Auf das, was vorhin von der rechten Seite dazu gesagt wurde, möchte ich wirklich nicht eingehen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das können Sie auch nicht!
– Abg. Anton Baron AfD: Dann erklären Sie einmal meine Frage! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ein zentraler Teil des Klimaschutzes ist nun einmal eine neue Energiewelt mit immer weniger fossilen Energien. Wir stocken deshalb dauerhaft die Programme für den Klimaschutz, für Klimaanpassungsmaßnahmen, für die erneuerbaren Energien, aber auch für das sehr wichtige Themenfeld Energieeffizienz auf: zusätzlich 8,3 Millionen € im kommenden Jahr und schließlich zusätzlich 16,3 Millionen € – vom heutigen Stand aus gerechnet – für das Jahr 2019.

Mit diesen zusätzlichen Mitteln finanzieren wir u. a. einen Teil unseres Programms „Klimaschutz-Plus“, das bereits in den

(Minister Franz Untersteller)

letzten Jahren sehr erfolgreich gelaufen ist, wo wir vieles auf den Weg gebracht haben und wo wir insbesondere die Investition in das Thema „Energieeffizienz öffentlicher Liegenschaften und kommunaler Gebäude“ in den kommenden Jahren voranbringen wollen.

Wir führen unsere Solaroffensive, die wir gestartet haben, weiter, um mehr Fotovoltaikanlagen auf die Dächer unseres Landes zu bringen. Wir werden mit Beginn des kommenden Jahres ein neues Förderprogramm auflegen, mit dem wir zukünftig netzdienliche Batteriespeicher in Verbindung mit Fotovoltaikanlagen fördern. Wir fördern verstärkt energieeffiziente Wärmenetze und Smart Grids. In dieser Woche gab es einen Kongress, auf dem deutlich geworden ist, dass Baden-Württemberg mittlerweile bundesweit – um nicht zu sagen: europaweit – eine führende Rolle auf diesem wichtigen Feld einnimmt.

Das alles sind Maßnahmen, meine Damen und Herren, für eine erfolgreiche Energiewende. Sie dienen damit der langfristigen Sicherung unseres Wirtschaftsstandorts.

Ich möchte noch ein weiteres Thema ansprechen, das mir persönlich sehr wichtig ist: die Ressourceneffizienz. Man muss einmal sehen: In den letzten 30 Jahren hat sich der Rohstoffverbrauch weltweit verdoppelt. Die Wissenschaft sagt uns: Er wird sich in den nächsten 30 Jahren noch einmal verdoppeln. Für ein Industrieland wie Baden-Württemberg, das keine eigenen Rohstoffe hat, ist das ein ganz zentrales Thema.

(Abg. Paul Nemeth CDU: So ist es!)

Das heißt, in einer unsicherer werdenden Welt, in einer Welt, in der manche Rohstoffe nur von einem oder zwei Ländern zur Verfügung gestellt werden, geht es darum, die Rohstoffbasis für die Industrie zu sichern. Dazu dient das Ressourceneffizienzprogramm, das wir hier gemeinsam entwickelt haben und für das wir in den kommenden Jahren noch einmal weitere 5,7 Millionen € zur Verfügung stellen.

Dazu dient auch etwas Einmaliges, was es in Deutschland so noch nicht gibt, nämlich der Thinktank „Ressourceneffizienz“, den wir im neuen Jahr in Karlsruhe auf den Weg bringen werden, mit dem wir hier grundlegende Arbeiten in Sachen Ressourceneffizienz für die Industrie und – übrigens gemeinsam mit der Industrie – für Baden-Württemberg voranbringen wollen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit komme ich zu einem weiteren Meilenstein dieses Haushalts, nämlich der Stärkung der Umweltverwaltung für die Zukunft, indem wir gezielt Verbesserungsmaßnahmen umsetzen. Dafür werden wir u. a. 225 neue Stellen im Land schaffen und Mittel für 31 Stellen bei den Kommunen bereitstellen.

Herr Kollege Glück, offensichtlich weiß man, wenn man so viele Jahre in der Opposition ist, nicht, wie die Landesverwaltung aufgebaut ist. Sie ist nämlich so aufgebaut, dass für die Stellen des höheren Dienstes bei den Landkreisen wir zuständig sind – das ist seit der Verwaltungsreform von Erwin Teufel so – und für die Stellen darunter, die Stellen des gehobenen Dienstes, die Landkreise selbst zuständig sind. Das heißt:

Wenn ich mit der Finanzministerin im Chefgespräch verhandle, verhandle ich über diese Stellen – und 225 Stellen sind herausgekommen –, doch über die anderen kann ich gar nicht verhandeln. Diese sind vielmehr Gegenstand der Verhandlungen des Landes im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, für den originär die Finanzministerin und das Staatsministerium zuständig sind.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Bekannt war es trotzdem nicht!)

– Ich sage gleich noch etwas dazu, wie es dazu gekommen ist. – Aber zu behaupten, wir hätten die versteckt, geht schlicht an der Sache vorbei – schlicht an der Sache vorbei!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Eine leistungsstarke und kompetente Umwelt- und Naturschutzverwaltung dient einer intakten Umwelt, einer gesunden Natur und den Menschen; sie dient aber auch – darauf lege ich Wert; ich komme nachher noch näher darauf zu sprechen – einem Wirtschaftsstandort wie Baden-Württemberg.

Ich möchte noch eines dazu sagen – denn Sie kommen ja immer mit dem Gutachten –: In dem Gutachten steht gar nichts dazu drin, zu 225, 250 oder 300 Stellen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Stimmt!)

Vielmehr war dieses Gutachten der Beginn eines Prozesses, der über mehrere Monate gelaufen ist, an dem das Umweltministerium und weitere Ministerien, die Regierungspräsidien, die Personalvertretungen sowie andere beteiligt waren und wo man darüber diskutiert hat, wie man ein gutes Niveau der Umweltverwaltung auch unter den Bedingungen sichern kann, dass die Aufgaben ständig zunehmen. Warum nehmen sie zu? Weil von Brüssel immer mehr kommt, weil von Berlin immer mehr kommt, weil die Genehmigungsverfahren komplexer werden und weil die Anforderungen auch aufgrund der öffentlichen Diskussion bei vielen Projekten – Bürgerbeteiligungen etc. – ebenfalls zunehmen. Das ist die Debatte gewesen.

Dieser Prozess, den es da gegeben hat, hat letztendlich 35 Maßnahmen identifiziert, die wir brauchen, damit wir nicht in eine Mangelverwaltung hineinkommen, sondern in der Lage sind, z. B. auch kleine Unternehmen zu beraten. Ich sage nachher auch noch etwas dazu, wie das die Wirtschaft selbst sieht. Das war die Situation.

Das heißt: Das war zunächst ein outputorientierter Prozess, nämlich mit 35 Maßnahmen, und am Ende stand die Frage: Wie viel Personal brauchen wir, um diese Maßnahmen umzusetzen? Dann kam in den Verhandlungen letztendlich die Zahl heraus: 225 zusätzliche Stellen bekommen wir auf der Ebene der Landkreise, auf der Ebene der Regierungspräsidien, auf der Ebene der LUBW, und zwölf Stellen, um den ganzen Prozess zu steuern, im Ministerium selbst.

Herr Kollege Glück, noch eines: Dem Gutachten von uns sind zwei andere Gutachten vorweggelaufen, nämlich in zwei Landkreisen. Der eine Landkreis ist der Bodenseekreis; der dortige Landrat ist bekanntermaßen nicht ein Mitglied meiner Partei, sondern mit Herrn Wölflé – jemand, den ich sehr schätze – ein Mitglied der Partei des Koalitionspartners. Der zweite Landkreis, der ein solches Gutachten erstellt hat, das in die-

(Minister Franz Untersteller)

sem Jahr im Beisein des Landrats vorgelegt wurde, ist der Landkreis Waldshut. Der dortige Landrat Dr. Kistler ist Mitglied der FDP. Jetzt frage ich einmal: Gehört er auch zum „grünen Filz“, wenn er dem gleichen Gutachter den Auftrag gibt, dem wir den Auftrag gegeben haben? Beide haben wir nämlich Bogumil beauftragt. Verstehen Sie?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Die Mehrarbeit ist hausgemacht!)

Das, was Sie da machen, ist einfach unverschämt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Die Mehrarbeit ist hausgemacht!)

Bogumil ist einer der renommiertesten deutschen Verwaltungsrechtler. Schauen Sie sich einmal die Studie der Universität Speyer an, die ein Ranking gemacht hat. Bogumil ist einer der Renommiertesten.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

X Landesregierungen haben ihn in den vergangenen Jahren beauftragt. Auch andere Gebietskörperschaften haben ihn beauftragt,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Und Sie gehen hin und kreiden uns an, dass sich jemand vor 27 Jahren für eine Partei engagiert hat

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Haben Sie zugehört?)

und jetzt ein Gutachten für ein Ministerium erstellt, an dessen Spitze jemand steht, der der gleichen Partei angehört. Daraus machen Sie einen Filzvorwurf. Das finde ich ungeheuerlich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Glück, jetzt kommen wir mal zum Kern. Wenn Sie einem Wissenschaftler so etwas vorwerfen, heißt das doch letztendlich: Jeder, der in der Wissenschaft unterwegs ist, der für die öffentliche Seite Gutachten machen will und parteipolitisch engagiert ist, der könnte, so, wie Sie an das Thema herangehen, ein Problem bekommen. Denn Sie kritisieren erst, dass jemand vor 27 Jahren parteipolitisch in einem Gemeinderat unterwegs war. Das heißt aus Ihrer Sicht, jeder, der sich als Wissenschaftler parteipolitisch engagiert, bekommt bei Ihnen ein Problem.

Das hat zwei Dimensionen: Sie diskreditieren damit die Leute, die sich ehrenamtlich engagieren

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf von den Grünen: Genau! – Zuruf von der AfD: Ja!)

– ja, klar –, aber Sie schaden damit auch der Wissenschaft insgesamt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Eigentor! – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Rottmann zu?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nein.

(Zuruf von der AfD: Das war doch klar!)

Zu der Frage „Warum ist der Stellenaufwuchs notwendig?“ habe ich eben schon gesagt: Wir hatten in den letzten Jahren einen erheblichen Aufgabenzuwachs, etwa durch die gestiegenen Anforderungen EU-rechtlicher Art, bundesrechtlicher Art, durch Genehmigungsverfahren etc. Ich will es nicht weiter ausführen.

Auf der anderen Seite war die gesamte Umweltverwaltung seit 2005 an den seither aufgelegten Stelleneinsparprogrammen immer 1 : 1 beteiligt – immer, zuletzt auch an dem 1 480er-Programm. Wir waren immer dabei – im Gegensatz zu so manchem Schonbereich. Es sei ihnen gegönnt. Aber wenn Sie sich mal die Situation der vergangenen Jahre anschauen: Die kleinen Häuser, beispielsweise auch das MLR,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

waren diejenigen, die an den Stelleneinsparprogrammen vollumfänglich teilgenommen haben – andere haben das aus vielleicht guten Gründen nicht getan. Aber das sind die großen Personalkörper: Kultusministerium, Innenministerium, Wissenschaftsbereich. Das heißt, auf der einen Seite haben sie ein gestiegenes Aufgabenaufkommen und auf der anderen Seite ständig weniger Personal.

Aus diesem Grund haben wir gesagt: Wir müssen schauen, wie wir unseren Aufgaben in den kommenden Jahren gerecht werden. Das war der Auslöser für die Beauftragung von Bogumil, Ebinger und Herrn Professor Dr. Grohs. Wenn dabei herauskommt, dass wir auf eine Mangelverwaltung zulaufen, ist es mein Job, dafür zu sorgen, dass das nicht passiert, weil darunter letztendlich auch der Wirtschaftsstandort leiden würde.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Ich würde gern noch ein paar Bemerkungen zu dem machen, was der Fraktionsvorsitzende Ihrer Fraktion, Herr Rülke, in seiner Haushaltsrede nach der Einbringung hier gesagt hat. Ich zitiere ihn:

Und der Gipfel ist die Umweltverwaltung: über 200 Neustellen. Der letzte Kassenprüfer vom NABU wird noch dafür belohnt, dass er im Wahlkampf für die Grünen Handzettel verteilt, und wird von Herrn Untersteller verbeamtet.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Das ist ja eine Frechheit!)

Ich finde es, Herr Kollege Rülke, unglaublich, wie Sie in einer solch plumpen Art und Weise die Verfahren diskreditieren, nach denen im öffentlichen Dienst Fachkräfte gewonnen werden. Sie kommen selbst aus dem öffentlichen Dienst. Ich finde es schon einen Hammer, wie Sie es darstellen, wie im öffentlichen Dienst solche Besetzungsverfahren laufen.

(Minister Franz Untersteller)

(Zuruf von der FDP/DVP: Bei Ihnen schon! – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Weitere Zurufe)

Eigentlich sollten Sie wissen, dass hier strenge, formale Verfahren durchgeführt werden. Und wenn man weiß, dass von den 225 Stellen insgesamt 50 Behörden betroffen sind, zu erzählen: „So etwas wird bei denen politisch freihändig entschieden“, ist das schon ein ziemlicher Hammer.

(Zuruf von der FDP/DVP)

Wenn ich von Ihnen solche Reden höre, denke ich immer, Sie führen sich hier wie in der „heute-show“ auf. Aber Sie sind nun nicht mal die Taschenbuchausgabe von Olli Welke, und das hier ist auch nicht die „heute-show“, sondern der baden-württembergische Landtag.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie würden eher in die Muppet Show passen! – Unruhe)

Ich will noch ein weiteres Zitat von Ihnen hier anführen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nur zu!)

das aus der gleichen Rede stammt. Rülke – Zitat –:

Der Hammer ist, wenn dann noch behauptet wird, es sei Wirtschaftsförderung,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! Das ist der Hammer!)

wenn es 235 neue Stellen in der Umweltverwaltung gibt.

Sie führen sich ja immer so auf und behaupten immer, die Wirtschaftspartei zu sein. Jetzt hören wir einmal, was die Wirtschaft selbst dazu sagt, dass wir diesen Schritt gegangen sind.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Welcher Teil der Wirtschaft?)

Auch da zitiere ich einmal. Landeshandwerkspräsident Reichhold – Zitat –:

„Aus fast allen Kammerbezirken kennen wir Beispiele für Vollzugsschwächen in der Umweltverwaltung.“ ... Das Handwerk sieht dabei auch Bedarf

(Vereinzelt Beifall – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

für mehr Personal in der Umweltverwaltung ...

VCI-Hauptgeschäftsführer Thomas Mayer – Zitat –:

Es müsse mit genügend Ressourcen in der Verwaltung sichergestellt werden, dass die Verfahren reibungslos und sachgerecht bearbeitet würden.

Oder: Peter Kurth, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft – Zitat –:

Alle Häuser müssen beim Stellenaufbau der Umweltverwaltung von Landratsämtern und Regierungspräsidien in Baden-Württemberg zusammenwirken.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Zusammenwirken!)

Ich habe gerade gesagt: „Alle Häuser müssen beim Stellenaufbau der Umweltverwaltung ... zusammenwirken.“ Sie müssen schon genau hinhören.

(Abg. Hans-Ulrich Secker! GRÜNE: Tja, liebe FDP, sieht schlecht aus!)

Noch ein weiteres Zitat möchte ich anführen, nämlich von Peter Röhm, Präsident des Industrieverbands Steine und Erden – Zitat –:

Die Umweltverwaltung pfeift aus dem letzten Loch. Sie muss durch sinnvolle Personalausstattung in die Lage versetzt werden, im Dauerlauf die Aufgaben mit der Wirtschaft und der Gesellschaft zu lösen.

An diesen Zitaten, verehrter Herr Rülke, sieht man: Sie sind von der Wirtschaft mittlerweile so weit weg wie der Mond von der Erde.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Secker! GRÜNE: Sehr gut!)

Zusammengefasst will ich einmal sagen: Zu Ihren Äußerungen in Sachen Umweltverwaltung kann man nur sagen: Populismus und Unkenntnis im Land, Flucht vor der Verantwortung in Berlin. Das ist der jämmerliche Zustand der FDP im Jahr 2017.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Es fühlt sich aber ganz gut an, mit Ihnen nicht zusammengehen zu wollen!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Wir stärken den Naturschutz mit diesem Haushalt, wir treiben die Energiewende mit diesem Haushalt voran, wir schützen unser Klima, wir stärken die Umweltverwaltung zum Wohl der Umwelt, der Bürgerinnen und Bürger und auch, Herr Kollege Rülke, der Wirtschaft. Die grün-schwarze Landesregierung wird damit ihrer Verantwortung auch gegenüber kommenden Generationen gerecht und ebenso ihrer Verantwortung, in Sachen Natur- und Kulturlandschaft unsere Heimat hier in Baden-Württemberg zu erhalten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Glocke der Präsidentin – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister?

In der zweiten Runde habe ich keine weiteren Wortmeldungen.

(Unruhe)

Wir kommen deshalb jetzt zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3210.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 1001

Ministerium

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3310-1, vor, mit dem gefordert wird, den geplanten Personalaufwuchs in der Umweltverwaltung zurückzuführen. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1001 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1001 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt schlage ich Ihnen vor, die Abstimmung über die drei Nummern 2 bis 4, Kapitel 1002 – Allgemeine Bewilligungen –, Kapitel 1005 – Wasser und Boden – und Kapitel 1006 – Immissionsschutz, Kreislaufwirtschaft, Marktüberwachung –, zusammenzufassen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir möchten gern Einzelabstimmung!)

– Einzelabstimmung über die einzelnen Nummern und Kapitel? – Okay. Dann stimmen wir über die drei Nummern einzeln ab.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 1002

Allgemeine Bewilligungen

Wer hier zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Damit ist Kapitel 1002 – Allgemeine Bewilligungen – mehrheitlich zugestimmt. Vielen Dank.

Ich rufe auf

Kapitel 1005

Wasser und Boden

Wer hier zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1005 mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Einstimmig!)

– Einstimmig. Okay.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lass dich nicht rausbringen!)

Ich rufe auf

Kapitel 1006

Immissionsschutz, Kreislaufwirtschaft, Marktüberwachung

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1006 ist damit mehrheitlich zugestimmt. Vielen Dank.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Im Finanzausschuss habt ihr doch alle zugestimmt!)

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 1007

Grundsatz, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Umwelttechnik

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3210. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3310-6, der eine Streichung von Titelgruppe 85 – Maßnahmen des Klimaschutzes – mit Ausnahme des Titels 883 85 – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände – begehrt. Für diesen Titel wird beantragt, im Jahr 2018 wegen zu deckender Bewilligungen aus den Vorjahren die Mittel zu erhöhen und diese im Jahr 2019 zu kürzen sowie die Verpflichtungsermächtigungen entsprechend anzupassen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3310-7, der die Streichung aller Titel in Titelgruppe 96 – Projekte und Maßnahmen im Bereich Klimawandel und Anpassung in Baden-Württemberg – mit Ausnahme des Titels 883 96 – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände – verlangt. Auch hier wird beantragt, im Jahr 2018 wegen zu deckender Bewilligungen aus den Vorjahren die Mittel zu erhöhen und diese im Jahr 2019 zu kürzen sowie die Verpflichtungsermächtigungen entsprechend anzupassen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 1007. Wer Kapitel 1007 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1007 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 1008

Naturschutz und Landschaftspflege

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3210. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zu Titel 422 01B N – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3310-2, vor, mit dem gefordert wird, den geplanten Personalaufwuchs in der Umweltverwaltung zurückzuführen. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Zu Titel 547 91 – Sonstiger Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3310-3, vor, der eine Mittelkürzung und Anpassung der Erläuterung verlangt, da den Antragstellern nach der Aufstockung des Titels im Staatshaushaltsplan 2017 die vorhandenen Mittel auskömmlich erscheinen. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 1008. Wer Kapitel 1008 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1008 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Kapitel 1009

Engleiwirtschaft

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3210. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3310-8, vor, der mehrere Titel des Kapitels betrifft. Ich schlage Ihnen vor, über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD insgesamt abzustimmen. – Sie stimmen diesem Vorschlag zu.

Wer dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 1009. Wer Kapitel 1009 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1009 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

Kapitel 1010

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Zu Titel 422 01B N – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3310-4, vor, mit dem gefordert wird, den geplanten Personalaufwuchs in der Umweltverwaltung zurückzuführen. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1010 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1010 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 1011

Kernenergieüberwachung, Strahlenschutz

Wer Kapitel 1011 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1011 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 10 auf:

Kapitel 1012

Nationalpark Schwarzwald

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegen zwei Änderungsanträge vor, die jeweils Kürzungen fordern, nämlich der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3310-9, und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3310-5, der in Abschnitt I Ziffer 2 und Abschnitt II Ziffer 10 bis 12 auch Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) – betrifft.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP ist bezüglich des Titels 422 01 weiter gehend als der Änderungsantrag der Fraktion der AfD. Daher schlage ich Ihnen vor, zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3310-5, insgesamt abzustimmen. – Sie sind einverstanden.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3310-5, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3310-9. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 1012. Wer Kapitel 1012 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1012 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 10 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 10. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bravo!)

Ich rufe **Punkt 1 e** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3213

Berichterstatter: Abg. Winfried Mack

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 13 – Ministerium für Verkehr – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Katzenstein für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Wochenende gab es wieder den Fahrplanwechsel bei der Deutschen Bahn. Alle Welt redet von der Strecke München–Berlin und den Problemen. Wir können auch anders, zumindest fahren und nicht buddeln.

(Zuruf von der AfD)

Seit letztem Sonntag können die Fahrgäste auf der Murrbahn und der Gäubahn etwas erleben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie können nun stressfrei am Stau vorbeifahren. Da fahren im Nahverkehr die neuen, modernen und komfortablen Züge im Landesdesign.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auf der Gäubahn haben wir mit den IC-2-Zügen nun eine stündliche Verbindung in die Schweiz. Auf Teilen gelten dort auch die Nahverkehrstickets. So geht moderne ÖPNV-Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ja, natürlich, die DB Regio muss auch auf den anderen Strecken im Land ihre Züge zuverlässig und pünktlich fahren lassen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Wohl wahr!)

Dort, wo das nicht der Fall ist, ärgern sich die Kundinnen und Kunden und wir alle zu Recht. Aber nicht unser Verkehrsminister ist verantwortlich, sondern die Bahn.

Die Jamaika-Verhandlungen haben es belegt: Die Parteien und ihre Programme – ihre Ziele – sind sehr wohl verschieden. Es macht sehr wohl einen, nein, es macht den Unterschied, ob Grüne mitregieren. Denn wir stehen für Klimaschutz, wir stehen für die Mobilitätswende. Wir haben Umwelt im Herzen und Zukunft im Sinn.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Und Zwiebeln im Bauch!)

Ein Beleg ist der Koalitionsvertrag. Die Überschrift des Verkehrskapitels lautet: „Mobilität der Zukunft – nachhaltig und modern“.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Und weiter:

Unser Ziel ist eine neue Mobilität, die umwelt- und klimaverträglich, sozial, bezahlbar und wirtschaftlich effizient ist und Lebensqualität sichert.

Daran orientieren wir uns, daran halten wir uns.

Wie drückt sich das nun konkret im Einzelplan 13 aus? Beim Straßenbau haben wir Rekordumsätze, sowohl bei der Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans als auch bei unseren Landesstraßen und -brücken. Die Maßnahmen für Baden-Württemberg aus dem aktuellen BVWP umfassen 9,5 Milliarden €.

So viel Geld verbaut sich nicht von allein. Hierfür braucht es das notwendige Personal. Wir stärken unsere Straßenbauverwaltung und setzen den Personalaufwuchs um 50 Stellen pro Jahr fort.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Bei den Landesstraßen wollen wir jährlich 48,5 Millionen € in den Aus- und Neubau stecken. Das sind 8 Millionen € mehr als im laufenden Jahr und knapp 6,5 Millionen € mehr als im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2016. Und wir wollen 155 Millionen € pro Jahr für den Erhalt der Straßen und Brücken ausgeben,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

also 5 Millionen € mehr als im Plan 2017 und enorme 65 Millionen € mehr als im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2016.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir bleiben also dem Prinzip „Erhalt vor Aus- und Neubau“ treu.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Dabei vergessen wir aber nicht, die Lebensräume zu vernetzen und die Biodiversität zu stärken. Wir denken und handeln vernetzt.

Der Themenschwerpunkt meiner Fraktion für diese Legislaturperiode ist der Transformationsprozess in der Autoindustrie. Wir sind also im Bereich Straßenbau und im Bereich Automobilindustrie auf einem sehr guten Weg. Aber wir wissen alle, dass sich die Mobilitätspolitik nicht auf Straßenbau beschränken kann. Ganz im Gegenteil, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Umweltverbund muss noch mehr gestärkt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ziel des Landes ist es, die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln. Das ist ambitioniert. Denn der ÖPNV muss attraktiver gemacht werden und die Infrastruktur muss ausgebaut werden.

Für die ÖPNV-Offensive stellen wir zusätzlich 23 Millionen € zur Verfügung. Wir fördern die Beschaffung von Bussen mit jährlich 15 Millionen € und die Ersatzbeschaffung von Schienenfahrzeugen mit jährlich 20 Millionen € aus dem Einzelplan 12. Im nächsten Jahr startet die erste Stufe des Baden-Württemberg-Tarifs, durch den das Reisen über Verbundgrenzen hinweg sehr viel einfacher wird.

Das erfolgreiche Konzept der Förderung der Regiobuslinien setzen wir fort. Mit 6 Millionen bzw. 7 Millionen € jährlich unterstützen wir die Landkreise bei schnellen und komfortablen Busverbindungen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir leisten damit auch weiterhin einen signifikanten Beitrag zum Konzept der Mobilitätsgarantie im ländlichen Raum. Der Erfolg der schon laufenden Regiobuslinien gibt uns recht.

Mit diesem Doppelhaushalt machen wir uns weiter auf den Weg. Wir bewegen uns in die richtige Richtung.

(Hermann Katzenstein)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Aber wir müssen uns durchaus noch steigern. Wir haben es noch nicht geschafft, die finanzielle Ausstattung des ÖPNV aus Steuermitteln erheblich zu steigern. Da müssen wir beim nächsten Doppelhaushalt tatsächlich noch eine Schippe drauflegen. Warum? Kennen Sie diese zwei neuen Studien?

(Der Redner hält zwei Schriftstücke hoch.)

Das ist zum einen die Studie „Verkehrsinfrastruktur 2030“ des Verkehrsministeriums und zum anderen die von der Baden-Württemberg Stiftung finanzierte Studie „Mobiles Baden-Württemberg – Wege der Transformation zu einer nachhaltigen Mobilität“.

Beide Studien zeigen, dass wir die Klimaschutzziele mit einem ewigen „Weiter so!“ nicht erreichen können. Beide Studien zeigen aber auch, wie wir die Klimaschutzziele, zu denen sich dieses Haus und die Landesregierung einmütig bekannt haben, erreichen können. Zur Erinnerung: Beim Verkehr gibt es noch keinen Rückgang der CO₂-Emissionen. Im Gegenteil, die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr sind auch in Baden-Württemberg weiter angestiegen. Das Zeitfenster schließt sich rapide. Um den Klimawandel zu stoppen, brauchen wir eine Mobilitätswende, und zwar dringender denn je. Das schlägt sich auch in diesem Haushaltsentwurf nieder.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Lassen Sie mich auf ein paar kleine, aber feine grüne Akzente in diesem Doppelhaushalt eingehen.

(Zuruf von der AfD: Schrecklich!)

Ein Beispiel ist die Förderung des Projekts „Modellland beim Klimaschutz im Verkehr“ mit jeweils 270 000 € pro Jahr. Den Handlungsbedarf habe ich gerade kurz angerissen. Wir fahren bei der Förderung der E-Mobilität technikneutral voran und denken dabei gleichzeitig autonom und digital.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Unsere vorbildliche Landesagentur e-mobil BW stärken wir mit weiterem Geld. Sie ist Multiplikator und Thinktank für die E-Mobilität, und sie ist Moderator und Partner im strategischen Dialog der Landesregierung mit der Automobilindustrie.

Wir fahren dabei fort, Baden-Württemberg zu einem Rad- und Fußverkehrsland zu machen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Um Gottes willen! – Abg. Stefan Räßle AfD: Nur weil Sie Fahrrad fahren!)

Grundlage ist und bleibt die Radstrategie. Eine der vier Säulen unserer Radverkehrspolitik sind Radschnellwege.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Stefan Räßle AfD: Was sagen die Fahrradfahrer dazu?)

Für die Machbarkeitsstudien geben wir zwei Mal 3 Millionen € pro Jahr aus. – Die Radfahrerinnen und Radfahrer sind begeistert; das weiß ich. Da kenne ich die entsprechenden Leute – im Gegensatz zu Ihnen.

(Heiterkeit – Zuruf von der AfD: Die zehn Stück! – Abg. Sascha Binder SPD: Der kennt die Autofahrer!)

Das reicht für die Studien; alles Weitere besprechen wir dann in den nächsten Jahren.

Auf grüne Initiative hin sind folgende Mittel in den Haushalt aufgenommen worden: Wir fördern weiterhin die Bürgerbusse im Land mit einem auskömmlichen Betrag von 100 000 € pro Jahr und setzen damit die Unterstützung dieses lobenswerten und erfolgreichen ehrenamtlichen Engagements fort, um die Mobilität im ländlichen Raum zu verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Das hätte auch ein bisschen mehr sein können!)

– Es hätte mehr sein können, ja. Es geht nicht immer. – Wer selbst Kinder hat oder kommunal engagiert ist, kennt es: Jeden Morgen verstopfen „Elterntaxis“ den Weg zur Grundschule.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Da kann man auch gut zu Fuß gehen!)

Es geht auch anders. Denn natürlich können Kinder selbstständig zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule gelangen. Darum fördern wir die Mobilitätsbildung an Schulen mit insgesamt 260 000 €.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Es bleibt das Thema Luftreinhaltung. Die Luftreinhaltung hat höchste Priorität. Denn es geht um die Gesundheit der Menschen, und zwar nicht nur in und rund um Stuttgart, sondern in allen großen und kleinen Städten im ganzen Land, die von zu hohen Schadstoffwerten betroffen sind. Die Bundesregierung verspricht – wir liefern. Da noch nicht absehbar ist, wann tatsächlich die jährlichen Milliarden aus Berlin fließen werden, gehen wir aktiv in Vorleistung. 20 Millionen € stellen wir für gesunde Luft den besonders betroffenen Kommunen zur Verfügung –

(Abg. Rüdiger Klos AfD: In Form von Sauerstoffflaschen, oder wie?)

zum Wohle der Gesundheit der Betroffenen, der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Ich komme kurz zu den Anträgen der AfD. Ginge es nach Ihnen, dann könnte das Verkehrsministerium die komplette Abteilung „Nachhaltige Mobilität“ zusperren.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Dann sparen wir Geld!)

Aber genau dort finden die relevanten Prozesse und Entscheidungen für eine nachhaltige Mobilität der Zukunft statt. Deshalb stärken wir diesen Bereich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Sie schreiben, Klimaschutz müsse nicht sein, weil der Einfluss des Menschen auf den Klimawandel eine ideologisch motivierte Erfindung sei. Damit stehen Sie im Widerspruch zu über 99 % der wissenschaftlichen Gemeinschaft

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

(Hermann Katzenstein)

und nisten sich in einem parallelen Zeit- und Raumkontinuum bei den Verschwörungstheoretikern und Chemtrail-Anhängern ein.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Da sind wir bei Ihnen richtig!)

Wer unter Missachtung wissenschaftlicher Gewissheiten die größte Herausforderung der Menschheit negiert,

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

der darf sich nicht erlauben, anderen ideologiebetriebene Politik vorzuwerfen, und den kann man schlicht nicht ernst nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Ich komme zum Schluss.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Gott sei Dank!)

Wir haben uns vorgenommen, Baden-Württemberg zu einem Musterland für eine nachhaltige, klimaverträgliche Mobilität zu machen. Wir sind noch nicht am Ziel. Aber wir sind auf einem guten Weg. Der Doppelhaushalt 2018/2019 ermöglicht uns die nächsten Schritte.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: In den Abgrund!)

Daher bitte ich um Ihre Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dörflinger das Wort.

(Zurufe von der CDU: Guter Mann! – Sehr guter Mann!)

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Danke. – Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sie haben gerade gehört, dass wir in den nächsten beiden Jahren viel Geld investieren werden, um die Mobilität im Land voranzubringen. Das ist alles gut angelegtes Geld.

Eine fortschrittliche Verkehrspolitik muss Mobilität fördern, statt sie zu beschränken. Sie muss Bedürfnisse der Menschen und der Wirtschaft aufnehmen, anstatt einzelne Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen.

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Jeder Verkehrsträger hat seinen Platz – die Straße, die Schiene, der Luftverkehr, der Radverkehr und auch die Schifffahrt, was man bei uns im Ländle teilweise gern einmal vergisst.

Wir haben in den letzten Jahren sehr häufig den Satz gehört: „Der Bund gibt kein Geld für den Straßenbau.“ Die CDU-geführte Bundesregierung hat gehandelt und den Bundesverkehrswegeplan 2030, ein starkes Planungs- und Finanzierungsinstrument, bereitgestellt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Uns, der CDU, war dabei immer sehr wichtig, dass auch alle Projekte des Bundesverkehrswegeplans umgesetzt werden. Deshalb haben wir dies auch im Koalitionsvertrag klar und unmissverständlich festgehalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ergebnis fließt in den kommenden Jahren sehr viel Geld für die Verkehrsinfrastruktur nach Baden-Württemberg. Das ist eine tolle Perspektive. Doch diese Perspektive muss nun auch zur Realität werden. Dem Land, das für die Planungen und für den Bau der Maßnahmen zuständig ist, kommt dabei die zentrale Rolle zu. Es muss dafür sorgen, dass genügend baureife Planungen vorliegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr richtig!)

Leider gab es in der Vergangenheit zu wenige baureife Planungen, sodass nicht immer alle Mittel vom Bund abgerufen werden konnten. Das darf sich in Zukunft nicht mehr wiederholen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Dann wechseln Sie den Verkehrsminister!)

Wie gesagt, die Umsetzung ist Sache des Verkehrsministeriums und der Verwaltung. Aber als Regierungsfraktion können wir dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Das haben wir auch getan.

Wir, die CDU-Fraktion, haben uns auch sehr dafür stark gemacht, die Straßenbauverwaltung zu stärken. So werden von 2017 bis 2019 insgesamt 150 neue Stellen in der Straßenbauverwaltung für die Regierungspräsidien geschaffen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Berücksichtigt man dann noch, dass das 1 480-Stellen-Abbauprogramm gestoppt wurde, so muss man sagen: Die Straßenbauverwaltung ist für die kommenden Aufgaben auch gut gerüstet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Doch reichen Personalstellen allein nicht aus, wenn die Planungsmittel dazu fehlen. Deshalb werden wir konsequenterweise auch die Planungsmittel deutlich erhöhen. Sie sehen: Für uns hat die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans eine sehr, sehr hohe Priorität.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Planungszeiträume von teilweise 20 bis 30 Jahren für Straßenbauprojekte können niemandem mehr vermittelt werden.

(Beifall des Abg. Bernd Gögel AfD)

Das schafft Frustration vor Ort und führt immer zu erheblichen, immensen Kostensteigerungen. Daher müssen wir gemeinsam mit dem Verkehrsministerium in den kommenden Jahren genau hinschauen, wo Planungen und Baumaßnahmen noch beschleunigt und effizienter abgewickelt werden können.

(Thomas Dörflinger)

Der US-amerikanische Schauspieler Jerry Seinfeld hat einmal gesagt:

Manchmal hat es einen Grund, dass eine wenig befahrene Straße wenig befahren ist.

(Heiterkeit des Abg. Bernd Gögel AfD)

Der gute Mann hat recht. Der Zustand vieler Straßen, gerade auch im ländlichen Raum – aus dem komme ich ja –, wird der wirtschaftlichen Bedeutung Baden-Württembergs nicht gerecht. Dies gilt auch für unsere Landesstraßen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen, der AfD und der FDP/DVP)

Obwohl wir viele Mittel und Kapazitäten für die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans binden werden, haben wir in diesem Doppelhaushalt auch die Landesstraßen fest im Blick. Sie haben es vorhin genannt: Im Doppelhaushalt werden insgesamt 310 Millionen € für den Erhalt eingestellt. Das ist deutlich mehr als bisher.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut!)

Ich habe zu Beginn meiner Rede darauf hingewiesen, dass jeder Verkehrsträger bei uns einen wichtigen Platz hat. Das gilt auch für die Schiene. Bereits im Haushalt 2017 haben wir den Wunsch vieler Kommunen aufgegriffen, ein Förderprogramm für die Ersatzbeschaffung von Schienenfahrzeugen aufzulegen. Dieses Förderprogramm setzen wir fort. Wir stellen hierfür 40 Millionen € bereit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Baron?

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein. – Eine Zwischenfrage des Kollegen Räßle, wenn wir schon dabei sind?

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Auch nicht.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Auch nicht. Gut.

(Zurufe)

Fahren Sie fort.

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Damit leisten wir einen Beitrag zur Erhaltung und zum Ausbau des Schienenverkehrs, und zwar auch für die Straßenbahnen in den größeren Städten, aber auch für die kommunalen Nebenbahnen.

Wir freuen uns übrigens sehr, dass im kommenden Frühjahr der Spatenstich für die Elektrifizierung der Südbahn erfolgt und dass auch andere Schienenprojekte vorangetrieben werden.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut! Bravo!)

An dieser Stelle muss aber auch gesagt werden: Was die Deutsche Bahn aktuell an Qualität abliefern, ist keine gute Werbung für unseren Nahverkehr.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

Die Zahl der Verspätungen und Zugausfälle auf vielen Strecken ist immer noch inakzeptabel hoch.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Rüdiger Klos AfD: Katastrophal!)

Dennoch: Die Schiene ist für uns ein umweltfreundlicher und wichtiger Verkehrsträger. Wir dürfen daher auch nicht nachlassen, die Kapazitäten des Verkehrsträgers Schiene weiter auszubauen.

(Beifall des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Luftreinhaltung hat uns in diesem Jahr alle sehr beschäftigt. Die CDU hat immer gesagt, dass Fahrverbote keine Lösung sein dürfen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sehr gut! – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau!)

Wer nun die aktuelle Debatte aber dazu benutzen möchte, um – wie die Deutsche Umwelthilfe – seinen ideologischen Kampf gegen das Auto zu begründen, der handelt töricht und schadet dem Industriestandort Deutschland ganz erheblich.

(Beifall bei der CDU und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf: Sehr gut!)

Gerade im Interesse der betroffenen Menschen werden wir dafür sorgen, dass die Luft wieder sauberer wird.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Genau!)

Gesundheitsschutz hat für uns eine große Bedeutung. Deshalb werden wir mit dem Landesfonds Luftreinhaltung die Kommunen unterstützen, in denen die Grenzwerte überschritten werden. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf die Ersatzbeschaffung, aber auch auf die Nachrüstung von Taxen, Bussen und weiteren Fahrzeugen, die dauerhaft in der Stadt verkehren.

Natürlich erkennen wir die großen Herausforderungen der Stadt Stuttgart bei der Luftreinhaltung an, und wir werden der Stadt Stuttgart auch helfen. Ich sage aber ebenso in aller Deutlichkeit: Eine „Lex Landeshauptstadt“ wird es mit uns nicht geben. Von den beschlossenen Fördermaßnahmen müssen alle Kommunen profitieren können, die Probleme mit der Einhaltung der Grenzwerte haben. Die Bürgerinnen und Bürger aller Kommunen in Baden-Württemberg haben Anspruch auf gute Luft.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: So ist es! Sehr gut!)

Zur Luftreinhaltung beitragen soll auch die Landesinitiative „Elektromobilität III“, die wir mit zusätzlichen Finanzmitteln ausstatten. Ziel muss es sein, dass die besten und umwelt-

(Thomas Dörflinger)

freundlichsten Autos weiterhin aus Baden-Württemberg kommen. Deswegen wollen wir auch gezielt alternative Antriebsformen fördern. Wir setzen hier ganz bewusst auf die Innovationskraft der Automobilhersteller und nicht auf Verbote für den Verbrennungsmotor.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen den Verbrauchern auch nicht vorschreiben, welches Auto sie am Ende zu fahren haben.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Regierungskoalition stellt sich mit voller Kraft den Zukunftsaufgaben und hat für die nächsten beiden Jahre ein starkes und ausgewogenes Gesamtpaket geschnürt. Jetzt geht es an die gemeinsame Umsetzung. Ich freue mich darauf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Bernd Gögel AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Normalerweise müsste ich nach den Ausführungen meines Vorredners hier überhaupt nicht mehr viel sagen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau! Einfach nur loben! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es zwingt Sie niemand! – Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Wir haben keinen Redezwang!)

Ich habe sowieso den Eindruck, dass sich heute hier einiges im Plenarsaal verschoben hat. Grüne Minister haben heute Morgen irgendetwas im Kaffee gehabt.

(Heiterkeit bei der AfD)

Die waren heute mit Hate-Speech und in Polemik unterwegs, wie man das der AfD eigentlich generell vorwirft. Ich dachte, ich sitze heute im falschen Block.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ich verstehe Ihre Anglizismen nicht! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Es gab auch einige Ausrutscher. Kollege Nemeth, da muss ich auch sagen: Die Namensspielsatire, die Sie hier in Bezug auf den PGF der AfD-Fraktion, Herrn Baron, in den Saal gebracht haben, war sicher etwas misslungen. Das möchte ich hier klarstellen.

(Beifall bei der AfD)

Herrn Glück, der im Moment nicht im Raum ist, kann man nur mit auf den Weg geben:

(Abg. Sascha Binder SPD: Wir sind einen Tagesordnungspunkt weiter!)

Herr Voigtmann hat hier sachliche Ausführungen zur Energiepolitik gemacht und Wissenschaftler und Gutachten genannt.

Dann könnte man das vielleicht notieren, mit nach Hause nehmen und diese Meinungen auch einmal durchgehen, so wie man überhaupt bei allen Altparteien versuchen muss, darüber nicht nur nachzudenken, sondern einfach damit zu leben, auch andere Meinungen anzuhören, sich eine Meinung dazu zu bilden und sich sachlich damit auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der AfD)

Zum Verkehrshaushalt: Der Einzelplan 13 zählt nicht zu denen, die ich am gestrigen Tag als Verschwendungshaushalt kritisiert habe, sondern er gehört eigentlich zu den ganz wenigen Haushalten, bei denen ich sagen würde: ein Mangelhaushalt, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Daran sind Sie nur bedingt schuld; denn da haben Sie sich bei den Finanzverhandlungen mit den Ministerkollegen wahrscheinlich nicht entscheidend durchsetzen können. Der Kollege des Ressorts, dessen Haushalt zuvor behandelt wurde, ist deutlich besser weggekommen.

Aber vielleicht kann man ja das eine oder andere noch korrigieren. Wir haben das mit den von uns eingebrachten Änderungsanträgen versucht. Das wären sicher kosmetische Korrekturen, einfach Verschiebungen von 22 Millionen € von der einen Seite auf die andere, dorthin, wo für uns die politischen Schwerpunkte liegen. Das wäre sicherlich nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Denn auch im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Ministers im Finanzausschuss, wonach Brückensanierungen auf dem aktuellen Stand seien, kann ich hier nur aus der Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag Drucksache 16/1515 – Sanierungsstau bei Brücken – zitieren. Der Antrag ist vom Januar 2017, Herr Minister. Die Landesregierung stellt hierzu selbst fest, dass sich in Baden-Württemberg seit 2012 der Zustand von 747 Brücken an Landesstraßen verbessert hat, sich zugleich aber der Zustand von 1 310 Brücken an Landesstraßen verschlechtert hat.

Und bei 76 % der Brückenfläche der Landesstraßen in Baden-Württemberg wird der Zustand mit „befriedigend“ oder „ausreichend“ eingeordnet. Das heißt, das ist knapp an einer Nichtversetzung und knapp an einer Schließung vorbei. Da kann man nicht davon reden, dass sich die Sanierung der Brücken auf dem aktuellen Stand befinden würde. Wir sehen auch in der Praxis, dass dem nicht so ist.

Wenn man vor diesem Hintergrund für die Erstattung an die Kreise für die Unterhaltung der Landesstraßen – das heißt, für die oberen 4 cm – nur 72,6 Millionen € und vom Land für dieselbe Erhaltung unterhalb dieser 4 cm nur 80 Millionen € einplanen kann, dann ist das deutlich zu wenig. Wenn man nur das an Beträgen einplanen kann, dann muss man deutlich mehr fordern.

(Beifall bei der AfD)

Wir monieren deshalb logischerweise, dass hier 3 Millionen € jährlich plus 2,5 Millionen € an Verpflichtungsermächtigungen für die Vollfinanzierung Ihres Steckenpferds Radschnell-

(Bernd Gögel)

wege vorgesehen und eingestellt werden. Warum? Das bleibt sicher Ihr kreatives Geheimnis.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Denn von Berlin bekommen Sie jährlich 15 Millionen € für den Ausbau dieser Schnellwege, und in Anbetracht dieses spärlichen Haushalts sehen wir diese 15 Millionen € deshalb als ausreichend an. Da muss man nicht weitere Mittel einstellen.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Dann haben Sie – das haben wir gestern auch schon moniert – den Trick mit den impliziten Schulden und der Tilgung impliziter Schulden erfunden. In Ihrem Ministerium, Herr Minister, wäre es sogar ein Vorteil, würde ich sagen, wenn Sie noch mehr implizite Schulden tilgen könnten – 500 Millionen €, 1 Milliarde € –, wenn Sie dieses Geld in die Hand nähmen und tatsächlich Brücken, Straßen oder auch andere Bauwerke, Kunstbauwerke in Baden-Württemberg wieder ertüchtigen würden.

(Beifall bei der AfD)

Da würden wir die Tilgung impliziter Schulden tatsächlich akzeptieren; da wäre sie sinnvoll und richtig.

(Zuruf von der AfD: Wir stimmen da zu!)

Aus unserer Sicht haben Sie einfach falsche Prioritäten gesetzt. Die Förderung der Elektromobilität ist aus unserer Sicht nicht Landesaufgabe.

Technologien setzen sich – das habe ich gestern schon erwähnt –, wenn sie etwas taugen, aus eigener Kraft wirtschaftlich am Markt durch.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Deshalb ist es nicht Aufgabe der Steuerzahler, für die Energieversorger die Infrastruktur zu bezahlen.

Die AfD hält es für politisch falsch, hält es nicht für die Aufgabe dieser Regierung und hält es nicht für bedarfsgerecht, für eine Landesinitiative „Elektromobilität III“ und die üppi-ge PR-Begleitmusik Ihrer innovativen Verkehrsformen jedes Jahr 8,7 Millionen € und mehr auszugeben.

(Beifall bei der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Immerhin haben Sie „innovativ“ gesagt!)

– Es geht um die Aufgaben. Wo liegen die Aufgaben?

Wir erwarten von Ihnen weniger Klientelpolitik, mehr Vernunft, mehr Substanz und weniger laute PR-Selbstbeweihräucherung.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Noch einmal, Herr Katzenstein: Der massenhafte Fahrradverkehr berufstätiger Menschen ist niemals die alle Probleme lösende Idealvorstellung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Habe ich auch nicht gesagt! – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Hat auch niemand gesagt!)

Vielmehr: Wenn das so kommen würde, wäre das Ausdruck eines Mangels an Kaufkraft und nichts anderes.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Was? – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Jetzt wird es abenteuerlich! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Können Sie das einmal erklären?)

Sie fahren doch mit dem Zug. Steigen Sie einmal ein, und schauen Sie dann einmal auf das Publikum, das das Fahrrad mit in den Zug bringt.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Das sind in der Regel ältere Herrschaften, die ihre Freizeit mit dem Fahrrad verbringen

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

oder Schüler und Studenten im Ausbildungsverkehr. Das ist aber nicht der berufstätige Ingenieur, nicht der Berufstätige am Fließband bei Daimler, das sind nicht Berufstätige, die täglich 30, 35 km pendeln. Das sind doch nicht die Leute, die ihr Fahrrad mit in den Zug bringen. Das sehen Sie doch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Dann gucken Sie einmal aus dem Zugfenster, wer da auf dem Fahrrad fährt! Gu-cken Sie einmal raus! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD)

Uns beunruhigt momentan aber natürlich viel mehr, dass die Landesregierung inzwischen Beteiligungen an über 80 Unternehmen hält. Man kann nun streiten, ob es Verfassungsauftrag sein soll, mit Steuergeldern unternehmerische Risiken einzugehen. Das ist aber heute nicht das Thema.

Was uns als stärkste Oppositionsfraktion – offenbar nicht nur uns – beunruhigt,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Noch stärkste! Nicht mehr lang!)

ist die Gründungstätigkeit der Landesregierung zur Auslagerung der Verwaltung ihrer verkehrspolitischen Vorhaben. Haben Sie davon schon etwas gehört, Herr Lebdal? Ja? – Okay.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das mit den Namen üben wir noch einmal!)

– Ja. – Wir sehen die Gefahr, dass hier Schattenhaushalte mit gewaltigen Risiken am Parlament und an den Steuerzahlern vorbei entstehen. Das jüngste Beispiel hierfür ist die Landesanstalt Schienenfahrzeuge.

Meine Damen und Herren, die ehemalige Bundesbahn ist nur scheinbar privatisiert und gehört noch dem Steuerzahler. Sie wurde im Interesse eines Börsengangs, der nie stattgefunden hat, gesundgeschrumpft und muss jährlich 500 Millionen € Rendite an den Bundesfinanzminister abführen. Wir haben es hier mit einem Totalversagen der Berliner Verkehrspolitik zu tun.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Richtig!)

(Bernd Gögel)

Das Ergebnis dieser fatalen Politik: Die Bahn konzentriert sich auf den profitablen Fernverkehr und zieht sich aus der Grundversorgung in der Fläche zurück, fährt das älteste Material, die schmutzigsten Züge, produziert Verspätungen und insgesamt einen für die Kunden völlig katastrophalen Regionalverkehr. So weit, so schlecht.

Nun veranstaltet das Land einen Wettbewerb der Netzausschreibungen, nicht zuletzt um eine heruntergewirtschaftete Bahn zur besseren Leistung zu zwingen. Die Netze werden auf zwölf oder 13 Jahre vergeben, aber die Sache hat einen Haken, von dem die meisten Bürger nichts ahnen: Die schönen neuen dreifarbigigen Landeszüge, die mit der „bwegt“-Kampagne teuer beworben werden, werden im Rahmen des sogenannten Baden-Württemberg-Modells von der Landesanstalt Schienenfahrzeuge extra beschafft, auf dem Kreditmarkt auf 25 Jahre finanziert, und der Bürger des Landes haftet für diese Kredite.

(Abg. Udo Stein AfD: Hört, hört!)

Dem werden diese neuen, sauberen, mit WLAN ausgestatteten Triebzüge als eine große Leistung und Wohltat des Herrn Verkehrsministers präsentiert.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sind sie ja auch! – Weitere Zurufe)

– Das ist die Wohltat sicher – Sie müssen dem Bürger erklären, dass er inzwischen für zwei Unternehmen haftet, die im gleichen Marktsegment tätig sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Das ist nach unserer Lesart angesichts eines Verkehrshaushalts von nur knapp 2 Milliarden € ein gewaltiger Schattenhaushalt des Verkehrsressorts und grenzt in seiner Intransparenz bereits an Volksverdummung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Aus unserer Sicht ist der von der Regierung vorgelegte Verkehrshaushalt zu dürrig, zu knapp bemessen, zu intransparent und deshalb standortschädigend. Daher lehnen wir ihn ab.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erlaube ich dem Kollegen Rivoir das Wort.

Abg. Martin Rivoir SPD: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es gleich zu Beginn: Wir werden den Einzelplan 13 hier ablehnen.

(Oh-Rufe – Abg. Nicole Razavi CDU: Zu viel Geld!
– Zuruf: Mach Sachen!)

Ich werde im Folgenden fünf Gründe dafür darstellen. Herr Minister, Sie reden vom Umsteigen vom Auto auf den ÖPNV. Sie machen hierfür die bereits zitierte millionenschwere Werbekampagne „bwegt“. Das ist auch grundsätzlich richtig. Wenn Sie aber mit Ihren Millionen die Bürgerinnen und Bürger in einen Nahverkehr locken, der dann oft desaströs ist und bei dem die Züge nicht kommen, hat so eine teure Kampagne eben ihre Wirkung verfehlt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das sind doch die alten Sachen!)

Es ist auch bei dieser Kampagne, wie so oft bei Ihnen, mehr Schein als Sein.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Das ist wie S 21!)

Am letzten Sonntag sind wir beide morgens unterwegs gewesen. Unter großem Aufwand – pompös – sind wir gemeinsam bei der Jungfernfahrt eines solchen tollen Zugs gewesen – auf der Gäubahn. Jeder denkt sich: So muss Nahverkehr sein. Am Nachmittag wollte ich dann zurück nach Ulm.

(Abg. Sascha Binder SPD: Die Geschichte geht noch weiter!)

Dann war es so: Stuttgarter Hauptbahnhof, Zugausfälle zwischen Stuttgart und Ulm – zwei Stunden kein Zug.

(Zurufe der Abg. Hermann Katzenstein und Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Nach zwei Stunden Warten kam dann eine alte, heruntergekommene Regionalbahn, die gerammelt voll war, viele Leute drin. Neben mir war ein Fahrgast, bei dem ich den Eindruck hatte, dass er vom Stuttgarter Weihnachtsmarkt kam und dort ordentlich dem Glühwein zugesprochen hatte. Aber Betrunkene und Kinder – so sagt ein Sprichwort – sagen die Wahrheit.

(Heiterkeit des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Er hat unter dem Gejohle der Mitfahrer gesagt: „Das ist ja hier so wie in Uganda!“

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, jetzt will ich ja Uganda wirklich kein Unrecht tun,

(Zuruf: Das ist ein schönes Land!)

aber das ist zurzeit die Stimmung im Regionalverkehr in Baden-Württemberg. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Heute haben wir es dann noch einmal von der Landtagsverwaltung bekommen. Sie kennen ja auch diese gelben Zettel, die wir bekommen, auf denen uns von der Landtagsverwaltung amtlich mitgeteilt wird, wenn eine Besuchergruppe kommt.

(Der Redner hält einen solchen Zettel hoch.)

Darauf steht:

Schubart-Gymnasium, Gespräch am 14.12.2017

– also heute –

um 12:00 Uhr im Haußmann-Saal findet nicht statt wg. Zugausfall in Ulm ... Mit freundlichen Grüßen, Besucherdienst

(Heiterkeit)

(Martin Rivoir)

Herr Minister, wie die Züge auf dieser Strecke, auf der Filsbahn, fahren, ist schlichtweg peinlich.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Da kann er doch nichts dafür!)

Ich sage noch einmal eines, weil hier immer gesagt wird, dafür trage allein die Bahn Verantwortung: Wir haben Regionalisierungsmittel in dem Topf – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben üppigst Regionalisierungsmittel zur Verfügung. Die haben Sie zur Verfügung. Trotz dieser umfangreichen Regionalisierungsmittel bekommen Sie die Qualitätsprobleme im Nahverkehr nicht in den Griff. Es ist völlig klar: Nicht Sie stellen die Weichen, nicht Sie sind für die Wartung der Züge verantwortlich. Sie sind auch nicht derjenige, der die Fahrkarten abreibt, aber Sie sind eben der oberste politische Fahrdienstleiter in diesem Land, und deswegen tragen Sie die politische Verantwortung für die Zustände im Regionalverkehr in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Auch hier gilt eben, wie ich schon sagte: mehr Schein als Sein. Das ist der erste Grund, warum wir diesen Haushalt ablehnen.

Ein zweiter Grund: Sie predigen den Ausbau des ÖPNV in den Städten. Richtig so! Dafür haben Sie unsere Unterstützung. Aber was machen Sie? Sie schaffen es nicht, die Städte bei den Investitionen in neue Straßenbahnwagen und Stadtbahnwagen zu unterstützen. Ihr viel zu gering dotiertes Programm ist nur für Ersatzbeschaffungen ausgelegt. Das heißt, wenn irgendwo ein alter Wagen zusammenfällt, dann bekommen die entsprechenden Verkehrsbetriebe einen neuen Wagen, aber wenn man ausbauen will, ist kein Geld des Landes vorhanden, um die Städte und die Verkehrsbetriebe in unserem Land zu unterstützen.

Weil wir dies nicht für richtig halten, werden wir den Antrag, der bereits im Finanzausschuss zur Abstimmung stand, hier nochmals zur Abstimmung stellen. Auch hier gilt eben: mehr Schein als Sein. Das ist der zweite Grund für uns, diesen Haushalt abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

Und ein dritter Grund von vielen, meine Damen und Herren: Trotz aller Sonntagsreden – wir haben das ja auch gerade wieder gehört – lassen Sie die Radfahrerinnen und Radfahrer im Land im Stich. Sie werben für das Fahrrad als Verkehrsmittel. Da sind wir uns einig. Auch ich fahre gern Fahrrad; als Ingenieur bin ich 20 Jahre lang mit dem Fahrrad

(Zuruf von der AfD: Es kann nicht jeder Ingenieur werden!)

von zu Hause zum Arbeitsplatz und wieder zurück gefahren. Das ist überhaupt kein Problem.

(Zuruf: Wie viele Kilometer?)

Aber was ist die Realität? Wenn man draußen im Land mit Landräten oder Bürgermeistern spricht – beispielsweise in Oberschwaben –, dann sagen die einem alle: „Wir haben Pro-

jekte, es gibt keine Planung, es gibt keine Finanzierung.“ Ich zitiere einmal aus der Antwort von Ihnen auf eine Anfrage von mir – da geht es um einen Radweg in Oberschwaben –:

In der Prioritätenliste des Landes ist das Vorhaben nicht enthalten. Für diesen Radweg besteht keine Planung. Daher kann zum Realisierungszeitraum keine Aussage gemacht werden.

Herr Minister, das ist die Realität, wenn es um den Radverkehr und den Ausbau der Radwege in Baden-Württemberg geht.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das stimmt so nicht!)

Ich möchte noch etwas sagen: Wir sind der Meinung, dass man für einen attraktiven Radverkehr in diesem Land zuerst einmal dafür sorgen muss, dass das Netz funktioniert.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Und um ein funktionierendes Netz zu bekommen, brauchen wir ein Lückenschlussprogramm, um die Lücken im Radwegenetz von Baden-Württemberg zu schließen. Denn schließlich ist es nicht attraktiv, wenn man alle paar Meter absteigen muss, um wegen 100 oder 200 m die Straße zu queren, auf die Straße auszuweichen oder womöglich auf dem Gehweg weiterzufahren.

Wir meinen: Erst einmal das Schwarzbrot machen, die Lücken schließen, und dann gezielt die teuren Radschnellwege bauen. Das ist das Sahnehäubchen auf der Radpolitik in Baden-Württemberg. Erst Schwarzbrot und dann Sahnetörtchen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Podewas AfD)

Das zeigt eben: Sie lassen die Radfahrerinnen und Radfahrer im Stich. Auch hier gilt: mehr Schein als Sein. Das ist ein dritter Grund für uns, diesen Haushalt abzulehnen.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, besonders eklatant ist das Versagen der grün-schwarzen Verkehrspolitik im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs in der Fläche, wenn es um die Busse geht. Wir hatten in der letzten Legislaturperiode gute Gründe, da sehr zurückhaltend zu sein. Gegen die Bedenken der mittelständisch geprägten Busunternehmer haben Sie die Reform der Regelung in § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes durchgedrückt.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Sie versuchen jetzt mit ein paar Euro und einem geradezu lächerlichen Bündnis für den Mittelstand, die Probleme, die Sie da geschaffen haben, zu übertünchen. Wenn Sie Ihre Ankündigungen und Fensterreden – Einstudentakt im ganzen Land – ernst nehmen würden, würden Sie für diesen Bereich schon in diesem Haushalt und nicht erst in drei Jahren – in der nächsten Legislaturperiode – zusätzliches Geld zur Verfügung stellen. Auch in diesem Bereich gilt eben: mehr Schein als Sein. Das ist für uns ein weiterer Grund, Ihren Haushalt abzulehnen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

(Martin Rivoir)

Überhaupt, meine Kolleginnen und Kollegen, haben wir den Eindruck: Das Verhältnis zwischen Land, Kommunen und ÖPNV ist bei dieser Regierung sehr schwierig. Das Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz läuft 2019 aus. Es ist noch keine Nachfolgeregelung in Sicht. Wie sollen die Kommunen Planungssicherheit für ihre Projekte haben? Das sind noch zwei Jahre. Sie wollen planen, sie wollen bauen – keine Finanzierung. Es ist nicht klar, wie es nach 2019 weitergeht. Sie können da nicht liefern.

Kollege Schwarz hat in seiner Haushaltsrede angedeutet, all dies seien kommunale Aufgaben, und man müsse darüber nachdenken, womöglich gar nichts mehr oder weniger zu geben. Da muss ich sagen: Das wäre ein Skandal.

Wir haben gehört, dass offensichtlich in der Vorwegentnahme bei den Kommunen wieder Gelder abgeschöpft werden sollen, die sie dann über das LGVFG wieder bekommen sollen. Dann bezahlen die Kommunen also zweimal. Sie bekommen nicht mehr die gedeckelten 50 % für die Projekte, sondern erhalten womöglich bloß noch 20 oder 10 % von dem, was sie selbst investieren. Das darf nicht sein. Mehr Schein als Sein. Das ist ein fünfter Grund, den Haushalt abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Was bleibt, Kolleginnen und Kollegen? Geld hat der Verkehrsminister. Aber zusammen mit seinem Koalitionspartner hat er keinen Plan und keine Strategie, um die Verkehrsprobleme in unserem Land zu lösen oder zumindest auch nur gemeinsam anzugehen. Sobald es politisch schwierig wird, zerfällt die Koalition in ihre Teile. Der vorliegende Verkehrshaushalt zeigt einmal mehr, dass die Partner, die die grün-schwarze Landesregierung stellen, gerade im Verkehrsbereich nicht miteinander, sondern eher gegeneinander regieren. Auch das ist ein Grund, diesen Verkehrshaushalt abzulehnen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Er ist halt deutlich besser als eurer!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in der Aussprache zum Verkehrshaushalt des Landes Baden-Württemberg. Die finanziellen Spielräume des Landes Baden-Württemberg drücken sich auch im Verkehrshaushalt aus, weshalb wir den Haushalt nicht generell in allen Teilen ablehnen werden.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Hört, hört!)

Ganz besonders sehen wir das beim Straßenbau. Herr Dörfinger, Sie haben noch mal im Detail vorgestellt – das unterstützen wir auch –, dass wir deutlich mehr Mittel im Straßenbau zur Verfügung stellen. Wir kritisieren aber die mangelnde Transparenz des Haushalts.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Denn im normalen Haushaltsplan finden wir diese Mittel gar nicht. Vielmehr wird aus dem Geldsack der Finanzministerin – also aus der Allgemeinen Finanzverwaltung – kräftig Geld herausgenommen, sodass man im Detail noch mal nachschauen muss: Woher kommen jetzt die Gelder? 100 Millionen €, die nicht im klassischen Verkehrshaushalt sind, werden aus dem allgemeinen Finanzhaushalt herausgenommen. Insofern muss ich zu diesem Haushalt sagen: Transparenz sieht anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Erfreulich ist – auch das kommt aus dem allgemeinen Finanzhaushalt – ein eigener Haushaltstitel „Bahnhofsmodernisierung“ zum Thema Barrierefreiheit. Das hatte die FDP/DVP übrigens für den Haushalt 2017 vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Aber wir freuen uns, dass Sie ihn jetzt doch aufnehmen, weil Sie gemerkt haben, die Vorschläge der FDP/DVP sind gut.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Immer!)

Ihnen kann man zwar nicht zustimmen, aber jetzt haben Sie das ja selbst auf der Pfanne. Herzlichen Dank, dass Sie diesen Antrag aufgenommen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es sollte dann aber beim Thema Barrierefreiheit nicht so laufen wie auf der Remsstrecke. Dafür trägt der Verkehrsminister keine Verantwortung, weil das eben im Gebiet des Verbands Region Stuttgart liegt. In Schorndorf-Weiler – ganz neu eröffnet – wurden für 1,1 Millionen € die Zuwege zum Bahnsteig barrierefrei umgebaut. Aber leider liegt das Niveau des Ein- und Ausstiegs der S-Bahn um 20 cm über der Bahnsteigkante. Das hätte man vorher wissen können, wenn man mit der S-Bahn fährt. So sollte das in Baden-Württemberg nicht laufen. Da haben wir große Aufgaben, und da muss auch der Verkehrsminister das Thema stärker angehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Es sind genügend Mittel da. Die sogenannten Regionalisierungsmittel, die wir vom Bund für unseren Schienenpersonennahverkehr bekommen, wurden kräftig aufgestockt. Wir haben auch in der letzten Legislaturperiode den Verkehrsminister unterstützt, dass wir einen anderen Schlüssel bekommen und die Beträge dynamisiert werden. 2018 und 2019 erhalten wir 914 Millionen € bzw. 946 Millionen €, 2015 waren es noch 773 Millionen €. Das heißt, es gibt wesentlich mehr Mittel, die wir auch im ÖPNV einsetzen können.

Das ist aber inzwischen auch eine Spielwiese des Verkehrsministers und ein Beispiel für mangelnde Transparenz. Wir haben es in der Aussprache zum Haushalt angesprochen, dass wir nicht erkennen können, was da drinsteckt. Wir haben die Unterlagen in dieser Woche bekommen. Und siehe da: Es ist doch interessant, was sich inzwischen alles in diese Regionalisierungsmittel hineinbewegt, u. a. die Kampagne für das neue Logo „bwegt“, das Sie bestimmt schon alle gekannt haben. Aber immerhin: 16,3 Millionen € werden aus Regionalisierungsmitteln in den nächsten Jahren ausgegeben –

(Abg. Anton Baron AfD: Sauerei!)

(Jochen Haußmann)

eine stolze Summe, wie ich finde. Bei den Krankenhäusern wiederum kürzen Sie 30 Millionen €.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Da sieht man einmal die Prioritäten, die Sie in diesem Landeshaushalt setzen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Sie haben im Bereich der Regiobuslinien auch ein Finanzierungsrisiko, weil Sie sich auf den Weg machen, 60 Regiobuslinien zu fördern. Bisher werden zwölf oder 13 Regiobuslinien mit 10 Millionen € gefördert, und die restlichen 45 bis 50 Regiobuslinien sind finanziell bisher noch nicht abgebildet.

Ein weiterer Punkt, der ein Risiko darstellt, ist die Landesanstalt Schienenfahrzeuge. Wir werden ja im Januar den Bericht dazu noch einmal diskutieren. Inzwischen verfahren in allen Ausschreibungen alle Eisenbahnverkehrsunternehmen inklusive der Deutschen Bahn auch nach dem Modell, dass das Land Eigentümer bleibt. Nach den ersten sieben Ausschreibungen haben wir bereits 278 Triebfahrzeuge im eigenen Bestand, Fahrzeuge, die über 25 Jahre abgeschrieben werden und eben im ersten Anlauf – im ersten Vertrag – nur zehn bis 13 Jahre ausgegeben werden. Da gibt es ein latentes Risiko, bei dem wir alle noch nicht wissen, in welche Richtung es läuft. Hier bildet sich ein Milliardenrisiko ab, das aber im Verkehrshaushalt nicht gesehen wird.

Ich will noch auf das Thema „Allgemeine Verkehrspolitik“ eingehen. Herr Katzenstein hat ja gesagt, Baden-Württemberg bewege sich jetzt zu Fuß und mit dem Fahrrad.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Genau das ist ein Thema: Nachhaltige Mobilität ist nicht nur Fuß- und Radverkehr.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Das ist die Straße, das ist die Schiene, und das ist die Wasserstraße. Das erkennen Sie immer nicht so ganz, Herr Katzenstein; das ist für Baden-Württemberg nämlich auch wichtig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Nein, nein, nein! Einspruch! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Der Ministerpräsident hat gestern in seiner Haushaltsrede gesagt, dass wir in Deutschland oder in Europa in den nächsten zehn Jahren eine Veränderung in der Automobilindustrie erleben werden, wie es sie in den letzten hundert Jahren zuvor nicht gab. Ich habe immer den Eindruck, Herr Katzenstein, dass das tatsächlich so zutreffen wird, wenn Sie weiter in der Verantwortung stehen. Bloß hat der Ministerpräsident es wahrscheinlich anders gemeint. Aber es wäre der Todesstoß für die Automobilindustrie, wenn man Verkehrspolitik weiter so betreibt wie Sie.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oje! Jetzt weiß man, warum die FDP so im Abseits steht!)

Ich finde es auch bemerkenswert, dass unser Verkehrsminister immer wieder bestimmte Aussagen trifft. Herr Verkehrsminister Hermann, Sie waren beim Innovationscampus in Empfingen. Das unterstützen wir, das ist gut, da gibt es unheimlich gute Ansätze.

Im „Schwarzwälder Boten“ werden Sie aber mit der Aussage zitiert:

Ich habe es in der Vergangenheit vermisst, dass deutsche Unternehmen konsequent auf neue Technologien gesetzt haben.

Das finde ich schon bemerkenswert.

Ich erinnere mich, dass wir gemeinsam bei Audi in Neckarsulm waren und wir uns die Technologien dieses Unternehmens angeschaut haben. Dann zu behaupten, dass die deutschen Unternehmen nicht konsequent auf neue Technologien setzten,

(Abg. Winfried Mack CDU: Das war sicher ein falsches Zitat! Das ist falsch zitiert worden!)

das passt nicht zur baden-württembergischen Verkehrspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Bernd Gögel AfD)

Es gibt auch andere Unternehmen. Ich will beispielsweise Mann+Hummel erwähnen, die in der nächsten Woche eine Pressekonferenz machen, in der sie ein emissionsfreies Fahrzeug vorstellen. Also hier zu sagen, deutsche Unternehmen setzten nicht auf neue Technologien, das ist der falsche Ansatz. Da müssen wir positiver nach vorn gehen, und da erwarte ich auch mehr.

21 Professoren von 19 Hochschulen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich haben in der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Kraftfahrzeug- und Motorentechnik drei Kernaussagen getätigt. Die will ich an dieser Stelle gern zitieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Erstens:

Der Verbrennungsmotor war und ist Motor der Mobilität, des Güterverkehrs und der mobilen Arbeitsmaschinen. Diese Rolle wird durch elektrische Antriebe ergänzt, jedoch nicht ersetzt. Eine technologieoffene Weiterentwicklung von Antriebssystemen ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Klimapolitik in einer prosperierenden Gesellschaft. Verbote bewirken das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Bernd Gögel AfD)

Zweitens:

Aufgrund sehr geringer verbrennungsmotorischer Beiträge wird das Thema Emissionen und vor allem Immissionen in Zukunft kein Argument gegen den Diesel- oder Benzinmotor sein. Bereits der heutige Technologiestandard stellt sicher, dass Immissionsgrenzwerte ausnahms-

(Jochen Haußmann)

los eingehalten werden können. Rückblickend festgestellte Schwachstellen

– die wollen wir nicht verkennen –

sind nicht mehr zukunftsrelevant. Auf Basis intensiver Forschung sind vollständig umweltneutrale verbrennungsmotorische Antriebe darstellbar.

Drittens:

Der besondere Vorteil des Verbrennungsmotors liegt in der effizienten und flexiblen Nutzung von Kraftstoffen mit hoher Energiedichte und exzellenten Lagerungs- und Verteilungsmöglichkeiten. Mit dieser grundsätzlichen Eigenschaft hat sich der Verbrennungsmotor ständig neu erfunden und ermöglicht bei Betrachtung des Gesamtsystems niedrigere CO₂-Emissionen als alternative Technologien.

Früher war Ihnen das Thema CO₂ auch einmal sehr wichtig.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ist es auch immer noch!)

Das Potenzial, nicht fossile und damit CO₂-neutrale Kraftstoffe flexibel nutzen zu können, ist ein weiterer Garant für eine langfristige nachhaltige Zukunftstechnologie.

In diesem Sinn sollten wir auch die Verkehrspolitik in Baden-Württemberg angehen. Dann haben wir eine gute Zukunft, auch für unseren wichtigen Standort mit über 230 000 Arbeitsplätzen und über 100 Milliarden € Umsatz. Das sollte uns immer der Maßstab für die Zukunft in der nächsten Generation auch hier in Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Trotzdem – dafür wollen wir uns auch einsetzen – ist es wichtig, auch eine Mobilitätsalternative anzubieten, und die ist bisher nicht in dieser Form gegeben. Herr Kollege Rivoir hat darauf hingewiesen: Es darf nicht sein, dass man, wenn es bei der Filstalbahn einen Fahrplanwechsel gibt, bei einem Zug, der morgens Richtung Stuttgart fährt, in Zukunft sagt: „In Cannstatt bitte nicht aussteigen, sondern nur einsteigen.“ Wenn man wieder zurückfährt, dann darf man nur einsteigen, aber nicht mehr aussteigen, damit der Fahrplan einigermaßen gehalten wird.

Lieber Herr Minister, dieses Thema müssen wir angehen. Es darf nicht sein, dass diese Qualitätsmängel bestehen. Die neuen Züge sind gut – ich bin selbst auch schon mit ihnen gefahren –, aber wir haben nachgewiesen, dass die Kapazitäten bei der Ausweitung, die Sie vorhaben, so nicht ausreichen. Deswegen haben Sie auch schon begonnen nachzubestellen und werden das vielleicht noch weiter tun. Wir haben auch die Regionalisierungsmittel, um das zu machen.

(Glocke des Präsidenten)

Dann brauchen wir ein ganzheitliches Konzept, auch für diese Mobilitätsalternative, mit Park-and-ride-Plätzen.

Ich komme zum Schluss. Dank der sehr guten Finanzlage zeigt dieser Haushalt mehr Spielräume, die wir noch besser

nutzen sollten. Aber die verkehrspolitischen Weichenstellungen bergen hohe Risiken durch eine zu wenig faktenbasierte Verkehrspolitik, die dem innovationsstarken Land Baden-Württemberg erheblichen Schaden zufügen kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister für Verkehr Hermann.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mobilität und die dazugehörige Infrastruktur sind zweifellos eine Grundvoraussetzung einer modernen Gesellschaft. Darin waren sich übrigens alle Rednerinnen und Redner einig. Ich glaube, die Qualität eines Zweijahreshaushalts lässt sich daran messen, ob man in der Lage ist, Verkehr, Mobilität auch zukünftig gut zu finanzieren und gut zu organisieren. Man kann ganz pauschal sagen: Dieser Doppelhaushalt ist eine starke Antwort auf die Herausforderungen, die wir heute und in Zukunft haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich will mich gleich zu Beginn bei Herrn Dörflinger von der CDU-Fraktion, Herrn Katzenstein von den Grünen und allen Verkehrspolitikern beider Koalitionsfraktionen bedanken. Denn sie haben mit diesem Doppelhaushalt tatsächlich ein ziemlich auskömmliches Werk im Bereich Verkehr geschaffen. Ich gebe gern zu: So gut ging es mir noch nie in der Verkehrspolitik wie mit diesem Doppelhaushalt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Das geht gerade allen Ministern so, weil wir alle in diesem Doppelhaushalt tatsächlich mehr Mittel haben als zuvor. Dafür sind auch die günstigen Steuereinnahmen und die gute, sparsame Arbeit in den letzten Jahren verantwortlich.

Meine Damen und Herren, was sind die aktuellen Themen und Herausforderungen, und was sind die zukünftigen Herausforderungen, auf die die Verkehrspolitik eine Antwort haben muss? Da gibt es aus meiner Sicht vier große Herausforderungen. Erstens müssen wir die Mobilitätsbedürfnisse von allen in Wirtschaft und Gesellschaft befriedigen, und zwar in Stadt und Land. Zweitens müssen wir dafür sorgen, dass Mobilitäts- und Verkehrssysteme funktionieren; das ist auch angesprochen worden. Drittens müssen wir den offenkundig wahrnehmbaren Transformationsprozess in den Bereichen Mobilität, Verkehr und in der Automobilindustrie begleiten, unterstützen und erfolgreich bewältigen. Und schließlich müssen wir viertens einen Beitrag zur Verkehrswende, zur Energiewende und zur Mobilitätswende leisten, damit wir das Klima schützen und Mobilität auf Dauer nachhaltig sichern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das Verkehrsministerium ist im Hinblick auf das Personal das kleinste Ministerium. Wir haben aber im Hinblick auf das Volumen einen großen Haushalt; da sind wir eher unter den großen Ministerien. Wir setzen insgesamt rund 3 Milliarden € pro Jahr um.

(Minister Winfried Hermann)

Herr Haußmann hat es angesprochen: Es wäre etwas schwierig, genau herauszufinden, woher unser Geld kommt und wohin es geht. Wir geben uns immer große Mühe, dies zu erläutern, und Sie sind eigentlich lange genug dabei, dass Sie es auch verstehen könnten.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wir haben es ja angefordert!)

Jedenfalls erläutere ich es immer wieder gern. Die Liste, die Sie angefordert haben, damit Sie es separat nachlesen können, haben wir bereits geliefert.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Habe ich, ja!)

Sie ist beim Vorsitzenden des Verkehrsausschusses angekommen und auch an Sie verteilt worden.

Ich sage gleich dazu: Von den 3 Milliarden € sind einige Hundert Millionen Euro gar nicht sichtbar. Das sind nämlich die Bundesmillionen, die Mittel für den Bundesverkehrsweplan. Diese tauchen nie in unserem Haushalt auf, weil wir gewissermaßen Auftragnehmer des Bundes sind und das nicht eigene Einnahmen sind. Vielmehr werden wir für die Projekte bezahlt. Das machen wir aber eindeutig kenntlich.

Wir erhalten über 800 Millionen € Bundesmittel für Bundesfernstraßen sowie inzwischen 800 Millionen bis 900 Millionen € aus dem Bereich der Regionalisierungsmittel, die aber in unseren Etat eingehen, weil sie uns zustehen; das ist Teil der Finanzreform und der Reform der Bahn in den Neunzigerjahren.

Zusätzlich haben wir – auch das ist eindeutig ausgewiesen – diesmal 350 Millionen € aus dem Einzelplan 12 zur Verfügung. Das sind vor allem die Mittel, die der Sanierung des Infrastrukturvermögens dienen. Denn die Infrastruktur ist – das muss man einfach sagen – eine große Herausforderung. Über Jahre wurde Infrastruktur verbraucht, auch in der Zeit, in der Sie Mitverantwortung hatten. Jetzt sanieren wir konsequent, und das ist auch gut so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich kann also sagen: Wir sanieren, wir modernisieren, wir bauen aus, wir holen auch Sanierung nach. Es ist wahr: Es gab viel zu sanieren, auch bei Brücken – keine Frage. Aber es ist nicht so schlimm, dass nicht mehr über die Brücken gefahren werden könnte. Wir arbeiten den Sanierungsstau sukzessive ab.

(Abg. Anton Baron AfD: A 6!)

Wir sorgen auf diese Art und Weise dafür, dass uns dieses wertvolle Vermögen zukunftsichernd erhalten bleibt. Ich bin manchmal schon erstaunt, wie vergangenheitsvergessen manche sind und auch vergessen, was ihre eigene Verantwortung anbelangt.

Ich will einmal den Bereich Landesstraßenbau und Straßenverkehr etwas genauer unter die Lupe nehmen. Wir haben 9 500 km Landesstraßen und 3 200 Brücken. Es ist eine gewaltige Aufgabe, diese immer fit zu halten und sie ständig zu modernisieren, vor allem dann, wenn das über Jahre und Jahrzehnte nicht ausreichend geschehen ist. Insgesamt geben wir dieses Mal allein für den Erhalt und die Sanierung dieses Landesbereichs 155 Millionen € aus – so viel wie noch nie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Pro Jahr!)

Obwohl wir den Schwerpunkt so eindeutig auf Sanierung legen, geben wir gleichzeitig rund 50 Millionen € pro Jahr für Aus- und Neubaumaßnahmen aus, die wir für notwendig halten. Natürlich besteht die Notwendigkeit von Umgehungsstraßen. Auch dafür setzen wir Mittel ein, und das tun wir gern, weil das auch dem Schutz der Menschen dient, die an Straßen wohnen, die hoch belastet sind.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Baron?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Das ist gefährlich

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ach nein, das ist ungefährlich!)

für ihn –

(Heiterkeit)

es könnte zu einer längeren Belehrung kommen – und für Sie, weil sich die Debatte vielleicht verlängert. Ich würde sagen, wir lassen die Zwischenfrage einmal zu und probieren es aus.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, wenn Sie mir die Anmerkung gestatten: Das finde ich jetzt toll. Wir haben Haushaltsberatungen, und es geht um das Königsrecht des Parlaments. Dass Sie als Regierungsmitglied hier Zwischenfragen zulassen, freut mich. Vielen Dank.

Bitte schön, Kollege Baron.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Er wird sich nicht selbst rausziehen aus dem Schlamassel!)

Abg. Anton Baron AfD: Das freut mich auch. Ich danke Ihnen auch herzlich dafür.

Zu den 155 Millionen €, die Sie gerade angesprochen haben: Wie viel gehen tatsächlich für den Bau drauf und wie viel für die Planung?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Es geht hier um Sanierungsmittel. Eine Sanierung muss auch geplant werden. Ich kann Ihnen jetzt nicht trennscharf sagen, wie viel für die Planung notwendig ist.

Aber ich will bei dieser Gelegenheit auch Herrn Gögel informieren. Er kommt ja immer mit den Unterhaltungsmitteln. Sanierung ist nicht das Stopfen eines Schlaglochs; das zählt zur Unterhaltung. Wenn ich den Belag komplett saniere, ist das die Aufgabe des Landes und muss nicht aus dem Topf genommen werden, von dem Herr Gögel glaubt, es seien Sanierungsmittel. Nein, es sind Unterhaltungsmittel.

Wir haben beim Sanieren und beim Erhalten völlig unterschiedliche Planungskosten. Wenn Sie heute eine Brücke sanieren wollen, müssen Sie richtig viel Geld ausgeben, um zu prüfen, wie die Statik ist, was zukünftig verlangt wird und ob man sanieren kann oder neu bauen muss. Da ist der Aufwand

(Minister Winfried Hermann)

sehr viel größer, als wenn ich nur einen Belag saniere. Das könnte auch auf einer Brücke sein. Insofern ist die Frage et was zu pauschal gestellt. Sie müssen sie konkretisieren, dann bekommen Sie schriftlich eine konkrete Antwort.

(Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank!)

Meine Damen und Herren, ich habe es schon angesprochen: Es geht auch um Unterhaltung. Auch dieser Titel ist hoch und mit den Kommunen abgesprochen – über 70 Millionen €. Das ist auch gut so. Wir bauen konsequent die Radwege an Landesstraßen aus. Ich fand es schon ein bisschen lustig, dass die einen gesagt haben, ich würde Deutschland und Baden-Württemberg mit meiner Radverkehrspolitik deindustrialisieren, während Herr Abg. Rivoir gesagt hat, ich würde viel zu wenig dafür ausgeben, ich würde nur davon reden. Lieber Martin Rivoir, mehr Schein als Sein – bei dir würde ich sagen: mehr Scheinangriff als Substanz.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Nein! Sehr bemüht!)

Du hast ja viele Punkte angesprochen, die nicht in meine Verantwortung fallen, sondern für die andere Verantwortung tragen. Aber dazu komme ich gleich noch.

Jedenfalls arbeiten wir konsequent auch im Hinblick auf den Radverkehr, und wir wissen nicht erst, seit es die AfD gibt, dass es auch Autos gibt, die Straßen brauchen, und dass Radwege nicht allein das Problem lösen. Aber das zeigt mir immer wieder, dass die AfD, die ja gern die anderen Parteien Altparteien nennt, wohl übersehen hat, dass sie eine geistige Altpartei ist. Die anderen haben dazugelernt und denken weiter. Was den Verkehr betrifft, sind Sie eine geistige Altpartei.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Nicole Razavi CDU)

Meine Damen und Herren, bei diesem Haushalt haben wir zum ersten Mal ein Problem in Angriff genommen, das wirklich groß ist. Eine ganze Reihe von Kommunen haben Sanierungsprobleme, z. B. mit Brücken in kommunaler Trägerschaft, die ihren Haushalt sprengen. So hat z. B. die Stadt Esslingen weit über 100 Millionen € Sanierungskosten für Brücken, die einmal vom Land übernommen worden sind und jetzt in kommunaler Trägerschaft sind. Die Stadt schafft es nicht. Da ist es gut, dass wir einen kommunalen Sanierungsfonds angelegt haben, mit dem wir Kommunen unterstützen, diese Sanierungen vorzunehmen. Das sind über 80 Millionen €. Das ist wirklich eine echte Neuheit und eine echte Unterstützung der Kommunen bei der Sanierung, die sie dringend vornehmen müssen.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Dörflinger hat es angesprochen: Wichtig bei der Straßeninfrastruktur ist es, dass wir planen, und zwar rechtzeitig. Ich widerspreche Ihnen ungern, aber in einem Punkt muss ich Ihnen widersprechen: Es hat in der Vergangenheit nicht daran gemangelt, dass wir zu wenig Planung hatten, sondern daran, dass wir zu wenig Mittel bekommen haben, um die Planungen umzusetzen.

Jetzt ist es so, dass auf einen Schlag mehr Mittel gekommen sind, und jetzt kommen wir tatsächlich in die Situation, dass

wir Schwierigkeiten mit den Planungen bekommen, und zwar deshalb, weil wir eben nicht zehn Jahre im Voraus planen können. Dann sind nämlich unter Umständen alle ökologischen Untersuchungen umsonst gemacht worden, und man kann wieder von vorn anfangen. Solche Untersuchungen müssen zeitnah sein.

Ein ernsthaftes Problem ist inzwischen auch, dass wir zwar nicht beim Land zu wenig Stellen haben, aber dass wir zu wenige Planungsbüros haben, dass diese zu wenige Mitarbeiter haben, dass sich Baufirmen inzwischen gar nicht mehr auf alle Aufträge hin bewerben können und wir daher in einen richtigen Engpass hineinfluten.

Wir tun aber alles, und ich bin sehr froh, dass wir in diesem Doppelhaushalt – zum ersten Mal – auskömmliche Planungsmittel haben. In der Vergangenheit war es immer zu wenig. Ich habe das immer beklagt. Aber jetzt haben wir wirklich deutlich mehr, und ich will mich ausdrücklich dafür bedanken, denn damit können wir möglichst viele Mittel auch vom Bund für Bundesstraßen abholen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Ein Thema, das uns im Ministerium sehr bewegt, das Sie aber alle nicht angesprochen haben: Wir sind mitten in der Transformation der Straßenbauverwaltung. Das heißt, der Bund wird zukünftig für die Autobahnen allein zuständig sein. Im Moment wird gerade in allen Verkehrsministerien der Länder gerechnet: Wie viele Stellen sind für welchen Zweck? Wie viele sind es bezogen auf die Bundesautobahnen? Ich kann Ihnen nur sagen: Das wird noch eine ziemlich mühselige Geschichte, und es wird auch noch ziemlich heikel. Denn bei den ersten Rechnungen ist klar geworden, dass wir Hunderte von Stellen an den Bund werden abtreten müssen. Und da müssen wir sehr genau aufpassen, dass wir da nicht zu viele abtreten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir haben ja nur 400!)

– Nein, nein. Das sind ja alle Stellen, auch die Stellen bei den unteren Verkehrsbehörden und bei der Straßenmeisterei. Allein bei den Autobahnmeistereien gibt es über 500 Beschäftigte.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, aber ohne die Kommunen sind es nur 400!)

Derzeit achten wir darauf, dass das gut gemacht wird. Ich sage auch: Wir zwingen keinen zum Bund, sondern wenn, dann muss jemand freiwillig gehen. Wir werden darauf achten, dass die Interessen der Arbeitnehmer wahrgenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, fast alle Redner haben es bemerkt: Wir haben die Straßenbauverwaltung systematisch aufgebaut. – Lieber Martin Rivoir, wenn einer hier im Land eine Strategie hat, dann bin ich das, und dann bist das nicht du.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Mosbach! Das war ich, und das habt ihr nicht weitergemacht!)

Denn wir haben konsequent die Verwaltung aufgebaut, konsequent in den Bereichen strategische Konzepte entwickelt.

(Minister Winfried Hermann)

Es geht nicht, mal dahin zu springen und mal dorthin und mal dieses und mal jenes zu beklagen bzw. zu fordern, ohne eine klare Linie zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Da haben wir den Minister gezwungen, in der letzten Legislaturperiode! Der wollte abbauen!)

– Danke. – Wir jedenfalls haben in den letzten Jahren die Straßenbauverwaltung konsequent – und zwar Jahr für Jahr – sukzessive aufgebaut, und das ist auch gut so.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Gezwungen haben wir Sie damals!)

– Niemand hat mich gezwungen, und schon gar nicht die SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Ich weiß das noch ganz genau!)

– Niemand. – Kommen wir zum Thema „Öffentlicher Verkehr“. Der öffentliche Verkehr ist eindeutig das Rückgrat moderner Mobilität, und ohne einen gut funktionierenden öffentlichen Verkehr würde der Straßenverkehr zusammenbrechen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Bernd Gögel AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Und umgekehrt!)

Wir haben klare Ziele. Wir wollen ihn ausbauen, und wir wollen ihn verbessern und seine Attraktivität steigern. Wir wollen ihn modernisieren, und zwar auch in Bezug auf die Infrastruktur.

Lieber Martin, ich muss dich heute tatsächlich sozusagen am Krawärtle packen – oder am Schal –:

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wenn, dann am Schal!)

Vor zwei Jahren hieß es noch, die Züge, die die Bahn mit Verspätungen gefahren hat, seien die Züge der Bahn. Jetzt sollen es meine Züge sein. Wie kann das sein?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Nein, nein!)

Ich kann doch schon erwarten, dass jemand, der so lange im Verkehrsausschuss ist, weiß, dass der Verkehrsminister nicht die Nahverkehrszüge fährt,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Da gab es noch keine Probleme!)

sondern dass es da einen Verantwortlichen gibt, und das ist die Deutsche Bahn.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Aber die politische Verantwortung, die haben Sie! Dafür müssen Sie Ihren Kopf hinhalten! Unser Geld geben Sie aus! Ihr Lieblingsgegner, die Bahn! Sie sind in der politischen Verantwortung! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn Sie nichts fertigbringen, ist es die Bahn! Das übliche Spiel!)

– Genau. Das „Lieblingsthema“ lautet, dass unser Ausschreibungskonzept – Unser Ausschreibungsverfahren, liebe SPD,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja!)

haben wir in der letzten Legislaturperiode gemeinsam verabschiedet.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau!)

Da haben Sie das noch mitgetragen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja! Natürlich!)

Jetzt, da es Probleme mit der Bahn gibt, sagt die SPD: Das Konzept war falsch.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das sagt niemand, dass das Konzept falsch ist!)

– Ja, doch.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

– Ja, doch. Du hast dahergeschwätzt, als wenn für die Züge, die am Sonntag nicht gefahren sind, der Verkehrsminister die Schuld trägt, der irgendwie zu blöd war, sie zu bestellen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja, die politische Verantwortung haben Sie!)

– Nein.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Doch!)

Wir haben alle Züge bestellt. Es ist doch aber der große Ärger, den die Leute haben – was ich auch nachvollziehen kann –, dass die Deutsche Bahn Schlechtleistung liefert, dass man sich eigentlich fremdschämen muss für dieses Unternehmen, weil es unpünktlich ist und weil Züge ausfallen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Setzen Sie sich doch einmal dafür ein, dass die Deutsche Bahn besser wird. Wir tun alles: Wir haben gedroht, wir haben Pönalen verlangt,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Die lachen mittlerweile halt über Sie!)

wir haben Mittel nicht bezahlt. Wir werden der Bahn ziemlich viel Geld entziehen. Wir haben sie abgemahnt, wir haben den Vorstand einbestellt, wir verlangen wöchentliche Berichte.

Wenn man genau hinschaut, sieht man: Es ist immer die Deutsche Bahn. Da, wo die anderen Unternehmen fahren, klappt es. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Genau, so ist es!)

Mit der Ausschreibung ist uns jedenfalls ein ziemlich großer Wurf gelungen. Da muss ich sagen: Die FDP/DVP kapiert immer noch nicht, wie das Ganze mit der Finanzierung der Fahrzeuge funktioniert. Das Land Baden-Württemberg hat in der Tat in diesem Landtag beschlossen – wenn ich mich recht erinnere, haben damals fast alle zugestimmt –, dass wir eine Fahrzeugfinanzierungsgesellschaft machen und eine Landes-

(Minister Winfried Herrmann)

bürgerschaft über mehrere Milliarden übernehmen. Denn das ist die sicherste Methode, kostengünstig einzukaufen – das Risiko ist gleich null –, es sei denn, man glaubt, in 13 Jahren gäbe es im Land keinen ÖPNV und keinen Schienenverkehr mehr und man brauchte deswegen keine Züge mehr.

In den Beratungen haben die Experten doch gesagt: „Wenn ihr das Eigentum der Fahrzeuge bei den Unternehmen lasst, kann es sein, dass das Vermögen weg ist, wenn z. B. ein Unternehmen kaputtgeht. Wenn ihr es selbst behaltet, die Fahrzeuge an die Unternehmen verleast oder verpachtet, dann fällt es wieder ans Land zurück, selbst dann, wenn die Unternehmen beispielsweise scheitern und in Konkurs gehen.“ Auf der Grundlage dieser Rechtsberatung sind wir so vorgegangen.

An dieser Stelle muss ich Ihnen auch einmal sagen: Sie sind da ganz konsequent. Zu jeder Beratungsleistung sagen Sie von der FDP, diese wäre unnötig. Mir ist schon lange bekannt, dass die FDP für einen schlanken Staat ist. Sie sind aber auch noch für einen dummen Staat. Denn wenn man sich keine Berater leistet, kapiert man vieles nicht.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: 16 Millionen € sind ganz ordentlich! 16 Millionen € sind heftig!)

Dass wir uns diese Beratung geholt haben, war in diesem Fall dringend notwendig, damit wir das richtige Konzept gemacht haben. Mit dieser Fahrzeugfinanzierungsgesellschaft haben wir beim Fahrzeugkauf die Preise ziemlich gut drücken können. Damit haben wir dem Land genutzt. Denn wir konnten uns bessere und mehr Züge leisten.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ein Helmgutachten brauchten wir auch nicht für 200 000 €!)

Wir hatten ein besseres Angebot im ganzen Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir unternehmen auch viel zur Verbesserung der Tarifsituation. Deswegen ist es richtig, dass wir jetzt eine BW-Tarif-Gesellschaft gegründet haben, mit der der Landestarif kommen kann. So gibt es keine Barrieren zwischen den verschiedenen Bereichen im Nahverkehr, zwischen den verschiedenen Verbänden. Dann ist es einfacher, ein Ticket zu lösen. Daran arbeiten wir. Das treiben wir jetzt auch voran.

Übrigens sind wir da die Ersten, die ein solches Verfahren und eine solche Gesellschaft vorantreiben. So gelingt es in Baden-Württemberg, einen einheitlichen Tarif zu bekommen, ohne dass wir die Verbände abschaffen. Diese gehen weiterhin – natürlich überwiegend in ihrer Region – ihren Geschäften nach. Zunehmend gibt es aber auch verbundübergreifenden Verkehr.

Wir laden mit unseren Zügen, mit unseren Tarifen, mit unserem Konzept zum Umsteigen und zum Einsteigen ein.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Und wenn sie nicht fahren?)

Tatsächlich gelingt es immer wieder, dass da jemand einsteigt – auch von der SPD.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, das Thema „Infrastruktur Schiene“ ist angesprochen worden. Baden-Württemberg ist – anders als manche anderen Bundesländer – sehr engagiert.

Wir finanzieren jetzt die Hälfte der Südbahn. Im nächsten Jahr ist endlich der Spatenstich. Vor sechs Jahren haben wir hier im Landtag die Finanzierung beschlossen. Nach sechs Jahren kommt jetzt der Spatenstich. Wir haben also nicht nur bei der Straße Planungsverzögerung und lange Vorläufe, sondern auch bei der Schiene.

Ich gebe Ihnen vollkommen recht: Das ist auf Dauer unerträglich. Wir müssen die Planungsprozesse beschleunigen, verkürzen. Wir müssen auch einmal genau hinschauen, wo wir überall Zeit verlieren. Denn das ist für die Menschen nicht mehr nachvollziehbar. Übrigens schadet das uns allen – der Wirtschaft und auch dem Standort.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Wenn die „Wirtschaft“ hören, dann klatschen sie!)

Meine Damen und Herren, wir werden demnächst auch einen Plan vorstellen, wie wir denken, die Schieneninfrastruktur in Baden-Württemberg weiterzuentwickeln, wo wir uns für den Ausbau entscheiden, wo wir für Elektrifizierung, wo wir für neue Technologien sind. Das ist auch gut so.

Jetzt will ich noch einen Punkt ansprechen, bei dem ich ziemlich verwundert bin, dass bisher niemand ein Wort dazu gesagt hat.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wir haben bloß zehn Minuten! – Abg. Anton Baron AfD: Zu der Mooswand wollte ich noch etwas sagen! – Abg. Martin Rivoir SPD: Wir haben nur zehn Minuten! Wir hätten drei Stunden sprechen können! – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Vor gut einer Woche ist klar geworden, dass Stuttgart 21 nochmals teurer wird, nochmals 1,4 Milliarden € – 2 Milliarden € Mehrkosten haben wir schon – zu den 4,5 Milliarden € obendrauf. Das heißt, es gibt da ein richtig großes Problem.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wer hat es verzögert?)

Die Bahn geht auf das Land mit einer Klage zu und sagt, das Land müsse sich an den Mehrkosten beteiligen. Es geht um derzeit 3,5 Milliarden €. Das Land muss nach den Vorstellungen der Bahn mindestens 2 Milliarden € davon erbringen. Da ist eigentlich Alarm angesagt. Da würde ich sagen: Wir müssen darüber nachdenken, was wir tun können, wie wir dafür sorgen können, dass der Bund endlich die Verantwortung für dieses Projekt übernimmt.

Lieber Martin, liebe SPD und einige andere hier im Saal, es wäre auch mal nett, wenn man sagen würde: „Ich habe mich getäuscht.“

(Beifall bei den Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Wieso? Wer hat dieses Projekt verzögert? Das sind Krokodilstränen! Über Jahre verzögert! Es wäre schon fertig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Kostensteigerung! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Jetzt lassen wir wieder Ruhe einkehren.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Wir haben einen Bürgerentscheid gemacht, die Befürworter haben Stein und Bein geschworen, dass die Summe von 4,5 Milliarden € komplett reicht, weil 1,5 Milliarden € Puffer dabei sind.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Krokodilstränen!)

Das war 2011, vor sechs Jahren.

Wer damals gesagt hat, das Ganze werde wahrscheinlich teurer, weil es riskant ist,

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

ist als Lügner, Übertreiber und sonst was beschimpft worden. Ich hätte heute von diesen Befürwortern erwartet, dass einer mal sagt: „Es tut mir leid. Ich habe das falsch eingeschätzt. Jetzt müssen wir schauen, dass wir wenigstens Schaden von uns wenden, dass wir nicht auch noch die Mehrkosten übernehmen müssen, die jetzt anstehen.“

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Bernd Gögel AfD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich komme noch auf die Zukunft zu sprechen: neue Mobilität, nachhaltige Mobilität. Interessant ist, dass die Partei, die die Alternative für Deutschland sein will, alle Maßnahmen und alle Vorschläge im Bereich „Neue Technologien, neue Entwicklungen“ abgelehnt hat mit dem Hinweis, sie wären unnötig und ideologisch. Ich kann Ihnen nur sagen: Es gibt den alten Spruch: „Die größten Kritiker der Elche sind selber welche.“ Das übertragen Sie mal. Sie beschimpfen andere immer wieder als Ideologen – aber die größten Ideologen in der Verkehrspolitik sind Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Inwiefern? Wie viel kostet die Umsiedlung der Eidechsen? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Räßle?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Weil Sie sozusagen konsequent in alten Technologien verhaftet sind und behaupten, dass alles, was neu ist, Ideologie sei.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, selbstverständlich! – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Dabei haben wir ganz klar gesagt: Wir sind hinsichtlich der Technologien selbstverständlich offen: Brennstoffzellentechnologie, modernste Dieselsechnologie,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Hoi! Das ist ja mal toll!)

aber auch Elektrotechnologie – alles.

Aber es gibt klare Ziele: Die Technologie muss einen sauberen Verkehr liefern. Sie muss nachhaltig sein, und sie muss klimaschützend sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Wenn Sie die Werte bei Stickoxid gesehen haben! Sie haben doch die Anfrage beantwortet! Die Werte sind immer besser geworden!)

Da fallen manche Technologien halt schlechter aus und andere besser.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Carola Wolle AfD: Und die Menschen sind Ihnen egal! – Glocke des Präsidenten)

– Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Räßle, ja oder nein?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Nein.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Im Interesse des Gesamtplenums – ich habe schon 22 Minuten gesprochen –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Richtig!)

beantworte ich jetzt keine Zwischenfrage mehr, sondern komme allmählich zum Schluss.

Meine Damen und Herren, in diesen Haushalt haben wir tatsächlich auch viele Mittel für die Modernisierung und die Elektrifizierung von Verkehr eingestellt, und zwar in allen Bereichen: Güterverkehr, aber auch Cargobikes. Denn wir glauben, dass in diesem Bereich wirklich viel in Bewegung ist und das Land etwas tun muss.

Jetzt komme ich mal zu dem Argument, das Land würde auch keine Tankstellen bezuschussen. Es ist doch offenkundig, dass in einer bestimmten Phase der Technologieentwicklung eine Technologie nicht vorankommt, wenn die Infrastruktur, die dafür notwendig ist, nicht da ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist die Prämie vom Bund?)

Deswegen hat natürlich die öffentliche Hand die Verantwortung, für die Infrastruktur zu sorgen, damit sich die Technologien überhaupt durchsetzen können. Deswegen fördern wir Ladeinfrastruktur, bezahlen sie aber nicht komplett.

(Abg. Carola Wolle AfD: Aber einen Großteil!)

Wir steigen da auch nicht in das Geschäftsmodell ein, sondern wir initiieren das und geben Impulse. Natürlich muss der Markt das langfristig selbst hinbekommen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Notwendig ist jedenfalls eine gesellschaftliche Diskussion darüber, wohin die Mobilität geht. Wir brauchen einen Dialog mit Gewerkschaften, Arbeitnehmern, Unternehmen, Zulieferern und natürlich auch mit Parteien und gesellschaftlichen Gruppen. Denn es ist eine Herausforderung für die ganze Ge-

(Minister Winfried Hermann)

sellschaft, diesen Wandel in den Griff zu bekommen, ihn so zu bewältigen, dass er letztlich auch sozial verträglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich komme zum Schluss. Wir haben in der Verkehrspolitik eine klare Orientierung. Wir haben ein gut funktionierendes Navi. Wir wissen, was wir wollen: Wir wollen eine nachhaltige Mobilität, das Klima schützen und diese Mobilität sozial verträglich gestalten, eine Mobilität, die eben nicht zulasten zukünftiger Generationen geht, sondern selbst noch eine Zukunft hat.

Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Verkehrspolitikern und Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister bedanken, aber ganz besonders auch beim Finanzministerium, bei der Ministerin, der Staatssekretärin, dass wir alles in allem gut und effektiv zusammengearbeitet haben, dass wir viel gemeinsam hinbekommen haben. Das ist eine gute Grundlage für eine gute Politik.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Mack, Sie hatten für die CDU-Fraktion noch um zwei Sätze gebeten. Dafür reicht es noch.

(Abg. Sascha Binder SPD: Bei ihm oder wegen der Zeit? – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Abg. Winfried Mack CDU: Danke schön. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch zu Wort gemeldet, weil ich im Zusammenhang mit den Fördermitteln von 1 Milliarde € für Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität noch einen Punkt ansprechen möchte.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wir haben gestern in diesem Haus über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen nach Artikel 106 des Grundgesetzes gesprochen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir jetzt diese 1 Milliarde € an Mitteln vom Bund über Programme bekommen sollen. Der Bund hat festgelegt, dass dieses Geld nach dem Windhundprinzip an die Länder und Kommunen verteilt werden soll. Das Ganze soll so geregelt werden, dass das Verbot der Kommunalfinanzierung durch den Bund umgangen wird, indem das Geld nur an diejenigen Kommunen gegeben wird, die spezielle Probleme mit der Luftreinhaltung haben.

Sie sehen, dass hier ein grundsätzliches Problem vorliegt. Im Finanzausschuss waren wir uns weitestgehend darüber einig, dass wir dies ein Jahr lang – 2018 – so laufen lassen können. Warum? Weil wir das Problem Luftreinhaltung lösen wollen. Aber gleichzeitig fordern wir gegenüber dem Bund, dass wir ab dem Jahr 2019 Mittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur – diese ist ohnehin unterfinanziert – bekommen und speziell Mittel für das Thema „Saubere Luft in den Städten“ bekommen und dass wir diese Mittel über Artikel 106 des Grundgesetzes bekommen, über Mehrwertsteueranteile, so dass wir, das Land Baden-Württemberg, zum einen unseren gerechten Anteil nach dem Königsteiner Schlüssel erhalten,

(Glocke des Präsidenten)

zum anderen aber dieses Geld so verwenden können, wie wir es für richtig halten.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Ich möchte zum Ausdruck bringen: Wir fordern die Landesregierung auf, in den anstehenden Verhandlungen gegenüber dem Bund diese Position des Landes Baden-Württemberg deutlich zu machen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Katzenstein, ich versuche, einen Ausgleich zwischen den Regierungsfractionen und den Oppositionsfractionen herzustellen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das habe ich nicht verstanden!)

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3213.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 1301

Ministerium

Wer stimmt Kapitel 1301 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 1301 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 1302

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt Kapitel 1302 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 1302 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 1303

Öffentlicher Verkehr

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3213. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-2, zu Titel 526 78 – Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten – zur Abstimmung, der fordert, diese Kosten auf den Stand von 2016 zurückzuführen, nachdem der Bau der Infrastrukturprojekte im

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Rahmen von Stuttgart 21 bereits weit vorangeschritten ist. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 891 96 – Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3313-1, vor, der in Abschnitt I eine Mittelenerhöhung zur Förderung des Erwerbs von Schienenfahrzeugen verlangt und mit Abschnitt II Einzelplan 12 und hier die Kapitel 1212 – Sammelansätze – und 1223 – Zukunftsinvestitionen – betrifft. Ich stelle den Änderungsantrag insgesamt zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 99 – Dienstleistungen Dritter und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-3, vor, der fordert, das Budget für Dienstleistungen Dritter und dgl. zu kürzen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 686 99 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-4, vor, der für Bürgerbusprojekte die Einstellung von Mitteln in gleicher Höhe wie im Jahr 2016 fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 1303. Wer Kapitel 1303 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1303 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 1304

Straßenverkehr

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3213. Hierzu liegen vier Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-5, zu Titel 633 77 – Erstattung an Stadt- und Landkreise –, der Mittelenerhöhungen fordert, zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-6, zu Titel 781 79 – Erhaltung –, der mit einer Mittelenerhöhung dem Sanierungsstau an Brücken der Landesstraßen abhelfen will, zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 788 79 – Beseitigung von Unfallstellen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-7,

vor, der eine Mittelenerhöhung und eine Anpassung der Erläuterung verlangt, um wie im Jahr 2016 Maßnahmen zur Verhinderung von Unfällen durchführen zu können. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 893 79 – Entschädigungsleistungen für Schallschutz an baulichen Anlagen Dritter – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-8, vor, der die Einstellung von Entschädigungsmitteln beim Aufgabenbereich Straßenverkehr verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 1304. Wer Kapitel 1304 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1304 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 1306

Nachhaltige Mobilität

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3213. Hierzu liegen 13 Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 547 75 N – Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-9, vor, der fordert, einen Teil der dort eingestellten Haushaltsmittel in den Titel 788 79 – Beseitigung von Unfallstellen – des Kapitels 1304 – Straßenverkehr – zu übertragen und die Erläuterung entsprechend anzupassen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 429 80 – Personalkosten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-10, vor, der fordert, die Personalkosten im Zusammenhang mit der Fortschreibung von Luftreinhalteplänen zu kürzen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 526 80 – Kosten für Sachverständige, für Mitglieder von Fachbeiräten und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-11, vor, der verlangt, die Haushaltsmittel für 2019 zu streichen, da die für 2017 und 2018 veranschlagten Mittel für die Erfüllung des Zwecks den Antragstellern ausreichend erscheinen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 80 – Kosten für Dienstleistungen Dritter und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-12, vor, der Mittelkürzungen und eine Ergänzung der Erläuterung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen?

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

– Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 82 – Kosten für Dienstleistungen Dritter und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-13, vor, der Mittelkürzungen und eine Neufassung der Erläuterung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 883 84D – Planung und Bau von Radschnellverbindungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-14, vor, der eine Mittelkürzung fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 88 – Kosten für Dienstleistungen Dritter und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-15, vor, der im Hinblick auf den Bereich der Elektromobilität eine Mittelstreichung begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ohne Sinn und Verstand! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Umweltschutz!)

Zu Titel 546 88 – Sonstiger Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-16, vor, der im Hinblick auf den Bereich der Elektromobilität ebenfalls eine Streichung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 88 – Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-17, vor, der eine Neufassung der Erläuterung im Hinblick auf die Streichung von Verpflichtungsermächtigungen fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 686 88A – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-18, vor, der eine Mittelstreichung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 686 88B – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-19, vor, der ebenfalls eine Mittelstreichung fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 893 88 – Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-20, vor, der auch eine Mittelstreichung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte

ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 546 90 – Sonstiger Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3313-21, vor, der eine Mittelstreichung für PR-Maßnahmen verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über das Kapitel 1306. Wer stimmt Kapitel 1306 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 1306 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Nun haben wir noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 13 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 13.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich rufe **Punkt 1 f** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3214

Berichterstatter: Abg. Alexander Salomon

(Unruhe)

Ich warte, bis es ruhig ist.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Bimmel mal! – Zuruf: Wir haben Zeit! – Glocke des Präsidenten)

– Kolleginnen und Kollegen, können wir fortfahren? – Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Jetzt zur Allgemeinen Aussprache: Wenn ich es aus den Fraktionen recht verstanden habe, sollen im Gegensatz zum Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz und für Europa – jetzt zunächst einmal die Sprecher für den Bereich Wissenschaft das Wort erhalten und anschließend in einer zweiten Runde die Sprecher für den Bereich Kunst. Für die Landesregierung soll einmal die Frau Ministerin und einmal die Frau Staatssekretärin sprechen. – Ich sehe, das ist so richtig.

Dann erteile ich in der Allgemeinen Aussprache Herrn Abg. Salomon für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Botschaft steht am Anfang: Mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 setzen wir den Kurs der Verlässlichkeit für die Hochschulen in unserem Land fort. Gut die Hälfte des Einzelplans 14 fällt unter den Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“. Zu diesem stehen wir weiterhin. Er garantiert den ausgezeichneten Hochschulen und Universitäten in unserem Land nicht nur Planbarkeit, sondern auch einen jährlichen Mittelaufwuchs in der Grundfinanzierung. Das ist gut für die Hochschulen, das ist gut für über 360 000 Studierende im Land, und das ist gut für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen und Universitäten in Lehre und Forschung.

(Beifall bei den Grünen)

In diesen Applaus inkludieren wir gleich noch die Hochschulverwaltungen, die den Vertrag nämlich auch verlässlich umsetzen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, all diesen Menschen, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landesmuseen, den Archiven und Bibliotheken, den Kunsteinrichtungen und auch im Ministerium selbst für ihre Arbeit zu danken. Ohne sie wäre Baden-Württemberg nicht das Zukunftsgewandte,

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

innovative und weltoffene Land, das wir kennen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, man könnte es auch so formulieren: Die beste Medizin gegen den Rechtspopulismus und die aufkeimende Wissenschafts- und Kunstfeindlichkeit ist eine auskömmliche Finanzierung der Wissenschafts-, Forschungs- und Kunsteinrichtungen in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen)

Bevor ich auf einige Aspekte des Einzelplans 14 zu sprechen komme, noch ein Wort zum Abbau der impliziten Verschuldung. Ich bin sehr froh, dass wir dieses Thema jetzt angehen. Der Sanierungsstau bei den Hochschulen ist allen hier bekannt. Deswegen ist es notwendig, auf die Bauprogramme der letzten Jahre noch eine Schippe draufzulegen. Das packen wir jetzt an.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige Besonderheiten des Einzelplans 14 hervorheben. Baden-Württemberg hat Reallabore als Format einer praxisorientierten Forschung erfunden – ein sehr sinnvolles Format, um die großen gesellschaftlichen Herausforderungen anzugehen. Diese Linie setzen wir fort und tragen so dazu bei, dass Baden-Württemberg nachhaltig und zukunftsfest ist und sein wird.

Wir reden über das Insektensterben; das haben wir auch am heutigen Tag schon gemacht. Auch dafür braucht es eine empirische Grundlage. Hier kommt die Bürgerwissenschaft ins Spiel. Wer hat denn die Schmetterlinge und Bienen gezählt? Mein Kollege Rösler. Markus, du bist wahrscheinlich einer der wenigen hier im Plenarsaal, die das schon einmal gemacht haben. Biodiversität ist ja das Stichwort. Dieses Stichwort klingt erst einmal abstrakt. Belastbare Zahlen machen diesen Begriff greif- und auch vermittelbar. Die Naturkundemuseen in Karlsruhe und Stuttgart werden sich der Vermittlung die-

ses wichtigen Themas widmen. Dafür haben wir über einen Fraktionsantrag Mittel bereitgestellt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU)

Oder nehmen wir die Agrarwende. An der Universität Hohenheim bauen wir das Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau deutlich aus und stärken damit den ökologischen Landbau in Forschung und Lehre. Das ist ein wichtiger Baustein, um auch morgen noch kraftvoll und vor allem gesund zuzubeißen.

(Beifall bei den Grünen)

Digitalisierung ist im Kern Forschung. Auch das muss man, glaube ich, noch einmal darstellen. Hier ist Baden-Württemberg hervorragend aufgestellt. In den letzten Jahren sind 400 – noch einmal: 400 – Professorinnen und Professoren hinzugekommen, die an den Hochschulen überall im Land Digitalisierungsthemen erforschen. Der Innovationscampus Cyber Valley ist inzwischen eine Marke mit internationaler Strahlkraft. Aber auch digitale Forschungsinfrastrukturen, die digital unterstützte Lehre oder im Bereich Kunst und Kultur der digitale Weg ins Museum sind alles Themen, die wir aktiv angehen. Auch so geht Zukunft.

Ganz besonders freue ich mich, dass wir die rechtlichen und gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung in den Blick nehmen. Ein ganz wesentliches Thema, welches oft vergessen wird, ist, dass zur Digitalisierung auch ein philosophischer Unterbau dazugehört. Es ist nicht damit getan, alles, was analog ist, auf digital umzubauen, sondern es geht auch darum, zu sagen: Was wollen wir in Zukunft mit der Digitalisierung erreichen? Was sind gesellschaftliche Effekte? Wie können wir dieses Thema auch in der Gesellschaft besser verankern?

Wir wollen mit Forschung und Entwicklung dazu beitragen, die digitale Zukunft zu gestalten – mutig und beherzt, aber eben auch umsichtig und verantwortungsvoll.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Eng verbunden mit der Digitalisierung, aber auch mit der Frage einer nachhaltigen Entwicklung ist die Mobilität der Zukunft, meine Damen und Herren. Das Wissenschaftsministerium nimmt in diesem Strategiedialog eine wichtige Schnittstellenfunktion zwischen Forschung auf der einen Seite und Praxis auf der anderen Seite ein.

Nennen möchte ich aber die Aktivitäten der Hochschulen und der Ministerin, wenn es darum geht, aus den Hochschulen heraus innovative Unternehmen zu gründen. Auch hier gehen wir voran und machen Baden-Württemberg stark, damit wir auch morgen das, was wir heute an unseren Hochschulen erforschen, in den Unternehmen umsetzen, in die jungen Köpfe bringen und das Talent fördern.

Daher vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie das Format aufgelegt haben. Ich habe auch schon zweimal eines besucht, und ich glaube, es ist in den Hochschulen sehr gut angekommen. Gerade bei den jungen Unternehmen – egal, wo ich bin – bekomme ich die Rückmeldung: Es ist wichtig, dass auch die Hochschulen und die Wissenschaft sich darum bemühen, das Thema Start-up-Förderung in die Gesellschaft zu bringen.

(Beifall bei den Grünen)

(Alexander Salomon)

Baden-Württemberg ist ein weltoffenes Land. Unser Leitstern bleibt die Internationalisierung der Hochschulen. Wir wollen die besten Köpfe ins Land holen

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– da brauchen Sie gar nicht zu lachen, Frau Rolland –, bei den Professorinnen und Professoren wie bei den Studierenden.

Die eingeführten Gebühren für internationale Studierende helfen, Einsparungen bei den Hochschulen zu vermeiden. Ein Rückgang der Einschreibungen um etwa 20 % – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ja Zynismus!)

– Ach, Herr Stoch, die Kollegin Rolland spricht doch noch und kann sich dazu äußern. Wir hatten die Debatte schon. Aber Sie haben ja apokalyptische Schreckensszenarien aufgemacht,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ah ja!)

dass das Land untergehen würde.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie haben hier erzählt, Sie müssen sie einführen, Sie wollen sie nicht!)

Die haben sich aber nicht bewahrheitet. Sie haben das Land schlechter gemacht, Sie haben unsere Hochschulen schlechter gemacht, als sie sind. Das sollen Sie sich mal vorwerfen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist purer Zynismus!
– Glocke des Präsidenten)

Diese Schreckensszenarien haben sich nicht erfüllt. Die Ministerin hat einen Monitoringbeirat eingesetzt. Auch da danken wir; das ist ein richtiger Schritt. Auch wir werden selbstverständlich die weitere Entwicklung der Gebühren und ihre Folgen genau beobachten. Wichtig ist dabei immer die empirische Grundlage.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Großartig!)

– Ja, sehr großartig. Herr Stoch, ganz ruhig. Ich weiß, Ihre Situation ist schwierig.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wenn Sie da reden, müssen Sie auch Zwischenrufe erdulden! – Glocke des Präsidenten)

– Ich ertrage sie doch; das ist gar kein Problem für mich.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Salomon, fahren Sie fort, und führen Sie hier keine Gespräche mit den Kollegen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Herr Präsident, ich muss-te auf die Zwischenrufe eingehen. – Okay, ich werde mich an die Mahnung des Herrn Präsidenten halten und meine Rede etwas beschleunigen.

Die FDP/DVP ist immerhin eine Säule der Stabilität – warten Sie, es geht noch weiter – und legt erneut ihr Modell „Nach-

laufende Gebühren“ vor. Das wird aber mit den Jahren leider nicht besser. Es ist leider immer das Gleiche.

(Zuruf des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss einen Blick in die nicht allzu ferne Zukunft werfen. Eingangs habe ich den Hochschulfinanzierungsvertrag hervorgehoben. Mir ist es wichtig, dass wir auch für die Zeit nach 2020 ein Instrument finden, das den Hochschulen Planungssicherheit und einen verlässlichen Mittelaufwuchs bietet. Dafür verlangen wir im Hochschulfinanzierungsvertrag den Hochschulen einiges ab: gute Arbeit, hohe Qualität der Lehre, die Erfassung von Kennzahlen, die manchem lästig erscheint, aber notwendig ist, um die Hochschulen kontrolliert und zielorientiert zu finanzieren.

Das Instrument des Hochschulfinanzierungsvertrags müssen wir weiterentwickeln. Das wird 2018 die Debatte in den Hochschulen und im gesamten Land bestimmen. Dabei sollten wir die Hochschullandschaft insgesamt in den Blick nehmen.

In der landesweiten Gesamtschau lässt sich sehen, welche Entwicklungsziele die einzelnen Hochschulen verfolgen und wie diese zusammenpassen. Darauf können wir eine landesweite Strategie aufbauen, um bei weiterhin hohen Studierendenzahlen Schwerpunkte zu setzen.

Aber das ist Zukunftsmusik. Heute steht der Haushalt für die Jahre 2018/2019 im Vordergrund, und der vorgelegte Haushaltsplan ist dafür eine gute Grundlage.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich der Kollegin Kurtz das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wissenschaft und Forschung spielen sich schon lange nicht mehr im Elfenbeinturm ab. Wissenschaft und Forschung sind elementar für unser Leben, für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Felder und daher auch eng mit all dem vernetzt.

Die digitale Transformation, die wir derzeit erleben, wird besonders in unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen vorbereitet, dringt nach außen und verändert ganz massiv unser Leben. Davon berührt werden Produktion, Dienstleistung und Handel, aber auch Medizin, Gesundheitsprävention und Pflege, die Verwaltung jeder Kommune, die Finanzgeschäfte jeder Bank, Landwirtschaft und Ernährung und einfach das Alltagsverhalten der Bürgerinnen und Bürger.

Hier im Haus haben wir mehrfach über die Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft debattiert. Wir sind uns einig darin, dass es uns gelingen muss, die Erkenntnisse, die die Wissenschaft hervorbringt, in Unternehmen zu transportieren, in Produkte zu übersetzen und auf dem Markt zu platzieren.

Mit einem Anteil von 4,9 % des Bruttoinlandsprodukts investieren bei uns in Baden-Württemberg die öffentliche Hand und die Unternehmen so viel wie in kaum einem anderen Bundes-

(Sabine Kurtz)

land. Im Durchschnitt liegt der Wert in Deutschland bei ungefähr 3 %; wir liegen also sehr weit vorn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wenn wir sehen, wie die mittelständischen Unternehmen in unserem Land den Studierenden speziell in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern geradezu den roten Teppich ausrollen und ihnen wirklich schon beachtliche Vergütungen nur für ein Praktikum anbieten, nur damit sie schon ihre Bachelorarbeit im Unternehmen schreiben, dann sehen wir doch, dass die Wirtschaft die Herausforderung verstanden hat und den engen Schulterschluss und die enge Verbindung mit der Wissenschaft sucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Ich glaube, Baden-Württemberg ist für die Herausforderung dieser digitalen Transformation bestens aufgestellt und auch fest entschlossen, die Chancen, die darin liegen, zu nutzen. Wir verfügen über eine gute, dezentrale, differenzierte Hochschullandschaft – denken Sie an die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die Standorte der Dualen Hochschule, die mit den Unternehmen in den Regionen eng vernetzt sind, genauso wie unsere exzellenten und renommierten Universitäten. Wir haben auch eine breite Palette außeruniversitärer Forschungseinrichtungen hier im Land.

Das Wissenschaftsministerium verfügt nicht umsonst über den zweitgrößten Einzelplan dieses Gesamthaushalts.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

Das Volumen umfasst 5,2 Milliarden € im Jahr 2018 und 5,3 Milliarden € im Jahr 2019. Dazu kommen noch Baumaßnahmen, die gar nicht in diesem Einzelplan zu Buche schlagen, weil sie im Finanzministerium geführt werden.

Allerdings, meine Damen und Herren, stehen wir gerade im Bereich des Hochschulbaus vor wirklich großen Herausforderungen. Ich will das Thema hier nicht im Einzelnen anführen. Es ist ja auch keines, das speziell nur Baden-Württemberg betrifft. Kein Bundesland hat es offensichtlich aus eigener Kraft verstanden, alle notwendigen Sanierungen und Neubaumaßnahmen im Hochschulbereich vorzunehmen. Seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 hat sich da einiges angestaut. Im Jahr 2019 werden auch die bisher noch fließenden Entflechtungsmittel des Bundes entfallen. Es wird also höchste Zeit, dass wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir den Hochschulbau effizienter gestalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Viele Hochschulen fordern ja schon lange die Möglichkeit einer eigenen Bauherrnereignenschaft. Ich glaube, wir müssen jetzt recht schnell gemeinsam ausloten, welche Spielräume es für eine sukzessive, eine modellhafte, eine mit Bedingungen belegte Übertragung von Bauherrnereignenschaften auf die Hochschulen selbst möglicherweise gibt. Wir von der CDU sind jedenfalls gewillt, dieses Thema vehement anzugehen.

Meine Damen und Herren, die CDU hat – das ist eben auch schon angesprochen worden – früh erkannt, dass die Hochschulen bei ihrer Finanzierung Planungssicherheit brauchen.

Deswegen haben wir ja das Instrument der Hochschulpakete erfunden. Die Hochschulen erhalten da über einen längeren Zeitraum hinweg, als ihn ein Doppelhaushalt abdeckt, Finanzierungszusagen. Wir freuen uns, dass auch die vorherige, grün-rote Landesregierung einen solchen Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 abgeschlossen hat. Er hat eine Gültigkeit bis zum Jahr 2020. Der Kollege Salomon hat es eben auch schon gesagt: Wir müssen demnächst in die Verhandlungen zu dem Folgevertrag einsteigen. Meiner Ansicht nach müssen wir nicht so viele zusätzliche Politikziele daran koppeln. Aber das werden wir dann sehen.

Tatsache ist jedoch auch: Durch solch einen Hochschulfinanzierungsvertrag wird der Spielraum eines Einzelplans ganz stark eingeschränkt. Die zugesagten Verpflichtungen müssen und sollen natürlich eingehalten werden, aber sie binden doch auch ganz extrem Mittel.

Dazu gehören z. B. auch die Qualitätssicherungsmittel, die die Vorgängerregierung den Hochschulen versprochen hat. Die steigen ja jetzt an. Sie erinnern sich: Bei der Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren im Jahr 2012 wurde den Hochschulen zugesagt, dass sie stattdessen steuerfinanziert sogenannte Qualitätssicherungsmittel erhalten. 280 € pro Student waren damals zugesagt. Bisher flossen damit 173,4 Millionen € an die Hochschulen. Doch weil die Zahl der Studierenden jetzt steigt, müssen natürlich auch diese Qualitätssicherungsmittel angehoben werden. Das sind noch einmal erkleckliche Summen.

Neuerdings werden diese Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung überführt; sie haben also, von den Studiengebühren kommend, eine ziemliche Geschichte hinter sich. Jetzt gibt es neue Studiengebühren, wobei man sagen muss: Es ist gut, dass den Hochschulen davon auch Mittel verbleiben – 300 € von 1 500 € pro Semester. Das brauchen die Hochschulen auch für den Betreuungsaufwand, den sie für diese Klientel leisten müssen.

Aber, meine Damen und Herren, aus unserer Sicht hätte es dieser Springprozession, ehrlich gesagt, nicht bedurft: Abschaffung der Studiengebühren, Überführung der Qualitätssicherungsmittel in Grundmittel und jetzt Einführung neuer Studiengebühren. Aber wir geben zu, die Hochschulen brauchen dieses Geld,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

vor allem, wenn wir uns anschauen, mit welchen Einsparauflagen das Wissenschaftsministerium belastet wird. Es ist wirklich eine ganz hohe Summe, die dem Ministerium als Einsparauflage aufgeladen wird: ab 2019 dauerhaft jährlich 94,6 Millionen €. Das ist wirklich viel und schmerzhaft, vor allem, wenn wir betrachten, welche weiteren Verpflichtungen den Spielraum des Wissenschaftsministeriums einengen.

Sie wissen, dass Bund und Länder eine neue Exzellenzstrategie aufgelegt haben, und wir hoffen natürlich, dass die Anträge aus Baden-Württemberg dabei erfolgreich sein werden. Es sieht im Moment auch ganz danach aus. Aber 25 % der Kosten für jedes Projekt muss das Land dann selbst übernehmen. Dafür sind für 2019 vorsorglich 26 Millionen € eingestellt. Zusätzlich wollen wir natürlich die auslaufenden Projekte der

(Sabine Kurtz)

Exzellenzinitiative II auch langfristig sichern. Denn nur so können wir hier aus diesem Bund-Länder-Programm wirklich langfristig Honig saugen und die strukturellen Wirkungen und Erfolge für unseren Wissenschaftsstandort sichern.

Aber wir sind davon überzeugt: Auch wenn diese beachtlichen Mittel jetzt und im künftigen Haushalt fest gebunden sind, ist es gut angelegtes Geld; denn diese Mittel dienen unserem Forschungsstandort und der Exzellenz im Land.

Doch ich will betonen, dass wir auch eigene Akzente im Land setzen. Ein Beispiel dafür ist die „High Performance Computing“-Strategie des Landes. Dafür investieren wir bis 2024 76 Millionen € in das Höchstleistungsrechenzentrum Stuttgart. Dieser Höchstleistungsrechner wurde schon 1996 als erstes nationales Bundeshöchstleistungsrechenzentrum eingerichtet und ist seit 2007 mit einem vergleichbaren Zentrum in Jülich und in München-Garching vernetzt. Das ist also wirklich ein ganz spezieller Klub, will ich mal sagen. Dieser Höchstleistungsrechner dient natürlich in erster Linie Wissenschaft und Forschung.

Aber auch die bei uns angesiedelten großen Konzerne lassen dort rechnen. Was ich wirklich ganz speziell finde, ist, dass dieses Höchstleistungsrechenzentrum die freien Kapazitäten auch kleinen und mittleren Unternehmen anbietet, damit sie dort rechnen lassen können. Sie profitieren davon. Das passiert nicht nur mit der Automobilindustrie, sondern beispielsweise auch mit der Filmwirtschaft hier in der Raumschaft. Auch dies ist ein wunderbares Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft.

Ich finde es wichtig, dass wir diese Weichen so stellen, um solche Forschungsleuchttürme bei uns in Baden-Württemberg zu haben.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr und Alexander Salomon GRÜNE)

Ich will noch einmal deutlich sagen: Wir brauchen diese Finanzierungsmöglichkeiten. Wir wollen Wissenschaft und Forschung im Land stärken. Solche Einsparauflagen, die das Ministerium jetzt verkraften muss, sind wirklich bitter. Es sind Investitionen in die Zukunft im besten Sinn des Wortes. Ich glaube, dass die digitale Transformation uns wirklich noch sehr viel abverlangen wird. Es ist wichtig, dass wir bei dem Neuland, das wir da betreten, wirklich exzellente Wissenschaftler an der Seite haben, die uns fragend, forschend und entwickelnd auf diesem Weg begleiten. Meine Damen und Herren, dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Lieber Herr Minister Hermann, extra für Sie habe ich den Anfang meiner Rede umgeschrieben.

(Zuruf: Wow!)

Welche Antriebsart hatten die Kraftfahrzeuge im Jahr 1900 überwiegend? Über 80 % der Kraftfahrzeuge hatten damals einen Elektroantrieb, meine Damen und Herren. 1920 hatten in Berlin alle Zustellerfahrzeuge – private Pkws gab es noch nicht viele –, alle sogenannten Postfahrzeuge einen Elektroantrieb.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Falsche Rede!)

Warum sage ich das? Herr Sckerl, damit Sie sich nicht so erschrecken müssen:

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Falsche Rede!)

Vorhin gab es zum Thema Innovation Kritik in unsere, in meine Richtung, die ich so nicht stehen lassen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Eines der ersten Fahrzeuge, die von Ferdinand Porsche, einem großen Erfinder, entwickelt wurden

(Minister Winfried Hermann: War elektrisch!)

– nein, war kein Heckantriebler –, war ein Allradantriebler mit vier Radnabenmotoren, elektrisch angetrieben.

(Minister Winfried Hermann: Sage ich doch! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, wir sind beim Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ich weiß. Aber es gehört zum Thema „Wissenschaft und Forschung“;

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

ohne Zweifel nicht zum Thema Kunst – aber was der Mensch verhunzt, ersetzt die Kunst; insofern gehört es auch wieder dazu.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der letzte 911er, der in den Siebzigerjahren gebaut worden ist – ich könnte jetzt etwas zu den Motoren sagen –, hatte auch einen Elektroantrieb.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was der alles weiß!)

Warum hat sich der Ottomotor – vom Dieselmotor waren wir da noch weit entfernt – damals, in den Dreißigerjahren, durchgesetzt? Weil Robert Bosch von der Summerzündung über die Magnetzündung die Kontaktzündung entwickelt hat.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Heute haben wir allerdings kontaktlose Zündungen – nur mal so am Rande.

Meine Damen und Herren, die Elektromobilität ist keine Innovation. Innovation ist erforderlich im Bereich der Batterietechnik.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Dr. Balzer, jetzt muss ich ernsthaft einschreiten. Kommen Sie bitte zum Thema.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Jetzt komme ich zum Thema Wissenschaft.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Aber umgehend.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Der Verkehrsminister ist ein Ideologe!)

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Nein, das ist keine Ideologie. Das sind einfach Tatsachen.

Was ist Wissenschaft? Der methodische Prozess des nachvollziehbaren Forschens und Entdeckens. – Leider ist Herr Schwarz auch nicht mehr da. Ihm wollte ich sagen: Wissenschaft – –

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ich bin da!)

– Das ist gut. Das ist sehr gut, dass Sie da sind. Dann freue ich mich, dass ich das ausführen darf.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wissenschaft muss präzise und wertfreie Beschreibungen liefern.

(Beifall bei der AfD)

Eindeutigkeit, Objektivität, Überprüfbarkeit, Verlässlichkeit und Redlichkeit kennzeichnen die Werte der Wissenschaft. Warum muss ich das an dieser Stelle sagen? Wissenschaft muss ergebnisoffen sein.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Es ist höchst unwissenschaftlich, wenn man dem Konstrukteur einer Maschine – Autos bzw. Pkws gehören auch zu den Maschinen – die Antriebsart vorschreibt, und das machen Sie mit Ihren Vorgaben zur Innovation bei der Elektromobilität.

(Beifall bei der AfD)

Sie müssten vorschreiben: Schadstoffarmut.

(Abg. Sabine Wölfe SPD: Thema verfehlt! Setzen!)

Da wollte ich Herrn Schwarz fragen und ihn vielleicht auch damit kitzeln, dass ich sage: Schon bei der Definition des Begriffs Schadstoff – bei einer wissenschaftlich haltbaren Definition; nicht Feinstaub, bei dem man husten muss, sondern eine schadstofffreie Mobilität; die Begrifflichkeit ist gestern gefallen – würden manche hier ins Schwanken kommen, es sei denn, sie stehen auf einem stabilen, rein ideologischen Fundament. Das ist ja bei vielen Menschen gegeben.

(Zuruf: Bei der AfD!)

Dann schwankt natürlich nichts, keine Frage. Aber mit Wissenschaft, meine Damen und Herren, hat das alles nichts zu tun.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abgeordneter!

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Deswegen muss ich auch sagen: Wenn der Herr Ministerpräsident – der uns leider heute auch nicht mehr die Ehre gibt;

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Der hat es gut bei Ihrer Rede!)

das ist bedauerlich –

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ja!)

sagt, die Automobilindustrie stehe vor einer Zeitenwende, dann klingt das so, als wäre ein unplanbares Ereignis über uns hereingebrochen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie reden doch nicht über Wissenschaft!)

Die Zeitenwende im Automobilbau bricht nicht einfach über uns herein. Ich habe gerade deswegen versucht, diesen historischen Entwicklungsstrang der Mobilität, der Antriebstechnik zu erklären.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Balzer, einen Moment bitte. Ich bin jetzt hereingekommen. Wir beraten den Einzelplan 14. Reden Sie bitte zur Sache.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Richtig, zur Wissenschaft, zur Sache.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Zum Einzelplan 14! Es geht um den Einzelplan 14. Reden Sie bitte dazu.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Gehen wir zum Einzelplan 14. Sie fordern das, und das ist ja auch richtig. Aber trotzdem muss ich die Begrifflichkeit der Zeitenwende in diesem Zusammenhang erklären, oder ich muss etwas dazu sagen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Tatsache ist – letzter Satz zu diesen Ausführungen –:

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Seine Redezeit ist doch sowieso bald vorbei!)

Selbst dann, wenn wir kein CO₂ mehr in Baden-Württemberg oder in ganz Deutschland emittieren, wird sich das Weltklima nicht verändern.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Null Komma null!)

Insofern schüren wir keine Angst, sondern wir reden darüber, was den Bürgerinnen und Bürgern an der Politik möglicherweise Angst macht. Wir wissen ja alle noch: Vor 25 Jahren hatten wir das Thema Waldsterben, und heute wollen wir die Wald-Mensch-Beziehung von sechs Sozialwissenschaftlern im Nationalpark untersuchen lassen. Da sind gute, schöne Arbeitsstellen, aber leider überflüssige Stellen geschaffen worden.

(Widerspruch bei der SPD)

(Dr. Rainer Balzer)

Und jetzt wieder zurück zur Wissenschaft, zur Biologie. Es war eine Errungenschaft der Vorgängerregierung Grün-Rot. Herr Stoch, damaliger Minister, hat das Fach Biologie abgeschafft und durch das Fach Naturphänomene ersetzt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was reden Sie eigentlich für einen Unfug!)

– Ich habe das vor zwei Tagen selbst nachgelesen, dass Sie sich damals so geäußert haben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das scheint an Ihrer Lesekompetenz zu scheitern! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Dann korrigieren Sie es doch! – Weitere Zurufe)

Wissenschaft wurde damals durch Ideologie ersetzt – –

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Balzer, ich muss Sie nochmals zur Sache verweisen, zum Einzelplan 14. Herr Kollege Klenk hat Sie auch schon einmal darauf verwiesen. Beim nächsten Verweis muss ich Ihnen das Wort entziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Das ist eine Unverschämtheit! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Thema ist Wissenschaft!)

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Also gut, dann gehen wir direkt zur Haushaltsdebatte. Es ist die Gelegenheit, Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich zu debattieren. Wir reden ja sehr oft über Einzelpunkte und meinen, es betrifft uns nur indirekt, wenn z. B. im Bund über die Griechenlandrettung als Bundesthema abgestimmt wird. Wir wissen aber, Deutschland ist Hauptnettozahler in der EU, und das wird sich mit dem Brexit noch verstärken.

Bisher war bekannt, dass die Forschungsmittel aus Horizon 2020, dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation der Europäischen Kommission, aufgrund der Mittelbündelung für den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, EFSI, stark zusammengeschmolzen werden. Dieser Fonds ist besser bekannt als Juncker-Initiative; das kennen Sie bestimmt. Gestern durften wir von Minister Wolf – deshalb hier das seltene Lob an die Regierung – erfahren, dass bei Horizon 2020 Aufwüchse zu erwarten sind. Also ein Lob, und man sieht – der Herr Minister hat gestern darauf hingewiesen –: Selbstbewusstes Auftreten in der EU lohnt sich – wenn man das hier einmal so salopp sagen darf.

(Abg. Martina Braun GRÜNE: Noch immer das falsche Ressort!)

Unter „Übrige Einnahmen“ sind in diesem Einzeltitel des Haushalts Bundes- und EU-Mittel aufgeführt. Diese werden von 2017 auf 2018 um 13 % sinken. Steigen um 16 % werden hingegen die Verwaltungseinnahmen, und das sind u. a. die Verwaltungskostenbeiträge der Studenten. Angeblich wollen wir dagegen etwas unternehmen.

(Zuruf der Abg. Martina Braun GRÜNE)

Wollen wir das wirklich unwidersprochen hinnehmen? Vielleicht können uns im Bund CDU und SPD – noch Bundesregierung – die Ursachen und Gründe nennen.

Im Jahr 2015 hatten die Hochschulen in Baden-Württemberg Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen aus dem öffentlichen Bereich in Höhe von 86 Millionen €. Im Jahr 2016 waren es 99 Millionen €, und für die Jahre 2017 bis 2019 sind hier lediglich 327 000 € eingestellt, eine starke Veränderung.

Für die Planungssicherheit der Hochschulen und deren Angestellten wären aber Entscheidungskriterien und die Nennung der maßgeblichen Gründe wichtig. Hier und heute haben wir leider nicht die Möglichkeit, dies aufzuklären. Aber es gilt der Grundsatz: No taxation without representation. Im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg wurde darum gekämpft.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Unabhängigkeit der Wissenschaften ist uns ein hohes Gut.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Kriterien habe ich eingangs leider nur sehr kurz nennen dürfen; ich musste mich ja auf den Einzeltitel konzentrieren.

Sie alle kennen unsere Position und Forderung zur Landeszentrale für politische Bildung. Bei der Forderung nach Schließung der Landeszentrale schließe ich die Gedenkstättenarbeit und den Bereich des Schülerwettbewerbs ausdrücklich aus.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Da haben Sie gelernt! Bisher wollten Sie alles abschaffen!)

– Ja, natürlich! Ich behaupte ja, Wissenschaft und Forschung sind ergebnisoffen, und der Mensch ist, wenn er nicht ideologisch fixiert ist, durchaus in der Lage, etwas zu lernen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Letztes Mal wollten Sie noch alle anderen Gedenkstättenförderungen abschaffen! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Diesen Lerneffekt sehen wir bei Ihnen nicht!)

Eine Einschätzung dieses Schülerwettbewerbs meinerseits ist Anerkennung und Unterstützung. Deswegen jetzt die Begründung für das Schließen der Landeszentrale als Herausgeberin der „Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte und Wirtschaft“ und des Heftes „Bürger & Staat“: Arbeiten diese Bereiche tatsächlich wissenschaftlich sauber? Wenn ich mir beispielsweise das Heft Nummer 72 aus dem letzten Jahr oder das Heft aus dem Jahr 2017 zum Thema Rechtspopulismus anschau, kann ich diese Frage nicht bejahen.

(Beifall bei der AfD)

Im Grunde genommen wird unmittelbar Populismus und Fremdenfeindlichkeit mit einer einzigen Partei in Deutschland verknüpft.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mit der AfD!)

Mit einer einzigen Partei – jetzt dürfen Sie raten, mit welcher.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie sind ja befangen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Bürgerschaftliches Engagement wird positiv nur im Themenfeld Willkommenskultur dargestellt. – Möglicherweise bin ich befangen, lieber Herr Kollege. Aber ich habe den Parteinamen ja gar nicht genannt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Rainer Balzer)

In diesen Heften gibt es auch ein Planspiel. Dieses Planspiel zeigt den Weg der Migranten von Afrika nach Europa.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Was hat das jetzt mit dem Haushalt des MWK zu tun?)

– Was hat das mit dieser Anstalt und mit dem Haushalt zu tun? Wenn wir fordern, dass wir dort Mittel reduzieren oder kürzen,

(Abg. Martina Braun GRÜNE: Das ist das falsche Ressort!)

dann müssen wir das doch begründen. Wir stehen – im Gegensatz zu dem, was manche meinen – sehr deutlich zum Asylgesetz. Aber wir und Sie alle wissen, dass die Mehrheit, die große Mehrheit der hier in unser Land einströmenden Migranten keinen echten Asylgrund haben, sondern aus Gründen kommen, die im Einzelfall vielleicht nachvollziehbar sind.

(Zurufe)

Deswegen zur Landeszentrale für politische Bildung: Wir haben uns gestern zum Thema Gehörtwerden ausführlich einigtes anhören dürfen. Der Herr Ministerpräsident hat ausgeführt, dass er mit Bürgern, die sonst eher nicht politisch engagiert sind, also zufällig Ausgewählten, ins Gespräch gekommen ist. Dabei muss er doch auch gehört haben, dass sehr viele Menschen unzufrieden sind mit der Veränderung der Zusammensetzung der Bevölkerung in den deutschen Innenstädten. Es wäre nun Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung gewesen, durch saubere Darstellungen von Pro- und Kontra-Positionen schwierige gesellschaftspolitische Themen aufzuarbeiten – Wissenschaft und Forschung; ich habe es vorhin schon angesprochen. Genau diesen Kriterien genügen aber die aufgezählten und genannten Magazine nicht. Daher ist dem Antrag auf Streichung der entsprechenden Mittel zuzustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Ich meine in der Tat – abschließende Bemerkung zur Landeszentrale –, dass vor 20 oder 30 Jahren die dort veröffentlichten Hefte für den Einsatz an Schulen prädestiniert waren, und zwar durch vernünftige Ausarbeitung der Pro- und Kontra-Positionen. Heute werden offenbar einfach politische Positionen dargestellt

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

und unter die Leserschaft gebracht. Das ist nicht die Aufgabe.

An dieser Stelle muss auch gefragt werden, warum die Landeszentrale für politische Bildung, wenn sie wissenschaftliche Arbeit betreibt, nicht an das Wissenschaftsministerium angebunden wird oder warum sie, sofern sie pädagogisch arbeitet, nicht im Kultusministerium eingebunden ist.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Balzer, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abg. Böhlen zu?

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Nein, allenfalls zum Schluss. Ich möchte meine Gedanken ausführen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Martin Rivoir SPD: Welche Gedanken?)

Präsidentin Muhterem Aras: Zum Schluss ist das dann keine Zwischenfrage mehr.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Richtig, dann wäre es eine Schlussfrage. Genau.

Die Einführung der Studiengebühren für internationale Studierende war im vergangenen Jahr Hauptthema im zuständigen Ausschuss. Diese Gebühren sind richtig und notwendig. Es ist vorrangiges Ziel unserer Hochschulen und Universitäten, eine optimale Ausbildung für unseren eigenen Nachwuchs zu bieten.

(Zuruf des Abg. Ramazan Selcuk SPD)

Wissenschaft und Forschung waren schon immer international. Gute Forschungsergebnisse wurden schon immer international wahrgenommen und diskutiert. Internationalisierung erreicht man nicht, indem man Flüchtlinge oder Migranten mit zweifelhafter Schulbildung integriert, sondern indem man gute Voraussetzungen für die Lehre schafft und ideale Forschungsbedingungen bietet.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir fordern daher eine Erhöhung der Studiengebühren auf einen 100-prozentigen Kostendeckungsgrad,

(Zurufe)

und wir fordern eine Rückführung der Stipendien auf den Stand von 2016. Denn die Förderung einer Migration über die Hochschulen und Universitäten ist nicht die Aufgabe des deutschen Steuerzahlers.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Studienplätze müssen vorrangig den Kindern derjenigen Menschen zur Verfügung stehen, die diese auch finanzieren. Deshalb fordern wir die Streichung von etwa 2,5 Millionen € für Stipendien und Studienbeihilfen für ausländische Studenten. Mittelfristig sind grundsätzlich Studiengebühren auch für Ausländer aus anderen EU-Ländern anzustreben. Bekanntlich zahlen deutsche Studenten in Cambridge oder an der Sorbonne auch Studiengebühren.

An der Universität Konstanz kam es zu einem deutlichen Stelenaufbau. Konstanz ist die Universität mit den meisten Studiengängen in englischer Sprache. Bei diesen Studiengängen wird der Anteil der internationalen Studenten von vornherein festgelegt. Er liegt bei etwa 40, 50 und in manchen Studiengängen bei 100 %. Die restlichen Prozente verteilen sich dann – aber nicht etwa auf deutsche Studenten oder auf die Studenten aus Baden-Württemberg,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

nein, die restlichen Prozente verteilen sich auf Studenten aus den EU-Ländern und auf Bildungsinländer, also auf Menschen mit deutschem Abitur.

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Skandal!)

(Dr. Rainer Balzer)

– Ob es ein Skandal ist, weiß ich nicht. Ich möchte aber die Frage stellen, ob der Steuerzahler – der Arbeiter, der Meister, der Schlosser –, der diese Universitätsausbildung finanziert, nicht eher annimmt, dass sie für seine Kinder sein könnte. Das frage ich mich an dieser Stelle. Ich habe Zweifel, dass die Bürger über die richtige Verwendung dieser Mittel Bescheid wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Das nennen Sie von der SPD gerecht? – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Studiengänge in englischer Sprache führen dazu, dass der Steuerzahler in Baden-Württemberg das nahezu kostenlose Studium ausländischer Studenten finanziert.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Ob Sie das unter dem Begriff „Gerechtigkeit“ subsumieren möchten, überlasse ich Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die gleiche Diskussion haben wir bei den Russlanddeutschen gehabt! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Da gibt es aber einen Unterschied!)

Die Verfassten Studierendenschaften wurden 2012 von der grün-roten Landesregierung eingerichtet.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Balzer, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Muss ich schon zum Schluss kommen? Das ist ja furchtbar.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Frage müssen Sie noch zulassen! – Weitere Zurufe)

Dann fasse ich an dieser Stelle zusammen: Wir fordern die Streichung der Stipendien für internationale Studierende und der finanziellen Förderung der sogenannten Chancengleichheit sowie mehr Eigenverantwortung auf diesen Gebieten.

Die AfD-Fraktion fordert vor allem, dass auf der Einnahmeseite sichergestellt wird, dass die internationalen Studenten und die Studenten aus anderen EU-Ländern nicht auf Kosten des deutschen Steuerzahlers studieren. Hierfür müssen die Studiengebühren für internationale Studenten kostendeckend gestaltet werden,

(Beifall bei der AfD)

die EU-Zuschüsse für deutsche Hochschulen deutlich erhöht und verlässlich gestaltet werden.

Danke.

(Beifall bei der AfD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Was war jetzt zu dem Einzelplan 14?)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Rolland das Wort.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Erzählen Sie doch einmal etwas über den Weihnachtsmarkt!)

Abg. Gabi Rolland SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich erlaube mir, zum Einzelplan 14 zu sprechen.

Sie haben alle bei der Lektüre des Einzelplans 14 gemerkt, dass auch er von der hervorragenden finanziellen Lage des Landes profitiert. Unter dem Strich können die Hochschulen tatsächlich zufrieden sein. Sie werden ordentlich bedient.

(Beifall der Abg. Martina Braun GRÜNE)

Die Grundlage des Ganzen ist der Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“, der die Grundlage für diese Planungssicherheit und für die Ausbauperspektive der Hochschulen geschaffen hat und den die SPD gemeinsam mit den Grünen noch auf den Weg gebracht hat.

Aus heutiger Sicht wissen wir allerdings – das ist klar –: Der nächste Hochschulfinanzierungsvertrag muss vor allem die Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit dem Blick auf Digitalisierung und Erhöhung der Grundfinanzierung, aber auch die Duale Hochschule Baden-Württemberg im Blick haben, wenn diese Hochschulart noch eine Zukunft im Land haben will.

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass sich Grün-Schwarz durchgerungen hat, 200 zusätzliche Studienplätze an den PHs, den Pädagogischen Hochschulen, für die Grundschullehrkräfte zu schaffen. Das ist ein Schritt, der längst überfällig war und den wir lange angemahnt haben.

Wir hätten uns allerdings auch gewünscht, dass Sie sich durchringen können, an den PHs zusätzliche Sonderpädagogikstudienplätze einzurichten. Denn wir wissen, der Bedarf ist da. Inklusion ist real und braucht eine gute Umsetzung.

Es mag sein, dass diese Studierenden erst in ein paar Jahren fertig sind, was Sie uns ja entgegenhalten. Aber auch das kann man nicht gelten lassen. Denn es ist ganz klar: Wer heute nicht ausgebildet, hat morgen auch keine Fachkräfte. Die Engpässe werden heute produziert.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der vollen Kassen ist der SPD-Fraktion absolut unverständlich, dass die Regierung an den Studiengebühren für die internationalen Studierenden festhält. Die „Bauer-Maut“ ist nach wie vor unsozial, diskriminierend und ungerecht. Sie schwächt den kulturellen Austausch in den Hochschulen, die Entwicklungszusammenarbeit des Landes, die Internationalisierung der Hochschulen und selbstverständlich auch den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die aktuellen Zahlen zeigen: Die ausländischen Studierenden bleiben unseren Hochschulen fern.

(Abg. Anton Baron AfD: Und jetzt?)

Es wird sich zeigen, wie sich die Bewerberinnenzahlen entwickeln.

(Abg. Anton Baron AfD: Und jetzt? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch Bewerber!)

(Gabi Rolland)

Schlimm ist, dass sich zukünftig nur noch diejenigen an unseren Hochschulen bewerben werden, die genügend Geld in der Tasche haben, und eben nicht mehr die Besten.

(Abg. Anton Baron AfD: Und jetzt? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deshalb und auch wegen des hohen Verwaltungsaufwands lehnen die Hochschulen, die Senate, die Studierendenwerke, aber auch der Wissenschaftsrat genau diese „Bauer-Maut“ ab.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Rolland, deswegen haben wir Stipendien!)

Sie, Frau Ministerin, haben das auch zu verantworten. Das haben inzwischen auch die Mitglieder der grünen Partei verstanden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Außer auf dem Landestag!)

Denn Sie haben in dieser Frage nur eine sehr knappe Mehrheit Ihrer eigenen Basis, die Sie stützt.

Nicht nachvollziehbar für die SPD-Fraktion ist, dass Sie die Studierendenwerke rupfen. Es mag sein, dass der Bau von Wohnheimen im Augenblick stottert. Aber es ist doch Ihre Verantwortung, Frau Ministerin, dem studentischen Wohnen Rückenwind zu verschaffen. Das könnten Sie tun, indem Sie die geeigneten Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zur DHBW. Dass Sie unseren Antrag, für Lehrbeauftragte dort mehr Geld auszugeben, ablehnen, müssen wir akzeptieren. Was aber überhaupt nicht in Ordnung ist, ist Ihre Begründung. Denn sie zeigt, dass Sie offensichtlich keine Ahnung haben, was an den Studienakademien vor Ort los ist. Denn wenn Sie sich darum kümmern würden, wüssten Sie, dass es heute schwierig ist, für die Standorte der DHBW Lehrbeauftragte zu finden, die die Lehre an dieser Hochschule aufrechterhalten. Denn heute ist es halt keine Ehre mehr, für ein Butterbrot an der Hochschule des Landes zu arbeiten.

Nach dieser Kritik werden Sie sich kaum wundern, dass die SPD-Fraktion diesem Einzelplan nicht zustimmen wird. Mein Kollege Martin Rivoir wird in seinem Redebeitrag zum Bereich Kunst dann auch noch einen weiteren Punkt benennen, warum wir zum Einzelplan 14 Nein sagen.

Wir haben aber auch Zweifel, Frau Ministerin, dass der Einzelplan 14 bei Ihnen in guten Händen ist. Zwar ist die finanzielle Schieflage der DHBW inzwischen schon von Gras überwachsen. Der Zustand der Beamtenschule in Ludwigsburg offenbart aber, Frau Ministerin, dass Sie die Dinge weiterhin nicht im Griff haben. Rechtswidrige Zulagen werden weiter bezahlt, angeklagte Professoren erhalten über diese Zulagen hinaus noch weitere Leistungszulagen, der neue Rektor scheint zu seinem Status quo des Gewährenlassens zurückzukehren, ein größeres Mobbing der Professoren, die diesen Zustand durchbrechen wollen, greift immer stärker um sich, und es mehrten sich die Hilferufe aus der Beamtenschmiede an uns, z. B. im Untersuchungsausschuss.

Und was machen Sie, Frau Ministerin? Sie bestellen den Rektor ein, und der weiß Sie zu beruhigen. Es kann ja wohl nicht

sein, dass Sie angesichts dieser massiven Vorwürfe der Professorinnen und Professoren zu den Zuständen in dieser baden-württembergischen Hochschule

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Haltlose Vorwürfe! Die stimmen doch alle gar nicht!)

lediglich den Rektor einbestellen, und dann soll alles gut sein.

(Zuruf des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Das nennen wir verantwortungslos. Da müssen Sie anders aktiv sein.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, auch aus diesem Grund zeigen wir Ihnen heute die gelb-rote Karte für Ihren Haushalt.

(Oh-Rufe von den Grünen und der CDU)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es je noch eines Beweises bedurft hätte, dass die AfD nicht gewillt ist, inhaltlich mitzuwirken, lieber Herr Kollege Balzer, dann haben Sie ihn heute geliefert.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Nachdem Sie alle unsere Anträge abgelehnt haben! Das sagen die Richtigen!)

„Sehen, um vor auszusehen, so lautet der Spruch der wahrhaften Wissenschaft“, hat der französische Philosoph und Soziologe Auguste Comte bemerkt. Der vorliegende Haushalt des MWK lässt gleichwohl das Vorausschauende oder gar Visionäre vermissen: ein Haushalt mit Licht und, der Jahreszeit entsprechend, mehr Schatten.

Licht sehen wir darin, dass das Ministerium quasi auf den letzten Drücker den Haushalt um den Ausbau von 200 zusätzlichen Studienplätzen für das Grundschullehramt ergänzt hat, um insgesamt dem Lehrbedarf, der bis 2025 deutlich steigen wird, gerecht zu werden.

Einen Lichtschimmer vernehmen wir zudem in der Steigerung der Investitionen in den Hochschulbau bzw. die Sanierung. Diesen Schritt begrüßen wir ausdrücklich, haben wir doch die Umsetzung der seinerzeit in den Nebenabreden angekündigten Investitionsoffensive für den Hochschulbau im vergangenen Jahr angemahnt.

Gleichwohl bleibt zu attestieren, dass die bauliche, die räumliche Situation an den Hochschulen im Land teilweise dramatisch ist, von notwendigen Maßnahmen im Brandschutz ganz zu schweigen, und die angesetzten Mittel nur einen kleinen, ersten Schritt darstellen können. Eine Konzeption, die dem unstrittig erheblichen und teils akuten Handlungsbedarf gerecht werden kann, ist bedauerlicherweise nicht erkennbar.

Äußerst kritisch zu betrachten und durchaus misslich ist hingegen der vom Ministerium eingeschlagene politische Irrweg,

(Nico Weinmann)

an unseren Hochschulen Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer einzuführen. Wir erinnern uns: Mit Verweis auf die Einsparauflage argumentierte Frau Ministerin Bauer, dass eine Einnahmesteigerung unumgänglich sei.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Die Einführung solle – hurra! – für den Landeshaushalt kostenneutral erfolgen. Schließlich verbleibt der Mehraufwand bei den Hochschulen, denen lediglich eine bescheidene Provision von 20 % der Gebühren verbleibt.

Die eigentliche Motivation für die Hochschulen, diesem Irrsinn zuzustimmen, wurde wohl auch eher dadurch abgenötigt, dass trotz sprudelnder Steuereinnahmen mit Kürzungen in Hochschulbudgets gedroht wurde. Laut dpa vom 5. Dezember dieses Jahres könnten die Unirektoren – ich zitiere – „die Maßnahme mittragen, weil ansonsten der Rotstift bei ihnen angesetzt worden wäre“, wird der Landeschef Wolfram Ressel, Rektor der Universität Stuttgart, zitiert. Und weiter: „Es sei schwerer zu verkraften gewesen,“ – so Ressel – „wenn jede Uni auf 1 bis 2 Millionen € hätte verzichten müssen.“ Offensichtlich scheint diese Drohkulisse Wirkung entfaltet zu haben.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das ist ja ungeheuerlich!)

Sämtliche von uns und im Rahmen der Anhörung von zahlreichen Experten befürchteten Auswirkungen sind – für den Hochschulstandort Baden-Württemberg bedauerlich – eingetreten. Ohne Zweifel – so die Rückmeldung aus den Hochschulen – laufen wir Gefahr, die Internationalisierungsbemühungen unserer Hochschulen zu konterkarieren. Im aktuellen Wintersemester haben sich nur noch 5 155 internationale Studierende eingeschrieben. Das entspricht einem Rückgang von keineswegs moderaten 21,6 % zum Vorjahreswintersemester, in dem sich noch 6 448 eingeschrieben hatten.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Hört, hört!)

Dabei sollten Sie sich, Frau Ministerin, die Botschaft Johann Wolfgang von Goethes in Erinnerung rufen, der sagte:

Die Geschichte der Wissenschaften ist eine große Fuge, in der die Stimmen der Völker nach und nach zum Vorschein kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

Höchst problematisch, so berichten uns Studierende wie Hochschulen unisono, sind die zahlreichen unübersichtlichen Ausnahmetatbestände und die satzungsmäßige Ausnahmemöglichkeit für bedürftige Studierende, die im Ergebnis nicht nur den bürokratischen Aufwand wesentlich erhöhen, Frustration erzeugen und die Einnahmesituation verkomplizieren.

Es ist schon ein Treppenwitz, wenn Sie, werte Frau Ministerin Bauer, den Plan präsentieren, wie Sie weniger gut situierte Studierende, beispielsweise aus Afrika, von der Gebühr freihalten möchten. Neben der satzungsmäßigen Ausnahmemöglichkeit für 5 % der internationalen Studierenden, von der bisher aufgrund der in Kauf genommenen Kurzfristigkeit nur 9 von 45 Hochschulen im Land Gebrauch gemacht haben, soll

nun das Baden-Württemberg STIPENDIUM in diesem und im kommenden Jahr im Umfang von je 1 Million € auf dann 7,5 Millionen € aufgestockt werden.

Eine abenteuerliche Milchmädchenrechnung: im Haushaltsplan des Ministeriums Einnahmen aus Ausländerstudiengebühren einzuspeisen, die eigentlich mit millionenschweren Gegenmaßnahmen zugunsten der Internationalisierung kompensiert werden. Solides Haushalten sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Herr Kollege Fraktionsvorsitzender Schwarz hat in der gestrigen Aussprache zum Staatshaushaltsplan die Entscheidung zur Einführung von Ausländerstudiengebühren als mutigen Schritt bezeichnet. Es scheint, als habe der geschätzte Kollege Schwarz Mut mit Tollkühnheit verwechselt. Denn in der Tat ist die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer keinesfalls geeignet, eine Erfolgsgeschichte zu werden.

Erwartungsgemäß werden Sie jetzt darauf hinweisen, dass die schwarz-gelben Koalitionäre in Nordrhein-Westfalen die Einführung von Ausländerstudiengebühren im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Echt?)

Doch Äpfel mit Birnen zu vergleichen war selten sinnvoll.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau!)

Zur Erinnerung: In Nordrhein-Westfalen gerieten die Hochschulfinanzen nach der Abschaffung von allgemeinen Studiengebühren durch die dortige rot-grüne Landesregierung in eine massive Schieflage. Die augenscheinlich unzureichenden Kompensationsmittel haben nicht ausgereicht. Die laufenden Ausgaben je Studierendem divergieren zudem im Vergleich zur hiesigen Situation deutlich. Dadurch sind dramatische Haushaltslöcher im Hochschulbereich entstanden. Die aktuellen Koalitionäre standen und stehen nun vor der schwierigen Aufgabe, die jahrelang betriebene Misswirtschaft zu bereinigen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Auch bei der Betreuungsrelation, also dem Verhältnis von Studierenden zu wissenschaftlichem Personal, ist NRW bundesweit einsames Schlusslicht. Die Ausgangslage ist also eine völlig andere, als wir sie hier im Land vorfinden. Ein Vergleich verbietet sich bei seriöser Herangehensweise.

Nachdem allerdings in NRW vereinbart wurde, aus den Erfahrungen in Baden-Württemberg Lehren zu ziehen, sind wir guter Dinge, dass zumindest die zusätzlichen Mittel dort auch tatsächlich den Hochschulen zufließen und nicht der Sanierung eines verfehlten Haushalts dienen und somit vielmehr ein effektiver Beitrag zur Verbesserung der Betreuungsqualität und der Lehre geleistet werden wird.

Es wird Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht überraschen, dass wir in Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer für unser Land keine tragfähige, zukunftsorientierte Lösung für eine solide, langfristig verlässliche Hochschulfinanzierung sehen.

(Nico Weinmann)

Bekanntlich werden in den nächsten Jahren die Entflechtungsmittel des Bundes auslaufen; gleichzeitig greift die Schuldenbremse. Die Antwort der Landesregierung auf diese Herausforderung für den Wissenschaftshaushalt: die übernommene Erfindung der impliziten Verschuldung, die den fraglos kostenintensiven Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulimmobilien zur Schuldentilgung adelt, und eben die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer. Visionen? Fehlanzeige.

Eine zukunftsweisende Hochschulfinanzierung kommt aus unserer Sicht nicht ohne die finanzielle Beteiligung aller Studierenden an den Bildungskosten aus. Dieses Finanzierungsmodell ist sozial gerecht. Denn wenn die sozial schwächeren Schichten unterstützt werden sollen, dann sollte die Unterstützung beim Individuum ansetzen und nicht in der Bereitstellung einer kostenlosen Dienstleistung für alle.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern
FDP/DVP: Richtig! Sehr gut! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE meldet sich.)

Wir haben deshalb im Bundestagswahlprogramm eine elterneinkommensunabhängige BAföG-Förderung vorgeschlagen. Eine weitere Entzerrung der finanziellen Belastung der Studierenden gelingt mit dem Modell nachlaufender Studiengebühren,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

die die Studierenden und ihre Familien nicht während des Studiums belasten.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Salomon zu?

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, nein.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Daher haben wir in einem Haushaltsantrag die Einsetzung einer Kommission beantragt, die echte nachgelagerte und in der Rückzahlungsmodalität einkommensabhängige Studiengebühren in Höhe von 500 € je Student und Semester konzipieren soll. Hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie einem langfristig orientierten Modell zustimmen, das die vielfache Zustimmung aus der Hochschullandschaft erfährt.

Gestatten Sie mir noch wenige Worte zu den vorliegenden Anträgen. Sie sehen, wir werden das in einem Durchmarsch machen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Dazu habe ich eine Frage!)

Auch in diesem Jahr beantragt die SPD den Verzicht auf die Erhebung von Eintrittsgeldern zum Besuch der Landesmuseen. Auch Frau Staatssekretärin Olschowski – in Kenntnis der Ablehnung durch den Koalitionspartner CDU – wird nicht müde, dieses Thema zu forcieren, wie aus dem „Staatsanzeiger“ vom 1. Dezember dieses Jahres hervorgeht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das darf sie!)

Ich zitiere:

Von besonderem Interesse wird für uns sein, ob andere Zielgruppen kommen und wer den freien Eintritt nutzt.

Der Verzicht auf Eintrittsgelder würde ohne Zweifel ein erhebliches Loch von rund 6 Millionen € in den Haushalt reißen. Wir sind der festen Überzeugung – dies wird auch aus kommunalen Erfahrungen gestützt –, dass einerseits die pauschale Kostenfreiheit nicht zu einer signifikanten Steigerung der Besucherzahlen führt, insbesondere nicht bei den Gruppen, die jetzt mit der Gebührenfreiheit angesprochen werden sollen, und andererseits die landeseigenen Museen bereits in ausreichendem Maß Möglichkeiten zum vergünstigten oder kostenfreien Eintritt an einzelnen Wochentagen oder zur Abendzeit geschaffen haben. Das Stiftermodell, in Anlehnung an die Finanzierung beim Museum Folkwang in Essen, oder die jüngsten Modelle am ZKM oder dem Württembergischen Landesmuseum zeigen uns den richtigen Weg auf.

Bei der Entwicklung des elektronischen BAföG durch die DZBW wollen wir die Notbremse ziehen. Auf unseren Antrag hin wurde uns bestätigt, dass die Austritte von vier der ursprünglich neun Länder aus dem BAföG-EDV-Verbund zum Jahresende absehbar zu Mehrkosten in Höhe von 39 000 € führen werden. Wiederholt geforderte Verbesserungen der Software, die einen Verbleib der Länder im Verbund gesichert hätten, sind schlechterdings nicht erreicht worden.

Dabei ist beispielsweise die Software für die digitale BAföG-Beantragung in der Nutzerphase nicht mehr als eine recht teure Ausfüllhilfe, da nur die Plausibilitätsprüfung genutzt wird, bevor man dann den Antrag ausdruckt und einsendet – eine als traurig zu bezeichnende Blüte der Digitalisierungsbemühungen der öffentlichen Verwaltung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Da wäre doch noch genug Zeit für meine Frage gewesen!)

Das kann der Markt – ganz im Sinne des Steuerzahlers – besser, schneller, innovativer und günstiger.

Auch wollen wir die jungen Innovatoren stärker fördern. Im Gegensatz zu den wohlklingenden Verlautbarungen im Entwurf des neuen Landeshochschulgesetzes, wonach Gründer Räumlichkeiten kostenfrei benutzen können sollen, ist im Format der Förderung junger Innovatoren der Sachaufwand bereits transparent im Haushalt hinterlegt.

Die in der Novelle vorgesehene Möglichkeit wird wohl auch aufgrund europäischer Beihilferegelungen ein zahnloser Tiger bleiben, denn die wenigsten Hochschulen verfügen über freie Räumlichkeiten oder ungenutzte Laborkapazitäten. Eine Mittelserhöhung bei dem Programm „Junge Innovatoren“ ist die logische und griffige Konsequenz zur Etablierung einer Gründerkultur an den Hochschulen – eine Initiative, Frau Ministerin, die wir ausdrücklich begrüßen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Da hätte ich drei Zwischenfragen stellen können!)

Als durchaus bemerkenswert erachten wir die Förderung der Internationalen Bauausstellungen in Stuttgart und Heidelberg. In den Beratungen zum Einzelplan 07 – Ministerium für Wirt-

(Nico Weinmann)

schaft, Arbeit und Wohnungsbau – haben wir erfahren, dass neben der Förderung der IBA Stuttgart im Jahr 2027 durch das Wirtschaftsministerium als dem zuständigen Ministerium auch eine Förderung der IBA Heidelberg durch das MWK als lokalem Partner geschieht. Auf Nachfrage beim MWK wurde die folgende Förderung mitgeteilt, die sich unverdächtig im Einzelplan 14 und eben auch im Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – versteckt. Ich zitiere aus der Beantwortung:

Da keine institutionelle Förderung für die IBA Heidelberg erfolgt – diese wäre im Wirtschaftsministerium zu etablieren –, gibt es derzeit nur einzelne IBA-Projekte, die landesseitig gefördert werden.

Im Übrigen im Umfang von 6,2 Millionen €.

(Zuruf: Oh!)

Die IBA Stuttgart bekommt über den Zeitraum 250 000 € jährlich, somit über zehn Jahre je 250 000 €, also insgesamt 2,5 Millionen €. Insofern drängt sich aufgrund der unbestrittenen Unzuständigkeit des MWK die Frage auf, ob sich die Ministerin nach der sprichwörtlichen „Bauer-Maut“ nun auf diesem Weg ein Denkmal in ihrem Wahlkreis setzen will. Sachliche Gründe für diesen Sonderweg konnten uns bisher nicht genannt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Fazit bei der Bewertung des vorliegenden Haushaltsplans möchte ich auf Dr. Rudolf Virchow zurückgreifen:

Es wird ja fleißig gearbeitet und viel mikroskopiert, aber es müsste mal wieder einer einen gescheiterten Gedanken haben.

In der Tat: Es gibt viel zu tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wissenschaft und Forschung sind der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. Diesen oder einen ähnlichen Satz haben Sie in all seiner Schönheit und Richtigkeit wahrscheinlich schon häufiger gehört.

Nach meiner Erfahrung ist es so, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes diesen Satz sehr wohl zu schätzen wissen. Sie haben keinen Zweifel daran, dass Wissenschaft und Forschung der Schlüssel sind. Denn sie leben und handeln alltäglich und ganz praktisch danach, indem sie einen ungebrochenen Bildungshunger an den Tag legen. Immer mehr junge Menschen, aber auch ältere Menschen, drängen an unsere Hochschulen, weil sie sich höher- und weiterqualifizieren wollen.

Noch nie waren deswegen so viele Studierende an den baden-württembergischen Hochschulen eingeschrieben wie in diesem Wintersemester. Es waren über 363 000 Menschen. Das ist ein Wachstum um fast 50 % über den Zeitraum der letzten

zwölf Jahre hinweg. Warum tun sie das? Weil sie wissen, dass Wissenschaft und Forschung der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes sind.

Entsprechend finden wir auch im ganzen Land überall Bürger, Unternehmer, Kommunen, Regionen, die bereit sind, in den Auf- und Ausbau der Wissenschaftseinrichtungen vor Ort zu investieren, weil sie eben wissen, dass Wissenschaft und Forschung der Schlüssel für unsere Zukunft sind.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wenn ich mir jedoch vergegenwärtige, wie es war, als wir den Einzelplan 14 im Ausschuss beraten haben, dieses Tempo – um nicht zu sagen: Schweinsgalopp –, mit dem dieser Einzelplan abgehandelt wurde, und wenn ich mir die Anträge der Opposition ansehe, von denen mindestens 80 % aus Anträgen der Vorjahre entnommen und per Copy-and-paste zusammengestückelt worden sind, dann frage ich mich wirklich, ob die Bedeutung dieses Themas auch bei den Oppositionsfraktionen angekommen ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ganz passend der Beitrag der AfD: Sie haben sich ja heute Abend nicht einmal die Mühe gemacht, zum Thema zu reden. Zum Thema ist Ihnen anscheinend gar nichts eingefallen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Man hat den Eindruck, es werden billige Sonntagsreden gehalten, die der Bedeutung, der Relevanz dieses Bereichs überhaupt nicht angemessen sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie haben keinen einzigen Antrag der Opposition angenommen!)

Nehmen wir doch einmal das, was die FDP/DVP geliefert hat. Wenn Wissenschaft und Forschung also der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes sind, dann muss doch auch der FDP/DVP irgendwas mehr einfallen, als von Jahr zu Jahr und von Haushalt zu Haushalt immer dieselben zwei Anträge zu recyceln,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wenn sie gut sind!)

zum einen die Einführung nachlaufender allgemeiner Studiengebühren

(Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Wir werden sie so lange wiederholen, bis sie kommen!)

und zum anderen die Aufstockung des Programms „Junge Innovatoren“, und das war’s dann gewesen.

(Zurufe von der FDP/DVP)

Da würde ich mir etwas mehr Leidenschaft in der Sache und ein bisschen mehr konstruktive Kritik wünschen, der ich mich gern stellen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist vergeblich, Frau Ministerin!)

(Ministerin Theresia Bauer)

Aber jedes Jahr dasselbe, das ist irgendwie ein bisschen billig.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wenn Sie es jetzt umsetzen, stellen wir den Antrag nächstes Jahr nicht mehr!)

Oder nehmen wir das Vorgehen der AfD. Das war relativ einfach: Sie scannen den ganzen Haushalt nach Ihren Buzz-Wörtern, und da, wo Gender draufsteht, und da, wo Internationalisierung draufsteht, gehen Sie mit Ihren Streichanträgen ran. Von wegen Ergebnisoffenheit!

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Von wegen! Da, wo Sie vermuten, dass etwas drinsteckt, was Ihrer Ideologie nicht entspricht, wird munter reingekürzt.

(Abg. Anton Baron AfD: Das stimmt doch gar nicht!
– Abg. Rüdiger Klos AfD: Was dem gesunden Menschenverstand widerspricht!)

Deswegen wären die Hochschulen, wenn es nach Ihnen ginge, nach den Haushaltsberatungen um 15 Millionen € erleichtert.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der AfD)

Lassen Sie mich noch auf ein paar Themen eingehen, die heute Abend hier angesprochen und diskutiert wurden. Der Haushalt des MWK bleibt im Jahr 2018 mit Ausgaben in Höhe von etwas über 5,2 Milliarden € auf hohem Niveau konstant. Im Folgejahr 2019 wächst sein Ausgabenvolumen auf über 5,3 Milliarden € an.

Es ist wahr – die Kollegin von der CDU hat es auch deutlich ausgeführt –: Der Haushalt hat erhebliche Anteile zur Umsetzung des Vorhabens, strukturell zu konsolidieren, erbracht. Dazu sind erhebliche Beiträge geleistet worden. Im Jahr 2017 gab es eine strukturelle Einsparauflage in Höhe von 48,6 Millionen €. Im Jahr 2018 sind es 21,7 Millionen €. Im Jahr 2019 kommen noch einmal 24,3 Millionen € hinzu. Alle Ressorts, alle Bereiche haben Beiträge geliefert, auch unser Bereich. Das hat wehgetan. Wir haben uns deshalb auch etwas überlegt, mit dem wir verantworten können, diese Strategie zu verfolgen, ohne den Hochschulen zu schaden. Wir haben uns deswegen ganz bewusst dafür entschieden, einen relevanten Anteil und einen über die Jahre hinweg wachsenden Anteil zu erbringen, indem wir die Einnahmen steigern und nicht die Ausgaben senken.

Dann kommen wir zum Thema Studiengebühren, die eine von drei Komponenten sind, um die Einnahmen zu erhöhen. Wir haben in diesem Haus schon mehrfach darüber diskutiert; es wurde auch schon mehrfach sozusagen der Teufel an die Wand gemalt und der Weltuntergang beschworen. Das ist alles nicht eingetreten. Schauen Sie sich die Zahlen an. In diesem Semester sind wir zum ersten Mal mit den Ergebnissen der neuen Gebühr, an die man sich auch erst einmal gewöhnen muss, konfrontiert. Angesichts dieser Zahlen kann ich sagen: Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Dinge werden sich einpendeln. Es gibt in unserem Land bislang, also Stand Ende November dieses Jahres, 5 155 internationale Studierende, die sich neu eingeschrieben haben. Das ist ein Rückgang der Neueinschreibungen um knapp über 21 %. Ich gehe davon aus, dieser Prozentsatz wird sich noch leicht weiter reduzieren,

weil nach wie vor die Möglichkeit besteht, sich einzuschreiben.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dieser Rückgang fällt je nach Hochschulart unterschiedlich aus. Vor allem standortspezifisch haben wir ganz unterschiedliche Entwicklungen. Es gibt einzelne Hochschulen, die den Anteil internationaler Studierender sogar haben steigern können, andere haben ihn gehalten, andere haben Rückgänge.

Ich möchte noch einmal betonen: Diese Maßnahme ist keine Maßnahme gegen Internationalisierung,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

sondern eine Maßnahme zur Stärkung der Internationalisierung.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist ja Ausgrenzung!
– Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ja zynisch, Frau Ministerin!)

Es wird in der Welt sehr gut verstanden, dass man einen Beitrag leisten kann.

(Abg. Sascha Binder SPD: Bei denen, die Geld haben! – Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Jeder Fünfte findet nicht mehr den Weg ins Land!)

Denn fast alle Länder auf dieser Welt haben Studiengebühren

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber ganz andere!)

und differenzierte Gebührenregelungen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie grenzen aus!)

Selbst die wenigen Länder – schauen Sie sich einfach mal in Europa um –, die wie wir keine allgemeinen Studiengebühren haben, wie z. B. Schweden, Finnland, Dänemark, Österreich, haben eine Regelung für internationale Studierende, und fast alle erheben deutlich mehr. Sie wollen doch nicht ernsthaft behaupten, die ganze Welt sei nicht weltoffen, nur weil wir eine Maßnahme einführen, die international Standard ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Da hätten Sie auf dem Parteitag der Grünen gern Honig gesaugt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Grünen auf dem Weg nach rechts!)

War nicht; wir haben debattiert. Wir haben mit der Grünen Jugend geredet, und wir haben mit einer klaren Mehrheit vonseiten des Parteitags Rückenwind und Bestätigung bekommen, dass wir uns hier auf dem richtigen Weg befinden.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Die Rede haben Sie vielleicht ein bisschen früh geschrieben; Sie müssen sie nach dem Parteitag einfach anpassen. Die Grünen in Baden-Württemberg stehen hinter dem baden-württembergischen Modell zum Umgang mit Studiengebühren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Ministerin Theresia Bauer)

Ich würde es gern noch mal sagen: Anstatt mit der Gießkanne alle gleichermaßen zu begünstigen, indem wir ihnen einen Umsonstzugang zum Studium geben, schlagen wir jetzt einen anderen Weg ein, der Befreiungen und sogar verstärkt Stipendien für diejenigen ermöglicht, die es wirklich brauchen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Das ist gerecht!)

Wir sind stolz darauf, dass das Baden-Württemberg STIPENDIUM um 2 Millionen € jährlich aufgestockt wurde – sowohl für alle Incomings und Outgoings als auch eine spezielle Komponente für die Entwicklungsländer, Least Developed Countries und AKP-Staaten. Wir gehen gezielt auf diejenigen zu, die es wirklich brauchen, anstatt allen mit der Gießkanne ein bisschen zu geben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, so ist es! – Abg. Stefan Räßle AfD: Sozialstipendium oder Exzellenzstipendium?)

Das ist die richtige Maßnahme.

Und wir befreien diejenigen, die in festen Kooperationen und Partnerschaften zu uns kommen – egal, woher sie kommen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Er wird uns mehr Einnahmen bringen. Er wird den Hochschulen Einnahmen bringen, damit sie die Betreuung der internationalen Studierenden verbessern können,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Aus Steuergeldern!)

und damit auch die Erfolgsquoten der internationalen Studierenden verbessern.

Deswegen noch mal: Ich bin überzeugt davon, dass wir den richtigen Weg beschreiten. Er wird ein Zeichen des Willkommens und hoher Qualität hier in Baden-Württemberg sein.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sie sprechen von Quantität!)

Er wird Studierende einladen. Und der baden-württembergische Weg wird – so, wie er in Nordrhein-Westfalen im Koalitionsvertrag als baden-württembergischer Weg beschrieben ist – demnächst auch in Nordrhein-Westfalen eingeführt werden.

Meine Damen und Herren, Sie haben den Hochschulfinanzierungsvertrag zu Recht als einen Kernbestandteil des Einzelplans 14 noch mal herausgearbeitet. Kollege Salomon hat das sehr deutlich beschrieben. Ein großer Anteil des Einzelplans 14 ist über diesen Hochschulfinanzierungsvertrag festgelegt – ein Pakt, der ein verlässliches Wachstum in der Grundfinanzierung bei unseren Hochschulen festlegt. Ich bin stolz darauf, dass wir ihn haben. Ich bin froh darüber, dass ihn das ganze Haus unterstützt hat. Er bewährt sich in diesen Tagen, weil in einer Zeit, in der auch Konsolidierung erfolgen muss, der Kernbereich der Hochschulen von jeglichen Stelleneinsparungen oder Ressourcenkürzungen freigestellt ist.

In der Tat haben wir mit den Hochschulen in aller Offenheit darüber geredet, die Konsolidierung über Einnahmeerhöhung zu erbringen. Die Alternative dazu war, den Vertrag aufzukündigen. Das hätte man auch machen können. Das wäre aber falsch gewesen.

Deswegen ist Herr Ressel vollkommen korrekt zitiert. Wir haben Einigkeit hergestellt, dass es der bessere Weg ist, Einnahmen zu erhöhen, statt Ausgaben zu reduzieren. Deswegen sind unsere Hochschulen im Großen und Ganzen für die Maßnahme. – Frau Kollegin Rolland, Sie haben es heute Abend mit der Wahrheit nicht ganz genau genommen. Der Wissenschaftsrat ist nicht dagegen, und auch die Hochschulen lehnen diese Maßnahme keineswegs einheitlich ab.

(Zuruf: Hochschulrektorenkonferenz!)

Also: Der Hochschulfinanzierungsvertrag sichert die Grundhaushalte der Hochschulen verlässlich. Es ist im Rahmen dieses Vertrags mittlerweile eine relevante Zahl von Stellen zusätzlich in die Grundhaushalte eingebracht worden. Wir ermöglichen ja insgesamt 3 800 zusätzliche Stellen im Grundhaushalt. Davon sind bislang 2 700 Stellen auch realisiert worden. Das sind allein in diesem Doppelhaushalt 2018/2019 434 Stellen, die zusätzlich in die Grundhaushalte eingehen. Wir geben dafür kein zusätzliches Geld aus außer dem, was wir in dem Vertrag sowieso als Aufwuchspfad verabredet haben.

(Beifall bei den Grünen)

Die Hochschulhaushalte werden deswegen im Rahmen des Vertrags in diesem Doppelhaushalt um insgesamt 56 Millionen € erhöht. Um nur ein Beispiel zu nennen: Allein die Universitäten erhalten für ihre gestiegenen Energiekosten 3,3 Millionen € zusätzlich.

Wegen der höheren Studierendenzahlen – das ist eben auch schon erwähnt worden – werden die Qualitätssicherungsmittel für die Hochschulen um 1,65 Millionen € im Jahr 2018 und um weitere 1,24 Millionen € im Jahr 2019 erhöht.

Dazu habe ich auch noch eine Bemerkung an den Kollegen Weinmann: Sie plädieren ja interessanterweise nicht nur für nachlaufende Studiengebühren, sondern im Kleingedruckten ist ja auch immer zu lesen, Sie wollen damit die Qualitätssicherungsmittel ersetzen. Das, was Sie an zusätzlichen Einnahmen über die Studierenden einnehmen wollen, wollen Sie an anderer Stelle den Hochschulen wieder wegnehmen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Korrekt! – Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Da kommt viel mehr an!)

Das nennen Sie vielleicht solides Haushalten, ich halte es nicht für einen Schritt nach vorn für die Hochschulen. Der Ehrlichkeit halber erzählen Sie das ruhig etwas deutlicher, dass Sie die Gebühren einführen wollen, um die Qualitätssicherungsmittel, die wir den Hochschulen geben, abzuschaffen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha! Weinmann, schämen Sie sich! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Lassen Sie mich mit ein paar weiteren Stichworten erläutern, was uns in diesem Doppelhaushalt wichtig ist und was wir auf den Weg gebracht haben. Wir haben die Etablierung von ei-

(Ministerin Theresia Bauer)

nigen neuen Projekten, die wir Forschungsleuchttürme nennen, bereits im Koalitionsvertrag vereinbart und jetzt in die Realisierung gebracht. Cyber Valley ist der bekannteste Forschungsleuchtturm, den wir mit 40 Millionen € auf den Weg gebracht haben, um an den Standorten Stuttgart und Tübingen die Themen „Künstliche Intelligenz“ und „Deep Learning“ voranzubringen.

Wir werden ein ähnliches Projekt in Heidelberg, das Projekt „Heidelberg 4 Life“, mit 25 Millionen € fördern, um im Bereich Nanobiologie in Kombination mit den Lebenswissenschaften einen neuen Schwerpunkt zu etablieren. Wir werden den Innovationscampus Produktions- und Mobilitätsforschung in Karlsruhe und Stuttgart mit zusätzlichen 10 Millionen € etablieren.

Insgesamt wird das Land 75 Millionen € in die Hand nehmen, um den Aufbau dieser Forschungsleuchttürme in den kommenden Jahren zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das sind enorm wichtige Elemente, um das Thema „Exzellenzstrategie und Exzellenzinitiative“ zu unterstützen. Sie wissen, wir sind mitten im Prozess der Bewerbung um Exzellenzcluster – die Voraussetzung dafür, danach als Exzellenzuniversität erfolgreich zu sein. Ich hoffe, es ist Ihnen bewusst: Wir sind in einer besonderen Situation, in einer einzigartigen Situation. Denn der Wettbewerb um Erfolge in dieser Exzellenzstrategie ist härter denn je. Alle Universitäten in Deutschland bemühen sich enorm – und die Politik im Hintergrund gleich mit dazu –, dass unsere Universitäten da erfolgreich sind.

Wir sind in Baden-Württemberg hervorragend aufgestellt. Wir haben 18 ausgewählte Antragsskizzen am Start. Wir gehören damit im bundesweiten Vergleich sozusagen zu den Gewinnern der Vorrunde. Wir werden diese gute Ausgangslage jetzt aber in Erfolge umwandeln müssen. Deswegen ist es wichtig, dass wir bei der Erarbeitung der Vollarträge und der Konkretisierung der Vorhaben, die jetzt im Rennen sind, auch vonseiten des Landes noch einmal Unterstützung gewähren. Deswegen sind auch im Doppelhaushalt noch einmal zusätzliche Mittel ausgebracht worden, um die Universitäten in dieser entscheidenden Phase zu unterstützen.

Insgesamt erhalten die Universitäten im Land in der Kombination aus Absicherung der bestehenden Exzellenzinitiative und der neuen Vorhaben, die wir unterstützen, 26,5 Millionen € pro Jahr.

Wir gehen davon aus, dass unsere Universitäten in den nächsten Jahren zeigen, dass sie mindestens so erfolgreich sind wie bislang. Es kann aber auch passieren – darauf setze ich –, dass wir noch ein bisschen erfolgreicher sind, als wir es schon waren. Das wird das Land dann vielleicht auch noch einmal etwas an Kofinanzierung kosten, aber das sollte es uns wert sein. Wir sollten heute alles dafür tun, dass unsere Universitäten in diesem, im nächsten und im übernächsten Jahr eine hervorragende Vorbereitung und Erfolgsaussicht haben werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Digitalisierung ist ein weiteres elementar wichtiges Stichwort auch für Wissenschaft und Forschung. Denn die Digitalisierung

ändert über alle Disziplinen hinweg die Forschungsagenda, die Methoden, wie gearbeitet wird, die Art und Weise des Forschens, aber auch die Themen. Der Umgang mit Forschungsdaten ist von enormer Bedeutung. Virtuelle Plattformen, Big Data und die Simulation komplexer Situationen erschließen völlig neue Horizonte und Möglichkeiten, aber sie kosten auch Ressourcen.

Mittel zum Thema Digitalisierung sind zwar nicht direkt im Einzelplan 14, sondern zentral im Einzelplan 12 veranschlagt. Aber die Vereinbarung auf neue Digitalisierungsprojekte im Bereich der Wissenschaft wird neue Möglichkeiten schaffen. 20 % der Mittel werden in diesen Bereich hineingehen, und damit werden rund 48 Millionen € für Digitalisierungsprojekte im Bereich Wissenschaft und Kultur zur Realisierung in den nächsten zwei Jahren bereitstehen. Das betrifft z. B. das Thema „Big Data Science“, die Expertise für Big Data Analysis mit dem Ziel des Aufbaus von Zentren für Data Science und digitale datengetriebene Forschung. Dieses Teilprojekt ergänzt die Strategie zum Höchstleistungsrechner, die heute hier schon erwähnt und vorgestellt wurde.

Auch intelligente Systeme, künstliche Intelligenz, der Ausbau und die Harmonisierung von digitalen Infrastrukturen der Hochschulen mithilfe hochschulübergreifender Kooperationen zählen dazu.

Neben den vielen technischen Aspekten wollen wir auch verstärkt die Auswirkungen auf die Gesellschaft untersuchen und deswegen ethische, rechtliche, sozialwissenschaftliche Aspekte in einem Forschungsverbund Gesellschaft im digitalen Wandel betrachten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich hätte mich jetzt gern noch ausführlich mit den Oppositionsanträgen auseinandergesetzt. Aber wie gesagt:

(Abg. Anton Baron AfD: Alles abgelehnt!)

Wir haben das alles im letzten und im vorletzten Jahr schon einmal ausführlich beraten. Deswegen werde ich angesichts der späten Stunde nicht vertieft darauf eingehen.

Nur eines: Frau Kollegin Rolland, wir sind jetzt hier nicht im Untersuchungsausschuss, und es ist heute Abend nicht das zu vertiefen, was Sie zur Ludwigsburger Hochschule und zu der Entwicklung dort hier gesagt haben.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist auch ungut!)

Nur in aller Kürze: Es war voller Ungereimtheiten und Halbwahrheiten, und eigentlich sind – wie ich Sie kenne – diese Aussagen wirklich unter Ihrem Niveau.

(Abg. Sascha Binder SPD: Was?)

Wir werden Gelegenheit haben, das richtigzustellen; nicht heute Abend. Aber ich fand es wirklich bemerkenswert.

(Abg. Sascha Binder SPD: Bezichtigen Sie Professoren der Falschaussage?)

Voller Halbwahrheiten und Ungereimtheiten war diese Aussage.

(Vereinzelt Beifall – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Binder zu?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Eine kurze, und wir werden es nicht vertiefen.

Abg. Sascha Binder SPD: Bezichtigen Sie die Professoren, die im Untersuchungsausschuss ausgesagt haben, der Falsch aussage?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Nein, ich bezichtige Frau Kollegin Rolland falscher Aussagen heute Abend,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist etwas anderes!)

z. B. dass ich, nachdem ein Professor im Untersuchungsausschuss Aussagen getätigt hatte, mich damit begnügen und nichts Weiteres tun würde, als den Rektor der Hochschule einzubestellen, mit ihm zu reden und dann aufzuhören. Glatt falsch! Weitere Aufklärung zum Thema gibt es bei Gelegenheit. Okay?

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Gut.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut! Der Schuss ging nach hinten los!)

Ich komme zum Schluss: Wissenschaft und Forschung sind, wie gesagt, der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. Wir haben hier im Land die richtigen Weichen gestellt. Wir werden die Priorität auf Wissenschaft, Forschung und Bildung nicht aus dem Auge verlieren.

Die Herausforderung dieser Legislaturperiode ist groß. Die Herausforderung, die in der nächsten Legislaturperiode mit dem neuen Finanzierungsvertrag kommen wird, wird nicht kleiner sein. In der Tat haben wir ein paar schwierige Rahmenbedingungen, die wir heute schon ins Auge fassen müssen. Wenn wir uns die Bundesrahmenbedingungen anschauen, sehen wir, dass die weitere Entwicklung zurzeit leider völlig unklar ist, weil wir nicht wissen, wohin die Reise mit der Bundesregierung gehen wird. Das betrifft insbesondere den Hochschulpakt, der eine große Bedeutung und eine enorme Relevanz bei der Finanzierung unserer Studienplätze hat, und auch das Thema Hochschulbau mit den veränderten Rahmenbedingungen seitens des Bundes.

Deswegen freue ich mich darüber, mit Ihnen gemeinsam dafür zu sorgen, dass der exzellente Hochschul- und Forschungsstandort Baden-Württemberg auch für die Zukunft gut aufgestellt ist. Auch in Zeiten, in denen wir Haushalte konsolidieren, zeigen wir, dass wir alles dafür tun, die Handlungsfreiheit und die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Hochschulen und unserer Forschungslandschaft nicht zu beeinträchtigen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Kern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das freut mich!)

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schön, dass Sie mir zu dieser späten Stunde noch zuhören.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gerne! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gerne, Herr Kollege, gerne!)

Es geht jetzt um Kunst und Kultur. Die Frage ist: Brauchen wir Kunst und Kultur überhaupt?

(Abg. Winfried Mack CDU: Was könnte es Schöneres geben als Kunst?)

Meine Antwort ist klar und deutlich: Ja.

Schon die Bewohnerinnen und Bewohner der Höhlen der frühen Steinzeit haben Bilder an die Wände gemalt. Sie schnitzten Flöten aus Tierknochen. Offenbar nahmen sie sich die Zeit, zu musizieren, obwohl sich das Erfüllen der grundlegendsten Bedürfnisse wie das Beschaffen von Nahrung und Kleidung seinerzeit wesentlich schwieriger gestaltete als heute.

(Unruhe)

Gerade heute, da die globalisierte Welt im Eiltempo digital und virtuell an uns vorbeirauscht, ohne uns wirklich mitzunehmen, ist es notwendiger denn je, dass wir, das Land, uns um die Kunst kümmern. Kunst und Musik – Nahrung für die Sinne.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Kunst und Kultur kennen keine Grenzen. Richten wir in diesem Geist unseren Blick auf unsere französischen Nachbarn: „Kultur ist der Kleber für den sozialen Zusammenhalt“, hat Staatspräsident Emmanuel Macron in seiner Rede an der Sorbonne gesagt. Denn Kunst und Kultur sind das Mittel gegen soziale Ausgrenzung und damit gegen Ungerechtigkeit.

Um den enormen Veränderungen unserer Zeit Herr zu werden, braucht es nicht weniger als einen Kulturwandel. Insbesondere müssen wir die Teilhabe aller durch niederschwellige Kunst- und Kulturangebote ermöglichen. Wenn uns also der gesellschaftliche Zusammenhalt wichtig ist, wenn wir Teilhabe wollen und wenn uns Europa etwas bedeutet, dann ist es richtig, dass wir für die Kultur im Staatshaushalt 2018/2019 eine halbe Milliarde Euro pro Jahr ausgeben wollen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

– Jawohl, Sie dürfen klatschen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Indem wir die vergangenen und zukünftigen Tarifsteigerungen übernehmen, erhalten wir gute Arbeitsbedingungen für Künstlerinnen und Künstler. Damit unterstützen wir die ganze Vielfalt kultureller Formate in Baden-Württemberg: die Staatstheater, die Museen, die Landesbühnen, die kommunalen

(Manfred Kern)

len und privaten Theater, die Festivals, den Tanz, die soziokulturellen Zentren – der Bogen, der sich hier spannt, ist weit.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! Jawohl!)

Wir ermöglichen den Zugang zu Kultur für viele Menschen in unserem Land, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihren ökonomischen Verhältnissen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Auch die Volkskultur, Herr Kollege!)

Kultur will und muss vermittelt werden – Sie werden gleich etwas darüber hören –

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut! Ich bin ganz ungeduldig!)

vor Ort, im klassischen Rahmen, aber auch in ganz neuen Formaten, wie wir sie aus dem Innovationsfonds heraus unterstützen.

Mit der Weltkunst am Linden-Museum und der Weltmusik an der Popakademie begehen wir neue interkulturelle Pfade.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir wollen, dass sich die Menschen für Kunst und Kultur begeistern. Wir wollen ihnen Mut machen und gleichzeitig Sinn stiften. Deswegen freue ich mich besonders, dass wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner im vorliegenden Haushalt einen Schwerpunkt auf die Kulturvermittlung in die Gesellschaft hinein legen können.

Ein Beispiel dafür ist die hervorragende Arbeit des „Jazz and more“-Kollektivs, das seit 2014 Workshops für Schülerbands anbietet. Acht Vollprofis, die u. a. an der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen unterrichten, bringen hier Schülerinnen und Schüler, die über die entsprechende Vorbildung verfügen, in Zusammenarbeit mit Musikpädagogen der Schule in kürzester Zeit zur Konzertreife – ein aus meiner Sicht überaus erfolgreiches und wichtiges Projekt, dessen Fortbestand nach dem Wegfall der Förderung durch die L-Bank nun aus Landesmitteln gesichert werden konnte.

Kunst und Kultur sind immanenter Bestandteil einer guten Bildung und stellen sozusagen das Gegenmittel zu Gewalt und Radikalisierung jeglicher Art dar.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jawohl!)

Die ästhetische Erziehung, insbesondere für junge Menschen, sollte uns wichtig sein, gerade in einer Zeit der Unsicherheit, die geprägt ist von großen sozialen und gesellschaftlichen Umbrüchen, von Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der drohenden Klimakatastrophe

(Abg. Anton Baron AfD: Wo soll die kommen? Im Hollywoodfilm, oder was?)

und der zunehmenden Digitalisierung.

Neben den von uns für ihre hervorragende Arbeit hochgeschätzten Musikschulen und Jugendkunstschulen haben auch die Verbände der Amateurkunst, Herr Kollege Mack, eine wichtige Aufgabe im Bereich der kulturellen Bildung. So ver-

anstalten die Amateurtheater nicht nur jährlich die „Theatertage am See“ in Friedrichshafen, sondern im nächsten Jahr auch das 10. Internationale Theaterfestival in Donzdorf, das wir unterstützen.

Für die Amateurmusik hat die Aus- und Fortbildung vor allem ihrer jungen Mitglieder große Bedeutung. Dieser werden wir gerecht durch die Investitionszuschüsse für die Musikzentren bzw. -akademien in Plochingen und Staufen sowie durch die schrittweise Anpassung der Chorleiterpauschale an die Zuschüsse für die Übungsleiterinnen und Übungsleiter im Sport,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

wobei wir hoffen möchten, dass mit den nunmehr 18,8 Millionen € für die Akademien nun doch endlich das Ende der Fahnenstange erreicht sein möge. Höher, glaube ich, können wir nicht klettern.

Zu den Kunstformen, die unser besonderes Augenmerk verdienen, gehört der Tanz. Gerade die Jugend lässt sich von den in die breite Öffentlichkeit gerichteten Angeboten der verschiedenen Ensembles wie beispielsweise „All You Can Dance“ der TanzSzene Baden-Württemberg ansprechen und in Bewegung setzen. Der Verband, der eine wichtige Netzwerkfunktion hat, aber auch die gesamte freie Szene werden vom Land mit diesem Haushalt verstärkt gefördert.

Das sind nur einige kleine Beispiele dafür, wie gut Kunst und Kultur im Haushalt 2018/2019 verankert sind.

Kulturvermittlung in die Gesellschaft hinein, Kultur, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt, kulturelle Bildung – das sind die richtigen Leitideen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deswegen schließe ich mit der Feststellung: Die Kunst braucht uns, und wir brauchen die Kunst.

(Oh-Rufe von der CDU)

Wir brauchen sie, um ein modernes und weltoffenes Land zu bleiben, um kulturelle Werte zu vermitteln und Grenzen zu überschreiten,

(Abg. Anton Baron AfD: Wow! Ich bin begeistert!)

ja, um unsere Gesellschaft in der Bedrohung, in der sie sich im Moment durch manche Gruppen befindet, zusammenzuhalten.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jawohl! – Vereinzelt Beifall)

Der jetzt vorliegende Einzelplan ist kunstfertig. Damit können wir einiges bewegen, um Kunst und Kultur im ganzen Land weiterhin einen guten Auftritt zu ermöglichen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut, Manfred! – Abg. Anton Baron AfD: Zurück in die Steinzeit! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oje! Baron von Münchhausen!)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort der Kollegin Gentges.

Abg. Marion Gentges CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Einzelplan 14 werden für den Kunstbereich Gesamtausgaben von 499,6 Millionen € im Jahr 2018 und 500 Millionen € im Jahr 2019 vorgesehen. Gegenüber dem Jahr 2017 sind die Ausgaben im Kunstbereich damit um 11,6 Millionen € erhöht worden. Dadurch ist es möglich, die Tarifsteigerungen bei den Philharmonischen Orchestern, Kommunaltheatern und Landes Bühnen auszugleichen. Die Erhöhung ermöglicht uns gleichzeitig die Erhöhung der Chorleiter- und Dirigentenpauschale.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Chorgesang und instrumentales Laien- und Amateurmusizieren gehören zum immateriellen Kulturerbe der Bundesrepublik Deutschland –

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

ein Erbe, das in der gesamten Fläche unseres Landes vom leidenschaftlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, vielfach in Vereinen, von Jung und Alt gemeinsam getragen wird. Für dieses Engagement darf ich an dieser Stelle von Herzen danken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es war und ist vor allem ein Anliegen der CDU-Fraktion, dieses Engagement mit der Erhöhung der Chorleiter- und Dirigentenpauschale zu unterstützen. In den Jahren 2018 und 2019 erhöhen wir die Pauschale um je 35 € auf 395 € bzw. 430 €.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur deshalb ist heute ein guter Tag für die Amateurmusik im Land; auch die bereits 2017 begonnene Förderung der Musikakademien in Plochingen und Staufingen kann ausgeweitet werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Winfried Mack CDU: Das wollen wir hören!)

Erst gestern haben sich die Spitzen der Regierungsfaktionen festgelegt.

(Abg. Willi Stächele CDU: Endlich!)

Beide Akademien erhalten die Zuschüsse, die sie beantragt haben und benötigen: Plochingen 10,8 Millionen € und Staufingen 8 Millionen €.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf von der CDU: Bravo!)

Das war schon 2017 das Anliegen der CDU-Landtagsfraktion, und wir freuen uns über dieses Ergebnis.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Bravo!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zeit läuft, aber noch ein paar Worte zum kulturpolitischen Programm der SPD. Es heißt, „Kunst gehört allen!“ und beinhaltet freien Eintritt in die baden-württembergischen Landesmuseen. Begründet wird es mit der Hürde, die Museumseintritte für viele potenzielle Besucher darstellen würden. Die Eintrittsgelder würden ohnehin nur einen minimalen Teil der Kosten der Museen decken.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Landesmuseen in Baden-Württemberg leisten einen hochwertigen Beitrag zum Kulturangebot unseres Landes. Die Entwicklung der Besucherzahlen zeigt, dass dies von den Bürgerinnen und Bürgern auch honoriert wird. Seit Jahren existieren Tage mit freiem Eintritt, über die die Staatlichen Museen eigenständig entscheiden. Eine Hürde, die Besucher abhalten würde, besteht tatsächlich nicht.

Im Übrigen sind mehr als 5 Millionen € an Eintrittsgeldern kein minimaler Beitrag, sondern viel Geld –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Geld, meine Damen und Herren, das man nur einmal ausgeben kann. Im Haushalt wird dies an anderer Stelle getan.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns mit der Verabschiedung des Einzelplans 14 heute gemeinsam den Grundstein dafür legen, dass Baden-Württemberg seinen Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft ein vielfältiges Angebot an Kunst und Kultur machen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Rivoir.

Abg. Martin Rivoir SPD: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu Beginn meiner Ausführungen doch noch einmal kurz auf das eingehen, was die Frau Ministerin gesagt hat. Sie hat ja aus nicht öffentlicher Sitzung geplaudert und gesagt, wir seien im Schweinsgalopp durch diesen Einzelplan 14 gegangen. Ich will einmal Folgendes sagen: Das Parlament und die Abgeordneten kontrollieren Sie als Ministerin, und wir bestimmen darüber, wie wir das machen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Ich denke, es ist auch nicht verboten, dass wir die richtigen Anträge der Vorjahre noch einmal stellen, wenn diese in den Vorjahren nicht angenommen worden sind.

Ich war ja auch in dieser Sitzung, und ich erinnere mich an zwei Dinge, nämlich an einen Berichtstatter, der im Schweinsgalopp und völlig empathiefrei seinen Bericht vorgelesen hat,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: So ein Schwachsinn!)

und an eine Ministerin, die eigentlich etwas indisponiert war und die keine Frage, die gestellt wurde, selbst beantworten konnte, sondern immer gleich auf ihr Haus zurückgreifen musste. Das ist meine Erinnerung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Manfred Kern GRÜNE: Die war super!)

Nun möchte ich ganz friedlich zur Kultur kommen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Ministerin Edith Sitzmann: Zu spät!)

(Martin Rivoir)

Ich denke, wir haben da grundsätzlich auch große Gemeinsamkeiten. Weil die Zeit schon fortgeschritten ist, möchte ich mich auf den Antrag konzentrieren, den wir gestellt haben, nämlich auf das Thema „Freier Eintritt in die Dauerausstellungen unserer Landesmuseen“.

Wir haben ja – so etwas ist manchmal vielleicht das Glück des Tüchtigen – neulich die Vorstellung der Aktion von Herrn Würth erlebt, der durch eine großzügige Spende – vielen Dank dafür – ermöglicht, dass im Landesmuseum Württemberg für eine gewisse Zeit der Eintritt frei ist. In Karlsruhe gibt es ja ähnliche Bestrebungen; da geht es um eine Ausstellung, bei der durch Sponsoren der freie Eintritt ermöglicht wird. Herr Würth hat bei dieser gemeinsamen Pressekonferenz sehr deutlich darauf hingewiesen, dass das zwar eine Spende von ihm ist, dass dies aber eigentlich nicht seine Aufgabe ist, sondern es eine Aufgabe des Landes wäre, so etwas durchzuführen. Herr Würth steht ja nun nicht im Verdacht, irgendwie ein „Sozi“ zu sein oder der Sozialdemokratie nahezustehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber er mag uns!)

– Ich weiß es nicht, ich weiß es nicht. – Aber er hat uns mit seinem Anliegen, mit seinen Ausführungen aus dem Herzen gesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte das Thema „Freier Eintritt in die Museen“ noch einmal in einem größeren Kontext beleuchten. Das ist ja ein uraltes Thema, das die Politik, die Kulturpolitik beschäftigt. Ich gehe einmal in die Sechziger-, Siebzigerjahre zurück: Es ist damals Joseph Beuys gewesen, der mit seinem erweiterten Kunstbegriff

(Abg. Sascha Binder SPD: Da würde ich auch hingehen!)

grundsätzlich von der Kreativität des Menschen ausging und der von einem sozialen und freien Zugang zur Kunst gesprochen hat. Ich denke dabei auch an den langjährigen Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann, Präsident des Goethe-Instituts. Er schrieb bereits in den Siebzigerjahren:

Jeder Bürger

– und jede Bürgerin –

muss grundsätzlich in die Lage versetzt werden, Angebote in allen Sparten ... wahrzunehmen. ... Weder Geld noch ungünstige Arbeitszeitverteilung ... dürfen auf die Dauer Hindernisse bilden, die es unmöglich machen, Angebote wahrzunehmen oder entsprechend Aktivitäten auszuüben.

Er sprach damals von einem „Bürgerrecht auf Kultur“. – Es war also ein Sozialdemokrat, der dies vor 30 Jahren formuliert hat. Und diese Worte, diese Formulierungen stimmen noch heute.

Ich möchte diesen Gedanken jetzt in einen Zusammenhang bringen, der uns hier auch alle in fast jeder Haushaltsrede beschäftigt hat, nämlich das Thema Digitalisierung. Wir reden alle davon. Die Digitalisierung hat aber nicht nur positive Seiten. In der Arbeitswelt gibt es kritische Entwicklungen. Im gesellschaftlichen, im politischen Dialog gibt es in diesem Be-

reich zum Teil kritische Entwicklungen. Natürlich wird auch die zwischenmenschliche Kommunikation mit Mitteln der Digitalisierung wichtig. Wenn ich sehe, wie die Kollegen hier mit ihren Handys – hoffentlich nicht miteinander, sondern mit anderen; das mache ich ab und zu auch – kommunizieren, so zeigt sich, dass es ein Problem ist, wie die Digitalisierung auch die Kommunikation zwischen den Menschen verändert.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich finde, es ist umso spannender und richtiger, sich damit zu beschäftigen, wie das Thema Digitalisierung in einem Bereich wirken kann, der sich mit Freiheit, Teilhabe, Kreativität auseinandersetzt, nämlich mit dem, worüber wir hier reden, mit dem Thema Kultur.

Durch Digitalisierungsprojekte können gerade hier insbesondere für junge Menschen Schwellen und Kulturschranken abgebaut werden. Über Apps und andere digitale Möglichkeiten können die Schranken abgebaut werden. Menschen, die früher vielleicht nicht daran gedacht haben, in ein Museum zu gehen, bekommen hierdurch Zugang; die Hemmschwelle wird gesenkt.

Eine Grundvoraussetzung für diesen Zugang über digitale Medien ist nach unserer Auffassung der freie Eintritt in die Dauerausstellungen unserer Museen. Ich finde, da sollten wir vorbildhaft vorgehen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Meine Damen und Herren, im nächsten Jahr – so hören wir – soll die aus dem Jahr 2010 stammende Kunstkonzeption 2020 weiterentwickelt werden. Ich denke, wir werden da in einen breiten Dialog treten. Aus unserer Sicht, aus Sicht der SPD-Fraktion, sollte ein Schwerpunkt dieser Weiterentwicklung eine Art – ich nenne es einmal so – Masterplan Kunst und Digitalisierung sein, der sich dann mit in die Digitalisierungsiniciativen des Landes einfügt.

Mit einer verantwortungsvollen Digitalisierung können wir dann auch in diesem Bereich der Vision von Hilmar Hoffmann eines Bürgerrechts auf Kultur, die ich gerade zitiert habe, näherkommen.

Meine Damen und Herren, der Antrag wird nachher noch zur Abstimmung gestellt. Ich fürchte, es wird so ausgehen wie im Finanzausschuss; Sie werden ihn ablehnen. Deswegen bleibt uns leider nichts anderes übrig, als diesen Teil des Haushalts ebenfalls abzulehnen.

Ich bedanke mich dafür, dass Sie mir so aufmerksam zugehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Weinmann noch einmal das Wort.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist ein kulturell reiches, ein kulturell vielfältiges Land. In der Tat ist der Kulturhaushalt geeignet, diesen Anspruch, den wir auch an das Kulturland Baden-Württemberg haben, zu erfüllen.

(Nico Weinmann)

Deswegen möchte ich auch in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit zu diesem Thema nicht weiter sprechen. Dieser Kulturhaushalt findet unsere grundsätzliche Zustimmung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich will nur, weil Sie, Frau Ministerin, uns angemahnt haben, offen zu kommunizieren, sagen, dass wir mit unserem Antrag auf nachlaufende allgemeine Studiengebühren auch kommunizieren – –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie passt nicht auf! Vielleicht sprichst du sie noch einmal an! – Gegenruf von der FDP/DVP: Sie kann ja das Protokoll lesen! – Ministerin Theresia Bauer: Ich höre zu! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, Sie sind angesprochen.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Ministerin, Sie haben angemahnt, dass wir offen kommunizieren sollten. Ich sage hiermit, dass wir mit unserem Antrag auf nachlaufende allgemeine Studiengebühren auch die Qualitätssicherungsmittel mittelfristig ersetzen wollen. – Jetzt frage ich einfach rhetorisch in die Runde: Sie geben mir 280 €, und ich gebe 500 € zurück. Wer dieses Angebot annimmt, der möge bitte seine Hand heben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Olschowski.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß, es ist sehr spät, und ich kenne meine Verantwortung zu dieser Stunde. Ich versuche, mich kurzzufassen. Dabei bin ich immer froh, wenn ich hier mit Ihnen über Kunst und Kultur reden kann. Ich hoffe aber, dass ich im nächsten Jahr ab und zu noch die Gelegenheit dazu haben werde.

Sie werden sich erinnern: Wir haben kürzlich die Debatte zur Freiheit der Kunst geführt und dabei auch über die Notwendigkeit der Förderung von Kunst gesprochen. Unsere Ausgaben für Kunst und Kultur sagen etwas aus über den Stellenwert, den die Förderung von Kunst und Kultur für das Land Baden-Württemberg hat. Aber ich möchte noch mal festhalten: Unserem Staats- und unserem Kulturverständnis zufolge schafft Politik die Voraussetzungen, unter denen Kunst und Kultur stattfinden. Wir haben keine Zuständigkeiten für die Inhalte und Formen, in denen sich Kunst in unserer Gesellschaft entfaltet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir haben eine nicht kompensierbare Verantwortung für die Bedingungen, unter denen eine freie Entfaltung überhaupt möglich ist. Ich bin nicht sicher, aber möglicherweise ist in keinem anderen Gesellschaftsbereich die Distanz der Politik einerseits so stark gefordert, wie gleichzeitig die Verantwortung groß ist. Dafür stehen wir, und das sollten wir im Auge

behalten, wenn wir im Rahmen dieser Haushaltsdebatte über den vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu verantwortenden Kulturbereich sprechen.

Meine Damen und Herren, die Zahlen sind genannt worden; ich möchte sie nicht noch mal im Detail nennen. Es sind jeweils ziemlich genau eine halbe Milliarde Euro, die in den Jahren 2018 und 2019 zur Verfügung stehen.

Ich würde gern drei Schwerpunkte herausheben, drei Aspekte, die für mich und uns in den nächsten Jahren – abgesehen von dem Ausgleich der Tarifsteigerung, der ebenfalls schon genannt worden ist – im Mittelpunkt stehen. Das ist erstens der Abbau von Defiziten und die Entwicklung von Zukunftsperspektiven, zweitens das Setzen neuer Schwerpunkte und drittens, durch Sanierungsprogramme Zukunft möglich zu machen.

Meine Damen und Herren, wir haben offene Aufgaben aus der Vergangenheit übernommen, die wir jetzt endlich lösen können. Es gelingt uns mit diesem Haushalt, zwei bedeutende Ausbildungseinrichtungen des Landes für die Zukunft aufzustellen und endlich solide zu finanzieren: die Akademie für Darstellende Kunst in Ludwigsburg und die Popakademie Baden-Württemberg in Mannheim. Die Gründung beider Einrichtungen – die Popakademie wurde 2003, die Akademie für Darstellende Kunst 2007 gegründet – wurde damals nur mit temporären Mitteln aus der Zukunftsoffensive – Sie erinnern sich – angesprochen. Ihre Finanzierung ist – ich hoffe, dies ändert sich heute Abend – nicht dauerhaft geklärt gewesen.

Nach dieser langen Anschubphase können wir jetzt durch eine breite politische Unterstützung für beide Akademien die Finanzierung sicherstellen, die sie brauchen. Sie haben in den letzten zehn und mehr Jahren bewiesen, wie erfolgreich, wie qualitativ sie arbeiten. Es ist absolut notwendig – auch für die Studentinnen und Studenten sowie für das ausgesprochen renommierte Lehrpersonal –, dass wir endlich den Fortbestand beider Akademien garantieren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ganz kurz: Für die Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg bedeutet das im Haushalt 2018/2019 eine Erhöhung auf je rund 2,9 Millionen €. Das heißt, sie kann im nächsten Jahr tatsächlich ihr Zehn-Jahr-Jubiläum feiern. Für die Popakademie Baden-Württemberg geht es um 3,2 Millionen € im Jahr 2018 und um 3,4 Millionen € im Jahr 2019.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, hier auch darauf hinzuweisen, dass dies Einrichtungen sind, die nicht durch uns allein finanziert werden. Ich danke herzlich den Partnern – der Stadt Mannheim, der Stadt Ludwigsburg, dem SWR und der Landesanstalt für Kommunikation –, mit denen zusammen wir diese Hochschulen tragen. Ich bin sehr, sehr glücklich, dass wir jetzt das Signal nach draußen geben können, dass es hier eine Zukunftsperspektive gibt.

Meine Damen und Herren, ein drittes Thema unter diesem Stichwort liegt mir am Herzen – es ist genannt worden –: Über Jahre hinweg gab es aus den Reihen der Amateurmusik Wünsche, die Chorleiter- und Dirigentenpauschale im Sinne der

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

Übungsleiterpauschale im Sport anzuheben. Jahrelang ist nichts passiert. Mit diesem Haushalt können wir jetzt den ersten Schritt machen. Es erfolgt eine Erhöhung um jeweils 10 % – Sie haben es gehört. Das ist eine Anerkennung und eine Stärkung für die Amateurmusik im ganzen Land. Neben dem Bau der Blasmusikakademien setzen wir damit ein ganz klares Zeichen im Sinne einer breiten, regionalen Verankerung der Kultur. Ich bin sehr dankbar, dass Sie uns auf diesem Weg unterstützen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, neue Schwerpunkte setzen: Die Digitalisierung ist so oft genannt worden, dass ich dieses Thema überspringe. Ich möchte einen zweiten Punkt nennen, der für die Landespolitik und die Landesregierung ebenfalls von großer Bedeutung ist. Das ist das Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Globalisierung, soziale Ungleichheit, Migration, Lockerung der Geschlechterordnung, neue Familienformen – all das sind Stichworte, die die Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels beschreiben. Vielleicht haben Sie in den letzten Tagen, während Sie hier saßen, im Internet gesehen, dass es eine neue Studie der Bertelsmann Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland gibt, die diese Woche publiziert wurde. Baden-Württemberg kommt sehr gut weg, steht auf Platz 2 nach dem Stadtstaat Hamburg. Es hat sich übrigens gezeigt, dass die Fragen Migration und Integration für den gesellschaftlichen Zusammenhalt keine entscheidende Rolle spielen, sondern dass Fragen von sozialer Differenz und von Bildungsdifferenzen die zentralen Schlüsselfragen in diesem Bereich sind. Baden-Württemberg steht gut da. Dennoch glaube ich, dass wir intensiv daran arbeiten müssen, dass das so bleibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Initiative „Kulturelle Integration“ zitieren, die im Mai dieses Jahres geschrieben hat:

In der Fähigkeit, Kunst zu schaffen und zu interpretieren, überschreitet der Mensch, wie die UNESCO formuliert, seine eigene Begrenztheit.

Das heißt, Kulturpolitik spielt eine zentrale Rolle für die Stärkung und Entwicklung einer aufgeklärten, offenen, empathischen und toleranten Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinn werden wir in den nächsten zwei Jahren ein Programm „Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ mit 2 Millionen € auflegen. Der Sinn dieses Programms ist, dass etablierte Kulturinstitutionen mit Akteuren aus anderen Bereichen – Soziales, Bildung, Sport, Religion, Wirtschaft, aber auch Verwaltung – zusammenarbeiten und wir speziell an der Öffnung der Einrichtungen im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts arbeiten. In diesem Kontext werden wir die Freilichtmuseen besonders unterstützen, aber auch das Linden-Museum, Einrichtungen, die an diesen Schnittstellen zu zentralen Fragen der Landesregierung arbeiten, sei es der kulturelle Wandel, sei es auch der Bereich Ökologie.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss zum Thema Sanierung kommen, auch wenn das diesen Einzelhaushalt

nicht betrifft. Aber ich möchte einfach einmal ein Thema aufgreifen, das hier in den letzten Tagen immer wieder pikiert genannt wurde, nämlich das Thema Schuldenabbau, insbesondere Abbau der impliziten Schulden. Wenn Sie darüber reden, klingt das teilweise so, als würden wir über ein abstraktes Spiel, bei dem wir Geld dahin und dorthin schieben, reden. Impliziter Schuldenabbau im Kulturbereich, aber auch im Hochschulbereich bedeutet, dass gezielt Menschen davon profitieren, und zwar die Menschen, die an den Hochschulen und in den Kultureinrichtungen arbeiten, die da studieren, die da lehren, die sie besuchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Ich möchte darauf hinweisen, dass beispielsweise in unseren beiden Staatstheatern mehr als 2 000 Menschen arbeiten, und zwar unter Bedingungen, die Sie sich einmal anschauen sollten. Das Stichwort Brandschutz umreißt die Situation wirklich nur am Rande. Es sind, glaube ich, keine Arbeitsbedingungen, wie man sie heute in Deutschland sonst noch sieht. Ich möchte darauf hinweisen, dass in Stuttgart 450 000 Menschen im Jahr die Staatstheater besuchen, in Karlsruhe 320 000 Menschen. All diese Menschen werden von Sanierungsprogrammen, wie wir sie morgen diskutieren werden und wie wir sie dringend brauchen, profitieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nicht von negativen Haushaltsgestaltungen! Dann sind Sie falsch gewickelt!)

Ich bin der Meinung, dass wir damit eine hervorragende Arbeit für die Zukunft und für zukünftige Generationen machen. Ich bin sehr dankbar, dass wir hier mit dem Finanzministerium gut zusammenarbeiten. Ich freue mich, dass wir in den nächsten Jahren den Kulturbereich voranbringen können, und danke Ihnen herzlich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
sowie des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3214.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 1401

Ministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3214. Wer Kapitel 1401 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1401 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Wir starten mit dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3314-17, zu Titel 429 76 – Personalaufwand –, der im Hinblick auf die von der Regierung verfolgte Initiative zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Wissenschaft und Kunst eine Streichung der Mittel verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ohne Sinn und Verstand! – Gegenruf von der AfD: Ich würde nicht schimpfen, sonst machen wir eine namentliche Abstimmung! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine Drohung! Von Ihnen nicht!)

Zu Titel 547 76 – Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3314-18, vor, der aus dem bereits beim letzten Antrag genannten Grund ebenfalls eine Streichung der Mittel fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1402. Wer Kapitel 1402 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1402 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 1403

Allgemeine Aufwendungen für die Hochschulen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3214. Wer Kapitel 1403 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1403 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu Kapitel 1403 liegt noch der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3314-1, vor, der fordert, ein zukunftsfähiges und solidarisches Konzept zur Studien- und Hochschulfinanzierung zu erarbeiten. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 1405

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer Kapitel 1405 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1405 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 1406

Internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit

Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zu Titel 681 89 – Stipendien und Studienbeihilfen –, Drucksache 16/3314-19, der eine Kürzung der Mittel auf den Stand von 2015 verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 681 92 – Stipendien und Studienbeihilfen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3314-20, vor, der eine Mittelkürzung und eine Anpassung der Erläuterung fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 92 – Zuschüsse für laufende Zwecke – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3314-21, vor, der eine Mittelkürzung und eine Aufhebung der Erläuterung begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1406. Wer Kapitel 1406 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1406 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 1407

Allgemeine Aufwendungen für das Bibliothekswesen

Wer Kapitel 1407 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1407 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Kapitel 1408

Ausbildungsförderung

Zu Titel 537 02 – Kosten der Programmpflege und Verfahrensbetreuung – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3314-2, vor, der unter Verweis auf eine mögliche Kündigung von Verträgen mit der Datenzentrale Baden-Württemberg eine Mittelkürzung begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1408 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1408 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Nun schlage ich vor, die Abstimmung über die nächsten zwölf Nummern 8 bis 19, Kapitel 1409 – – Herr Abg. Gall, zur Geschäftsordnung.

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, ich würde Sie bitten, erst ab Kapitel 1410 zusammenzufassen und Kapitel 1409 noch separat abzustimmen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Dann stimmen wir zunächst über Kapitel 1409 ab.

Kapitel 1409

Aufwendungen für die Förderung der Studierenden im Hochschulwesen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1409 ist mehrheitlich zugestimmt.

Dann können wir jetzt über die restlichen Kapitel abstimmen. –

(Abg. Anton Baron AfD meldet sich.)

Sie stimmen dem zu. Ich rufe also die Kapitel – – Jetzt, Herr Kollege Baron, zur Geschäftsordnung.

Abg. Anton Baron AfD: Wir möchten über Kapitel 1419 separat abstimmen. Den Rest kann man zusammenfassen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Dann fassen wir zusammen – – Kapitel 1419 extra?

(Abg. Anton Baron AfD: Bis 1418!)

– Bis Kapitel 1418.

Kapitel 1410 bis Kapitel 1418

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln – bis Kapitel 1418 – einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf:

Kapitel 1419

Universität Hohenheim

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3214. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –

(Oh-Rufe)

Damit ist Kapitel 1419 einstimmig bei mehreren Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf:

Kapitel 1420 bis Kapitel 1425

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Diesen Kapiteln wurde einstimmig zugestimmt.

Nun schlage ich Ihnen vor, dass ich die sechs Kapitel der Pädagogischen Hochschulen gemeinsam aufrufe. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die Nummern 20 bis 25, Kapitel 1426 – Pädagogische Hochschule Freiburg – bis Kapitel 1433 – Pädagogische Hochschule Weingarten –, gemeinsam auf:

Kapitel 1426 bis Kapitel 1433

Wer den Kapiteln 1426 bis 1428 sowie den Kapiteln 1430, 1432 und 1433 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln 1426 bis 1433 ist damit einstimmig zugestimmt.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Nun schlage ich Ihnen vor, dass wir die Kapitel der Hochschulen für angewandte Wissenschaften bei der Abstimmung zusammenfassen. Es handelt sich hierbei um die nächsten 21 Nummern – die Nummern 26 bis 46 –, Kapitel 1440 – Hochschule Aalen – bis Kapitel 1464 – Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg. Sind Sie mit dem Vorschlag einverstanden? – Das ist der Fall.

Dann rufe ich die 21 Kapitel gemeinsam auf:

Kapitel 1440 bis Kapitel 1447

Kapitel 1449 bis Kapitel 1451

Kapitel 1453 bis Kapitel 1457

Kapitel 1459 sowie Kapitel 1461 bis Kapitel 1464

Wer den Kapiteln 1440 bis 1464 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – War das eine Gegenstimme?

(Abg. Klaus Dürr AfD: Nein!)

– Zu spät. Gut. – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist den Kapiteln 1440 bis 1464 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 47 auf:

Kapitel 1466

Staatliches Museum für Naturkunde Karlsruhe

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3214.

Zu Titel 682 01 – Zuschuss an das Staatliche Museum für Naturkunde Karlsruhe zum laufenden Museumsbetrieb – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3314-5, vor, der eine Erhöhung der Mittel fordert, um freien Eintritt zu ermöglichen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1466 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 1466 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 48 auf:

Kapitel 1467

Staatliches Museum für Naturkunde Stuttgart

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3214.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Zu Titel 682 01 – Zuschuss an das Staatliche Museum für Naturkunde Stuttgart zum laufenden Museumsbetrieb – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3314-6, vor, der ebenfalls eine Erhöhung der Mittel fordert, um freien Eintritt zu ermöglichen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1467 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 1467 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 49 auf:

Kapitel 1468

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Wer Kapitel 1468 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 1468 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 50 auf:

Kapitel 1469

Landesarchiv Baden-Württemberg

Wer Kapitel 1469 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1469 ist einstimmig zugestimmt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Abstimmung über die nächsten acht Kapitel, also die Nummern 51 bis 58, Kapitel 1470 – Hochschule für Musik Freiburg – bis Kapitel 1477 – Hochschule für Gestaltung Karlsruhe –, zusammenfasse? – Das ist der Fall. Ich lasse also über die acht Kapitel 1470 bis 1477 gemeinsam abstimmen:

Kapitel 1470 bis Kapitel 1477

Wer den Kapiteln 1470 bis 1477 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Den Kapiteln 1470 bis 1477 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 59 auf:

Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur sowie die Kunsthochschulen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3214. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Regierungsfractionen, vier Änderungsanträge der Fraktion der AfD und zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD vor.

Zu Titel 685 24 – Zuschuss an die Stiftung Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim (Technoseum) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3314-7, vor, der durch eine Mittelserhöhung freien Eintritt ermöglichen will. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um

ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 66A – Zuschüsse im Rahmen des Programmbudgets Medien an das Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3314-8, vor, der über die Zuschusserhöhung ebenfalls freien Eintritt ermöglichen will. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 75 – Zuschüsse für laufende Zwecke zur Finanzierung zukunftsorientierter Filmförderprojekte in Baden-Württemberg – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3314-22, vor, der eine Kürzung verlangt, um aus Sicht der Antragsteller marktverzerrende Wirkungen im Bereich von Filmproduktionen auszuschließen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 80A – Gesellschafterbeitrag an die Popakademie Baden-Württemberg GmbH – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3314-23, vor, der eine Mittelkürzung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 83 – Sonstige Zuschüsse und Maßnahmen zur Förderung der Interkultur – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3314-24, vor, der eine Streichung der Mittel für die interkulturellen Zentren und die Aufhebung der Erläuterung der Titelgruppe begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 893 87 – Zuschüsse für Investitionen an Sonstige – liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/3314-26, vor, der fordert, bezüglich der geplanten Neubauten von Amateurmusikakademien in Plochingen und Staufen eine Verpflichtungsermächtigung neu einzufügen und die Erläuterung entsprechend anzupassen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Abg. Winfried Mack CDU: Einstimmig!)

Diesem Änderungsantrag ist bei einer Enthaltung einstimmig zugestimmt.

(Beifall bei der CDU)

Zu Titel 685 91 – Sonstige Zuschüsse zur Förderung der Kunst – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3314-25, vor, der eine Kürzung der Fördermittel verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 1478. Wer Kapitel 1478 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Fi-

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

nanzausschusses mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 1478 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Sie damit einverstanden, dass ich die Abstimmung über die beiden Nummern 60 und 61, Kapitel 1479 – Badisches Staatstheater Karlsruhe – und Kapitel 1480 – Württembergische Staatstheater Stuttgart –, zusammenfasse? – Das ist der Fall. Ich rufe die beiden Kapitel 1479 und 1480 daher gemeinsam auf:

Kapitel 1479 und Kapitel 1480

Wer den Kapiteln 1479 und 1480

(Unruhe)

– zuhören! – zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Den Kapiteln 1479 und 1480 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 62 auf:

Kapitel 1481

Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3214. Wer Kapitel 1481 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1481 ist einstimmig zugestimmt.

Für Kapitel 1482 – Staatliche Kunsthalle Karlsruhe – bis Kapitel 1487 – Linden-Museum Stuttgart – sowie die sich daran anschließenden Kapitel 1491 – Staatliche Kunsthalle Baden-Baden – und 1492 – Haus der Geschichte Baden-Württemberg – liegt jeweils ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor. Das sind insgesamt acht Anträge, die alle das Ziel verfolgen, durch eine Mittelerhöhung freien Eintritt in die jeweilige Kultureinrichtung zu ermöglichen.

Ich schlage Ihnen vor, dass ich die gerade genannten acht Kapitel bei der Abstimmung zusammenfasse und zuvor die Änderungsanträge der Fraktion der SPD gemeinsam zur Abstimmung stelle.

(Zuruf: Sehr gut!)

Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Ich rufe die Nummern 63 bis 70 auf, nämlich die Kapitel 1482 – Staatliche Kunsthalle Karlsruhe – bis 1492 – Haus der Geschichte Baden-Württemberg:

Kapitel 1482 bis Kapitel 1492

Ich stelle zunächst die acht Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 16/3314-9 bis 16/3314-16, gemeinsam zur Abstimmung, die jeweils beim Titel 682 01 – Zuschuss an

die jeweilige Kultureinrichtung – eine Erhöhung der Mittel fordern. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die Änderungsanträge mehrheitlich abgelehnt.

Wer den acht Kapiteln 1482 bis 1492 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist diesen Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 71 auf:

Kapitel 1495

Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

Wer Kapitel 1495 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1495 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 72 auf:

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allgemeine Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3214. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zu Titel 685 34 N – Preis für mutige Wissenschaft – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3314-3, vor, der die Streichung dieser Mittel u. a. wegen aus Sicht der Antragsteller unscharfer Kriterien fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titelgruppe 75 – Förderung des Technologietransfers aus den Hochschulen an die Wirtschaft – Titel 429 75 – Personalaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3314-4, vor, der die Mittelerhöhungen und eine Anpassung der Erläuterung fordert, um das Programm „Junge Innovatoren“ stärker unterstützen zu können. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1499 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1499 ist mehrheitlich zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 14 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 14.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Zuruf: Bravo!)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/3066, 16/3067, 16/3068, 16/3069, 16/3070

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Petitionsausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 16/3064, 16/3065

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich auch hier die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

(Beifall)

Die nächste Sitzung findet morgen, 15. Dezember 2017, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 20:15 Uhr